

Selbstkritik

... Auf dem Bildschirm sehe ich meine Landsleute
Mit Händen und Füßen abstimmen gegen die Wahrheit
Die vor vierzig Jahren mein Besitz war
Welches Grab schützt mich vor meiner Jugend

Heiner Müller



Mit der Herausgabe von
Z-Zeitschrift Marxistische

Erneuerung wollen wir einen Beitrag dazu leisten, an einem Tiefpunkt
der marxistischen Bewegung unseres Landes die Chance des
Neubeginns zu ergreifen.

Unabdingbar scheint uns in der heutigen Situation die Fähigkeit zur
radikalen Kritik und Infragestellung der eigenen theoretischen
Voraussetzung, des politischen Erbes und tradierter Kultur
marxistischen Denkens und Handelns.

Das Projekt einer zum Kapitalismus alternativen Gesellschaft ist neu zu
begründen; sozialistische Zukunftsvorstellungen sind neu zu definieren.

Die HerausgeberInnen

Nr. 1



März 1990
Einzelpreis 15 DM

Das Thema:

Neue Frauen

Christine Eifler

Markt statt Plan?

Dietmar Düe / Karl Hermann Tjaden

Zug um Zug

Daniel August Mai

Städtebau

Bernd Hunger

Und:

Geschlechterfrage

Susanne Schunter-Kleemann

Wir Genossen von Temeswar

Uwe Koch

Aus der Festung

Steffen Lehndorff und Kuno Klötzer

Demokratie

Heinz Jung und Wanja Heiseler

EG und die Linke

Frank Deppe

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift
1. Jahrgang
Heft 1 (März 1990)

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung (Wiesbaden)
und

Gertrud Antoni, Christiane Bainski,
Harry von Barga, Ulrike Bohnenkamp,
Ulrich Briefs, Olaf Cless, Rainer
Einenkel, Albert Engelhardt, Heike
Fleßner, Edgar Gärtner, Wolfgang
Gehrcke, Jörg Heimbrecht, Johannes
Henrich von Heiseler, Jörg Huffschmid,
Heinz Jung, Peter Jung, Jörg Jungmann,
Fritz Krause, Stefan Krull, Steffen
Lehndorff, Anja Maschinski, Hans-
Joachim Müller, Norman Paech, Lothar
Peter, Jürgen Reusch, Ursula Schumm-
Garling, Susanne Schunter-Kleemann,
Werner Stürmann, Cornelia Teller,
Harald Werner und Elke Vesper

Redaktion: Albert Engelhardt

Redaktionsanschrift:
Langgasse 24 H 6200 Wiesbaden

4 Editorial

- 6** *Herbert Schui, Joachim Bischoff und Jürgen Reusch:*
Umfrage: "Marxistische Erneuerung?"

Sozialismus, DDR...

- 14** *Horst Dietzel und Klaus Haschker:*
Deformierter Sozialismus und Opportunismus - zwei Seiten einer Medaille?

- 22** *Petra Opitz:*
Schwerter zu Pflugscharen!
Probleme der Konversion im Sozialismus

- 31** *Manfred Wölfling:*
Paradigmenwechsel in der marxistisch orientierten Wirtschaftstheorie

- 41** *Christine Eifler:*
Neue Frauen hat das Land!

- 48** *Dietmar Düe und Karl Hermann Tjaden:*
Kapitalismus o.k. - Sozialismus passé?
Gesellschaftliche Entwicklungserfordernisse und Entwicklungsansätze in BRD und DDR

- 56** *Daniel August Mai:*
Handlungsreisende in Sachen Geschichte oder: Was bleibt von der besseren Welt?

- 60** *Bernd Hunger:*
Einstürzende Altbauten
Zum Verhältnis von Städtebaupolitik und Gesellschaftsstrategie aus soziologischer Sicht

- 67** *Susanne Schunter-Kleemann:*
Frauenbewegung - zwischen Markt und Mütterfallen?

- 74** *Jörg Huffs Schmid:*
"Antimonopolistische Strategie" - eine tragfähige Orientierung kommunistischer Politik heute?
Vorläufige Thesen

- 79** *Uwe Koch:*
Wir Genossen von Temeswar

- 90** *Steffen Lehndorff:*
Aus dem Inneren der Festung

Eine sicherlich unvollständige Antwort auf die Frage: Was haben wir falsch gemacht?

- 105** *Kuno Klötzer:*
"Wir" und andere Superlative

Anmerkungen und Fragen zu einem Text von Steffen Lehndorff

- 112** *Heinz Jung:*
Demokratisierung

Reformistischer Paradigmenwechsel oder universelle Fortschrittsbewegung?

- 133** *Johannes Henrich von Heiseler:*
Basisdemokratie - Selbstorganisation - sozialistische Perspektive

- 142** *Lothar Peter:*
Wandel der Arbeit?

Zum Verhältnis von Kollektivität und Individualität im kapitalistischen Arbeitsprozeß

- 148** *Harry von Barga:*
Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaften

Für ein neues Fortschrittsverständnis und einen neuen Politiktyp

- 156** *Frank Deppe:*
Die westeuropäische Arbeiterbewegung und die EG
Informationen zum Diskussionsstand

- 165** **Erklärung zum Projekt "Z"**

- 169** **Buchbesprechungen:**
Arbeiterkultur (Olaf Cless), Freizeit (Olaf Cless)

- 13** **Impressum**

- 73** **Vorschau**

- 132** **AutorInnen**

Wir wagen einen Versuch. Die auf den letzten Seiten dieses Heftes nachzulesende Erklärung der HerausgeberInnen von "Z" nennt Gründe und Ziele, erläutert Absichten und Hoffnungen, und sie verhehlt nicht skeptische Fragen und Widerspruch.

Ob der Versuch eines neuen Zeitschriftenprojekts Sinn macht, wird sich erweisen müssen. Der Nutzen von "Z" wird von den Leserinnen und Lesern zu beurteilen sein. Die Zeitschrift bietet sich als Forum der Artikulation von Fragen und Nachdenklichkeit, als Raum für Erkundungen und Meinungsstreit. Diese sollen gefördert, öffentlich und damit diskutabel gemacht werden.

"Z" ist damit auch der Versuch eines publizistischen Beitrags zur Überwindung tradiertter Denk- und Schreibweisen, die Realitätsnähe und Diskussion behinderten. Bescheidenheit und Offenheit der eigenen Argumentation können ebenso erlernt werden, wie die Furcht vor Umwegen und vor Fragen ohne Antworten abgelegt werden muß. Das Beharren auf Gewißheiten kann gleichzeitig weniger lächerlich wirken als eifertige rradikale Abgesänge. "Z" will Verunsicherung und Sprachlosigkeit nicht kultivieren, aber sie kann helfen, diese zur Kenntnis und ernstzunehmen. Scham kann öffentlich gemacht werden, ohne daß in jedem zweiten Satz nötige Selbstkritik postuliert wird.

Wer wollte behaupten, daß im vorliegenden Heft schon alle Beiträge so gelesen werden können?

Nicht nur das Projekt "Z", auch die erste Nummer der Zeitschrift mußte in den vergangenen Monaten unter vorher unabsehbaren Bedingungen auf den Weg gebracht werden.

Der Wechsel des Schwerpunktthemas, die vorrangige Beschäftigung mit dem Zusammenbruch des Sozialismus in der DDR, seinen Gründen und Verlaufsformen drängte sich auf. Die Dynamik der Entwicklung, ihre wechselnden Subjekte und politische Stoßrichtung machten es jedoch unmöglich, bis dato aktuell zu bleiben und gleichzeitig tragfähige Bewertungen zu versuchen. Die vorliegenden Beiträge dokumentieren deshalb eher Überlegungen, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten der Entwicklung angestellt wurden, als daß sie eine hinreichende Analyse des Gesamtprozesses leisten könnten.

Die für die hiesige marxistische und linke Diskussion vorrangigen und z.T. neuen Fragen, die mit dem Scheitern des Sozialismus in der DDR und der Gewalt des (Wieder-)Vereinigungsprozesses unter Bonner Ägide verbunden sind, konnten für dieses Heft nur ansatzweise aufgegriffen werden. Wir wollen dies in kommenden Heften nachholen.

Neben Themen und Inhalt der ersten Ausgabe von "Z" mußten in den zurückliegenden Monaten auch die Herstellungsweise, das Gestaltungskonzept und die materielle Basis des Projekts mehrmals neu bedacht und modifiziert werden.

Die Möglichkeit der Werbung für "Z", der Gewinnung hiesiger linker Anzeigenkunden, der Produktion und Finanzierung der Zeitschrift hatten sich den radikal veränderten Bedingungen anzupassen.

Das Konzept der Initiatoren und Initiatorinnen, ein autonomes Projekt zu wagen, mußte mit noch größerer Ernsthaftigkeit und Konsequenz realisiert werden. Wir sind ausschließlich auf den Verkaufserlös sowie auf größere und kleinere Spenden bzw. regelmäßige Förderbeiträge interessierter LeserInnen angewiesen. Redaktion, Textfassung und die Herstellung der Druckvorlagen werden in ehrenamtlicher Nebenbeschäftigung geleistet.

Trotz abgespeckter Kalkulation: Druck- und Vertriebskosten sowie ein minimaler Bürobetrieb machen es notwendig, daß die Zeitschrift in mindestens 1000 Exemplaren (500 Abonnements und 500 im Freiverkauf) an den Mann und an die Frau gebracht wird.

Wir bitten deshalb alle LeserInnen, für "Z" zu werben, neue Abonnentinnen und Abonnenten zu gewinnen und - wo möglich - Sammelbestellungen zum Weiterverkauf der Zeitschrift vorzunehmen.

Einmalige Spenden und regelmäßige Förderbeiträge können auf unser Konto (Albert Engelhardt, Stichwort: "Z", Wiesbadener Volksbank, Kto: 32506518, BLZ:51090000) überwiesen werden.

Bleibt die uns ebenso wichtige Bitte, Kritik und Vorschläge, Einwände und Zustimmung nicht zu verheimlichen, sondern uns davon - wie von der Bereitschaft zur Mitarbeit - wissen zu lassen.

Gedankt sei allen, die mit Stift und am PC, mit Ideen und handwerklichem Können, mit Zuspruch und irritierenden Fragen dazu beigetragen haben, daß das Projekt "Z" und das vorliegende erste Heft der Zeitschrift auf den Weg gebracht werden konnten.

Marxistische Erneuerung?

Wir haben marxistische WissenschaftlerInnen und PublizistInnen gebeten, uns ihre Überlegungen zum Thema "Marxistische Erneuerung?" in knappen Thesen und Antwortversuchen mitzuteilen. Vorgegeben waren die folgenden drei Fragen: 1. Halten Sie heute eine Erneuerung des Marxismus für notwendig? 2. In welchen Fragen und auf welchen Gebieten sehen Sie besonderen Erneuerungsbedarf? 3. Halten Sie gemeinsame Diskussionen und Kooperationsprojekte der marxistischen Linken in diesen Fragen für sinnvoll?

Weitere Stellungnahmen, auch von ausländischen Kolleginnen und Kollegen, werden in den nächsten Ausgaben von "Z" erscheinen.

Herbert Schui

1. Marxismus versteht sich als ein taugliches Mittel, systematische Kenntnisse über unsere soziale Umwelt zu erlangen und damit die Bewältigung gesellschaftlicher Probleme zu ermöglichen. Seine Tauglichkeit hat der Marxismus daher letztlich in der Praxis zu beweisen: er steht und fällt damit, ob er zufriedenstellende Lösungen für gesellschaftliche Fragen finden kann, die die Menschheit insgesamt bewegen, so die Sicherung des Friedens, die Beseitigung von Arbeitslosigkeit, von Hunger und Unterentwicklung, die Entwicklung der Produktivkräfte, dies kombiniert mit dem Erhalt der natürlichen Umwelt, die Verwirklichung von mehr Freiheit und Demokratie. Jeder praktische Beweis der Tauglichkeit des Marxismus beginnt damit, daß sich die Betroffenen auf eine marxistische Lösung von gesellschaftlichen Fragen einigen können, daß sie eine solche Lösung als vernünftig, als befriedigend gemeinsam erarbeiten. In einigen wesentlichen Bereichen hat der Marxismus hier an Glaubwürdigkeit eingebüßt. In den führenden kapitalistischen Ländern sind die kommunistischen Parteien bedeutungslos, die Marxisten Außenseiter. Viele Länder der Dritten Welt verlassen den von ihnen eingeschlagenen marxistischen Weg der Entwicklung. Dies kann nicht einzig mit der Stärke des politischen Gegners erklärt werden, ebensowenig wie die Entwicklung in Osteuropa eine kapitalistische Tat ist.

Wenn die Aufgabe des Marxismus und die tatsächliche Lage so richtig skizziert sind, ist auch die Frage nach einer Erneuerung des Marxismus beantwortet: er muß der Aufgabe, für die er angetreten ist, gerecht werden; er muß sich erneuern, sonst hat er verloren.

2. Wo beginnen? Es hat keinen Sinn, ein ungeordnetes Durcheinander von Fehlern und Versäumnissen aufzuzählen (die künftig zu vermeiden wären): es ist der Kern ausfindig zu machen, der gemeinsame

Grund für Versagen, und - dies geht vor allem die Entwicklung in Osteuropa an - es ist zu beachten, daß eine Erneuerung des Marxismus mit Erschütterungen einhergehen muß, mit abrupten Veränderungen in der gewohnten Gangart, die nicht Ausdruck von Niedergang, sondern von Aufbruch sind.

Wo also ansetzen bei der Erneuerung? Sicherlich dort, wo Erstarrung und Verkrustung am meisten lähmt. Im Bereich der Wissenschaft ist dies dort, wo marxistische Scholastik den Platz fortschrittlicher Wissenschaft, d.h. der rücksichtslosen Suche nach der Wahrheit, einnimmt. Um durch Vergrößerung zu verdeutlichen; es ist nicht so, daß die Arbeiten der marxistischen Klassiker, oder die von Marx selbst, per se die Wahrheit wären, und die wissenschaftliche Arbeit nur darauf gerichtet sein könnte, Erkenntnis durch richtige Auslegung dieser Arbeiten zu gewinnen. Theoretisch ist dies sicherlich kein Streitpunkt, aber in der Praxis fällt oft auf, daß, statt nach Wahrheit, nach einem passenden Marx-Zitat gesucht wird. Wer Marx mehr liebt als die Wahrheit, beendet sein Denken dort, wo kein Zitat mehr zur Verfügung steht: diszipliniert und phantasielos darf der Marxismus nicht sein. Oder anders ausgedrückt: da sich Marxismus versteht als Einheit von Theoretisieren und praktischem Handeln und da erfolgreiches praktisches Handeln Gemeinsamkeit und Disziplin erfordert, besteht die Gefahr, daß die parteiische Disziplin den Spielraum der Erkenntnis einengt und damit auch die Möglichkeit, erfolgreich zu handeln. Denn Disziplin und ihr häufiges Pendant, die Verketzerung von Abweichertum, sind nicht nur die Grundlage von politischer Schlagkraft: Disziplin kann usurpiert werden, um die Kritik an Inkompetenz zu ersticken, um Duodezfürsten zu legitimieren, Menschen zu funktionalisieren, die Analyse der Wirklichkeit, d.h. die rationale Aneignung der sozialen und natürlichen Umwelt zu verhindern.

Ausdruck findet dies in einer hölzernen, nicht authentischen Sprache, darin, daß Analyse durch Begriffe-Klopfen ersetzt wird.

Diese Erscheinung tritt keineswegs nur als marxistische Verwirrung auf: Man denke an die schwülstige Verquickung von Marktwirtschaft, Freiheit und Wohlstand in der kapitalistischen Rechtfertigungslehre - und ihre Folge, die sogenannte Staatsverdrossenheit.

Der Ausweg läßt sich finden in redlicher Auseinandersetzung, in vernunftgeleitetem Dialog der Menschen, derjenigen gesellschaftlichen Kräfte, die sich angesichts ihrer Interessen auf ein gemeinsames Ziel einigen können.

3. Die Ursachen, die den Marxismus erneuerungsbedürftig machen, sind vielfach Anlaß zu Defaitismus und damit zur Revision von Positionen, die zu Recht vertreten worden sind: bedrohte Erkenntnis muß sich daher erneut des gemeinsamen Grundes versichern. Auf dieser Grundlage kann sich eine Linke in der BRD zusammenfinden; diese Aufgabe hat sie als erste in Angriff zu nehmen. Dabei hat es nicht um die kultivierte Pflege von marxistischem Pluralismus zu gehen. In den Mittelpunkt

ist vielmehr die Suche nach brauchbaren Lösungen für drängende gesellschaftliche Probleme zu stellen.

Joachim Bischoff

Wir sind Zeuge einer rasanten, radikalen Umwälzung des Marxismus. Ich stimme der These von Gorbatschow zu, der "die Perestroika als eine längere Etappe" betrachtet "auf dem historischen Weg des Sozialismus, in deren Verlauf die Abwendung vom autoritär-bürokratischen System erfolgt und sich ein wahrhaft demokratischer, selbstverwaltender, gesellschaftlicher Organismus herausbildet." Alle Sozialisten stehen daher vor der komplizierten Aufgabe, das Ansehen des marxistischen Denkens, des marxistischen Herangehens an die Wirklichkeit wiederherzustellen. Auch jene Marxisten, die seit langem zu den entschiedenen Kritikern des administrativ-bürokratischen Systems des "Staatssozialismus" gehören und die auch alle auf dieser Konzeption gründenden Kapitalismus-Analysen als theoretisch falsch und praktisch gefährlich bekämpft haben, sind heute vor die Aufgabe gestellt, sich an der Rekonstruktion des Marxismus in Theorie und Praxis zu beteiligen. Einige zentrale Aspekte dieser Aufgabenstellung sollen in den folgenden Thesen skizziert werden.

1. Angesichts der massiven Deformation und Selbstblockierung des marxistischen Denkens ist die Entwicklung und Durchsetzung einer neuen Transformationsstrategie, eines neuen Entwicklungsweges zu einer sozialistischen Gesellschaftsformation jenseits von Kapitalismus und administrativ-bürokratischen Staatssozialismus, zu allererst eine praktische Aufgabe. Durch ein - auch durch begleitende theoretische Anstrengungen und Debatten - geschärftes gesellschaftliches Bewußtsein kann in politischen Aktionen jenes rationelle Zwischenstadium geschaffen werden, in dem die politischen, sozialen, ethnischen etc. Konflikte auf rationellste und humanste Weise durchlaufen werden können.

Gegenüber allen vorschnellen, optimistischen Einschätzungen muß jedoch darauf insistiert werden, daß in den vollständig gescheiterten "staats-sozialistischen" Gesellschaften keineswegs entwickeltere, mehr menschliche Wärme verkörpernde Alltagsverhältnisse als in den kalten, kapitalistischen Ellenbogengesellschaften entstanden sind. Die massive Verbreitung von ethnischen, religiösen, ja zum Teil rassistischen und antisemitischen Vorurteilen zeigt vielmehr, daß die vermeintlich "sozialistischen" Beziehungen eben nicht von allen rückständigen sozialen Verhältnissen und Bewußtseinsformen befreit waren. Angesichts der Vorurteilsstruktur und der Diskreditierung des Sozialismus durch die massiven ökonomischen, sozialen und politischen Deformationen der Übergangsgesellschaften wird es ä-

berst schwer für eine neue Transformationskonzeption, eine gesellschaftliche Hegemonie zu erlangen.

2. Die politischen und theoretischen Auseinandersetzungen in der sozialistisch-kommunistischen Lipken werden sich vorrangig um die Frage entwickeln, wie ein neuer Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft aussehen könnte? Hier steht zum einen die These zur Diskussion, daß sich bei den Begründern des Sozialismus keine bestimmte Sozialismus-Konzeption auffinden lasse; zum anderen geht es um die Behauptung, daß der Marx'schen Kapitalismus-Kritik eindeutig eine Verstaatlichungskonzeption unterliege; denn die Forderung von Marx nach einer "wirklich vorherbestimmenden Kontrolle der Produktion durch die Gesellschaft" könne nur mit einer allumfassenden Planung auf Basis der vollständigen Enteignung des Privateigentums realisiert werden.

Unbestritten ist, daß die organisierte Arbeit und die zentralisierten Arbeitsmittel in Formen der freien assoziierten Arbeit und in gesellschaftliche Produktionsmittel zu verwandeln waren. Die Befreiung der gesellschaftlichen Formen der Produktion in der gegenwärtig organisierten Arbeit, die neue Organisation der Produktion und schließlich "das spontane Wirken der Gesetze der gesellschaftlichen Ökonomie der freien und assoziierten Arbeit" - alle diese Bestimmungen sind jedoch nicht ohne weiteres unter eine Konzeption allumfassender Planung zu subsumieren. Es ist ein deutliches Indiz für eine oberflächliche Aneignung und Interpretation des Marxismus, wenn der Markt vorschnell mit einer bestimmten Produktionsweise oder gar Gesellschaftsformation identifiziert wird. "Markt ist der allgemeine Ausdruck für die Zirkulationssphäre überhaupt, im Unterschied zur Produktionssphäre" (Marx). In einer kapitalistischen Marktwirtschaft bedingen sich die Anarchie (damit auch eine ungeheure Vergeudung von gesellschaftlichem Reichtum) der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und die undemokratische Herrschaft (auch durch die "Mitbestimmung" nicht verändert) im Rahmen der betrieblichen Arbeitsteilung. In einer sozialistischen Marktwirtschaft (auf Basis pluraler Eigentumsverhältnisse) wäre eine radikal demokratisierte Betriebsöffentlichkeit mit einer indirekten Steuerung und effizienten Kontrolle der Gesamtökonomie verknüpft. Die entscheidende gesellschaftliche Auseinandersetzung - auch theoretisch - lautet daher nicht: Plan versus Markt, sondern: Modifizierung der Steuerung durch den Unternehmergewinn vermittelt eines mehr oder minder weitreichenden Systems gesellschaftlicher Regulierung (sozialistische Marktwirtschaft), wo demokratisierte innerbetriebliche Strukturen zugleich eine gesellschaftliche Steuerung der Gesamtökonomie erlauben. Nur auf dieser Grundlage kann über die Aufhebung der Mystifikation und Verdinglichung von gesellschaftlichen Verhältnissen gesprochen werden.

3. Der Kommunismus oder reale Sozialismus sei als System zur Organisation des wirtschaftlichen Lebens unwiderruflich gescheitert, wird in diesen Tagen immer wieder behauptet. Angesichts des Fiaskos der

Verstaatlichungs- und Planungskonzeption soll die Idee des Sozialismus selbst in Mißkredit gebracht werden. Es ist daher unverzichtbar, zugleich mit der marxistischen Kritik der Übergangsgesellschaften auch eine genaue historische Rekonstruktion des Entwicklungsweges seit der Revolution 1917 anzugehen.

Bekanntlich weist schon die kritische Betrachtung von Rosa Luxemburg über die russische Revolution (entstanden im Breslauer Gefängnis 1918) darauf hin, daß die Essentials einer revolutionären Umgestaltung innerhalb der sozialistisch-kommunistischen Linken keineswegs unumstritten waren. Ihre Forderung nach unbedingter Verwirklichung einer demokratischen Öffentlichkeit, nach uneingeschränkter, breitester Demokratie, ist von vielen Aktivisten entschieden abgelehnt und bekämpft worden. Seit dieser Zeit gab es, wenn auch häufig an den Rand gedrängt oder unterdrückt, stets Ansätze zu einer marxistischen Kritik der bolschewistischen Konzeption und ihrer praktischen Umsetzung. Erinnert sei beispielsweise an die Studie von Georg Lukács "Sozialismus und Demokratisierung", die in Auswertung der CSSR-Intervention durch die Truppen des Warschauer Pakts geschrieben wurde. Aufzuarbeiten ist nicht nur diese beständig erneuerte Kritik, sondern die neuerliche Debatte müßte intensiviert werden über das Scheitern der NÖP-Politik und den Versuch von Bucharin, diese späte Konzeption Lenins zu einer tragfähigen Alternative gegenüber der stalinistischen Entwicklungsvorstellung auszuarbeiten. Schließlich müßte die historische Entwicklung der administrativ-bürokratischen Kommandowirtschaft rekonstruiert werden, zumal die gesellschaftlichen Gründe für das epochale Scheitern dieser Transformationspolitik bislang keineswegs geklärt sind.

4. Ich gehe davon aus, daß mit dem Scheitern der staatsmonopolistischen Gesellschaften auch die kommunistische Politik in den kapitalistischen Gesellschaften ihre gesellschaftliche Relevanz verliert. Es geht aber nicht nur um eine erneute kritische Abrechnung mit einer längst obsoleten Konzeption (Parteitypus, Bündnispolitik etc.), sondern auch um eine Verständigung über die Grundstrukturen der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften und ihrer Entwicklungstendenzen. Mit dem von Lenin ererbten theoretischen Rüstzeug, das zudem überwiegend stets in der stalinistischen Interpretation des "Leninismus" wahrgenommen wurde (Imperialismus, Monopol, Staatskapitalistisches Monopol, etc.), war bislang weder eine brauchbare Kapitalismuskritik zu realisieren noch eine Verständigung über die historischen Entwicklungstendenzen dieser Gesellschaftsformation zu erzielen. Die Herausbildung und die Erfolge von rechtsextremen Parteien im Gefolge der anhaltenden Hegemoniekrise der neokonservativen Gesellschaftskonzeption verweisen uns auf die politische Dringlichkeit einer radikal - d.h. praktisch und theoretisch - erneuerten sozialistischen Linken.

Jürgen Reusch

Seit es Marxismus gibt, war er immer erneuerungsbedürftig. Das ist essentiell für eine Theorie, die die sich wandelnde Realität analysieren und verändernd in sie eingereifen will. Vor allem der Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium und die durch die Oktoberrevolution geschaffenen Fakten markieren historische Wendepunkte, an denen eine grundlegende, erstarrte Dogmen überwindende Erneuerung der marxistischen Theorie eine Existenznotwendigkeit für deren Weiterbestehen war. Die Umbruchprozesse der Gegenwart sind von ähnlicher oder noch tieferer Bedeutung. Für die marxistische Traditionslinie, der ich mich zurechne, muß aufgrund enormer Defizite und Versäumnisse Erneuerung einen höheren Stellenwert haben als es vermutlich von anderen Diskussionsrichtungen gesehen wird.

Wir erleben derzeit eine tiefe, an die Substanz gehende Identitäts- und Orientierungskrise der linken, sich als marxistisch definierenden Kräfte. Sie ist ein Produkt der globalen Umbruchprozesse der Gegenwart. Der Triumphzug des modernen Kapitalismus in seiner neokonservativen Entwicklungsvariante und der Zusammenbruch des autoritär-bürokratischen, stalinistisch geprägten Staatssozialismus haben auf die gesamte Linke, ihre Sozialutopien und Befreiungstheorien verheerende Wirkungen und stellen sie auch bezüglich ihrer politischen Strategien und organisatorischen Strukturen vor völlig neue Probleme. Vor allem schließen diese Umbrüche aber die bisher tiefste Krise der sozialistisch-kommunistischen Bewegung und das aus meiner Sicht unwiderrufliche Ende ihrer bisherigen Formen ein. Einer substantiellen Krise entgehen aber auch jene nicht, die schon bisher zu den Gesellschaften des realen Sozialismus ein kritisches oder distanzierendes Verhältnis hatten. Wir haben insgesamt eine existentielle Krise des marxistischen Denkens und der marxistischen Theorie, ihr praktisches und in vieler Hinsicht auch theoretisches Versagen vor der Realität zu konstatieren. Das gilt nicht für alle marxistischen Diskussionsrichtungen in gleichem Maße, aber es berührt sie alle.

Der atemberaubende Zusammenbruch des Sozialismus prägt diese Sicht auf die Dinge gegenwärtig natürlich sehr stark. Die kommunistische Bewegung der Bundesrepublik hat die Deformationen und dogmatischen Erstarrungen dieses Systems jahrzehntelang mitvollzogen und sieht sich heute beschämt und in entscheidenden Punkten widersetzt. Für den kommunistischen Konservatismus stellt sich daher das Problem der Erneuerung, der selbstkritischen Aufarbeitung mit unerbittlicher Schärfe und mit derzeit geringen Erfolgsaussichten.

Das IMSF e.V., das als Verein weiterbesteht und dem ich angehöre, hat in den 21 Jahren seiner Tätigkeit ernsthaft versucht, viele neue Herausforderungen und strategische Probleme der Linken theoretisch aufzugreifen. Aber in vielem blieb es auch diesem konservativ-kommunistischen Spek-

trum und den sich daraus ergebenden Defiziten der marxistischen Theorie verhaftet. Als Schlußfolgerung ergibt sich aus meiner Sicht, daß auf gesellschaftliche Praxis gerichtete marxistische Wissenschaft, zu der das IMSF auch zukünftig beitragen will, weitestmögliche Selbständigkeit und Autonomie gegenüber allen politischen Bindungen und Organisationsstrukturen realisieren muß.

Was die derzeit in der Bundesrepublik bestehenden marxistischen Projekte und sozialistischen Initiativen betrifft, so geht m.E. die Zeit der bisher praktizierten und eingeschliffenen Frontstellungen und Aus- oder Abgrenzungen zu Ende. Es bedarf eher einer pluralistischen, von gegenseitigem Respekt getragenen, kritischen und auch selbstkritischen Diskussion. Vermutlich wäre gerade jetzt ein breiterer, linker, marxistischer Diskussions- und Arbeitszusammenhang nützlich. Er ist aber derzeit kaum erreichbar. Ich halte es für realistischer, die auch wegen der unterschiedlichen Identitätsprobleme offenbar unvermeidliche Phase des Nebeneinanders von "hundert Blumen" produktiv für die Entwicklung neuer Kooperationsmöglichkeiten zu nutzen. Vordringlich erscheinen mir gemeinsame Diskussionen über Perspektiven sozialistischer Strategien in den entwickelten kapitalistischen Ländern Europas oder auch der deutsch-deutsche Dialog der verschiedenen am Marxismus orientierten Initiativen und Projekte.

Defizite und besonderen Erneuerungsbedarf für die marxistische Theorie sehe ich hauptsächlich in der Ökologie- und der Frauenfrage. Es ist m.E. bisher noch nicht klar, welche Konsequenzen die ernsthafte Verarbeitung dieser Problemkomplexe für die marxistische Theorie bis in ihre Grundlagen der historischen und dialektisch-materialistischen Wissenschaftsauffassung haben wird. Auch die Erarbeitung eines neuen, eigenständigen, auf die Realitäten der entwickelten kapitalistischen Länder wie der globalen Risikopotentiale bezogenen Sozialismusbilds steht an. Daraus ergeben sich Fragen nach den Entwicklungsperspektiven und Strukturveränderungen des modernen Kapitalismus, nach sozialen und kulturellen Brüchen, nach den globalen Vergesellschaftungsprozessen. Überhaupt ist eine moderne, alle Elemente der Gesellschaft in ihrem Vermittlungszusammenhang erfassende Kapitalismustheorie zu wenig entwickelt. Strategien der Demokratisierung und der Beherrschung der Produktivkraftentwicklung unter den weltweiten Vergesellschaftungsbedingungen stehen zur Debatte, damit auch neue Fragen nach den Subjekten dieser Entwicklungen - um nur einige wenige Probleme zu nennen.

Der Marxismus hat eine lange Geschichte als radikale wissenschaftliche Kritik des Kapitalismus, als Theorie der humanistischen und sozialen Befreiung und der Antizipation einer historischen Alternative. Die gegenwärtige Entscheidungssituation zwingt uns, viele Erkenntnisse der marxistischen Theorie und ihrer verschiedenen Traditionslinien zu überprüfen und radikal in Frage zu stellen, ohne in modische Beliebigkeit zu

verfallen. Die Krise des Marxismus darf nicht das antikapitalistische Immunsystem der MarxistInnen außer Kraft setzen. Eine Erneuerung des Marxismus ist nicht um seiner selbst willen anzustreben, sondern um gesellschaftliche Eingriffsfähigkeit zurückzugewinnen. Ob es gelingt, ist heute nicht sicher; es ist aber möglich und wünschenswert.

"Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung (Wiesbaden) und Gertraud Antoni, Christiane Bainski, Harry von Barga, Ulrike Bohnenkamp, Ulrich Briefs, Olaf Cless, Rainer Einkenkel, Albert Engelhardt, Heike Fleßner, Edgar Gärtner, Wolfgang Gehrcke, Jörg Heimbrecht, Johannes Henrich von Heiseler, Jörg Huffschnid, Heinz Jung, Peter Jung, Jörg Jungmann, Fritz Krause, Stefan Krull, Steffen Lehndorff, Anja Maschinski, Hans-Joachim Müller, Norman Paech, Lothar Peter, Jürgen Reusch, Ursula Schumm-Garling, Susanne Schunter-Kleemann, Werner Stürmann, Cornelia Teller, Harald Werner und Elke Vesper. Redaktion: Albert Engelhardt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen und der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Redaktionsanschrift: Z, Langgasse 24H, 6200 Wiesbaden, Tel.: 06121-379107.

"Z" erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis (vier Hefte) beträgt DM 40,- (einschließlich Versandgebühr). Das Einzelheft kostet DM 15,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen.

Anschrift von Verlag und Vertrieb: "Z" - Abo-Service, Langgasse 24H, 6200 Wiesbaden.

Satz: Su Sanne

Druck: Scholl & Klug, Mörfelden

Deformierter Sozialismus und Opportunismus - zwei Seiten einer Medaille?

Admistrativ-zentralistische Strukturen und schuldhaftes Versagen der alten Parteiführungen spielen in den Diskussionen um die Ursachen der tiefen Krise der sozialistischen Länder eine herausragende Rolle. Zu recht wird die grundlegende Überwindung des Stalinismus gefordert.

Die lang anhaltende, relativ stabile Situation des bisherigen Kommandosozialismus läßt sich aber nicht nur mit dem Hinweis auf diese Strukturen erklären. Warum konnten diese Strukturen so lange funktionieren? Zu fragen ist auch, warum viel zu wenig Mitglieder der SED, die politische Verantwortung trugen, auf die Fehlentwicklungen in der DDR hingewiesen haben. Ähnliches trifft auch auf andere sozialistische Länder zu.

Diese Fragen zielen u.E. offensichtlich auf ein Problem, das für die Arbeiterbewegung nicht neu ist: das Problem des Opportunismus. Die bisherige Ansicht, daß opportunistisches Denken und Verhalten in der Arbeiterbewegung ausschließlich eine Erscheinung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft sei, bedarf angesichts der Deformation des Sozialismus einer Neubestimmung. Unserer Meinung nach spielt das Problem des Opportunismus bei der Aufdeckung der wirklichen Wurzeln, die in die tiefe Krise der sozialistischen Länder geführt haben, eine große Rolle.

Zum Gebrauch des Begriffs Opportunismus

Zum Gebrauch des Begriffes Opportunismus ist eine Anmerkung erforderlich. Fast kein anderer Begriff wurde in der Vergangenheit wie dieser so dogmatisiert und stalinistisch umfunktioniert. Statt diesen Begriff - wie er von Lenin gebraucht wurde - in seiner historischen Konkretheit zu verstehen und kritisch zu überprüfen, wurde er über die Zeiten gerettet und zur Kennzeichnung einer ganzen politischen Strömung der Arbeiterbewegung benutzt. All die theoretischen Ansätze und politischen Positionen, die der jeweiligen Parteiführung nicht genehm waren, wurden mit den Attributen "opportunistisch" und "revisionistisch" zurückgewiesen.

Angelegt ist eine solche Lesart sicher schon bei Lenin selbst, der Opportunismus als Ausdruck des Wirkens bürgerlicher und kleinbürgerlicher Ideologie (also äußerer Einflüsse) in der Arbeiterbewegung kennzeichnete.¹ Dadurch fiel es den stalinistischen Führungen relativ leicht, nicht genehme Positionen als "bürgerlich" oder "kleinbürgerlich" abzutun und zu verurteilen. Diese Verfahrensweise führte schließlich dazu, daß Ende der

70er Jahre eine "neue Qualität" des Opportunismus (gleichgesetzt mit Sozialreformismus) für die heutige Zeit postuliert wurde, die nicht in der "Aussöhnung" mit, sondern sogar in der "Aktivierung" der Arbeiterklasse für den staatsmonopolistischen Kapitalismus seinen Ausdruck finden würde.² Das, was aus aktueller Sicht gerade in eine Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus drängte, in der stärker die Interessen der Werktätigen und die ökologischen Erfordernisse berücksichtigt werden, wurde als besonders schlimm - als "neue Qualität" des Opportunismus gekennzeichnet.

Es wäre auch völlig verfehlt, wollte man die Leninschen Begriffe der Arbeiteraristokratie und der Arbeiterbürokratie (als soziale Trägerschichten des Opportunismus) auf den modernen Kapitalismus der heutigen Zeit beziehen. Mit der Differenzierung der sozialen Lage der Lohnarbeitenden, ihrer Interessen und Bedürfnisse, existieren auch nicht mehr zwei festgefügte soziale Schichten, die Träger des Opportunismus sein sollen. Außerdem existieren heute aufgrund des insgesamt höheren materiellen und sozialen Lebensniveaus im Vergleich zu früheren Perioden der Arbeiterbewegung stärker und massenhaft tatsächlich ausgeprägte Individualitäten. Das hat u.a. zur Folge, daß die unmittelbare soziale Lage weniger denn je direkt politisches Verhalten determiniert.

Worauf könnte sich der Begriff "Opportunismus" beziehen? Doch nur auf solche Tendenzen des Denkens und Verhaltens bei den Lohnarbeitenden, die auf möglichst bequemes Einrichten in der Wirklichkeit abzielen, ohne in solidarischer Weise für die eigenen Interessen zusammen mit anderen Betroffenen einzutreten - selbstverständlich im Sinne der Lohnarbeitenden. Geht man von den Überlegungen von Engels und Lenin aus, nach denen im Kapitalismus immer zwei Tendenzen in der Arbeiterklasse wirken, eine Tendenz des sich Einrichtens und eine, die über dieses System hinausweist, dann trifft Opportunismus sicher zur Kennzeichnung der ersten Tendenz zu.³

Für Marxisten ist der Opportunismus Ausdruck ganz konkreter, historischer und sozialökonomisch determinierter Verhaltensweisen, die im Rahmen bestimmter Klassenbeziehungen wirken. Es besteht darüber hinaus kein direkter Wirkungszusammenhang zwischen verbal ausgedrückten politischen Wollen einzelner Personen oder Gruppen und deren konkreten gesellschaftlichem Handeln, d.h. verbale Bekenntnisse zum Marxismus bieten letztlich keine Gewähr für das Nichtvorhandensein opportunistischen Handelns.

**Ende der 70er
wurde eine »neue
Qualität« des
Opportunismus
konstatiert**

Erscheinungen des Opportunismus im Sozialismus

Entsprechend dieser Herangehensweise verstehen wir unter Opportunismus im Sozialismus ein Denken und Verhalten, das sich den bürokratisch-zentralistischen Strukturen anpaßt und dazu beigetragen hat, diese Strukturen zu verfestigen. Ein solches Denken und Verhalten war nicht auf die Arbeiterbewegung und deren Organisationen beschränkt, zeigte sich vor allem aber in der Tätigkeit der verschiedenen Apparate (SED, Staat, Massenorganisationen). Es äußerte sich darin, daß in zunehmend geringerem Maße die tatsächlichen Interessen und Bedürfnisse der Werktätigen ausschlaggebend für die Arbeit der Apparate wurden. Vielmehr - in den letzten Jahren immer stärker - von der Parteiführung postulierte Interessen und Bedürfnisse zur Richtschnur und zum Maßstab des Handelns der Apparate.

Viele subjektiv ehrliche Mitarbeiter und Funktionäre des Partei- und Staatsapparates, die sich auf den verschiedensten Ebenen bemühten, einen Beitrag zur Verbesserung der Lebenslage des Volkes zu leisten (und es auch partiell erreichten), waren auf dieser Grundlage eingebunden in ein System, in welchem das Volk als Objekt der Erziehung fungierte.

Mit der Verfestigung dieses zentralistisch-administrativen Systems wurde die produktive Wahrnehmung der realen gesellschaftlichen Verhältnisse immer mehr in den Hintergrund gedrängt, weil sie nicht dem von "oben" vorgegebenen Gesellschaftsmodell entsprachen. Die Folge war ein Verhalten, mit dem Kopf des jeweiligen Vorgesetzten zu denken. Diese Entwicklung führte dazu, daß die Apparate immer mehr dazu dienten, nicht mehr die Macht der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen zu realisieren bzw. weiterzuentwickeln, sondern die *persönliche Macht* der "Partei- und Staatsführung" abzusichern. Das zeigte sich in der Entfremdung vieler Funktionäre (einschließlich und vor allem der gewählten Funktionäre, die hauptamtlich tätig waren) von ihrer eigentlichen Funktion. Die "Führungen" der Partei und des Staates wurden der eigentliche Adressat allen Tuns und nicht so sehr die Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Das System der Apparate funktionierte weitgehend nicht mehr nach dem Leistungsprinzip im Sinne der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der Vergesellschaftungsprozesse, sondern danach, die höheren Leitungsebenen zufriedenzustellen. Es trat das ein, was schon Rosa Luxemburg voraussah " ...einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen ..." ⁴

Dieser Erscheinung lag ein Politikverständnis zugrunde, das die Marxsche Aussage, wonach die "Kommunisten theoretisch vor der übrigen Masse des

Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung" voraushaben, dogmatisiert und losgelöst von den konkreten historischen Umständen als absolute Wahrheit begriff. Daraus wurde eine Art "Missionsdenken" abgeleitet, ein Denken, nach dem nur die "Führer" in der Lage seien, die Interessen des Volkes zu vertreten. Machtkontrolle wurde für überflüssig gehalten, da prinzipiell von der Übereinstimmung des Handelns und der Vorstellungen der Parteiführung mit den Interessen des Volkes ausgegangen wurde. Prägnanter Ausdruck fand diese Denkweise in der Vorstellung, daß mit der Losung "Arbeit, Brot und Völkerfrieden" sämtliche Interessen und Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der anderen sozialen Klassen und Schichten entsprochen würde. Die sich unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution stark differenzierende Bedürfnisstruktur und die damit im Zusammenhang entstehenden neuen demokratischen Bewegungen wurden als "Undankbarkeit" des Volkes, ja als konterrevolutionär empfunden.

Hierbei handelt es sich offensichtlich um ein Problem, auf das Lenin bereits aufmerksam machte: Zunächst wurde nach dem Sieg der Oktoberrevolution 1917 eine *Macht für das Volk* errichtet, und es ging in der Geschichte des Sozialismus seitdem darum, diese Macht für das Volk in eine *Macht des Volkes* umzuwandeln. Positive Ansätze, die sich periodisch wiederholten, modifizierten den Sozialismus immer wieder in die richtige Richtung, hoben aber die alte Grundstruktur nicht auf. Die Entwicklung in der Sowjetunion seit 1985 machte nachdrücklich die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Erneuerung des Sozialismus und seiner gesellschaftlichen Strukturen entsprechend dem modernen Stand der Produktivkräfte sichtbar, die in der DDR ignoriert wurde. Im Gegenteil, Partei und Staat degenerierten immer mehr zum "Privateigentum" einer kleinen Gruppe von Menschen.

Eine weitere wesentliche Erscheinungsform und gleichzeitig Quelle opportunistischen Verhaltens im Sozialismus war verbunden mit der immer stärkeren Reduktion der Gesellschaftswissenschaften auf eine Rechtfertigungsideologie der von der Parteiführung betriebenen Politik. Diese Politik erschien a priori als Inkarnation marxistisch-leninistischen Denkens. Jede Abweichung von den damit vorgegebenen wissenschaftlichen Interpretationsrahmen offizieller Politik galt immer mehr als unzulässig und schränkte die wissenschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten (Publikationen, Lehrtätigkeit etc.) des betreffenden Wissenschaftlers oder Wissenschaftlerkollektivs ein. Der Opportunismus in der Wissenschaft äußerte sich darin, daß jene Wissenschaftler, die überwiegend die jeweilige Politik der Parteiführung theoretisch begründeten, durch ein ganzes Spektrum von Vergünstigungen (Lob, Preise, Publikationsmöglichkeiten, Reisen, Leitungsfunktionen etc.) "belohnt" wurden, was zumindest teilweise zu einer Potenzierung ihrer Bemühungen führte, politische Entscheidungen

Demokratische Bewegungen wurden als »Undankbarkeit des Volkes« empfunden

theoretisch zu untermauern. Gleichzeitig damit fühlte sich die Parteiführung in ihrer Politik und in ihrer Vorstellung, allein im Besitz der Wahrheit zu sein, bestätigt. Dennoch vorhandene wissenschaftliche Bedenken wurden periodisch durch kritische, problemorientierte Einsprengsel beschwichtigt, ohne den durch Beschlüsse der Partei vorgegebenen Rahmen grundsätzlich zu überschreiten. Die Wissenschaft wurde damit zu einer "Magd der Politik" und trug zur ideologischen Rechtfertigung opportunistischen Verhaltens bei.

Damit verbunden war ein System ideologischer Bildung, das sich durch Vereinfachungen, formale Interpretation der Klassiker und teilweise Weltfremdheit auszeichnete. Dieses System war nicht primär durch wissenschaftliche Erkenntnis, sondern durch dirigistische Bevormundung der Gesellschaftswissenschaftler durch den Apparat gekennzeichnet. Ausgehend von der Identität von Macht und Wahrheit diente die ideologische Arbeit primär der theoretischen Absicherung der jeweiligen Politik und der Rechtfertigung ihrer Strukturen.

Ursachen des Opportunismus im Sozialismus

Immer wieder trifft man bei der Bestimmung der Ursachen für die jetzt eingetretene politische Krise auf die Meinung, daß sie nicht in unserer sozialistischen Ordnung begründet liegen, sondern ausschließlich im subjektiven Bereich angesiedelt seien. Dem können wir nicht zustimmen.

Selbstverständlich liegen die Ursachen nicht im Sozialismus an sich, sehr wohl aber in den Strukturen und Mechanismen, die zu seiner Deformation geführt haben. Das bedeutet, massenhaftes opportunistisches Verhalten läßt sich nicht in erster Linie auf den "schlechten Charakter" einzelner (vor allem einzelner führender) Funktionäre zurückführen, sondern primär auf bestimmte Strukturen.

Die Ursachen für den im Sozialismus anzutreffenden Opportunismus sind vielfältig. Sie reichen vom Mangel an Demokratie über ein System von direkten und indirekten Privilegierungen (verbunden mit einem relativen Mangel an bestimmten Waren und Dienstleistungen), dem ungenügenden Durchsetzen der Ware-Geld-Beziehungen bis hin zur Vernachlässigung des Leistungsprinzips und der ungenügenden Öffentlichkeit in gesellschaftlichen Angelegenheiten.

Statt der Entwicklung und breiten Entfaltung von *Demokratie*, der Mitbestimmung und des wirklichen Einflusses der Werktätigen auf gesellschaftliche Entscheidungsprozesse hatte sich ein "Apparate-Sozialismus" herausgebildet. Dieser ersetzte die lebendige demokratische Willensbildung durch ein administratives System von oben nach unten mit Hilfe von Apparaten. Wir hatten es dementsprechend nicht nur mit den beschriebenen Erscheinungen des Opportunismus in den Apparaten oder anderswo zu

tun, sondern auch mit der *ausufernden Quantität* dieser Apparate (auch und gerade in der Wirtschaft). Dadurch wurde ein immer größer werdender Teil des Nationalprodukts durch diese Apparate verbraucht. Das Problem bestand darin, daß diese Apparate nicht nur entsprechend der gesellschaftlichen Arbeitsteilung politisch wirkten, sondern ein administratives, dem Stand der Entwicklung der Produktivkräfte nicht entsprechendes und hemmendes System der Planung und Leitung der Wirtschaft verwirklichten. Ausufernde Quantität von Apparaten, die entscheidend zur Ineffizienz des Sozialismus beitrug, war auch auf den Ausbau vermeintlicher "Sicherheitsinteressen" des Staates in allen gesellschaftlichen Bereichen zurückzuführen.

Der Mangel an Demokratie zeigte sich auch im Verhältnis von *gewählten ehrenamtlichen Leitungen* in der SED sowie in *Massenorganisationen auf der einen* und den (zwar auch *gewählten*) *hauptamtlichen Sekretariaten* andererseits. Die verschiedenen *ehrenamtlichen Gremien* konnten noch so gut nach demographischen oder sozialen Gesichtspunkten zusammengesetzt sein, sie wurden dennoch nicht wirksam, weil sie ein Anhängsel der kleineren *hauptamtlichen Gremien* wurden.

System von Privilegien als Wurzeln des Opportunismus

Die materiellen Wurzeln des Opportunismus lagen u.E. in einem System von *Privilegierungen* direkter und indirekter Art, insbesondere von *hauptamtlichen Funktionären* und Mitarbeitern. Schon Lenin hatte für seine Zeit und den damaligen Imperialismus die materielle Besserstellung eines Teils der Arbeiterklasse gegenüber der Masse des Proletariats als die wesentliche ökonomische Quelle des Opportunismus in der Arbeiterbewegung herausgearbeitet. Die tiefste Ursache sah er im ökonomischen Monopol, das aufgrund des Monopolprofits in der Lage war, einen Teil dieses Extraprofits für eine Minderheit des Proletariats zu "opfern", um diese auf die Seite der Bourgeoisie herüberzuziehen.⁵

Sicher läßt sich das nicht schematisch auf die heutige Zeit übertragen. Aber es ist nicht zu verkennen, daß auch Mechanismen wirken, die ungerechtfertigte Besserstellung eines Teils der Werktätigen gegenüber einem anderen Teil bewirken. Das betrifft in den monopolkapitalistischen Ländern vor allem die Stammebelegschaften gegenüber den Randbelegschaften, Männer gegenüber Frauen und Einheimische gegenüber Ausländern, Beamte gegenüber Arbeitern und Angestellten usw. Das betrifft aber auch die Lohnarbeitenden eines Landes gegenüber denen anderer Länder und schließlich die *Werktätigen* des Nordens gegenüber denen des Südens.

Die ökonomische Basis für opportunistische Erscheinungen im bisherigen Sozialismus lag in der Möglichkeit der unkontrollierten Verfügungsgewalt des Partei- und Staatsapparates über die materiellen und finanziellen Fonds der Gesellschaft. Die auf dieser Grundlage mögliche Realisierung eines Systems *abgestufter Privilegierungen* unterschiedlichster Art, die dem Leistungsprinzip nicht entsprachen, führten objektiv zu ähnlichen

Wirkungen wie der Einsatz eines Teils des Monopolprofits für die Besserstellung eines Teils der Lohnarbeitenden in den kapitalistischen Ländern. Die Privilegierungen reichten von der umfassenden Besser- oder "Höherstellung" des Politbüros über die Gesellschaft, über abgeleitete Privilegien je nach Ebene und Funktion, bis hin zu "nichtmateriellen" Privilegien.

Oftmals handelte es sich um eine "indirekte" Privilegierung, hervorgerufen durch den Mangel an Waren und Dienstleistungen. So war es möglich, sich per Funktion einen Zugang zu bestimmten knappen Gütern, Dienstleistungen/Reisen etc. zu verschaffen. Das schloß nicht aus, daß viele Menschen in den Apparaten aufopferungsvoll und mit großem Engagement für den Sozialismus arbeiteten. Aber - fügte sich der einzelne nicht in das vorgegebene Schema, wurde er daraus verdrängt. Deshalb galt die Devise: Je länger an möglichst hoher Stelle im Apparat arbeiten, desto größer der zu verlierende Verlust an materiellen Gütern und an persönlicher Macht, desto größer das Bedürfnis, den erreichten Stand zu halten oder auszubauen. Auf dieser Grundlage entwickelte sich eine spezifische soziale Schicht, die ihre soziale Existenz dem Apparat unmittelbar verdankte. Von daher war sie an der Erhaltung und Unantastbarkeit des Apparates interessiert. Jede Kritik an diesen Strukturen, die Diskussion alternativer, demokratischer Modelle und Konzeptionen gar, geriet auf diesem Hintergrund in den Geruch der Konterrevolution, deren Vertreter gemäßregelt oder z.T. außer Landes gewiesen wurden.

Die genannten Quellen des Opportunismus waren eng mit der ungenügenden Durchsetzung des *Leistungsprinzips* verbunden. In erster Linie wurde nicht Leistung stimuliert, sondern Wohlverhalten. Das "lebenslange Recht" auf eine Funktion wurde weitgehend losgelöst vom Leistungsprinzip realisiert. Damit war in der Regel eine Deprofessionalisierung des entsprechenden Menschen als gesellschaftlicher und politischer Funktionär, als Spezialist verbunden. Das Ergebnis war Mittelmaß, eine Schwächung der Verantwortung und des Schöpferiums. Hinzu kam ein durch die historische Entwicklung bedingtes falsches Verständnis von Parteidisziplin, das nötig war, um das administrative System von oben nach unten durchzusetzen. Einheit und Stärke der Partei wurden ausschließlich reduziert auf die Durchsetzung der von der Parteiführung entwickelten Positionen, ohne daß diese vorher diskutiert wurden bzw. demokratisch zustande kamen.

Die tiefsten Ursachen für diese Erscheinungen liegen im konkreten historischen Verlauf der Herausbildung des Sozialismus zunächst in einem Land, das zudem ökonomisch als auch politisch-kulturell unterentwickelt war, begründet. Ohne hier näher darauf eingehen zu können, sind die Quellen dafür auch in der Geschichte der Arbeiterbewegung, insbesondere seit Mitte der 20er Jahre zu suchen, die mit einer beginnenden Unterschätzung des intellektuellen Potentials der Partei der Arbeiterklasse bzw.

einer machtpolitisch geprägten Umbewertung des Marxismus durch Stalin verbunden war. Diese Fragen bedürfen einer tiefgründigeren theoretischen Untersuchung. Die bisherige - durch besondere historische Umstände geprägte - Existenzweise des Sozialismus brachte also durch die ihr z.T. unvermeidlich innewohnenden Strukturen und Mechanismen mit Notwendigkeit Opportunismus hervor.

Bei der grundlegenden Erneuerung des Sozialismus geht es darum, den Opportunismus als massenhafte Erscheinung auszuschließen. Es geht um eine umfassende Demokratisierung der gesamten pluralistisch verfaßten Gesellschaft. Das Schlüsselproblem ist zweifellos eine radikale Wirtschaftsreform für eine effiziente vielgestaltige Volkswirtschaft und damit im Zusammenhang die Realisierung des Leistungsprinzips in allen Bereichen der Gesellschaft, auch in den notwendigen Leitungs- und Verwaltungsapparaten. Ein entscheidendes Problem sind dabei weitreichende gesetzlich fixierte Kontrollmechanismen und Transparenz auf allen Ebenen und in allen Phasen der Entscheidungsvorbereitung, -findung und -realisierung. Die Befugnisse, Rechte und Pflichten des Staatsapparates, der Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, Bürgerinitiativen etc. müssen juristisch definiert und in Gesetzen festgelegt werden.

Die Tätigkeit in den (verkleinerten) Apparaten darf nicht mehr eine "Lebensstellung" (ähnlich dem bürgerlichen Beamtentum) sein. Notwendig ist die Neubestimmung des Verhältnisses von Politik und Wissenschaft sowie die Wiedereinsetzung der zukünftig frei gewählten Volksvertretungen aller Ebenen als oberste Machtorgane. Ein zentrales Problem besteht darin, neue demokratische Bewegungen, Bürgerinitiativen und andere Formen der Volksbewegung als demokratisches Regulativ eines erneuerten Sozialismus zu begreifen.

Diese und andere Vorstellungen und Maßnahmen können Garantien dafür schaffen, daß opportunistisches Denken und Verhalten als wesentliches Hemmnis bei der Entfaltung aller schöpferischen Potenzen der Menschen der Vergangenheit angehören.

Es geht um eine umfassende Demokratisierung der pluralistischen Gesellschaft

¹ Vgl. W.I. Lenin: Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale; in: Werke, Bd. 21, Berlin 1972, S. 452. Vgl. auch W.I. Lenin: Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus; in: Werke, Bd. 23, Berlin 1972, S. 103 - 118.

² Vgl. Staatsmonopolistischer Kapitalismus und Opportunismus, Berlin 1979, S. 10.

³ Vgl. F. Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England; in: Marx/Engels Werke, Bd. 2, Berlin 1980, S. 244/345. W.I. Lenin: Ursprünglicher Entwurf des Artikels "Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht"; in: Werke, Bd. 27, Berlin 1972, S. 206.

⁴ Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1987, S. 365.

⁵ W.I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus; in: Werke, Bd. 22, Berlin 1972, S. 306.

Schwerter zu Pflugscharen!

Probleme der Konversion im Sozialismus

Weniger spektakulär von den Medien der BRD reflektiert brachte das 89er Jahr in der DDR auch Umbrüche und politisch-ökonomische Umorientierungen im militärischen Bereich. Die einseitig verkündeten Abrüstungsmaßnahmen von Staaten des Warschauer Vertrages führten zu einem beachtlichen Abbau der Militärhaushalte und zu einer Verringerung auch der militärischen Produktion selbst. Am Anfang des Jahres 1989 wurde beschlossen, bis Ende 1990 die Produktion von Waffen und Militärtechnik in der UdSSR um 19,5 % (bei Panzern ca. 40 %) und in der DDR um 5 % zu senken und die dadurch freiwerdenden Ressourcen und Produktionskapazitäten für zivile Verwendungszwecke einzusetzen. Erstmals seit den Umstellungen nach dem II. Weltkrieg wird damit auf deutschem Boden Konversion Realität.

Was waren die Grundlagen und Voraussetzungen dafür, daß eine solche Entwicklung einsetzen konnte?

Ganz allgemein formuliert war es das Umschlagen von Erkenntnissen und verändertem Bewußtsein über die Wandlungen in den Faktoren nationaler und internationaler Sicherheit in politisches Handeln. Einem neuen Sicherheitsdenken, das diese Veränderungen reflektierte und zunehmend an Gestalt gewann, wurde durch Gorbatschow und die Perestroika in der UdSSR Öffentlichkeit und internationale politische Wirksamkeit verliehen. 1987 schlug es sich in einer Veränderung der Militärdoktrin der Staaten des Warschauer Vertrages nieder.

Dieses neue, von der Gemeinsamkeit internationaler Sicherheit ausgehende Denken gründet sich zum einen auf einen veränderten Sicherheitsbegriff, demzufolge Sicherheit nicht mehr nur Abwesenheit von Krieg bedeutet, sondern gesicherte gesellschaftliche und natürliche Lebensbedingungen für die Menschheit, d.h. die Abwesenheit von Überlebensbedrohungen jeglicher Art, einschließt. Damit widerspiegelt dieser Begriff zugleich die Heterogenität der globalen Zivilisationsbedrohungen und führt zu der Erkenntnis, daß Sicherheit nicht mehr mit militärischen Mitteln erreicht werden kann. Denn einerseits hat der Krieg seine Funktion als Mittel der Politik verloren, ist militärische Stärke entwertet, und selbst die Beibehaltung des vorhandenen Militärpotentials auf dem gegenwärtigen Niveau könnte leicht zu einer Destabilisierung der Sicherheit führen. Andererseits beruht die Bedrohung selbst nicht allein auf militärischen

Faktoren, sondern ökologische, Energie- und Rohstoffprobleme, Fragen der Unterentwicklung werden immer mehr zu eigenständigen Bedrohungsfaktoren.

In diesem gedanklichen Ansatz ist ein zweites Moment enthalten - die Erkenntnis, daß nationale Sicherheit nicht allein durch eine äußere Bedrohung gefährdet ist, sondern ebenso auf innere Sicherheit gründet, was die Entfaltung breiter Möglichkeiten innerstaatlicher wirtschaftlicher, sozialer und demokratischer Entwicklung einschließt. Insbesondere für die Sowjetunion erlangte der Faktor innere Sicherheit immer größere Bedeutung. Aufgrund der Ineffektivität der überzentralisierten, administrativ-dirigistisch gelenkten Wirtschaft, die bisher in den osteuropäischen Ländern vorherrschte, hat der prinzipiell wirtschaftliche und soziale Entwicklung deformierende Charakter militärischer Produktion weitaus größere negative Auswirkungen gehabt als in den industriell hochentwickelten Staaten der NATO, wenngleich sie auch dort immer spürbarer werden.

Für die UdSSR stellt beispielsweise der mit 9 % des Bruttosozialprodukts weitaus höher als in den meisten Industriestaaten liegende Anteil der Militärausgaben infolge des geringeren Umfangs und der niedrigeren Produktivität der Gesamtwirtschaft eine entschieden größere Belastung dar als für die amerikanische Wirtschaft.¹

Das Sicherheitskonzept der Staaten des Warschauer Vertrages basiert auf der Annahme des Prinzips der vernünftigen Hinlänglichkeit militärischer Bewaffnung, welches die Schaffung rein defensiver militärischer Strukturen und Potentiale vorsieht, die für Überraschungsangriffe und Angriffsoperationen nicht ausreichen. Die Konsequenz der schrittweisen Verwirklichung dieses Prinzips schlug sich in Form der eingangs genannten Reduzierungen in der militärischen Beschaffungs- und Haushaltspolitik dieser Länder nieder. Die alternative Nutzung der in diesem Zusammenhang freiwerdenden materiellen und geistigen Ressourcen für zivile Zwecke - Konversion - wird damit zu einer wesentlichen Form der Materialisierung dieses neuen Sicherheitsdenkens.

Voraussetzungen und Erfahrungen

Konversion, verstanden und konzipiert nicht nur als eine punktuelle Aktion, sondern als langfristiger Prozeß der Entmilitarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft impliziert politische und ökonomische Umorientierungen und Umstellungen, auch ideologisches Umdenken und Veränderung wirtschaftlicher Mechanismen. Dabei kommt es zu grundlegenden Wandlungen im Produktions- und Reproduktionsprozeß sowie der Wirtschafts-, Sozial- und Infrastruktur.

Äußere und innere Sicherheit wachsen zusammen

Geht man von den Ergebnissen der in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren in westlichen Ländern, insbesondere auch in der BRD, geführten Konversionsdiskussion aus, so ergeben sich hinsichtlich der herausgearbeiteten, bei der Konversion entstehenden Probleme aus der Sicht der sozialistischen Staaten sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede.

Gemeinsamkeiten lassen sich finden vor allem auf der Ebene der technisch-technologischen Probleme in den Umstellungsprozessen, in der Notwendigkeit, die Beschäftigung durch Schaffung alternativer Arbeitsplätze und durch Umschulungen zu sichern, wobei Programme ziviler staatlicher Nachfrage hierbei einen wichtigen Platz einnehmen müssen, und in der notwendigen langfristigen und gezielten Vorbereitung dieser Prozesse, was die Bildung entsprechender Konversionsfonds möglicherweise einschließt.

Unterschiede rekrutieren sich in erster Linie aus dem Funktionsmechanismus militärischer Produktion und ihrer Einbindung in den gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozeß, sowie aus den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der Wirtschaftslage und den konkreten Richtungen struktureller Veränderungen.

In Ost und West sind für Konversion *politische* Entscheidungen zur Abrüstung ausschlaggebend. Weder im Sozialismus, auch nicht in dem stalinistisch deformierten, sogenannten real existierenden Sozialismus, noch im Kapitalismus besteht eine objektive Notwendigkeit zu militärischer Produktion aus rein ökonomischen Gründen.² Ihr Vorhandensein und Ausmaß wird durch ein jeweils spezifisches Wechselverhältnis von Politik und Ökonomie bestimmt.

Für das in den osteuropäischen Ländern charakteristische Wechselverhältnis von Politik und Ökonomie hinsichtlich seiner Relevanz für die militärische Produktion waren bisher zwei grundlegende Zusammenhänge wesentlich.

1. Im bisherigen Verständnis sozialistischer Gesellschaftskonzeption galt die Priorität gesamtgesellschaftlichen Interesses vor kollektivem und individuellem Interesse, verstanden als Unterordnung aller Subjekte der Gesellschaft unter den Staat.
2. Der berechnete Ansatz zu planmäßiger, bewußter Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklung wurde in ein Dogma vom Primat der Politik über die Ökonomie verwandelt.

Weder direkt ökonomisch noch indirekt, vermittelt demokratischer Mitbestimmung waren die Produzenten an staatlichen Entscheidungsfindungsprozessen beteiligt. Zentrale politische Entscheidungen widerspiegelten nicht unbedingt gesamtgesellschaftliche Interessen und wurden zum Teil unter Ignoranz realer ökonomischer und sozialer Prozesse getroffen.

Auf die Sicherheitspolitik und damit auf die militärische Produktion bezogen, führte das zu Disproportionen und Fehleinschätzungen, so daß sich

die sozialistischen Staaten in den Rüstungswettlauf hineinziehen ließen³ und andere Komponenten staatlicher Sicherheit gegenüber der militärischen Komponente vernachlässigten.

Da in einem über autoritäre Macht dirigierten, administrativ zentralistischen Wirtschaftssystem, das auf naturalwirtschaftlicher Grundlage basiert, ökonomische Kriterien und Kategorien wie Gewinnerwirtschaftung, Kredit, Zins u.a. keine Rolle spielen, Geld nicht als allgemeines Äquivalent funktioniert, weder außen- noch binnenwirtschaftlich konvertierbar ist, besteht bei den entsprechenden Produzenten auch kein über Gewinnerwirtschaftung stimuliertes Interesse an militärischer Produktion.

Die mangelnde Stimulation ökonomischer Interessen

Andere Kriterien werden für die Bewertung der Leistungen der Produzenten und den Erwerb finanzieller und materieller Mittel wirksam. Planerfüllung, unabhängig vom Inhalt des Planes und seiner Beeinflussbarkeit, tritt an die Stelle von Gewinn. Soziale Privilegien und Vergünstigungen (in der UdSSR z.B. bessere soziale Einrichtungen wie Kindergärten, Ferienobjekte, medizinische Betreuung, Bereitstellung von Lebensmitteln usw.), ein höheres Lohnniveau, garantierter Absatz, kostendeckende Preise, Vorrangigkeit in der materiell-technischen Versorgung mit Produktionsressourcen und Direktivcharakter aller Zulieferverpflichtungen wirken in bestimmten Maße stimulierend auf das Interesse von Produzenten an militärischer Produktion. Nur in einem bestimmten Maße deshalb, weil vor allem in den kleineren osteuropäischen sozialistischen Ländern die Produzenten keinen Einfluß auf die Übertragung militärischer Planaufgaben haben. (Im Unterschied zur UdSSR, wo die Verteidigungsindustrie faktisch die ökonomische Basis von neun Industrieministerien bildet, ist die militärische Produktion in diesen Ländern an zivile Bereiche angegliedert und besitzt zugleich einen geringeren Umfang.)

Über die Höhe der Militärausgaben und die entsprechenden Planaufträge wurde bisher unter Ausschluß der Öffentlichkeit und ohne demokratische Kontrolle allein auf der Ebene der Ministerien für Verteidigung und der Politbüros entschieden. Gleichzeitig wurden gesetzliche Regelungen mit Weisungscharakter geschaffen, um die Priorität der militärischen Produktion im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß und bei der Planerfüllung abzusichern. Somit erhielt die militärische Produktion einen gewissen Sonderstatus, was in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den Bedingungen und Mechanismen administrativer Wirtschaftslenkung, zentraler materieller Bilanzierung und defizitärer Wirtschaft steht.

Einmal installiert, reproduziert sich ein solches System selbst, auch auf erweiterter Stufe, da Prioritäten in der Realisierung bestimmter Projekte und auch strukturpolitischer Veränderungen jeweils ebenfalls und zunehmend nur durch administrative Maßnahmen, Weisungen und Zuteilungen durchgesetzt werden können. Der Versuch des Mißbrauchs dieser

Regelungen über die vorgesehenen Bereiche hinaus ist in einem solchen System selbst angelegt. Es fördert nicht die Produktivitätsentwicklung, sondern kann sich im Gegenteil immer mehr nur auf Kosten anderer Bereiche der Volkswirtschaft aufrechterhalten. Der enorme technisch-technologische Rückstand der zivilen Maschinenbaubereiche gegenüber den militärischen in der UdSSR, die Versorgung mit Werkzeugen und Ausrüstungen ist dort um das Zweieinhalbfache niedriger, ist nur ein Beispiel dafür.

Auf diese Art und Weise führt ein in bezug auf das Wettüben positiver ökonomischer Zusammenhang, das Fehlen eines inneren ökonomischen Antriebs, einer ökonomischen Eigendynamik, militärischer Produktion, das Nichtvorhandensein ökonomischen Interesses, wodurch das Interesse an militärischer Macht gestärkt und auch manipuliert wird, letztlich zu negativen wirtschaftlichen Folgen und kann gleichzeitig per se übermäßige Ausdehnung militärischer Produktion nicht ausschließen oder verhindern.

Konversion und Entmilitarisierung

Kernpunkt und Ausgangspunkt der Entmilitarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft muß deshalb die reale und konsequente Demokratisierung politischer und ökonomischer Entscheidungsprozesse sein. Wesentliche Voraussetzungen für eine demokratische Willensbildung in dieser Richtung sind Aufhebung des Informationsmonopols und Herstellung gesellschaftlichen Verfügungsrechts über die Produktion, d.h. die Entmonopolisierung politischer und ökonomischer Macht. Hier könnten potentielle Vorurteile in den osteuropäischen sozialistischen Staaten liegen, an die die gegenwärtig sich dort vollziehenden Erneuerungs- und Demokratisierungsprozesse und deren politische Träger anknüpfen können. Die Demokratisierung der dort vorhandenen Eigentumsverhältnisse über die Verwandlung von bisherigem Staatseigentum in gesellschaftliches und genossenschaftliches Eigentum, sowie die Zulassung von Privateigentum in bestimmtem Maße (Klein- und Mittelbetriebe) kann die Grundlage für eine wirkliche demokratische Gesellschaft bilden.

Konversion macht ein Ende mit sinnloser und zerstörerisch wirkender Ressourcenvergeudung. Sie eröffnet sowohl national als auch international neue Möglichkeiten für die soziale, ökonomische und ökologische Entwicklung, für die Überwindung der durch die militärische Produktion hervorgerufenen Deformationen der Struktur des gesellschaftlichen Gesamtprodukts. Der Weg dahin ist für die sozialistischen Staaten mit vielen Widersprüchen, Schwierigkeiten und Konflikten gepflastert. Dazu zählen Widersprüche zwischen lang- und kurzfristigen Zielstellungen, sozialen Zielen der Entwicklung und realen Möglichkeiten und Widersprüche, die aus der Verbindung neuer inhaltlicher, durch Konversion möglicher strukturpoliti-

scher Ansätze mit einem notwendigen Wandel des gesamten bisherigen Funktionsmechanismus der Wirtschaft erwachsen.

Einerseits müssen freiwerdende Potentiale möglichst schnell spürbare Effekte in der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Länder bewirken, andererseits liegt es im Interesse einer langfristigen Stärkung ihres ökonomischen Potentials, das wissenschaftsintensive und technisch-technologisch auf hohem Niveau befindliche gut ausgerüstete Potential militärischer Produktion und Forschung gezielt für eine Erhöhung der Innovationskraft der Wirtschaft und eine am wissenschaftlich-technischen Fortschritt orientierte Veränderung der inneren Struktur der Zweige zu nutzen.

Einerseits gibt es insgesamt einen Überhang an zu befriedigenden Bedürfnissen, der vor allem aus der Mangelwirtschaft, der veralteten technisch-technologischen Basis und gravierenden volkswirtschaftlichen Disproportionen herrührt. Andererseits stimmt ein daraus abzuleitender Bedarf nicht mit den gebrauchswertmäßigen Potenzen der bisherigen militärischen Produktion überein. Eine Ausnahme bilden gegenwärtig lediglich die Flugzeugindustrie und der Schiffbau, wo ein großer ziviler Bedarf relativ problemlos durch die vorhandenen Produktionspotentiale gedeckt werden kann.

Sowohl in den konkreten Aufgaben als auch in den konkreten Wegen der Konversionsprozesse lassen sich Unterschiede in den einzelnen sozialistischen Ländern, insbesondere aber zwischen der UdSSR und den kleineren Staaten, feststellen.

Relativ unkompliziert im Vergleich zur Sowjetunion nehmen sich bisher die Konversionsprozesse in der DDR aus. Hier ist der Anteil militärischer Produktion an der Industrieproduktion insgesamt recht gering, davon wiederum der Anteil von Instandsetzungsleistungen relativ hoch, so daß die genannte fünfprozentige Produktionsreduzierung für die Gesamtwirtschaft nicht allzu groß ins Gewicht fällt. Etwas mehr als 5.000 Berufstätige sind insgesamt davon betroffen. (Die Reduzierung der Streitkräfte der NVA um 10.000 Mann bis 1990 sind in diese Betrachtung nicht eingeschlossen, da es hier zunächst um unmittelbare Produktionsumstellungen geht.) Darüber hinaus sind die beteiligten Betriebe Bestandteil von vorrangig auf zivile Produktion orientierten Kombinat, was Umstrukturierungen erleichtert. So konnte beispielsweise im Kombinat Carl Zeiss Jena die Umstellung von bisher für militärische Zwecke gebundenen Forschungs- und Produktionskapazitäten zur Erweiterung der Kapazitäten in den Bereichen Medizintechnik (dort konnte die Produktion bereits 1989 um 30 % erhöht werden) und optischer Präzisionsgerätebau genutzt werden.⁴

Für die Entscheidung über den alternativen Verwendungszweck der freiwerdenden Ressourcen sind unter den gegenwärtigen Bedingungen folgende Gesichtspunkte und Kriterien maßgebend:

Die Innovationskraft kann anderweitig genutzt werden

1. Um durch Verringerung des Auslastungsgrades freigewordene Kapazitäten effektiv nutzen zu können, werden weiterhin notwendige Kapazitäten konzentriert. (Das betrifft in erster Linie Reparatur- und Instandsetzungsleistungen.)

In Zusammenhang mit der Verringerung der Anzahl von Panzern bis Ende 1990 um 600 Stück (per 25. Oktober 1989 waren es bereits 432)⁵ gelang es beispielsweise, die Instandsetzungsleistungen für Landmaschinen und die Produktion von entsprechenden Ersatzteilen, darunter auch für den Export, zu erhöhen.

2. Die Auswahl möglicher herzustellender Produkte erfolgt unter den Kriterien: Exportfähigkeit ins nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet, Importablösung aus diesem Wirtschaftsgebiet, Export in die UdSSR und Erweiterung des Konsumgüterangebotes im eigenen Land.

Die aufgeführten Kriterien stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage in der DDR. Der Ausgleich von Handels- und Zahlungsbilanzdefiziten gehören hier wie in anderen kleinen osteuropäischen Ländern zu den dringlichsten Aufgaben.

Anders gestalten sich die Probleme in der UdSSR. Konversionsmaßnahmen sind hier vorrangig auf die Stabilisierung des Binnenmarktes gerichtet. Sie sollen einen Beitrag zur Erweiterung des Warenangebots in folgenden Bereichen leisten: technische Ausrüstungen für die verarbeitende Industrie des agrarindustriellen Komplexes, Medizintechnik, langlebige technische Konsumgüter, wissenschaftlicher Gerätebau und moderne Transportmittel.

Ausgehend von den spezifischen Bedingung und Organisationsformen der Verteidigungsindustrie wird hier der Weg beschritten, militärische Bereiche mit ziviler Produktion zu beauftragen und vorhandene zivile Produktionsbereiche an Bereiche militärischer Produktion anzugliedern. Exemplarisch dafür steht die Auflösung des Ministeriums für Leicht- und Nahrungsgütermaschinenbau und die Eingliederung einzelner Gruppen von Betrieben dieses Ministeriums in andere Ministerien, deren Schwerpunkt militärische Produktion bildet, z.B. in das Ministerium für Maschinenbau.

Folgende Überlegungen spielten dafür eine Rolle:

- Ansätze für eine Diversifikation werden erweitert und der bisherige Anteil der Produktion langlebiger Konsumgüter schrittweise erhöht. Von 40 % im Jahre 1989 soll der Anteil ziviler Produktion an der Produktion der Betriebe der Verteidigungsindustrie auf 50 % im Jahre 1991 und 60 % 1995 steigen.⁶
- die überdurchschnittliche Qualifikations- und Ausrüstungsstruktur sowie die gut funktionierende Organisations- und Leitungsstruktur der Verteidigungsindustrie kann genutzt werden, um das Niveau der zivilen Industrie anzuheben.

Die Hauptprobleme bei der Lösung der Konversionsaufgaben in den osteuropäischen Ländern liegen vor allem im Bereich der mangelnden Innovationskraft und der fehlenden inneren und äußeren Konvertierbarkeit des Geldes. So sind durch die Reduzierung der Militärhaushalte freiwerdende finanzielle Mittel nicht ohne weiteres, d.h. ohne die entsprechenden materiellen Voraussetzungen zu schaffen, für andere Vorhaben einsetzbar. Eine Veränderung allein der staatlichen Ausgabenpolitik reicht gegenwärtig nicht aus. Die freiwerdenden finanziellen Mittel können nur mittelbar, d.h. über Investitionen im produktiven Bereich, für die Befriedigung gesamtgesellschaftlicher (wie Umwelt, Infrastruktur, Gesundheitswesen) und auch individueller Bedürfnisse wirksam werden.

Die Erfahrungen, die in der UdSSR nach dem Zweiten Weltkrieg und im Zusammenhang mit den einseitigen Reduzierungen ihrer Streitkräfte Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre mit Konversionsfragen gesammelt wurden, können auf die heutigen Bedingungen nicht unmittelbar übertragen werden.

Sowohl aus der Sicht der militärischen Produktion selbst, ihres Umfangs und qualitativen Wandels, als auch aus der Sicht volkswirtschaftlicher Reproduktionserfordernisse, haben sich die Bedingungen grundlegend verändert.

Eine grundlegende Wirtschaftsreform, deren Kernstück die Reform des wirtschaftlichen Mechanismus darstellt, macht sich demzufolge auch aus der Sicht einer effektiven Bewältigung der Konversion notwendig. Konversion und Perestroika, Konversion und Erneuerung des gesellschaftlichen Systems in den sozialistischen Ländern bilden deshalb einen untrennbaren Zusammenhang.

Darüber hinaus kann unter heutigen Bedingungen umfassende Konversion nicht als eine nationale Angelegenheit verstanden werden. Sowohl die Abrüstung selbst als auch eine kompensatorisch zur Verminderung der Rolle militärischer Faktoren bei der Gewährleistung internationaler Sicherheit wachsende Bedeutung ökonomischer Kooperation und Zusammenarbeit auf den verschiedensten Ebenen sind nur gemeinsam, im internationalen Rahmen möglich.

Was die beiden deutschen Staaten betrifft, so können sie deshalb auch nur dann einen Prozeß des Zusammenwachsens beschreiten ohne den KSZE-Prozeß und die Überwindung der Teilung Europas zu gefährden, wenn beiderseitige Abrüstung und Konversion, die schrittweise Entmilitarisierung beider deutschen Staaten, zur Grundlage ihrer Vertragsbeziehungen und konföderativen Bestrebungen gemacht werden. Ihre Zusammenarbeit sollte beispielgebend sein für reale Schritte auf dem Wege zu einem entmilitarisierten Haus Europa. Verkürzung der Wehrdienstzeit, beiderseitiger Verzicht auf Modernisierung, schrittweise Reduzierung des Militärhaushalts könnte einen Anfang bilden.

Erfahrungen können nicht einfach übertragen werden

- ¹ Vgl. u.a. A. Kirejew, Das Geheimnis des Militärhaushalts; in: *Neue Zeit*, Heft 26/1989, S. 8.
- ² Vgl. auch H. Heininger, Aggressivität und Friedensfähigkeit des heutigen Kapitalismus; in: *IPW-Berichte* 4/1989, S. 4.
- ³ Vgl. Thesen des ZK der KPdSU zur XIX. Unionsparteikonferenz; in: *Neues Deutschland* vom 28./29.5.1988, S. 10 und 12.
- ⁴ Vgl. *Berliner Zeitung* vom 28./29.10.1989, S. 2.
- ⁵ *Neues Deutschland* vom 26.10.1989, S. 1.
- ⁶ Vgl. Interview des Neuen Deutschland mit N. Sijunkow, ND vom 3./4.6.1989, S. 3.

Manfred Wölfling

Paradigmenwechsel in der marxistisch orientierten Wirtschaftstheorie

Die radikalen Veränderungen am Ausgang des 20. Jahrhunderts bewirken ein Nachdenken über die Prinzipien der marxistischen Wirtschaftstheorie. Wie die Natur und wichtige Lebensbereiche des Menschen muß auch die Wirtschaftstheorie von den Deformationen und Verkrustungen der letzten Jahrzehnte befreit werden. Die Verschärfung der ökonomischen Widersprüche, insbesondere zwischen Angebot und Nachfrage, hatte ein Ausmaß erreicht, das zum Zusammenbruch der administrativ-autoritären Wirtschaftssysteme führte. Marxistische Ökonomen stellen sich deshalb die unausweichliche Frage, wie bewahrt man die positiven theoretischen Gedanken der Klassiker, und von welchen Praktiken muß man sich endgültig verabschieden.

Grundwiderspruch der gesellschaftlichen Entwicklung

Mit der Ausarbeitung der Evolutionstheorie durch Naturwissenschaftler (Prigogine, Eigen, Wernadski u.a.) und dem Aufgreifen dieses Gedankenguts durch interdisziplinär denkende Gesellschaftswissenschaftler können angestaute Probleme in neuer Weise durchdacht und Erklärungshilfen angeboten werden. Für den Menschen als Höhepunkt der natürlichen Evolution gilt der Grundsatz, daß er in ständiger Auseinandersetzung mit der Umwelt lebt und sich in ihr weiterentwickelt. Er lernt, mit wachsender Komplexität fertig zu werden und die zur Verfügung stehenden materiellen und geistigen Ressourcen für eine erweiterte Reproduktion auszunutzen. In der Natur besteht die ständige Tendenz, zum Gleichgewicht zurückzukehren. Populationen, die sich während bestimmter Zeiten rasant entwickeln, weil die Umweltbedingungen es zulassen, geraten immer wieder an einen Punkt, an dem das Gleichgewicht wiederhergestellt wird. Eine erweiterte Reproduktion auf Dauer erweist sich hier als nicht realisierbar. Die menschliche Gesellschaft hat in einem langen Evolutionsprozeß einen neuen Weg beschritten. Durch die Erfindung der künstlichen Speichersysteme (Schrift, Buchdruck, Computer) ist es ihr gelungen, das Wissen von Generation zu Generation zu vererben und zu mehren. Dadurch konnte sich die Technik beschleunigt entwickeln. Vorhandene Bedürfnisse wurden besser befriedigt und neue hervorgebracht.

Die menschliche Gesellschaft befindet sich in einem ständigen Konflikt. Sie strebt aufgrund ihrer intelligenten und kreativen Fähigkeiten, die sie im

Evolutionsprozeß erworben hat, nach einer höherwertigen Bedürfnisstruktur. Ihre Befriedigung ist nur mit den vorhandenen materiellen und geistigen Ressourcen möglich. Dieser Widerspruch zwischen der Entwicklung der gesellschaftlichen Bedürfnisse und den Ressourcen kann nur im Arbeitsprozeß ausgetragen werden, wird in diesem teilweise gelöst und ständig neu formiert. Fortschritte bei der Befriedigung der Bedürfnisse setzen deshalb Innovationen voraus. Revolutionäre Veränderungen beziehen sich auf alle Elemente des Arbeitsprozesses, auf sein Ergebnis (Produkte und Leistungen), die eingesetzten materiellen und geistigen Ressourcen sowie die Art und Weise seiner technologischen Gestaltung. Der Grundwiderspruch der Entwicklung erscheint im Verhältnis zwischen Mensch, Natur und Technik (Sozio-, Öko- und Technosphäre) nur in einer abgewandelten Form.

Eine Gesellschaftskonzeption hat dann eine langfristige Überlebenschance, wenn sie von der einseitigen Profitorientierung ebenso Abschied nimmt, wie von einer Bedürfnisentwicklung, die sich mehr oder weniger als Nachvollzug der kapitalistisch geprägten Konsumtionsverhältnisse versteht. Entwicklungen in Polen, Ungarn, der DDR und der CSSR lassen hieran kaum noch Zweifel aufkommen. Marxistisch kann eine Wirtschaftstheorie dann genannt werden, wenn sie in der Lage ist, in ihr Bedürfnisspektrum die Aneignung der Natur im Sinne ihrer uneingeschränkten ökologischen Funktionsweise und der Arbeit im Sinne menschengerechter und kreativitätsfördernder Arbeitsbedingungen einzubeziehen. Nur unter diesen Voraussetzungen können die geistigen und materiellen Ressourcen unter der Ägide eines ethischen Wirtschaftsprinzips genutzt werden, d.h., die Verantwortung für den Fortbestand der Menschheit wird übernommen, nachfolgende Generationen werden nicht benachteiligt, und die Integrationsfähigkeit des Menschen in die Natur wird bewahrt.

Bisher vollzogen sich die wissenschaftlich-technischen Revolutionen in Form der Mechanisierung (Prototyp Dampfmaschine), Elektronisierung (Prototyp Computer) und Automatisierung (Prototyp Roboter). Zunächst erfolgte eine Unterordnung der körperlichen Arbeit durch die Substitution des quantitativen Aspekts bzw. Kraftaufwands als Anhängsel der mechanischen Maschinen. Dieser Vorgang war und ist von einer unglaublichen Schändung der Natur begleitet. Später wiederholte sich ein ähnlicher Prozeß, nur bezogen auf die quantitative Komponente der geistigen Arbeit, den der massenweise Einsatz der elektronischen Maschinen auslöste. Die Verschmutzung erfaßte nun auch den geistigen Bereich. Das kulturelle Leben litt in den hochindustrialisierten Ländern unter erschreckenden Deformierungen, die sich weiter verstärken und Langzeitwirkungen hervorrufen. Die von fortschrittsgläubigen Computerfachleuten betriebene Formalisierung des Wissens drängte die Kreativität an den Rand. Schließlich war auch die Geschicklichkeit (der qualitative Aspekt der körperlichen

Arbeit) nicht mehr an die lebendige Arbeit gebunden und die automatisierte Fabrik geboren. Massenkonsum und brachliegende Arbeitskräfte mit spezialisierten Profilen sorgten für neue Formen der Verschmutzung.

Die menschliche Gesellschaft hat sich bei der Beherrschung der genannten drei "Revolutionen" als unfähig erwiesen, weil es ihr nicht gelang, die negativen Begleiterscheinungen in den Arbeits- und Naturprozessen zu vermeiden.

Selbstorganisation und evolutionäre Entwicklung

Zukünftig wird das Prinzip der Selbstorganisation (Prototyp selbstorganisierendes System) in die Arbeitssphäre eindringen und die Elemente des Produktionsprozesses in ihrer komplexen Wirkungsweise verändern. Die Entwicklung intelligenter Systeme mit Lernverhalten (qualitativer Aspekt der geistigen Arbeit) bewirkt, daß der Mensch vollends aus dem Produktionsprozeß heraustreten kann, den er in der Phase der Automatisierung noch kontrolliert, überwacht, repariert und wartet. Die Lösung dieser Aufgaben verlangt ein Höchstmaß an Intelligenz und Kreativität. Werden diese Prozesse im Sinne evolutionärer Strukturen gestaltet, also weitgehend dem Verhalten in der Natur abgelauscht und nachempfunden, besteht eine langfristige Überlebenschance für einen funktionsfähigen Wirtschaftsmechanismus zum Nutzen der gesamten Gesellschaft. Die damit verbundenen Freisetzungen qualifizierter Arbeitskräfte stellen an eine zukünftige Wirtschaftsordnung höchste Ansprüche bei der Realisierung der Vollbeschäftigung, d.h., Mobilität, Flexibilität und Kreativität werden zu Grundbedingungen des Arbeitsprozesses.

Eigentum und Wissen

Die zu den nachgefragten Produkten und Leistungen hinführenden Produktionsprozesse stützten sich je nach Verarbeitungsstufe auf Naturbedingungen, benötigen Rohstoffe, Materialien, Energie, Maschinen, Anlagen, Technologien und Informationen. Alle diese Faktoren werden von der lebendigen Arbeit bewegt und zu einem konsumtionsfähigen Ergebnis gebracht. In diesen Produktionsprozessen wächst die Bedeutung der Informationen unaufhaltsam. Ohne Wissen, Know-how, neue Ideen für Produkte und Technologien, Erfindungen, Daten, Kennziffern, Expertenschätzungen ist eine moderne Produktion nicht mehr durchführbar. Damit erhält die geistige Arbeit auch einen höheren Stellenwert bei der Produktion von Eigentum. Bedingt durch die rasante Wissensakkumulation und die damit einhergehende Vergrößerung des Anteils der geistigen Arbeit erhöht sich die Rate des moralischen Verschleißes der Produktionsfaktoren und Konsumgüter. Das Eigentum an den Produktionsmitteln erneuert

sich in einem beschleunigten Tempo, weil das neue Wissen eine rasche Materialisierung erfährt und die Innovationszeiten neuer Technologien und Produkte drastisch verkürzt werden. Die kreative Arbeit wird zur bedeutendsten Ressource des Reproduktionsprozesses.

Aus dieser Tatsache ergeben sich Konsequenzen hinsichtlich der internationalen Kooperation zwischen sozialistisch und kapitalistisch geprägten Wirtschaftssystemen und ihren Eigentumsformen. Breites Einvernehmen besteht sicher in der Frage, daß der Grund und Boden in einem sozialistisch orientierten Wirtschaftssystem gesellschaftliches Eigentum bleibt und nur bis zu einem bestimmten Teil verpachtet werden kann, so daß die Grundrente in jedem Falle dem Gemeinwohl zugute kommt. Das Eigentum an den materiellen Produktionsmitteln sollte bei gemischten Unternehmen generell von der Majorität des gesellschaftlichen Eigentums bestimmt sein. Das setzt voraus, daß der Anteil des gesellschaftlichen Eigentums langfristig mindestens im gleichen Maße wächst wie der Anteil des privaten, ansonsten käme es zu einer Renaissance dominierender kapitalistischer Verhältnisse. Durch die Abkehr von der 49-Prozent-Sperre für privates Kapital werden soziale Recht und Leistungen zusehends abgebaut. Unter dem Deckmantel der Rationalität fielen damit die letzten Bastionen einer sozialistischen Produktionsweise.

Das Kapital wird seine Verwertungschancen in der Zukunft verstärkt in zwei Richtungen wahrnehmen. Erstens wird es versuchen, Grund und Boden als Eigentum zu erwerben und die Möglichkeiten der Kapitalbeteiligung voll auszuschöpfen. Zweitens wird es sich bemühen, an der Ausbeutung der kreativen Arbeit teilzuhaben (u.a. durch gezielte Abwerbung). Das Interesse an den überalterten Grundfonds (Gebäude, Anlagen, Maschinen, Infrastruktur) und den spärlichen materiellen Ressourcen der DDR dürfte sich in Grenzen halten. Die Degradierung der DDR als Billiglohnland könnte in der langfristigen Perspektive am wachsenden Selbstbewußtsein der Werktätigen scheitern, ebenso wie sich der in der Anfangsphase der Kooperation noch häufig anzutreffende Transfer bereits veralteter Technologien von West nach Ost überlebt wird. Deshalb ist die internationale Diversifizierung des Kapital-, Technologie- und Wissenstransfers ein Gebot der Stunde. Diese Prozesse müssen durch eine Demokratisierung des Arbeitslebens wesentlich abgekürzt werden. Starke Betriebsräte, einheitlich agierende Gewerkschaften, Mitsprache der Öffentlichkeit, Selbstverwaltungsmodelle und eine ausgeprägte Identifikation mit dem gesellschaftlichen Eigentum sind dafür verlässliche Garantien. Kooperation, bei der die Majorität des gesellschaftlichen Eigentums anerkannt wird, könnte sich zum gegenseitigen Vorteil entwickeln und Erpressung weitgehend ausschließen.

Produktive Arbeit

Unermesslichen Schaden richtete in der Vergangenheit die enge und verkürzte Auffassung vom Charakter der produktiven Arbeit in der politischen Ökonomie des Sozialismus an. Die Meinung, produktive Arbeit werde nur in den Bereichen der materiellen Produktion verausgabt, einschließlich derjenigen, die aufgrund der Arbeitsteilung Modifikationen an den materiellen Gebrauchswerten vornehmen, erwies sich als Fortschrittsbremse. Die immer wichtiger werdende geistige Arbeit, insbesondere ihre schöpferische Komponente, konnte sich nicht entfalten, da Wissenschaft, Bildung und Kultur als konsumtiv abgestempelt, nicht als Quelle von Innovationen erkannt, geschweige in angemessener Weise gefördert wurden. Die vorrangige Ausrichtung des Bedürfnisspektrums auf materielle Produkte, nicht zuletzt durch westliche Lebensart bedingt, dominierte auch dann noch, als sich bereits deutliche Wandlungen bei den Bedürfnissen abzeichneten (Umwelt, Infrastruktur, Arbeitsbedingungen, Gesundheitswesen, Kommunikation), die ein radikales Umdenken bei der Gestaltung traditioneller Produktionsprozesse erforderlich machen.

Geistige Arbeit birgt die gleiche Potenz zur produktiven Arbeit in sich wie körperliche. Sie ist immer dann produktiv, wenn sie an der Befriedigung eines gesellschaftlich anerkannten Bedürfnisses beteiligt ist, wenn sie im Spannungsverhältnis zwischen gesellschaftlichen Bedürfnissen und vorhandenen Ressourcen ausgleichend wirkt und einen Beitrag zur Ökonomie der Zeit leistet. Sie ist unproduktiv, wenn das geschaffene Produkt keine gesellschaftliche Anerkennung findet. Der schöpferische geistige Arbeitsprozeß und mit ihm sein wissenschaftliches Ergebnis sind in den Fällen, wo es um neue Erkenntnisse und Lösungen geht, mit Unsicherheiten behaftet, oftmals mit einem sehr hohen Risiko verbunden. Es stellt sich vielfach erst viel später heraus, ob die geistige Arbeit produktiv war oder nicht. Voreilige Schlüsse über ihren produktiven Charakter zu ziehen, verbietet sich auch deshalb, weil es im Falle der gesellschaftlichen Anerkennung auf dem Markt ausreicht, am arbeitsteiligen Prozeß mit seinen differenzierten Zeitabläufen und Strukturen beteiligt gewesen zu sein. Dieser Prozeß verzweigt und vernetzt sich ständig. Abgrenzungen erweisen sich immer mehr als in die Irre führend.

**Geistige Arbeit
und die Befriedigung
von Bedürfnissen**

Kreative Arbeit

Die kreative Komponente der geistigen Arbeit ist konkrete, nützliche Arbeit und zugleich komplizierte Arbeit, wobei hier der Marx'schen Terminologie gefolgt wird. Sie ist damit eine Kategorie des Arbeitsprozesses, aber gleichzeitig auch des Wertbildungsprozesses, da die Wertübertragung der Produktionsmittel auf das Produkt durch die konkrete, nützliche

Arbeit vollzogen wird. Nach dieser Auffassung haben Neuwertbildung durch die abstrakte Arbeit (einfache gesellschaftliche Durchschnittsarbeit) und kreative Arbeit nichts miteinander gemein, was allerdings nicht von der Aufgabe befreit, bei Wertbetrachtungen die komplizierte (kreative) Arbeit auf einfache gesellschaftliche Durchschnittsarbeit zurückzuführen, um einen Vergleichsmaßstab für die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit auf die einzelnen Produktionssphären entsprechend der Bedürfnissituation zur Verfügung zu haben. Hieraus erklärt sich auch der Charakter von Innovationen als ausnahmsweiser Produktivkraft, die nur solange einen Extragewinn garantieren, bis sie durch den Diffusionsprozeß zum gesellschaftlichen Durchschnitt tendieren und damit wertbestimmend werden. In diesem Prozeß ist nicht die Verausgabung von Arbeit schlechthin als abstrakte Arbeit bestimmend, sondern einzig und allein die Fähigkeit der konkreten, nützlichen Arbeit, vorhandene Werte auf neue Produkte zu übertragen, und zwar in einer Art und Weise, daß dadurch die Produktivität der Arbeit gesteigert wird. Das ist der Kern einer Innovationstheorie.

Marx lenkte die Aufmerksamkeit auf die gesellschaftliche Kombination der Arbeit und "die diesen gesellschaftlichen Kombinationen entsprechende Entwicklung der Arbeitsmittel".¹ Schumpeter spricht von der "Durchsetzung neuer Kombinationen".² Wie, wann, wo, unter welchen Umständen, Voraussetzungen und Bedingungen neue Kombinationen entstehen, hängt von der Spezifik und Förderung der kreativen Arbeit ab, der Quelle von Innovationen. Dieser Prozeß muß als dynamisch, nichtlinear, diskontinuierlich und risikoreich charakterisiert werden. Sein Resultat ist eine wachsende Vergesellschaftung der wissenschaftlich-technischen Arbeit, weil es zunehmend gelingt, den körperlichen Kraftaufwand, Geschicklichkeit (Virtuosität), geistige Routinetätigkeiten und intelligente Prozeduren durch Maschinen ausführen zu lassen. Eine Vergesellschaftung der schöpferischen Komponente der geistigen Arbeit selbst stößt naturgemäß auf engere Grenzen als das bei Routinetätigkeiten und intelligenten Prozeduren der Fall sein wird. Das bedeutet jedoch nicht, daß nicht durch Förderungsmaßnahmen und Organisationsformen ideale Bedingungen geschaffen werden könnten, um kreative Fähigkeiten zu fördern. Da sich schöpferische Denkprozesse nur in äußerst beschränktem Maße antizipatorisch aufklären, geschweige in ein starres Planungskonzept pressen lassen, ist das damit verbundene Risiko relativ groß. Jede gegenwärtig existierende Volkswirtschaft ist bei Strafe ihres Untergangs gezwungen, sich diesem Risiko zu stellen und die kreative Komponente der geistigen Arbeit *bedingungslos* zu fördern.

Die Grundlage für die weitere Vergesellschaftung der wissenschaftlich-technischen Arbeit besteht darin, daß sich aufgrund der kreativen Arbeit neue Kombinationen im Produktionsprozeß durchsetzen, die in erster Linie die Arbeitsmittel betreffen, in der Zukunft jedoch verstärkt auf die Ar-

beitsgegenstände (maßgeschneiderte neue Materialien) übergreifen werden. Damit wandelt sich die Stellung des Produzenten im Reproduktionsprozeß grundlegend.

Der Arbeitsprozeß vollzieht sich in enger Berührung mit der natürlichen Umwelt. Die Veränderung des Arbeitsprozesses durch Innovationen ist dabei von Störungen und Deformationen des Naturprozesses begleitet, vor allem dann, wenn diese Veränderungen abrupt, einseitig ausgerichtet (Profit, Bedarf) und massenhaft erfolgen. Zwischen den evolutionären Naturprozessen und den "revolutionären" wissenschaftlich-technischen Innovationen kann sich dann - wie die Vergangenheit zeigt - keine Harmonie einstellen. Der Übergang der zivilisierten Menschheit aus dem Zustand der durch Krisen erschütterten Biosphäre in die Noosphäre, der nach W.I. Wernadski gesetzmäßig erfolgt, wird damit auf die Probe gestellt.

Arbeitsprozeß und Störung der natürlichen Umwelt

Plan und Markt

Zur praktischen Lösung der Probleme in marxistisch orientierten Wirtschaftssystemen fehlt es nicht an Ansätzen. Eine Kombination von Plan und Markt entspricht den realen Wirtschaftsprozessen und führt zu folgendem Modell: Humanität durch Planung; Rationalität durch Markt. *Humanität* gründet sich auf gesamtgesellschaftliche (zentrale oder regionale) Entscheidungen, die aus der öffentlichen Meinungsbildung aller relevanten Interessengruppen hervorgehen und vor allem die Beschäftigung, die Ökologie, das Eigentum, die Informiertheit, die Bildung, das Gesundheitswesen und die Infrastruktur betreffen. *Rationalität* stützt sich auf dezentralisierte, auf Wettbewerb ausgerichtete Aktionen der Wirtschaftssubjekte, die Innovationen hervorbringen, den Ressourceneinsatz organisieren und auf die individuelle Bedarfsbefriedigung orientiert sind. In der zukünftigen Wirtschaftsordnung gibt es also sowohl planmäßig gestaltete Prozesse als auch Marktbeziehungen. Die generelle Aufgabe leitet sich aus dem Grundwiderspruch zwischen der Entwicklung der gesellschaftlichen Bedürfnisse und den vorhandenen Ressourcen ab. Konkreter formuliert verbirgt sich dahinter das Angleichen von Angebot und Nachfrage.

Wie aus den Analysen kapitalistischer Wirtschaftssysteme ersichtlich ist, erweisen sich *Marktbeziehungen* dann als vorteilhaft, wenn es bei der Bilanzierung von Angebot und Nachfrage um folgende Aufgaben geht:

- individuelle Zielrealisierung (*zahlungsfähige Nachfrage*),
- kurzfristige Veränderungen der Kundenwünsche (Stil-, Geschmacks- und Verbrauchswandel, individuelle Anforderungen an Produkte und Leistungen, Qualitätsveränderungen, Sortimentsvielfalt) und

- flexible Reaktionen auf Innovationen (in den unterschiedlichsten Phasen, z.B. Erfindungen, wissenschaftliche Problemlösungen, Patente, Imitation, Diffusion).

Das *Prinzip der Planmäßigkeit* für den Ausgleich von Angebot und Nachfrage zeigt sich hingegen überlegen bei

- gesellschaftlichen Zielrealisierungen (Werte, Rechte, fundamentale Bedürfnisse),
- Strukturveränderungen mit komplexen Implikationen (Informations-, Biotechnologie, neue Materialien etc.),
- der Konzentration der Kräfte und Mittel auf Schwerpunkte (Hochtechnologien, Energie- und Umweltprobleme),
- der Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Verflechtungen und
- der Nutzung strategisch bedeutsamer Ressourcen (Roh- und Brennstoffe, Kreativität).

Diese Aufgaben sind dadurch charakterisiert, daß sie strategische Bedeutung für die Wirtschaft haben, daß mit ihnen komplexe Auswirkungen auf alle Bereiche des Lebens verbunden sind und daß sie nur in Alternativen für die Entscheidungsfindung angeboten werden können, die aus einem gesellschaftlichen Klärungsprozeß hervorgeht. Dazu bedarf es eines gründlichen *Umdenkens* im Planungsverständnis. Planung im Sinne alternativer Strategien hat orientierenden, empfehlenden und systemstabilisierenden Charakter. Hier handelt es sich nicht um Gegensätze zwischen Plan und Markt, sondern um Maßnahmen zur rationellen Funktionsweise des ökonomischen Mechanismus, die einander ergänzen und sich gegenseitig bedingen.

Das Prinzip der Planmäßigkeit wird für die Realisierung derjenigen Grundrechte gefordert, die ein humanes Wirtschaftssystem auszeichnen. Dazu zählen vor allem die Recht auf Partizipation am gesellschaftlichen Eigentum, allseitige Information, Arbeit und humane Arbeitsbedingungen, demokratische Mitbestimmung, Frieden und Sicherheit, Bildung und Erziehung, Gesunderhaltung, Wohnung, Erhaltung und Schutz der natürlichen Umwelt sowie funktionsfähige öffentliche Infrastruktur.

Diese Grundrechte bzw. Grundbedürfnisse sind gesellschaftlich zu befriedigen, d.h., jedes Mitglied der Gesellschaft kommt *unabhängig von seiner Stellung* in den Genuß dieser Rechte. Marktbeziehungen erweisen sich hier als untaugliche Instrumente, da sie früher oder später zu einer sozialen Differenzierung führen würden.

Wenn man das Prinzip "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung" akzeptiert, müssen auch ausreichende Möglichkeiten zur Befriedigung der aus den Leistungen resultierenden Bedürfnisse gegeben sein. Hier kann sich die Individualität der einzelnen Mitglieder der Gesellschaft durch die Konsumtion von Gütern und Leistungen ausprägen. Der Indivi-

dualität entspricht demzufolge ein bestimmtes Bedarfssortiment, das je nach Charakter, Fähigkeiten, Wünschen, Lebensstil, sozialen und demographischen Aspekten differiert. Hier wird und muß es Unterschied geben, sonst fehlt ein entscheidender Anreiz des Leistungsverhaltens, denn die Arbeit ist in dieser Phase der Entwicklung noch nicht als allgemeines Bedürfnis der Gesellschaft akzeptiert. Insbesondere ihre kreative Komponente bedarf einer ausreichenden Stimulierung, andernfalls kommt es zu Stagnationserscheinungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Marktbeziehungen erweisen sich als adäquate Mechanismen zur Befriedigung der nachfolgend aufgeführten Bedürfnisse: Ernährung, Bekleidung, Gestaltung der Arbeits-, Wohn-, Bildungs-, Erziehungs- und Kommunikationsbedingungen, der individuellen Ortsveränderung, der Freizeit und der Gesundheitspflege.

Marktbeziehungen erweisen sich als adäquate Mechanismen

Aufgrund des spezifischen (individuellen) und stark veränderlichen Charakters dieser Bedürfnisse ist eine Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage nur durch einen äußerst flexiblen Mechanismus möglich - durch die konsequente Ausnutzung von Marktbeziehungen auf der Grundlage des Wertgesetzes. Das betrifft die Mehrzahl der Betriebe, Kombinate und Dienstleistungseinrichtungen, die in allen Phasen des Produktionsprozesses an der Herstellung und Verteilung der Produkte und Leistungen (Realisierung des Angebots) beteiligt sind.

Wie lassen sich auch hier gesellschaftliche Ziel- und Nutzungsvorstellungen realisieren, komplexe Folge- und Nebenwirkungen einschränken und strategische Konzepte durchsetzen, so daß von einer spontanen Marktregulierung nur sehr eingeschränkt gesprochen werden kann?

Die Antwort hierauf kann nur lauten, daß sich die unterschiedlichen Interessenvertreter (hinter denen sich diversifizierte Eigentumsverhältnisse bei Dominanz des gesellschaftlichen Eigentums und in jeder Hinsicht offene Informationsbeziehungen verbergen), die sich beispielsweise auf die natürliche Umweltsituation, die sozialen Verhältnisse und die Rationalität des Wirtschaftens beziehen, über einen konsistenten langfristigen (oder strategischen) Plan einigen, der Eckpunkte setzt, grundlegende Proportionen berücksichtigt und komplexe Auswirkungen erfaßt. Innerhalb eines derartig strukturierten Planes gibt es ausreichenden Raum zur Realisierung von Marktbeziehungen. Überall dort, wo der Konsument seine zahlungsfähige Nachfrage individuell befriedigt und seine Handlungen (wie die der beteiligten Produzenten) keine negativen sozialen und ökologischen Folgen nach sich ziehen, sind Marktbeziehungen die rationellste Form des Wirtschaftens. Überall dort, wo ein gesamtgesellschaftliches Interesse vorliegt und gegen die Humanität gerichtete Folgen auftreten können, ist Planung erforderlich. Einen geeigneten Mechanismus, diesem Wechselspiel von

Plan und Markt auch den nötigen Nachdruck zu verleihen, den Plan nicht nur zur bloßen Alibifunktion zu verdammern und den Markt nicht ausufern zu lassen, findet man in direkten und indirekten makroökonomischen Regulierungen, die aufeinander abgestimmt sein müssen.

¹ K. Marx, Theorien über den Mehrwert; MEW, Band 26.1, Berlin 1965, S. 368.

² J. Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung; Berlin (West) 1952, S. 100.

Christine Eifler

Neue Frauen hat das Land!

Mit dem Umbruch der Gesellschaft in der DDR steht die Frauenfrage nun endlich zur öffentlichen Diskussion. Und dies in kontroverser Form: scheiden sich doch die Geister an der Anerkennung der Eigenständigkeit der Frauenfrage und ihres Wechselverhältnisses zu gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsproblemen.

So bekundet eine Leserin an das *Neue Deutschland* ihre Ablehnung eines Frauenministeriums, einer Frauenarbeitsgemeinschaft in der SED-PDS sowie der Einführung der Quotenregelung mit folgenden durchaus repräsentativen Argumenten: "Sind Frauen etwas Besonderes? Ich bin für Gleichberechtigung. Jede Funktion sollte mit Menschen (Frauen und Männer) besetzt werden, die dazu die Fähigkeit haben. (...) Das Leistungsprinzip muß entscheiden. (...) Oder gibt es jetzt männliche und weibliche Genossen? Auch Frauen müssen in die Lage versetzt werden, bei fachlicher Qualifikation sich beruflich zu entwickeln, ohne die Familie zu vernachlässigen. (...) Bei allen Problemen, die zur Zeit anstehen, verbleibt doch eins: Wir sind Frauen und wollen es doch bleiben."

Und im Brief eines Lesers wird auf die Wortmeldung von Frauenforscherinnen zur konsequenten Berücksichtigung frauenspezifischer Fragestellungen in der Politik der Erneuerung eingewandt: "Nieder mit Quotenregelungen. Alle Ebenen sind mit Männer-Vetorechten auszustatten. (...) Ich bin kein 'Männerforscher', aber ich glaube, daß sachliche Arbeit und Durchsetzung unserer Gesetze mehr und grundsätzlicher helfen als solche Forschungsergebnisse".

Die zum Teil ängstlich-aggressiven Reaktionen auf die Forderungen und programmatischen Absichten der neugegründeten Frauengruppen und Wissenschaftlerinneninitiativen lassen erkennen, daß die Politisierung und eigenständige Formulierung von Fraueninteressen noch nicht als unverzichtbarer und integraler Bestandteil einer existenznotwendigen Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens in der DDR betrachtet wird. Frauenpolitik erscheint nach wie vor als eine Sache, die man tun oder aber auch lassen kann, bzw. sie wird als ein unzeitgemäßes, jetzt nicht vorrangiges Problem aufgefaßt. Wie auch in anderen Bereichen der Gesellschaft zeigt sich an den Auseinandersetzungen um die Frauenfrage, daß das Bewußtsein und die Kenntnis um die realen Probleme der Menschen, der sozialen Strukturen und ihrer deformierten Gesellschaftlichkeit unterentwickelt sind und einem vereinfachten, unangemessen harmonistischen Gesellschafts- und Menschenverständnis unterliegen. Es hat seine Wurzeln

u.a. in einem statischen Sozialismusverständnis, wo die Proklamation seiner Ziele bereits als Realisation erscheint, statt Auslöser von wirklicher Bewegung zu sein.

Neue Frauenbewegung

Konsequente Zuwendung zur konkreten sozialen Lage der Frauen als Ausgangspunkt für eine alternative Frauenpolitik kennzeichnet die neue Frauenbewegung. Ihre basisdemokratischen Gruppen und Initiativen beschlossen am 3.12.1989 die Gründung eines Unabhängigen Frauenverbandes (UFV), der die unterschiedlichen Aktivitäten koordinieren und gemeinsame Interessen öffentlich vertreten soll. Im März 1990 ist sein Gründungskongreß vorgesehen. Koordinierungsrat und Sprecherinnen wurden gewählt; letztere vertreten den UFV am Runden Tisch. Mit dem Ziel, eine aktive Gleichstellungspolitik zu befördern, versteht sich der UFV als links und feministisch orientiert. Er beabsichtigt, falls das Parteiengesetz die Wählbarkeit von Bürgerbewegungen und Massenorganisationen möglich macht, sich zur Wahl zu stellen.

Eine wichtige Chance für die Beförderung der Frauenfrage stellen die unterschiedlichen Aktivitäten von Frauenforscherinnen dar, die ihre Arbeiten für die Entwicklung eines öffentlichen Bewußtseins über die reale Lage der Frauen und für eine wirksame Interessenvertretung nutzen wollen. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben dürfte darüber hinaus darin bestehen, die wissenschaftlichen Ergebnisse aus einer zum Teil langjährigen Tätigkeit öffentlich zu machen, interessierte Frauen für eine Zusammenarbeit zu Problemstellungen weiblicher Individualitätsentwicklung zu motivieren sowie Frauenforschung zu institutionalisieren.

Bei allem Suchen um Programmatik, Arbeitsstrukturen und Organisationsformen ist der neuen Frauenbewegung die Ablehnung einer von "oben" verordneten Frauenpolitik gemeinsam. Ihre Existenz ist bereits selbst Ausdruck eines Verständnisses, daß die Frauen ihre Interessen selbstbestimmt vertreten müssen. Die neue Frauenbewegung repräsentiert vor allem Frauen, die mit der öffentlichen Versicherung aufgewachsen sind, die Frauenfrage sei in der DDR gelöst und garantiere so gleiche Lebenschancen für Frauen und Männer. Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, Berufstätigkeit und Familienorientierung erschienen als selbstverständliche individuelle und realisierbare Lebensansprüche von Frauen. Allerdings erwiesen sich die Erfahrungen ihrer Umsetzung problematischer als die Zusagen über bereits überwundene Diskriminierungen. In dem nun begonnenen Dialog über die weitere Entwicklung der DDR gilt es, aus der Krise des administrativen Sozialismus ein neues Gesellschaftskonzept zu entwickeln, in dem die Frauenfrage neu zu stellen ist.

Was heißt nun Überwindung eines administrativen Verständnisses in der Frauenfrage? Welcher ursächliche Zusammenhang existiert zwischen der ungelösten Frauenfrage und dem Scheitern dieses undemokratischen Sozialismus? Oder gilt es nur endlich konsequent zu verwirklichen, was Frauenförderungspläne, Verordnungen und Gesetze für Frauen vorsahen?

Wie für andere Bereiche gilt auch für die Frauenfrage, daß **erst einmal ins öffentliche Bewußtsein gelangen muß, was sich auf diesem Gebiet in den letzten Jahren an realen Entwicklungen vollzogen hat.** Die nicht mehr auf Wirkung hinterfragten Verkündigungen und Maßnahmen zur angeblich ständig sich weiterentwickelnden Gleichberechtigung von Frauen **verstellten die Realität der vielfältigen Benachteiligungen in allen Bereichen der Gesellschaft.** Sie sind Teil der undemokratischen Strukturen, mit **großem Gewicht für die nicht genutzten Chancen der Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft.**

Öffentliches Bewußtsein muß in der Frauenfrage erst geschaffen werden

Allein die analytische Aufarbeitung des Bereichs der Kindererziehung zeigt grundsätzliche Beschränkungen, die sich sowohl im Privaten wie Gesellschaftlichem zeigen. Familiäre und gesellschaftliche Arbeitsteilung führen zu der Situation, daß Kinder und Jugendliche fast ausschließlich von Frauen erzogen und ausgebildet werden. "Unsere Muttis" müssen in ihren hoch gepriesenen "Mütterjahren" neben der Kinderpflege durch ein deutliches Maß an Mehrarbeit die ungelösten gesellschaftlichen Probleme der Versorgung, der Dienstleistungen und Gesundheitspflege bewältigen.

Im öffentlichen Leben dominiert ein Bild von der Schönheit und Erhabenheit des Mutterdaseins und familiärer Beziehungen, ohne daß über die notwendigen Bedingungen reflektiert wird, die eine Überforderung und Beschränkung der Lebensmöglichkeiten von Frauen verhindern. Die "Aufwertung" der Gebärwilligen durch soziale Maßnahmen unterschlägt die Ansprüche nach Individualitätsentwicklung von älteren, kinderlosen und lesbischen Frauen. Die Entscheidung für Kinder wird auf sozialpolitische Probleme reduziert und ihre Tragweite für die individuelle Entwicklung von Müttern und Vätern nicht thematisiert.

Die scheinbar selbstverständliche funktionale Ineinssetzung von Kinderpflege, -erziehung und Hausarbeit in der vorwiegenden Realisierung durch Frauen - ca. 75 % der Hausarbeit wird von ihnen geleistet - erweist sich nicht nur als Benachteiligung des weiblichen Teils der Gesellschaft, sondern als eine ebenso ernst zu nehmende Beschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern. Mit den sozialpolitischen Maßnahmen der Vergangenheit, die immer als großmütige Geschenke vom "Vater Staat" übergeben wurden, fand eine Festschreibung traditionell weiblicher Tätigkeiten statt, trotz der überwiegenden Berufstätigkeit von Frauen. Wie die familiäre Arbeitsteilung in der alten Form nicht überwunden wurde, erzeugte sie keinerlei Zwang, das Alltagsleben so umzuorganisieren, daß Frauen und Männer sich Kinderpflege und -erziehung, Haushalt,

Berufstätigkeit, Qualifizierung und frei verfügbare Zeit teilen können. Die Realisierung der von der Gesellschaft versprochenen Chancen nach gleichen Rechten wurden in den privaten Bereich verwiesen, die ungelösten und negierten Probleme der familiären Reproduktion privatisiert. Selbstbestimmte Lebensgestaltung wurde oft zum Privatkonflikt, wo die Möglichkeiten eigener Entwicklungen von Frauen wesentlich vom Verständnis des Mannes abhängig sind.

Die schlechteren Bedingungen, die sich daraus für Frauen ergaben, zeigen sich u.a. im starken Gefälle zwischen männlichem und weiblichem Arbeitseinkommen von ca. 25 %, dem deutlich geringeren Lebensstandard Alleinerziehender, der Unterschätzung der sozialen Absicherung älterer Frauen, in den Unterschieden der Wahrnehmung von Kultur, Freizeit, Qualifizierung, an der Teilnahme von Frauen an politischen Entscheidungs- und Durchsetzungsprozessen. Der weitgehende Ausschluß von Frauen aus Öffentlichkeit und Politik hat die Berücksichtigung ihrer Interessen nicht in dem Maße befördert, wie es eine Gesellschaft braucht, in der ihr Reichtum auf der Vielfalt der Individualitäten beruht.

Die Verkürzung der Frauenfrage auf das "Muttiwesen" bedeutet Verlust an Entwicklung gesellschaftlicher Strukturen, die sich an den wirklichen Bedürfnissen der Individuen ausrichten. Sie schließt die Tendenz einer allgemeinen Abwertung von Frauen in nicht frauenspezifischen Tätigkeiten ein, deren offensichtlichstes Zeichen die geringe Zahl von Frauen in hohen Leitungsfunktionen ist. Selbst in den Bereichen, in denen Frauen dominieren, so im Handel, den sozialfürsorgerischen und pflegerischen Berufen, ist die Entlohnung im Vergleich zu männlicher Tätigkeit geringer. Unter diesen Bedingungen hat sich die Auffassung verbreitet, daß Frauen Berufstätigkeit nur als Anhängsel zu ihren "eigentlichen" Aufgaben leisten sollen. Die Abwertung der Tätigkeit von Frauen, die tendenzielle Reduzierung auf ihre reproduktiven Potenzen, aber vor allem das Fehlen selbstbestimmter und politischer Interessenvertretung ist Teil der undemokratischen Strukturen, gegen die die neue Frauenbewegung angetreten ist.

Alternative Frauenpolitik

"Dieses Land muß zu einer Gesellschaft entwickelt werden, in der die Entwicklungsmöglichkeiten der Individuen das eigentliche Ziel sind, oder es wird dieses Land nicht mehr geben. Eine Gesellschaft, in der Arbeit und Konsum, Politik und Lebenswelt gestaltbar werden, gestaltbar durch sich selbstbestimmende und selbst verwaltende Subjekte. Das schließt eine optimale Entwicklung der Wirtschaft ein, aber so, daß sie nicht länger die lebensweltlichen Bedürfnisse und Interessen der Individuen dominiert, sondern für die individuelle Entwicklung freie gesellschaftliche Räume, frei verfügbare Zeiten und eine funktionale Gegenständlichkeit schafft."¹ Die neue Frauenbewegung will in den begonnenen Umbruch- und

Erneuerungsprozeß der Gesellschaft ihre Vorstellungen von einem selbstbestimmten Leben einbringen, in denen die Vielfalt und Verschiedenartigkeit von Lebensformen, Bedürfnissen und Individuen als Entwicklungschance und nicht als Bedrohung erfahren werden. Schaffung einer multikulturellen Gesellschaft, in der niemand wegen seiner Andersartigkeit ausgegrenzt wird, ist ein wichtiges Ziel wie auch das Eintreten für eine gesunde Umwelt.

Als wesentlichen und wirklich neuen Ansatz in der DDR muß die Forderung nach einer Frauenöffentlichkeit, der Schaffung von Frauenkulturzentren und Frauenpresse sowie unabhängiger Frauenforschungsinstitute und Frauenforschung angesehen werden. Diese Formen werden von den Basisgruppen als wichtige Mittel der Selbstverständigung und Arbeit betrachtet. Sie sind Ausdruck eines sich verändernden Politikverständnisses, das mit Basisdemokratie und alternativen Lebensbedürfnissen zu kennzeichnen wäre.

Als besonders dringliche aktuelle Aufgabe erweist sich die Sicherung der vorhandenen Rechte und sozialen Maßnahmen. Die begonnenen Umstrukturierungen in der Wirtschaft und der Verwaltung mit dem Ziel effektiverer Strukturen gefährden Frauen in besonderem Maße. Das Recht auf Arbeit, Umschulung und Umsetzung auf andere Arbeitsplätze muß mit der Beteiligung der Frauen und Betriebsräten erhalten bleiben. Quotierung in allen Bereichen der Gesellschaft, in den politischen Organisationen und Bürgerbewegungen sollen die Rechte der Frauen zukünftig sichern helfen.

Überwindung der Theoriedefizite

Gesellschaftlicher Fortschritt ist ohne Theoriefortschritt nicht realisierbar. In der Frauenfrage heißt dies, daß Bewußtsein der Frauen über sich selbst und eine Gesellschaft, in der ihre Bedürfnisse angemessen realisiert werden können, zu entwickeln. Dieses Selbstbewußtsein muß sicher von der - noch nicht allgemein anerkannten - Erkenntnis ausgehen, daß die Herauslösung der Frauenfrage aus dem allgemeinen Emanzipationskonzept in Form des berühmt-berüchtigten Nebenwiderspruchs Teil der verkürzten Sicht auf die Gesellschaft ist.

Neben vielen anderen nicht bewältigten Problemen der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR bleibt die Realisierung von Selbstbestimmung und Identität von Frauen ungelöst. Und das vor allem, weil die Verkürzung der Frauenfrage auf das Soziale eben keine automatische Veränderung der familiären und gesellschaftlichen Arbeitsteilung mit sich bringen konnte. Insofern müssen die Vorstellungen zur Lösung der Frauenfrage ein erweitertes Verständnis erfahren. Dazu gehört vor allem ein zu förderndes Bewußtsein von der politischen Dimension privater, individueller

Ausdrucksformen eines neuen Politikverständnisses

Beziehungsstrukturen. Individuelle Vergesellschaftung erfolgt geschlechtsspezifisch. In den individuellen Lebenslagen erfährt das Individuum die gesellschaftlichen Widersprüche als Konflikte seines Daseins. Der Zustand der Gesellschaft, ihre Wertvorstellungen sowie die Räume, die sie für die Bewältigung des Privaten eröffnet, sind von direktem Einfluß für die Ausprägung der individuellen Besonderheiten, wie letztere auf den gesellschaftlichen Reichtum zurückwirkt. Die Utopie einer Gesellschaft, in der die vielfältigen Benachteiligungen von Frauen überwunden sind, ist sehr eng mit der Frage wie wir leben wollen verbunden. Sie setzt das massenhafte, bewußte, veränderte individuelle Handeln auf veränderten Werten voraus. Sie müssen von einem Verständnis von Gesellschaftlichkeit bestimmt sein, wo die Einmaligkeit und Besonderheit eines Individuums nicht einem abstrakten gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang geopfert wird. Das setzt aber ebenso voraus, daß die Spezifik der Individuen in der Einheit von biotischen, psychischen und sozialen Faktoren bestimmt ist. Eine Aufgabe, die für die Bestimmung der geschlechtsspezifischen Lage von Frauen noch zu lösen ist.

Auf der Suche nach einem fortschrittlichen Konzept zur Lösung der Frauenfrage werden die feministische Theorieentwicklung und die Erfahrungen der Frauenbewegung in den westlichen Ländern verstärkte Aufmerksamkeit erhalten. Für die Ausstrahlung der neuen Frauenbewegung wird es u.a. auch wichtig sein, inwieweit die Unkenntnis bzw. Ignoranz gegenüber feministischem Denken überwunden wird. Noch all zu oft wird es mit Männerhaß oder Lesbischsein gleichgesetzt und abgewertet. (So wird Alice Schwarzer im ersten Interview von Journalistinnen der Frauenzeitschrift "für dich" u.a. gefragt, ob die "Emma" sich tatsächlich vor allem an lesbische Frauen wende bzw. ob Alice Schwarzer nicht doch lieber mal zu "anderen" als Frauenthemen schreiben möchte!) Das Verhältnis von Klasse und Geschlecht, die Eigenständigkeit geschlechtsspezifischer Unterdrückung von Frauen, der Wandel von Frauen- und Männerbildern, aber vor allem das Verhältnis zu männlichen dominierten Politikformen und Organisationen sind diskutierte Themen, die internationalen Erfahrungsaustausch geradezu herausfordern.

Die neue Frauenbewegung hat wesentliche Felder einer Demokratisierung unserer Gesellschaft von den Interessen der Frauen aus thematisiert. Welche Chance sie zu ihrer Verwirklichung hat, wird wesentlich davon abhängen, für welchen Entwicklungsweg die DDR sich entscheidet. Frauen haben in der gegenwärtigen Diskussion um die Zukunft ihres Landes wichtige Argumente für die Erhaltung der Eigenstaatlichkeit. Ihre Reichweite wird davon abhängen, ob es gelingt, das Zerbrechen der sozialen und kulturellen Identität mit den Emanzipationsansprüchen aus 40 Jahren DDR aufzuhalten. Denn: "Schon werden die Auswege im 'Land der Väter' gesucht. Aber wollen wir uns etwa mit den Herren in Bonn wiedervereinigen, die Diktatur des Politbüros durch die Diktatur des Bundeskanzleramtes ersetzen? Wiedervereinigung hieße in der Frauenfrage drei

Schritte zurück. Es hieße überspitzt gesagt: Frauen zurück an den Herd. Es hieße: wieder kämpfen um das Recht auf Arbeit, kämpfen um einen Platz für den Kindergarten, um die Schulspeisung. Es hieße, vieles mühsam Errungene aufzugeben, statt es auf eine neue qualitative Stufe zu heben."²

1 "Neue Männer hat das Land!" Und Frauen?, Erklärung von Ina Merkel zur Gründung des Unabhängigen Frauenverbandes; in: für dich, 1/1990.

2 Ebenda.

Dietmar Düe / Karl Hermann Tjaden

Kapitalismus o. k. - Sozialismus passé?

Gesellschaftliche Entwicklungserfordernisse und Entwicklungsansätze in BRD und DDR

Es scheint heute so zu sein, als ob das Kapital und die Konkurrenz als die Prinzipien kapitalistischer Ökonomie das Volkseigentum und die volkswirtschaftliche Planung und Leitung als die Prinzipien des Sozialismus endgültig besiegt haben. Es scheint, als habe sich endgültig bestätigt, daß die einzelwirtschaftliche der gesamtwirtschaftlichen Rationalität überlegen ist. Geht man jedoch davon aus, daß es die Aufgabe einer Gesellschaft ist, die Verhältnisse der Menschen zueinander und zur Natur vernünftig, menschenwürdig und kräftesparend zu gestalten, so erscheinen die Verhältnisse - jedenfalls diejenigen in der BRD und in der DDR - in einem etwas anderen Licht.

Ausgangspunkt aller Werturteile über die Verfassung und Entwicklung von Gesellschaften müssen die gravierenden ökologisch-technischen und ökonomisch-sozialen Probleme der gesellschaftlichen Reproduktion in der Gegenwart sein. Die Beurteilung von Gesellschaftssystemen muß insbesondere beachten, inwieweit diese

- a. derartige Probleme systematisch verursachen und
- b. fähig sind, zur Entschärfung und - perspektivisch - zur Lösung dieser Probleme beizutragen.

Allgemeine Probleme der gesellschaftlichen Reproduktion in beiden Systemen sind heute insbesondere: der Verschleiß von Naturressourcen, die Belastung der natürlichen Umwelt, die wachsende Bedeutung destruktiver und toxischer Prozesse und Produkte, Arbeitsbelastungen verschiedener Art, Defizite der individuellen und kollektiven Konsumtion und Belastungen der menschlichen Gesundheit.

Besondere Reproduktionsprobleme des Kapitalismus in der BRD sind vor allem: die Massenarbeitslosigkeit und die Verelendung bestimmter Bevölkerungsgruppen, die Fetischisierung des Konsums und schließlich die Investition in überflüssige Anlagen in Gestalt von Parallelkapazitäten, Überkapazitäten und überdimensionierten Produktions- und Transportsystemen.

Besondere Reproduktionsprobleme des Sozialismus in der DDR sind vor allem: ineffektive Nutzungen von Arbeitskraft, Naturressourcen und Grundfonds, die vorrangig mengenmäßige Entwicklung der Gütererzeugung und die Fetischisierung der wissenschaftlich technischen Entwicklung als "wissenschaftlich-technische Revolution".

Die falsche Nutzung von Arbeitsvermögen, Naturpotentialen und Sachvermögen für die gesellschaftliche Reproduktion sowie deren unzureichende Ausrichtung auf die Unterhaltsbedarfe von Mensch und Natur kennzeichnen beide Systeme, jedoch in unterschiedlicher Weise und aus unterschiedlichen Gründen: sie resultieren im kapitalistischen System aus der einzelwirtschaftlichen Optimierung der Aktivitäten konkurrierender Kapitale, während sie im Sozialismus Ergebnis eines etatistisch-technokratisch formierten Systems der Planung, Leitung und Wirtschaftsrechnung sind. Die genannten spezifischen Reproduktionsprobleme sind mehr oder minder direktes Resultat der jeweiligen Formen der Wirtschaftssteuerung, während die allgemeinen Probleme im Kern Folge einer Verselbständigung der Produktion technischer Produktionsmittel gegenüber den wirklichen Bedürfnissen der Gesellschaft sind, die der Kapitalismus - aufgrund des Mechanismus der rentabilitätsorientierten Konkurrenz - "erfunden" und die der Sozialismus bislang nicht überwunden hat, da sein autoritäres System der Wirtschaftssteuerung seine Reproduktionsprobleme technikfetischistisch zu überspielen trachtete.

Der Versuch, den Folgen dieser Verselbständigung der Produktionsmittel-Produktion zu begegnen, bringt angesichts der verschiedenen Systemvoraussetzungen in der bisherigen Entwicklung in BRD und DDR spezifische Ent- und Verschärfungen dieser allgemeinen Probleme hervor.

Spezifische und allgemeine Reproduktionsprobleme im Sozialismus

Der Verbrauch natürlicher Ressourcen z. B. wird im Kapitalismus einerseits betriebswirtschaftlich gesenkt, andererseits wird er durch das konkurrenzgetriebene Wirtschaftswachstum volkswirtschaftlich erhöht. Während im Sozialismus die Einsparung solcher Ressourcen erklärtermaßen ein wichtiger Punkt des gesamtwirtschaftlichen Programms ist, wird dies durch autoritäre Fehlsteuerungen einzelwirtschaftlicher Aktivitäten systematisch konterkariert.

Ein weiteres Beispiel: Die grundsätzliche Unterordnung der Konsumtion unter die Produktion im Kapitalismus wird seit langem durch das Vorantreiben der Arbeitsproduktivität auch in der Konsumgüterproduktion überspielt, aber durch die damit verbundene Arbeitskräftefreisetzung und immer neue Erzeugung von Arbeitslosigkeit auch wieder bestätigt. Diese auch im Sozialismus fortdauernde Unterordnung wird hier einerseits durch eine sozialpolitische Grundbedarfs-Subventionierung (die teilweise, etwa bei Energie und Nahrungsmitteln, Verschwendung hervorruft) entschärft, andererseits bei knapper werdenden Mitteln durch eine Konzentration auf großtechnische Investitionsprojekte und großmannsüchtige Prestigeobjekte wiederum verschärft.

Radikale Alternativen

Das zeigt, daß für die Bewältigung der jeweiligen (generellen wie spezifischen) Reproduktionsprobleme der beiden Systeme radikalere Maßnahmen erforderlich sind, als sie die bislang jeweils herrschenden (liberal-marktwirtschaftlichen oder autoritär-planwirtschaftlichen) Steuerungsmittel erlauben. Erforderlich sind offenbar einerseits eine Einschränkung der privaten Verfügungsmacht des Kapitals im Sinne gesellschaftlicher Ziele durch demokratische und staatliche Interventionen, andererseits eine Nutzung gesellschaftlichen Eigentums für die Gesellschaft mittels demokratischer und flexibler Wirtschaftssteuerung.

Ansätze, zu einer sachgerechten Bewältigung jener Aufgaben zu kommen, gibt es in beiden Systemen: in der BRD insbesondere zunehmend versierte ökologisch-soziale Bewegungen, politisch bewußte und fachlich kompetente Teile der Gewerkschaftsbewegung¹ und, last not least, weiter blickende Vertreter/innen des Unternehmenslagers; in der DDR insbesondere Wissenschaftler/innen, die über bestimmte Konstruktionsprinzipien einer menschen- und naturgerechten Wirtschaft nachdenken, weite Teile der Bevölkerung, die eine demokratische Selbstbestimmung in der DDR verwirklichen wollen, und, last not least, eine im Ansatz auf makroökonomische Rationalität ausgerichtete Wirtschaftsverfassung.

Für beide Gesellschaften gilt: soll eine wirklich vernünftige, menschenwürdige und kräftesparende Gesellschaftsverfassung erreicht werden, dann helfen Schlagwörter wie "ökologisch-soziale Marktwirtschaft" oder "marktwirtschaftlicher Sozialismus" nicht weiter, es sei denn, man füllt sie mit vernünftigen Inhalten. Insbesondere kommt es auf eine genaue inhaltliche Fassung der angestrebten gesellschaftlichen Zielzustände an.

Allgemeines Ziel ist sicherlich die Verwirklichung guter Arbeits- und Lebensbedingungen und die Optimierung des Stoff- und Energiedurchsatzes in der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion. In der BRD geht es dabei vor allem um die Erreichung der Vollbeschäftigung und die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, um die Durchsetzung rationaler Konsumstrukturen und um eine Lenkung der Investitionen auf vernünftige Zwecke, die den Bedürfnissen der Bevölkerung und des Naturhaushalts gerecht werden. In der DDR kommt es hierbei in erster Linie darauf an, die menschlichen und natürlichen Produktivkräfte besser zu entwickeln und zu nutzen, die gesellschaftlich produzierten Güter besser auf die wirklichen Bedürfnisse auszurichten und die wissenschaftlich-technische Entwicklung speziell der Arbeitsmittel nach menschlichen und natürlichen Maßstäben zu gestalten.

Die Erreichung des angestrebten gesellschaftlichen Ziels guter Arbeits- und Lebensbedingungen und optimaler Stoff- und Energiedurchsätze erfordert in beiden Gesellschaften die Realisierung bestimmter Prinzipien:

- a. eine Steuerung von Arbeitsaufwand und Gebrauchswerteigenschaften der Güter in der gesellschaftlichen Reproduktion zum Zwecke einer volkswirtschaftlichen Optimierung;
- b. die Internalisierung von externen Produktionsvoraussetzungs- und Produktionsfolgekosten in die Wirtschaftsrechnungen;
- c. die demokratische Kontrolle auf- bzw. auszubauender öffentlicher Schlüssel-sektoren der Volkswirtschaft.

Die Gemeinsamkeit wesentlicher Zielsetzungen und Grundsätze der anzustrebenden gesellschaftlichen Entwicklung im modernen Kapitalismus und Sozialismus sollte nicht darüber hinweg täuschen, daß sich die gesellschaftlichen Arbeits- und Eigentumsverfassungen und auch die Gesellschaftsformationen selber in der BRD und in der DDR bislang wesentlich voneinander unterscheiden, so daß neben den genannten verschiedenen Ansatzpunkten auch wesentlich verschiedene Grundvoraussetzungen jener Entwicklungen zu beachten sind, die der Umgestaltung oder der Ausgestaltung bedürfen.

Es ist davon auszugehen, daß Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft, auch in ihrer monopolistischen Ausprägung wie in der BRD, der Wettbewerb der Unternehmen um den Gewinn ist, während die sozialistische Wirtschaft, wie deformiert auch immer sie in der DDR verwirklicht worden ist, im Prinzip durch eine Ausrichtung der Volkswirtschaft auf Bedürfnisbefriedigung gekennzeichnet ist. Soll also der Kapitalismus als "ökologische und soziale Marktwirtschaft" gestaltet werden, dann kommt man um die Festlegung von Vorbedingungen für die Konkurrenz und von Grenzen für den Profit nicht herum, die dem Ressourcen- und Umweltschutz und der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen dienlich sind. Und wenn der Sozialismus als "marktwirtschaftlicher Sozialismus" weiterentwickelt werden soll, dann wird man eine volkswirtschaftliche Orientierung und Reproduktivität in den Unternehmensentscheidungen und in der Preisgestaltung zur Geltung bringen müssen, welche sichern, daß die Marktbeziehungen für die Gesellschaft und die Wohlfahrt von Mensch und Natur wirken. Hieraus ergeben sich unterschiedliche Anforderungen an die weitere Entwicklung in der BRD und in der DDR². [Dabei abstrahieren wir im folgenden von den außenwirtschaftlichen Verhältnissen, deren Probleme unter Voraussetzung einer gesamtwirtschaftlich vernünftigen Binnenentwicklung auf jeden Fall geringer sind, als sie heute dargestellt zu werden pflegen. Im übrigen gehen wir davon aus, daß in beiden Staaten ein hohes Maß an demokratischer Souveränität in Bezug auf die jeweilige Volkswirtschaft realisiert werden kann.]

Unterschiedliche Anforderungen an die Entwicklung in der BRD und DDR

Anforderungen in der BRD

In der BRD geht es zunächst um die demokratische Erstellung einer Rahmenplanung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung als Voraussetzung einer vorausschauenden Politik in allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere in Staat, Kommunen und privater Wirtschaft³. Unter breiter Beteiligung ist möglichst viel Sachverstand zu mobilisieren, um zu entsprechenden Vorstellungen einer integrierten Entwicklung der Volkswirtschaft in ihren verschiedenen Sektoren und Territorien zu kommen. Zum Gegenstand einer solchen Rahmenplanung gehören der Faktoreinsatz, die Produktionsprozesse, die Produktpalette und die Produktverwendungen insbesondere in den Bereichen Energiewirtschaft, Landwirtschaft, Chemische Industrie, Automobilindustrie, Verkehrswesen und Abfallwirtschaft. Die Umsetzung einer solchen Rahmenplanung muß erfolgen durch⁴:

- Allgemeine rechtliche Vorschriften, insbesondere ordnungs-, planungs-, gewerbe-, arbeits-, energie- und abfallrechtlicher Art, durch die zum Beispiel bestimmte Prozesse und Produkte verboten, geboten oder zugelassen werden können.
- Eine erweiterte Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten in Betrieb, Unternehmen und Gesamtwirtschaft; letzteres in Form von Strukturräten auf lokaler, regionaler und gesamtwirtschaftlicher Ebene, in denen neben den Vertreter/innen der Tarifvertragsparteien auch Vertreter/innen verschiedener sozialer Bewegungen (darunter Umwelt- und Naturschutzverbände) Entscheidungsrechte haben müssen.
- Finanzpolitische Maßnahmen zum Zweck der Beeinflussung von Unternehmensentscheidungen, insbesondere Abgabenregelungen und Förderungsmaßnahmen zur Steuerung von Investitionen, Beschäftigung und Produktionsprozessen.
- Den Aus- und Aufbau von direkt demokratisch kontrollierten Schlüsselsektoren der Volkswirtschaft in staatlichem, kommunalem oder gemischtwirtschaftlichem Eigentum.

Bei den finanzpolitischen Abgaben und Förderungsmaßnahmen geht es um die Beeinflussung der Entwicklung von Prozessen und Produkten, einschließlich ihrer Umstellung, über den Preis sowie um die Bildung bzw. Nutzung von Fonds für die Entwicklung von Naturpotentialen und Arbeitsvermögen, für Umstellungsmaßnahmen sowie für Unterhaltsbedarfe, die weder durch die kapitalistische Ökonomie noch durch das vorhandene öffentliche Umverteilungssystem gesichert sind⁵. Diese finanzpolitischen Maßnahmen sind - soweit erforderlich - durch direkt preispolitische Maßnahmen (z.B. zu abfallwirtschaftlichen Zwecken) zu ergänzen.

Bei der Entwicklung demokratisch kontrollierter Schlüsselsektoren sollte es sich zumindest um die Bereiche Abfallwirtschaft, Verkehrs- und Nachrichtenwesen und Energie- und Wasserwirtschaftwirtschaft, also um Bereiche handeln, deren gesamtwirtschaftliche Bedeutung dringend nach direkter öffentlicher Steuerung verlangt. Wesentlich sind hier vor allem demokratische Kontrollen auf lokaler und regionaler Ebene im Sinne der sozialen und ökologischen Vorgaben der gesamtwirtschaftlichen Rahmenplanung. Darüberhinaus geht es hierbei darum, daß das demokratische Gemeinwesen ein wesentliches Mittel in die Hand bekommt, um die hauptsächlichlichen Stoff- und Energieflüsse auch im Bereich der privaten Wirtschaft zu beeinflussen.

Anforderungen in der DDR

In der DDR wird es darum gehen, vorhandene bzw. zu erarbeitende Perspektivpläne in einem demokratischen Prozess⁶ in eine neue inhaltliche Rahmenplanung der volkswirtschaftlichen Entwicklung umzusetzen. Hier wird man an Erfahrungen mit der zeitlichen und räumlichen Spezifizierung von Volkswirtschaftsplänen anknüpfen können, jedoch auf eine vernünftige Behandlung von Ressourcen und Umwelt und auf eine demokratische territoriale Integration ein weit stärkeres Gewicht als bisher legen müssen. Ein Vorteil ist, daß aufgrund der gegebenen Eigentumsverhältnisse alle Bereiche der Volkswirtschaft einbezogen werden können und müssen. Die Umsetzung dieser Rahmenplanung muß erfolgen⁷:

- Durch allgemeine rechtliche Vorschriften, die - wie schon am Beispiel BRD gezeigt - bestimmte Prozesse und Produkte verbieten, gebieten oder zulassen.
- Gegenüber den (verhältnismäßig selbständigen und in hohem Maße selbstverwalteten) staatlichen und kommunalen Unternehmen durch aus dem Rahmenplan sich ergebende normative Orientierungen und imperative Programme in Bezug auf Faktoreinsatz, Prozesse und/oder Produkte in ausgewählten Bereichen der Produktion sowie durch staatliche Aufträge.
- Durch den Ausbau bestimmter vorhandener Schlüsselsektoren der Volkswirtschaft in staatlichem, kommunalem oder gemischtwirtschaftlichem Eigentum unter direkter demokratischer Kontrolle.
- Gegenüber den übrigen (privaten, genossenschaftlichen oder gemischtwirtschaftlichen) Unternehmen durch finanzpolitische Maßnahmen - hier insbesondere wieder Abgabenregelungen und Förderungsmaßnahmen - sowie durch aus dem Rahmenplan sich ergebende Orientierungen und durch staatliche Aufträge.

Alle Bereiche der Volkswirtschaft können und müssen einbezogen werden

Bei der Preispolitik mit finanzpolitischen und sonstigen Mitteln muß es in diesem Falle gewiß zunächst darum gehen, wertgerechte, das heißt: den Reproduktionsaufwand widerspiegelnde Preise durchzusetzen, was einen weitgehenden Subventionsabbau nach sich ziehen muß, der erforderlichenfalls durch soziale Transferzahlungen zu kompensieren ist. Die Durchsetzung wertgerechter Preise, die weiterhin mit der Bildung gesellschaftlicher Fonds einhergehen muß⁸, ist hier - wie auch in der BRD - schon wegen der nötigen Umstellungen beispielsweise auf ressourcen- und umweltschonende Verfahren erforderlich. Allerdings sind bei der Preisbildung auch die - gesellschaftlich erwünschten oder unerwünschten - Gebrauchswerteigenschaften von Produkten zu beachten, so daß diese Preisbildung auch Elemente von nutzenorientierten Transferzahlungen (positiver oder negativer Art) enthalten können muß.

Der Ausbau von direkt demokratisch zu kontrollierenden Sektorselbstsektoren der Volkswirtschaft wird sich im Falle der DDR - abgesehen von den energie- und abfallwirtschaftlichen Sektoren - sicherlich auf weitere Bereiche der Ressourcenbewirtschaftung, auf das Verkehrs- und Nachrichtenwesen und darüber hinaus auf das Wohnungswesen beziehen müssen. Auch hier geht es, abgesehen von der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung dieser Bereiche, besonders um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und um die Kontrolle der Stoff- und Energieströme in den übrigen Bereichen der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion.

Plan oder Markt?

Wir sind der Auffassung, daß die auf diesen Entwicklungswegen abzubauenden Reproduktionsprobleme in der BRD wegen des Kapitalismus und in der DDR trotz des Sozialismus (aber infolge eines etatistisch-technokratischen Modells seiner Entwicklung) existieren. Das setzt einen grundlegenden Unterschied beider Gesellschaftsformen voraus, der mit der üblichen Entgegenstellung "Plan oder Markt" nicht begriffen wird. Der wirkliche Unterschied ist derjenige zwischen der Konkurrenz der Kapitale, die betriebswirtschaftliche Rentabilität erfordert, und der gemeinschaftlichen Bewirtschaftung gesellschaftlichen Eigentums, die nach volkswirtschaftlicher Effektivität verlangt. Dabei muß man sich darüber klar sein, daß gemeinschaftliche Bewirtschaftung von Nationalvermögen nicht zentralstaatliche Kommandowirtschaft bedeutet und daß es neben der erforderlichen gesamtgesellschaftlichen Rahmensteuerung ergänzende Steuerungsmittel, darunter den marktvermittelten Warentausch im Rahmen dieser Steuerung, gibt, mit denen makroökonomische Rationalität realisiert werden kann. Ebenso muß deutlich sein, daß gesellschaftliches Eigentum als Haupteigentumsform eine Vielfalt von Besitz-, Nutzungs- und Verfügungsformen zuläßt, darunter auch solche privater Art. Wesentlich ist, daß diese

Differenz der Systeme eine Differenz der Kriterien der Effizienz beinhaltet: der Rentabilität privater Kapitale, die die verschiedenen sozialen Kosten sowie die Effekte des Wirtschaftens auf Mensch und Natur prinzipiell ausblendet, steht eine Effektivität gesellschaftlichen Produktivvermögens gegenüber, die prinzipiell die Gebrauchswertnutzen des gesellschaftlichen Produkts und die Gesamtheit aller Arbeitsaufwendungen der Gesellschaft beachten soll. Die Realisierung einer solchen makroökonomischen Effektivität - welche steigt, je schonender mit den menschlichen und natürlichen Grundlagen der Wirtschaft umgegangen wird - wäre die Hauptaufgabe einer sozialistischen Gesellschaft, deren Verwirklichung in ihrem ureigenen Interesse liegt⁹.

Der Ausverkauf des Sozialismus in der DDR an den Kapitalismus in der BRD, der gegenwärtig angebahnt ist, wird, falls er vollendet wird, seine Ursache nicht in einer vergleichsweise größeren Beschränkung der Problemlösungskapazität des Sozialismus angesichts der generellen und spezifischen Reproduktionsprobleme der Gesellschaft haben. Dieser Ausverkauf wird vielmehr, in einem *circulus vitiosus*, herbeigeredet und herbeigehandelt worden sein, auf der Grundlage der aggressiven Fürsorge durch die bundesdeutsche Wirtschaft und Politik, der konzeptionellen Ohnmacht der verschiedenen Führungsgruppen in der DDR sowie der Hilflosigkeit vieler Linker in beiden deutschen Staaten, die die systemare Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus weniger denn je begreifen.

Das Manuskript wurde Ende Dezember 1989 abgeschlossen.

- 1 Vgl. hierzu D. Hense, Ausbruch aus der Wagenburg, Die Gewerkschaften in Zeiten der Individualisierung und globaler Herausforderungen, in: Sozialismus, 1989, Heft 10
- 2 Vgl. zur Begründung der im folgenden geschilderten Entwicklungswege auch: K. H. Tjaden, Mensch - Gesellschaftsformation - Biosphäre, Über die gesellschaftliche Dialektik des Verhältnisses von Mensch und Natur, Marburg 1990.
- 3 Vgl. den Bericht über einen Ansatz zu einer solchen Rahmenplanung auf regionaler Ebene: D. Düe, P. Strutynski, K. H. Tjaden, Die ESSEK-Studien: Energie- und Ressourcenpolitik in einer Strategie regionaler Entwicklung für den Schwalm-Eder-Kreis, in: E. Gärtner (Hrsg.), Grünbuch Ökologie V, Köln 1987
- 4 Vgl. zum folgenden auch: U. Kremer u. S. Möbbeck, Ökologisches Strohfeuer oder Strukturreform, in: spw, Zs. f. sozialistische Politik und Wirtschaft, 1989, S. 395 - 399
- 5 Vgl. auch M. Krätke, Mit Öko-Steuern steuern? in: spw, Zs. f. sozialistische Politik und Wirtschaft, 1989, S. 535 - 546 und R. Hickel, Mit Steuern allein läßt sich ein ökologischer Umbau nicht steuern, in: Frankfurter Rundschau, 13. 12. 1989
- 6 Vgl. hierzu die Überlegungen von F. Berg, R. Reißig und P. Zotl, Zur Erneuerung der sozialistischen Demokratie, in: Neues Deutschland, 4./5. 11. 1989
- 7 Zum folgenden vgl. auch: W. Schmidt, H. Rost, Diskussionsvorschlag für Ansatzpunkte einer Wirtschaftsreform in der DDR, in: Neues Deutschland, 6. 12. 1989
- 8 Vgl. hierzu K. Viertel u. H. Schilar in: W. Heinrichs (Hrsg.), Umfassende Intensivierung und Reproduktionstheorie, Berlin (DDR) 1987, S. 370f.
- 9 Vgl. zu den verschiedenen Begriffen wirtschaftlicher Wirkungsgrade auch: K. H. Tjaden, Mensch - Gesellschaftsformation - Biosphäre, a. a. O., besonders Teil 2.2 und Teil 3.

Handlungsreisende in Sachen Geschichte oder: Was bleibt von der besseren Welt?

1. "beinahe wäre eine andere welt dagewesen. daß sie ausblieb, war keine notwendigkeit", notiert der gar nicht ferne bürger musil 1919 in sein tagebuch. "beinahe wäre eine andere welt" nach einem gefälligst verlorenen krieg, nach einer gescheiterten revolution. "daß sie ausblieb, war keine notwendigkeit".

auch diese jacke müssen wir uns anziehen. nach perioden des wissenschaftlich verklärten heiligenscheins und des schmutzigen, blutroten büßerhemds, die eine jeweils kürzer als die andere, manischen gestaltungswillens und grotesker niederlagen, auch unsere geschichte eine geschichte der scheitern, und vorgetragen ohne bedauern: das versagen ist unser versagen, das erneut aufzuteilende vermögen der herzen der welt unser unvermögen.

und hatten wir nicht eine welt auf unserer seite?! ja, ja ... wir hatten! die besseren karten. über jahrzehnte hinweg mit gezinkten zu spielen, auch dazu bestand keine notwendigkeit.

no credits also! und die geschichte ist eine hur' und teilt ihr lotterbett nur mit den siegern.

2. das ende kam schnell und seit langem und für jeden vorhersehbar. vor zwanzig, dreißig jahren vielleicht wäre es ohne größere umstände aufzuhalten gewesen. aber vor ungar und vor prag! und nur ohne austreibung und nur ohne schnellverfahren. mit unbedingter ehrlichkeit! läßt es sich leicht und geschickt dahermoralisieren. als ob es nichts wichtigeres gäbe ...

wenn wir uns nur einmal als uns selbst erwiesen hätten! nur einmal als das, was wir fortgesetzt vorgaben zu sein: kommunisten! und das gespenst nicht immer nur seine kleider gewechselt hätte. von der einen in die andere uniform, der einen in die andere lüge! und uns nicht immer nur selbst bestätigt, "zwei meter roten stoff ... und das paradies auf erden!": der fortgesetzt unheilvolle auftritt weltgeschichtlicher arroganz, und ohne auch nur den geringsten zweifel, trauer oder gar den leichtesten anflug von selbstironie. die rechtfertigung der scheitern immer nur aus sich selbst und in gestalt der anderen, die doch längst uns fürchteten und sich zeitweilig nur noch bedingt selbst vertrauten.

wenn wir nur einmal wirklich ernst gemacht hätten!

3. könnte man sich weiterhin selbst in die tasche lügen. endlich, der handlungsreisende in sachen geschichte also versucht auf den express-zug veränderung aufzuspringen, während der fahrt und unter letztendlichem verzicht auf die roten fahnen. wenn auch nicht hoffnungsfroh, so doch nicht ohne hoffnung, immer aber mit tränenverschmiertem gesicht: der eine teil des "unlängst aufgestandenen volkes", seine allzulange nur widerwillig geduldete "herrschaft" endlich einmal unter druck zu setzen (nicht zuletzt unter dem verweis auf den volksfestcharakter der revolution), und um ihr zumindest einiges grundsätzliche abzupressen, die sogenannten genossen volksvertreter, wenn schon nicht in schimpf und schande davon, zumindest in ihre luxusghettos zurückzujagen ... auf das altenteil der geschichte, die letzten vertreter einer einstmals revolutionären klasse, denen die guillotine vorerst erspart bleibt; der andere heimkehrt ins langersehnte reich verlogener scheidemokratischer tugenden einer skrupellosen geschäftstüchtigkeit der ewig gestrigen ... wenn auch bestens verpackt, gleichfalls nur durch sich selbst und seine sicherheitsorgane verzweifelt legitimiert.

nur eine frage der zeit, bis sich auch diese alternative als nur einer der möglichen misthaufen der weltgeschichte erweist. leicht nachzubauen, aber schwer zu verändern.

4. immer aber setzt es tränen. der autor, der vor dreieinhalb jahren schweren herzens selbst diesen weg ging: unfreiwillig, geschlagen, gedemütigt! auch er hat erst einmal geheult. aber darüber ist schon zuviel gesagt und geschrieben worden, und die geschichten ähneln sich alle ... freiwillig oder unfreiwillig, im nachhinein erweist sich der verlust als der verlust der besseren der welten, auch der anständigeren, der wärmeren ...

ob er denn zurückginge, wird er jetzt häufiger gefragt. jetzt, da, wenn ... die antwort ist immer dieselbe: wohin?

5. in eine kapitalistische ddr, zu tode reformiertes konzept einer besseren welt?

aber ja, trotzdem, natürlich, wäre er dort, er wäre dabei! und spielte sich vielleicht etwas weniger auf - als schiedsrichter und als distanzierter beobachter - was ja nicht stimmt! aber optimistischer und ungleich sorgloser wäre er wohl schon - mit oder ohne egon! nach all den jahren verordneter sprachlosigkeit, der unausgesprochenen zwänge und verlogenen biographien, der tag für tag ungelebten hoffnungen - und ohne das schlechte gewissen, nicht länger geblieben zu sein, ausgehalten zu haben!

6. aber nichtsdestoweniger, die bilder sind authentisch, und es sind auch erschreckende bilder. die einen wie die anderen. derselbe unheimliche taumel, dieselbe erschreckende mentalität, bei davongelaufenen wie gebliebenen, auf den zug aufspringen zu müssen, der mit rasender geschwindigkeit jedes gebotene haltesignal überfährt, und so

unausweichlich entgleisen wird müssen, in der einen oder anderen richtung ...

die wunderbaren erhebenden bilder der geliebtenen, die mit der straße vor allem sich selbst einfordern, nach all den jahren des geducktseins und des schweigens, all die vorenthaltenen dinge, und durchaus nicht ungenau im umgang mit den alten, zeitweilig neugewonnenen freiheiten. die vorbereitungen der köchin zur übernahme der macht.

... selbst im pathos der niederlage, die immer auch die eigene ist, und nicht allein die des geschlagenen.

7. denn wer ist der geschlagene, wenn der, den es eigentlich zu schlagen gälte, lächelnd dabeisteht und huldvoll seine hilfe anbietet; mit dem verhandelt wird und der großspurig seine Wahrheiten verkündet, auch durch die mündel der revolutionäre?!

die bilder bleiben zwiespältig, und zwiespältig auch die hoffnung.

8. zuviel mogelpackungen bereits sind in umlauf, und ihre absender und empfänger hinreichend bekannt. wer sich hier demokratisch gebärdet, läßt anderswo schießen, wer die knüppelorgien jenseits der elbe lautstark verurteilt, zögerte selbst nie, zum knüppel zu greifen.

9. verzweifelt versucht das gespenst seine haut zu retten und teilt sich in das gespenst des real existierenden sozialismus und in das gespenst der umkehr, der konterrevolution. niemand natürlich - in der ddr oder anderswo - mag das wollen. aber das und nur das! wird man hiesigerseits auch großzügig unterstützen. und seine bedingungen stellen! wie in ungar, wie in polen ...

hier nämlich und nirgendwo sonst sind sie zu finden, die eigentlichen handlungsreisenden in sachen geschichte, die bereits ungeduldig auf ihren musterkokkern sitzen.

und es geht nicht nur um mecklenburg oder um sachsen, es geht auch um schlesien, um pommern ... immer noch und wieder darum.

das gespenst des real existierenden sozialismus ist erpreßbar geworden. von seinem eigenen volk und von denen, denen er niemals gefiel. so gut oder schlecht immer er war.

und schließlich, es gab nur den einen, niemals einen besseren oder schlechteren.

10. der kanzler zweifelt nicht einen augenblick ... und genau das ist ja zum verzweifeln! die vision einer kapitalistischen, umgehend an die bundesrepublik angeschlossenen ddr, die wiederherstellung aller segnungen des ach so demokratischen kapitalismus: die ehemals sozialistische welt als das armenhaus eines wiedervereinigten europa, von der maas bis an die memel! allseitsheimkehrende züge ins reich ... die herren wären

wieder unter sich. und nichts und niemand würde sie aufhalten, und schon gar nicht zurückhalten!

das scheitern einer wie immer gearteten alternativen konkurrenz: die umgehende rücknahme aller erkämpften arbeiterrechte hier. denn es ist ihnen ja nichts geschenkt worden, und schon gar nicht aus tieferer einsicht oder erhebender reformbereitschaft. das scheitern einer wie immer gearteten alternativen konkurrenz: es ist nichts anders geworden, alles nur schlimmer.

11. heiner geissler fürchtet in einer erwidern auf kurt bidenkopf einen allzugroßen parteienpluralismus und - man höre und staune - eine damit verbundene schwächung der demokratie (in der bundesrepublik).

was für eine demokratie also! parteienpluralismus plus marktwirtschaft, und in den chefetagen streiten sie bereits wieder um die beute. was, wenn nicht zur weiteren destabilisierung einer ohnehin destabilisierten ddr!

und am ende steht das zu tode reformierte konzept einer besseren welt.

12. die ddr braucht die demokratie wie die luft zum atmen. auch die demokratie! dann wollen wir auch über wiedervereinigung reden. aber mit heiner müller: roten fahnen über rhein und ruhr.

wann, wenn nicht jetzt?! das gilt für die ddr - und für die bundesrepublik. der kanzler stellt sich seinem volk ... an dem er nicht einen augenblick zweifelt!

Der Beitrag wurde im November 1989 verfasst.

Bernd Hunger

Einstürzende Altbauten

Zum Verhältnis von Städtebaupolitik und Gesellschaftsstrategie aus soziologischer Sicht

Mit dem als Kernstück der Sozialpolitik konzipierten Wohnungsbauprogramm trat der randstädtische Wohnungsbau Anfang der 70er Jahre in der DDR als städtebauliche Aufgabe ins Zentrum der Städtebaupolitik. Er prägte wesentlich die Entwicklung der Bautechnologien und des Planungsdenkens. Die vorrangige Orientierung des Bauwesens auf den massenhaften Neubau hochgradig normierter Erzeugnisse verbesserte die Wohnbedingungen vieler Bürger. Allerdings wurde die Bauwirtschaft dadurch in einem solchen Maße gebunden, daß die Erhaltung und Erneuerung der vorhandenen Bausubstanz selbst hinter den notwendigsten Erfordernissen einfacher Instandhaltung zurückblieb.

Stadtplanung reduzierte sich in der Tendenz auf die Vorbereitung extensiver Wohnbaustandorte und verlor ihre eigentliche Aufgabe, nämlich die räumliche Entwicklung der Stadt als Ganzes langfristig zu steuern. Der Bedeutungsverlust des Städtebaus innerhalb der Gesellschaftsstrategie ging einher mit seiner Unterordnung unter die Leitungs- und Planungshierarchie des Bauwesens. Städtebaubüros und Stadtarchitekten waren schon vom Unterstellungsverhältnis nicht mehr in der Lage, ihrer objektiv gegebenen Verantwortung als gesellschaftliche Interessenvertreter gerecht zu werden. Vorprogrammiert wurde damit der Prestigeverlust des Architekten-Berufes und eine Unterbewertung der kulturellen Bedeutung architektonischer Gestaltung im öffentlichen Bewußtsein.

Dem Bedeutungsverlust des Städtebaus entsprach der Bedeutungsverlust des Städtischen infolge einer nachgeordneten Stellung der Stadtentwicklung in der Wirtschaftspolitik. Die Stadtreproduktion wurde vorrangig als unumgängliche territoriale Dienstleistung für zentral getroffene Entscheidungen zweigleicher Volkswirtschaftsplanung aufgefaßt, ihre kulturelle und ökonomische Bedeutung gravierend unterschätzt.

Städte verloren tendenziell ihre Bedeutung als relativ eigenständige sozial-ökonomische Organismen, als *Gemeinden*, da ökonomische Regulative der Stadtentwicklung innerhalb der jeweiligen Stadt ebenso wie der politische Interessenausgleich auf städtischer Ebene weitgehend außer Kraft gesetzt waren: Interessenkonflikte wurden nicht ökonomisch transparent gemacht und öffentlich ausgetragen, sondern politisch durch überörtliche Instanzen entschieden. Insofern waren Städte aufgrund der Standortvorteile räumlicher Nähe der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche

primär als *Standorte* für die Vergegenständlichung zentraler Beschlüsse zur Wirtschafts- und Sozialpolitik von Interesse.

Folgen der Städtebaupolitik der 70er und 80er Jahre

Kulturell wirkte sich der nachgeordnete Rang der Stadtentwicklung in der Gesellschaftskonzeption so aus, daß sich Stadtöffentlichkeit als kulturelle Existenzform der Stadtgemeinde kaum entwickelte. Da Grundsatzfragen der Stadtentwicklung gewöhnlich über die Köpfe der örtlichen Volksvertretungen hinweg entschieden wurden, sank das Interesse am öffentlichen Dialog über städtische Probleme. So konnten sich Stadtbewußtsein und öffentliche Stadtkultur nur in begrenztem Maße entfalten; Bewohnerinteressen an der Stadtgestaltung beschränkten sich mehr und mehr auf die eigenen vier Wände, wobei die "Mach-mit"-Bewegung überall dort Erfolge zeitigte, wo Gemeinschaftsinteressen die Wohnumfeldverbesserung deutlich vom öffentlichen Raum abgrenzten und durch Selbstorganisation einer überschaubaren Zahl von Nachbarn realisierbar waren.

Augenscheinlichster Ausdruck der kulturellen Abwendung von der Stadt waren die aufblühende Datschenkultur und das freistehende Eigenheim am Stadtrand als private Formen der Naturaneignung und Selbstgestaltung der Umwelt auf zeitaufwendigem, material- und flächenverschwenderischem Wege.

Der öffentliche Stadtraum erlitt einen kulturellen Bedeutungsverlust, indem er zwar innerstädtischer Verkehrs- und Versorgungsraum blieb, aber kaum mehr Hülle des politischen und kulturellen Dialoges, der Selbstdarstellung der unterschiedlichen städtischen Bewohnergruppen war.

Räumlich führte die bisherige Städtebaupolitik zu schwerpunktmäßigem randstädtischem Bauen (Wohnungsbau, zentrale Investitionsentscheidungen der Industrie) mit der Folge stetiger Stadterweiterungen trotz kaum wachsender Einwohnerzahlen. Innerstädtisches Bauen wurde vorrangig als Wohnungsbau betrieben, wobei derzeit die aus Sicht des Bauwesens aufwandsgünstigsten Standorte innerhalb der Städte weitgehend bebaut sind, und die Bautechnologie weiter zum Bauen am Stadtrand zwingt, auch wenn es städtebaulich nicht erforderlich ist.

Politisch nicht zu übersehen ist heute der Unmut vieler Bewohner über die schleppende Erneuerung der Innenstädte und vor allem über den Verfall kulturhistorisch wertvoller Altstädte und Bauten, die für das Heimischfühlen und die Ortsverbundenheit eines jeden von Bedeutung sind. Zunehmend sensibilisiert sind die Bürger zu Fragen gravierender Umweltprobleme in ihren Städten. Umweltschutz und kulturvolle Stadtentwicklung sind - wie der öffentliche Dialog über notwendige Veränderungen der Städtebaupolitik zeigt - entscheidende Fragen für das Wohlbefinden der

Datschenkultur
statt öffentlichem
Dialog über
Stadtentwicklung

Bürger in ihren Städten, aber auch augenscheinlicher Gradmesser für die Attraktivität des Sozialismus in der DDR geworden.

Stadtentwicklung, Erhaltung und Erneuerung

Die kritische Wertung des bislang gesetzten Verhältnisses von Städtebaupolitik und Gesellschaftsstrategie vergißt nicht die republikweiten Erfolge beim innerstädtischen Bauen. Nicht hoch genug einzuschätzen sind die Bemühungen vieler Städte um die Weiterführung ihrer tradierten städtebaulichen Kultur in den Innenstädten - oft in mühsamer Auseinandersetzung mit einer diesem kulturellen Anspruch zuwiderlaufenden Bautechnologie und Planungsmethodik durchgesetzt. Zwar folgt die Altstadtbewahrung kulturellen Traditionen mitteleuropäischer Stadtkultur, präsentiert das Verhältnis der Gesellschaft zum kulturellen Erbe und liegt im Trend des internationalen Städtebaus.

Erst zögernd jedoch beginnt der innerstädtische Gestaltungsprozeß wieder, räumlicher Ausdruck der Austragung von Interessenkonflikten innerhalb der Stadtgemeinde zu sein.

Damit sich das Spannungsfeld der Interessen von Individuum, Gemeinschaft und Öffentlichkeit vergegenständlichen kann als funktionell vielfältige, ästhetisch anziehende Stadtumwelt, benötigt Innenstadterneuerung einen *sozialökonomischen Inhalt*, der über einen notwendigen *höheren Stellenwert der Stadtentwicklung innerhalb der Gesellschaftskonzeption* mit neugestalteten ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen vermittelt wird.

Gelingt das nicht, verkommt Urbanität zur Leerformel, beschränkt sich Altstadtsanierung auf das Gestalten einer ästhetisch und sozial bereinigten, teuren und geschönten Erlebnissphäre für Zahlungskräftige, auf die räumliche Illusion einer widerspruchsfreien Gesellschaft im nostalgischen Gewande des "genius loci".

Das touristenattraktive, historische Berliner Stadtmilieu jedoch gründlich verfehlende Nikolaiviertel steht hierfür beispielhaft, während die schrittweise Umgestaltung der Rostocker östlichen Altstadt durch staatliches, betriebliches und privates Bauen mit verschiedenen Finanzierungsmodellen und begleitender politischer Diskussion auf einen neuen, den 90er Jahren gemäßen Typ der Innenstadterneuerung hinweist.

Wirtschaftliche Notwendigkeiten und sozial-kulturelle Erfordernisse weisen auf eine gewachsene Bedeutung komplexer Stadtreproduktion für den gesamten Reproduktionsprozeß der Gesellschaft hin. Qualitative Veränderungen in der Entwicklung der Produktivkräfte und städtischen Lebensweise drängen auf einen tiefgreifenden Wandel städtischer Infrastruktur und Kultur.

Einerseits ist die *sozial-kulturelle Qualität* der Stadt konfrontiert mit einem neuen Anspruchsniveau. Sogenannte "weiche" Standortfaktoren wie Freizeitwert, landschaftlicher Reiz, Stadtbild, städtische Alltagskultur und erlebnisreiche Stadtöffentlichkeit beeinflussen wesentlich das Wohlbefinden der Bewohner und ihr Wanderungsverhalten. Vor allem das Niveau der öffentlichen Stadtkultur kann zum geistig anregenden Stimulus der Leistungsbereitschaft von Werktätigen mit anspruchsvollen Arbeitsinhalten in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur werden und Stadtverbundenheit fördern.

Andererseits beansprucht die technologische Entwicklung eine grundlegend verbesserte *infrastrukturelle und ökologische Qualität* der Stadt.

Von der Zuverlässigkeit und Entwicklungsfähigkeit des Verkehrs- und Energiesystems, der Wasserver- und -entsorgung und des vor völligem Wandel stehenden Informations- und Kommunikationssystems wird die Effizienz der Produktion zunehmend beeinflusst. In dieser Hinsicht ist die hochgradige verschlissene innerstädtische technische Infrastruktur in der DDR zum ernstzunehmenden Störfaktor moderner Produktion geworden.

**Innerstädtische
Infrastruktur als
Störfaktor oder
als Triebkraft
der Entwicklung**

Zusammenfassend gilt: Von der Qualität des Territoriums, der Stadt hängen technologische Innovationsprozesse in der Produktion und eine ihren adäquaten Lebensweise in unmittelbarem Maße ab als in vergangenen Zeiträumen. Damit werden *Stadtentwicklung und Städtebau in direkter Weise zu Triebkräften wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung*.

Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum, Lebensweise und städtebaulichen Reproduktionsbedingungen ist enger geworden. Ihn effektiv zu gestalten ist Aufgabe der Stadtplanung.

Begünstigend für die Konzipierung des Städtebaus in seiner Triebkraftfunktion für die gesellschaftliche Entwicklung wirkt sich aus, daß Stadtkultur - aufgefaßt als Qualität der städtischen Lebensbedingungen in ihrer Gesamtheit - und Stadtökonomie nicht im Gegensatz zu einander stehen, sondern sich gegenseitig bedingen. *Intensive Stadtentwicklung ist die effektivste Form der Realisierung des gesellschaftlichen Baubedarfs.*

Als falsch hat sich die Reduzierung der Stadtökonomie auf Kostensenkung beim einmaligen Bauaufwand erwiesen, da die Logik dieses "ökonomischen Reduktionismus" den Städtebau verengt auf eine Dienstleistung, die Geld kostet und wo möglichst gespart werden muß. Das Problem einer monofunktionalen Stadtentwicklungskonzeption, bei der die Kultur und Ökonomie der Stadt als Ganzes als entscheidender Maßstab städtischer Lebensqualität und Produktivität keine Rolle spielt, liegt auf der Hand. Resultate eines solchen tradierten, in die Zukunft extrapolierten Konzeptes wären der fortschreitende Bedeutungsverlust öffentlicher Stadträume und die Verfestigung einer wenig innovativen Konzeption städtischer Lebensweise: Datsche, Wohnung und Arbeitsplatz machen noch

keine Stadt - genau wie Kleingärtnern, Heimwerkeln und Fernsehen als favorisierte Freizeittätigkeiten allein noch kein kreatives Denken und Verhalten bewirken.

Die Besonderheit der Stadt, auf engem Raum unterschiedlichsten Bedürfnissen mit vielfältigen räumlichen Lösungen Rechnung tragen zu können, entspricht der erforderlichen Verflechtung und Dynamik der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. Insofern ist *innerstädtische Erhaltung und Erneuerung* als Kernproblem komplexer und intensiver Stadtentwicklung ein kulturelles und ökonomisches Potential für gesamtgesellschaftliche Prozesse, da

- unnötiger randstädtischer Flächenverbau vermieden und damit Landwirtschaft und Landwirtschaft geschont werden,
- laufender Aufwand für die Stadtbewirtschaftung durch Bauen innerhalb der Städte gedämpft wird und sich die Weg-Zeit-Beziehungen für die Bewohner verbessern,
- bewahrens-werte Bausubstanz erhalten werden kann und damit die kulturelle Bedeutung der Innenstädte für den Alltag der Bewohner gewahrt bleibt.

Insofern ist ein höherer Stellenwert der territorialen und Stadtentwicklung innerhalb der Gesellschaftsstrategie historisch herangereift. Die Anerkennung dieser strategischen Position erfordert veränderte Instrumente zur stadtkonkreten Gestaltung der Verhältnisse von Stadtentwicklung und Wirtschaftspolitik, Stadtentwicklung und Sozialpolitik, Stadtplanung und gesamtgesellschaftlicher Planung, Stadtentwicklung und Baupolitik.

Veränderte Instrumente der Städtebaupolitik

Erstens ist eine bedeutsame Erweiterung traditioneller städtebaulicher Planung in Richtung ganzheitlich orientierter Planung der Stadtentwicklung erforderlich. Das umso mehr, als die konzipierten Veränderungen des Wirtschaftsmechanismus städtebaulich folgenreich sein werden und nicht im "Selbstlauf" eine effiziente Stadtentwicklung befördern.

Die Entwicklung in Richtung der Eigenerwirtschaftung und zunehmenden Eigenverantwortung der Betriebe auch in städtebaurelevanten Fragen ihrer Investitionspolitik drängt auf einen Bedeutungsgewinn komplexer Stadtplanung zur Wahrung gesamtvolkswirtschaftlicher und territorialer Interessen im Rahmen der weiteren Ausgestaltung des demokratischen Zentralismus. Voraussetzung ist ein *Ausbau der Verantwortung und Selbständigkeit der örtlichen Räte* für die Planung der Stadtentwicklung - einschließlich ihrer finanziellen und materiellen Realisierbarkeit.

Das schließt neue gesetzliche Regelungen - u.a. zur Bildung von "Stadtentwicklungsfonds", zum Städtebaurecht, zur Preisbildung für

Bauleistungen und Stadtbewirtschaftung - ebenso ein wie eine grundlegend erhöhte Baukapazität in Regie der örtlichen Räte für die Lösung der städtischen Bauaufgaben. Zu diskutieren ist die Frage, inwiefern die Städte zur Durchsetzung ihrer besonderen Interessen einer eigenständigen zentralen Interessenvertretung bedürfen (z.B. Städte- bzw. Gemeindetag).

Zweitens wird die ökonomische Gestaltung der Einheit von Wirtschafts- und Stadtentwicklung auf neuartigem Niveau durchgesetzt werden. Ausgangspunkt kann eine wesentlich erhöhte *Gewinnabführung der ortsansässigen Betriebe an die örtlichen Räte* sein. Die so gebildeten Fonds werden in der Entscheidungskompetenz der örtlichen Volksvertretungen für die Stadtentwicklung eingesetzt.

Drittens werden ökonomische Instrumente auszuarbeiten sein, die den *Interessenausgleich zwischen Bürgern, örtlichen Volksvertretungen und ortsansässiger Wirtschaft* stimulieren. Dazu gehören preisliche Regelungen zur Stimulierung eines sparsamen Umgangs mit Ressourcen und städtischen Dienstleistungen (Boden, Wasser, Energie, Umweltschutz, Verkehr ...) ebenso wie die ökonomische Neugestaltung der in den letzten Jahren immer uneffektiver gewordenen Wohnraumnutzung.

Gleichzeitig wächst die Bedeutung der politischen Kultur im Entscheidungsprozeß: Transparenz der Entscheidungsfindung und Bürgermitwirkung sind Grundbedingungen verantwortungsbewußten Meinungsstreits. *Ökonomisierung und Demokratisierung der Stadtplanung* befördern so als Einheit ein Wiederaufleben der Stadtöffentlichkeit, eine Stärkung des sozialökonomischen Zusammenhalts der Stadtgemeinde. Damit steigen die Chancen für eine breitere Entfaltung von Eigeninitiativen der Bürger bei der Gestaltung ihrer Lebensumwelt. Bauen nicht nur *für*, sondern *mit* den Bürgern wird den Prozeß der Stadterneuerung beschleunigen.

Viertens bedarf die Baupolitik grundlegender Umgestaltung. Nach wie vor vorhandenes vorrangiges Neubau-Denken muß Überlegungen Platz machen, wie die Bauleistungen für die Erhaltung und Modernisierung des Vorhandenen in beträchtlicher Dimension umprofilert werden können. In den letzten Jahren ist die Schere zwischen Erhaltungsbedarf und dafür zur Verfügung stehender Baukapazität größer geworden. Dem ist nur mit gesamtvolkswirtschaftlicher Hilfe abzuwehren: der Instandhaltungs- und Modernisierungsbereich bedarf ebenso wie die Baumaterialienindustrie eines deutlichen Investitionsschubs.

Gleichzeitig *ist das System bauökonomischer Instrumente prinzipiell zu verändern*, damit die Ökonomie der Bauwirtschaft nicht mehr länger der Ökonomie der Städte entgegen läuft und eine kulturvolle Innenstadterneuerung erschwert.

Die dargelegten Positionen zur Neubestimmung des Verhältnisses von Städtebaupolitik und Gesellschaftsstrategie setzen weitreichende

**Stadtplanung,
Stadtöffentlichkeit und
Eigeninitiative der
Bürger**

Veränderungen im Grundverständnis sozialistischer gesellschaftlicher Entwicklung voraus. Neu zu durchdenken sind die Verhältnisse von zweigleicher und territorialer Planung, zentraler und örtlicher Planung, Plan und Markt, Bürger, Stadt und Staat - oder anders gesagt: von Demokratie und Sozialismus.

Städtebau im engeren räumlichen Sinne wird nur als ein Bestandteil komplexer Stadtplanung aufgefaßt, als räumliches Gestalten des Dreiecks wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Seiten der Stadtentwicklung.

Das Manuskript entstand im Herbst 1989 als Beitrag zur Diskussion um ein 'Konzept für einen modernen Sozialismus'

Susanne Schunter-Kleemann

Frauenbewegung - Zwischen Markt- und Mütterfallen?

Es gibt unübersehbare Anzeichen; ebenso wie in den westlichen Klassengesellschaften, ist auch in den von Umwälzungen ergriffenen Ländern des Realsozialismus das Geschlechterverhältnis keineswegs egalitär, sondern es gibt vielfältige Muster der Deklassierung und Abwertung des 'anderen Geschlechts'. Offensichtlich hat die sozialistische Gesellschaft, die die Gleichstellung der Frau zum Programm erhoben hatte, die komplexen Mechanismen der Unterdrückung der Frauen nur teilweise aufgedeckt. Ist die Emanzipation der Frau stecken geblieben, hat die Gesellschaft neue Mechanismen der Benachteiligung der Frauen hervorgebracht? Waren schon die theoretischen Grundorientierungen zu ökonomistisch, zu eng auf die Eigentumsfrage und die außerhäusliche Erwerbsarbeit bezogen? Ist der reale Sozialismus an der Ökonomie- und Demokratiefrage gescheitert, weil er das Geschlechterverhältnis unzureichend revolutioniert hat?

Angesichts der rasanten Auf- und Zusammenbrüche stehen wir vor der Aufgabe, die Vergesellschaftungsprinzipien und die politische Kultur erneut kritisch zu hinterfragen, die hierarchische Geschlechterbeziehungen in den Ländern des Realsozialismus festgeschrieben haben, gilt es die im 'marktwirtschaftlichen Westen' hervorgebrachten Konzepte der Frauenemanzipation erneut auf ihre Reichweite für die Egalisierung der Geschlechter und die Demokratisierung der Gesellschaft zu überprüfen.

Zum gemeinsamen 'Besitzstand' patriarchalisch-sozialistischer und patriarchalisch-kapitalistischer Gesellschaften gehören u.a. folgende asymmetrischen Vergesellschaftungsmuster:

- unterschiedliche Formen der Zuteilung von Arbeit
- ungleiche Verteilung der Arbeitslasten
- ungleiche Einkommenschancen
- Zuordnung und Ausschluß von sozialen Praxisfeldern und öffentlicher Macht
- spezifische Formen der Kontrolle und Regulierung der Fortpflanzungsfähigkeit der Frau
- Fortexistenz von patriarchalischen Ideologien und Anschauungen, die das ungleiche Geschlechterverhältnis verdecken und reproduzieren.

Ziehen wir Zwischenbilanz über 70 Jahre Frauenbefreiung in der Sowjetunion, dann sind erhebliche 'Fortschritte' nicht zu leugnen. Zentrale Forderungen der bürgerlichen und der proletarischen Frauenbewegung um die Jahrhundertwende sind, anders als in den bürgerlich-parlamentarischen Systemen des Westens, verwirklicht. (Deswegen gefällt mir die oft demonstrierte Überheblichkeit hiesiger Feministinnen auch nicht.)

- Frauen haben gleiche Bildungschancen
- sie haben Zugang zu allen Berufen
- sie erhalten ein eigenes, existenzsicherndes Einkommen
- es existiert ein dichteres Netz der öffentlichen Kinderbetreuung
- eine Scheidung ist leicht möglich
- Frauen können selber entscheiden, ob und wieviel Kinder sie bekommen, die Abtreibung als Mittel der Geburtenregulierung ist legal.

Trotzdem, niemand würde sagen, daß die Köchin den Staat regiert!

Die Mechanismen der Benachteiligung, der *mittelbaren* Diskriminierung funktionieren offensichtlich verdeckter, die Geschlechtertrennung wird durch andere und zusätzliche Strukturen aufrechterhalten, als sie das sozialistische Konzept der Frauenbefreiung vorsah.

Lesen wir die selbstkritischen Berichte einer Soja Puchowa, der Vorsitzenden des Komitees der Sowjetfrauen, zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution, dann können wir in allen Gesellschaftsbereichen Mechanismen erkennen, die einen zweiten Anlauf der sowjetischen Frauenemanzipation unumgänglich machen. Die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung, die auf der Mütterzentrierung der Familienform gründet, lebt ungebrochen fort. Offene und subtile Mechanismen der Einkommensdiskriminierung wirken bis auf den heutigen Tag. Es gibt zwar gleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit, aber die Arbeiten, die vorrangig von Frauen geleistet werden (im Gesundheits-, Bildungs- und Erziehungsbereich, Textilindustrie) werden gesellschaftlich sehr niedrig bewertet.

Gleiches gilt - mit Einschränkungen - für die DDR: Ein von Frauenforscherinnen der DDR am 6. November 1989 von der Frauenzeitschrift "Für Dich" (46/89) veröffentlichter Offener Brief an das - damals noch existierende - ZK der SED stellte fest: "In unserer Gesellschaft existiert kein öffentliches Bewußtsein über die reale Lage der Frauen und ihres weitgehenden Ausschlusses aus den wichtigsten Entscheidungsbereichen der staatlichen und der politischen Macht. Reformen werden nur dann Erfolg haben, wenn die Interessen der weiblichen Hälfte unserer Gesellschaft wahrgenommen und berücksichtigt werden. ... Dazu bedarf es konkreter Interessenvertretungen, demokratischer Organisationsformen und -strukturen, die den Frauen Macht und Entscheidungsbefugnisse geben."

Warum hat man bisher so wenig von einer streitbaren Frauenbewegung in den Ländern des realen Sozialismus vernommen? Ich vermute, es liegt daran, daß die große Mehrheit dieser Frauen selber (noch) in patriarchalischen Klischees denkt. Die wechselseitige Stereotypisierung macht die Geschlechter keineswegs gleich, sie spielt im Gegenteil eine wichtige Vermittlungsfunktion bei der Reproduktion geschlechtlicher Arbeitsteilung. Von den Inhalten her repräsentieren Weiblichkeitsstereotype Eigenschaften, die für das Mütterliche qualifizieren oder die zumindest dysfunktional erscheinen, sobald es um Fragen von Macht und beruflichen Aufstieg geht.

Matruschkas in der Mütterfalle?

Welche Rolle spielt der "Muttermythos" in der sowjetischen Gesellschaft? Was sind seine Wurzeln? Wo berührt sich der sozialistische Mutterkult mit dem Kult der "neuen Mütterlichkeit", für den sich bei uns die neokonservative Mittelständlerin und die frische Mutter aus dem grün-alternativen Regenbogenspektrum begeistern? Man kann es drehen und wenden, wie man will, es gibt wohl keinen Zweifel daran, daß das Hoffen auf die 'sanfte Macht der Familie' in den Zukunftsvisionen eines Bestuschew-Lada und in den programmatischen Äußerungen eines Gorbatschow kaum als Manifestation eines "neuen Denkens" zu verstehen ist.

Wieso können sich anachronistische Anschauungen der Alleinzuständigkeit der Frau für Haus und Familie in einer Gesellschaft so lange erhalten, obwohl die materiellen Verhältnisse durch die hohe Erwerbsbeteiligung der Frauen doch grundlegend verändert sind? Ich würde in bezug auf die SU folgende Wurzeln für das Festhalten an traditionellen Geschlechterstereotypen von "Weiblichkeit" und "Männlichkeit" sehen:

Wurzeln für das Festhalten an traditionellen Geschlechterstereotypen

1. Die ungeheure physische Kraftanstrengung (für beide Geschlechter), derer es bedurfte, um die Sowjetunion in kürzester Frist aus einem halbfeudalen-agrarischen Land in eine Industriegesellschaft zu katapultieren.

2. Der vom Faschismus aufgezwungene Krieg hat zu einer tiefgreifenden Militarisierung der Gesellschaft und des Denkens geführt (ähnliches galt nach dem 2. Weltkrieg unter Vorzeichen des Kalten Krieges für die DDR), die angesichts fortdauernder Bedrohung oder des Gefühls der Bedrohung noch keineswegs aufgebrochen ist. Militärische Strukturen lassen weder demokratische Prozeduren noch geschlechtliche Gleichrangigkeit zu. Betrachtet man den hohen Stellenwert, dem "Heldentum" bei der Arbeit, beim Kindergebären, bei militärischem Zeremoniell und militärischer Pflichterfüllung zugemessen wird, dann hat man den Eindruck, die Sowjetunion befindet sich noch immer in einer "heroischen Etappe". So heißt es z.B. in dem zum Abschluß der

Frauendekade der UNO 1985 veröffentlichten Bericht "Die Welt der Sowjetischen Frau": "Den Müttern, die 10 Kinder und mehr geboren und erzogen haben, wird der Ehrentitel 'Mutterheldin' verliehen. Mit dem Orden 'Muterruhm' sind die vier Millionen Mütter ausgezeichnet worden, die 7, 8 oder 9 Kinder geboren haben."

Wenn Gorbatschow als Ziel von "Perestroika" proklamiert, daß der Mensch zum Maßstab der gesellschaftlichen Entwicklung werden soll, dann müßte das auch heißen, daß man den Geburtenrückgang in den industriellen Zentren der SU nicht weiterhin dramatisiert, sondern als das nimmt, was er zum Ausdruck bringt: Die Verweigerung der Frauen, weiterhin übermenschliche Belastungen auf sich zu nehmen.

3. Eine Facette der unzureichenden Auseinandersetzung mit dem geistigen Erbe des Stalinismus bestand sicher auch darin, daß bevölkerungspolitische Anschauungen und Maßnahmen bis in die jüngste Vergangenheit fortgelegt haben. Nachdem es eine der revolutionären Errungenschaften der jungen Sowjetrepublik war, den Frauen das Recht auf Selbstbestimmung über ihren Körper zu gewähren, kam es 1936 zu einem Verbot der seit 1920 legalen Abtreibung. Die Unterwerfung der Frauen unter Methoden patriarchalischer Geburtenkontrolle war folgerichtig begleitet von der staatlichen Förderung des 'Kultes der Mutterschaft'. Erst 1955, nach dem Tode Stalins, nahm die Sowjetunion den Grundsatz der "bewußten Mutterschaft" an und wurde die Abtreibung wieder legalisiert.

Moderne Methoden der Empfängnisverhütung wurden aber keineswegs verbreitet, Sexualaufklärung blieb weiterhin ein Tabu. Die Demütigung der Frauen, letztlich sich auf die Abtreibung, die brutalste Methode der Geburtenregulierung, verlassen zu müssen, wurde niemals in Frage gestellt.

4. Überlegungen zur Revolutionierung der Geschlechterbeziehungen, wie sie von Engels, Kollontai u.a. formuliert worden waren, wurden seit Anfang der 20er Jahre nicht mehr verbreitet. Die Phase der Experimente in der Entwicklung "kommunistischer Liebes- und Ehebeziehungen" wurde abrupt für abgeschlossen erklärt. Von Gewalttätigkeit im Verkehr der Geschlechter wurde öffentlich fortan nicht mehr gesprochen. Man braucht keinen 7. Sinn, um das Ausmaß an Brutalisierung zu erahnen, angesichts eines lange Zeit als 'Kavaliersdelikt' bagatellisierten Alkoholismus. Die 'natürliche Geschlechterordnung' war bis in die jüngsten Tage kein Thema der Kulturwissenschaft. Munter werden stattdessen Bilder über die Medien verbreitet, in denen eine unmittelbare Gleichsetzung von biologischer und sozialer Mutterschaft zum Ausdruck kommt. "Die Reklame für eine Waschmaschine oder eine neue Kücheneinrichtung erfolgt in der Regel unter dem Motto 'Für Euch, Frauen'. Es werden Materialien publiziert, wie die Frau nicht selten ihre Berufsarbeit opfernd, dem Manne die Wärme des häuslichen Herdes und sein Wohlbefinden sichert und dadurch zu seinem erfolgreichen Fortkommen im Dienst beiträgt. Häufig werden

Frauen hervorgehoben, die absolut alle Familiensorgen auf sich nehmen und kein Wort über ihre gesellschaftliche und berufliche Tätigkeit verlieren. Die Nostalgie der 'Guten alten Zeiten', als die Frauen noch ihren Platz kannten, kommt deutlich zum Vorschein und unterschwellig wird die 'Emanzipation' verurteilt." (Puchowa)

Das klingt uns allen wohlbekannt. Der Protest gegen zu viele Zumutungen an die Adresse des 'schwachen Geschlechts' sucht sich allerdings seine Ausdrucksformen. Eine davon ist der Witz. Daß Frauenwitze in der Sowjetunion entstehen, ist ein Hoffnungsschimmer. Einen habe ich in Moskau 1985 gehört: "Ein Mann kommt in einen Buchladen. Er wendet sich an die Verkäuferin. Ich möchte das Buch 'Der Mann als Führer'. Die Verkäuferin weist mit dem Kopf nach rechts. 'Science Fiction' gibt's nebenan."

Daß Frauenwitze in der UdSSR entstehen, ist ein Hoffnungsschimmer

Angesichts der kaum zu verarbeitenden gesellschaftlichen Veränderungen, die im Zeitrasttempo über uns hereinbrechen, gibt es viele, uns bestürmende Fragen: Wie wird eigentlich der Platz der Frauen in dem 'Gemeinsamen Haus Europa' aussehen, das da jetzt - von Brüssel bis Moskau - errichtet werden soll?

Ist das Haus wie eh und je ein Herrenhaus: Welche Räume werden den Frauen zur Verfügung stehen? Wird die proklamierte Marktöffnung und Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen auch dem zweiten Geschlecht zugutekommen? Entwickelt sich in Mittel- und Osteuropa nun die streitbare feministische Bewegung, die im Kampf für Glasnost und Transparenz politischer Prozesse, um Beteiligung der Basis an der Machtausübung, ihre Ansprüche geltend macht? Da politische und kulturelle Rahmenbedingungen und Selbstbewußtsein der Frauen in den einzelnen Ländern sehr verschieden entwickelt sind, werden sicher die Durchsetzungschancen von Fraueninteressen sehr unterschiedlich sein. Nicht zuletzt wird der Heilige Vater aufpassen, daß die lieben Töchter nicht über die Stränge schlagen.

Ob die neuen sowjetischen Frauenräte ihr Aufgabenfeld erweitern und ganz unbescheiden Zugang zu den Spitzen der Machtausübung ebenso wie die umgekehrte Quotierung, den kreativen Einsatz des männlichen Geschlechts bei den Erziehungs- und Haushaltsaufgaben reklamieren? Bisher ist von solchen Attentaten auf die Vorrechte des Paschatums wenig zu hören.

Dem Emanzipationsgedenken trotzdem unbelehrbar verbundene Frauen in Ost und West werden also noch etwas Atem, Phantasie und Nüchternheit benötigen und auf vielen Feldern gleichzeitig kämpfen müssen. Angesichts der klassen- und länderübergreifenden Markt- und Europa-Euphorie sollten wir eines vielleicht nicht vergessen:

Für das marktradikale Programm der Egalisierung der Geschlechter wird heute nicht nur von den EG-Behörden geworben. Die Vorstellung, daß die

Welt freier und gleicher werde, wenn auch die Frauen erst einmal von dem vitalisierenden Geist des 'freien Wettbewerbs' infiziert sind, hat über ihre VerfechterInnen in den Reihen des Neoliberalismus inzwischen auch ProtagonistInnen bis weit hinein in das sozialdemokratische Lager erfaßt.

Nicht wenige der großen nationalen und internationalen Frauenverbände, die eng mit der EG kooperieren, sind vom Geist des Wettbewerbs und der Karriere erfüllt und drängen darauf, bei den notwendigen Anstrengungen 'zur Erhaltung *unserer* internationalen Konkurrenzfähigkeit' mitmachen zu dürfen. Die Frau soll endlich die abgeschirmte Welt des Privaten hinter sich lassen, aus paternalistischer Bevormundung hervortreten und auf die 'Herausforderungen des Marktes' mit freier Privatinitiative reagieren. Leitbild ist die Karrierefrau, die 'ihren Mann' steht. Wichtigstes derzeitiges Anliegen der Neoliberalen: der Gleichberechtigung soll durch rigorosen Abbau von besonderen Frauenschutzrechten auf die Sprünge geholfen werden.

Nun dürfte nicht unbekannt sein, daß der Sinn von Wettbewerben darin besteht, Sieger und Verlierer zu ermitteln. Daß bei diesem, nun auch den Frauen anempfohlenen edlen Wettstreit, die Verlierer schon vor dem Wettbewerb feststehen dürften, liegt auf der Hand. Und es dürfte nicht an mangelndem Leistungswillen, noch an fehlender Risikobereitschaft vieler Frauen liegen, daß sie keine Chance haben, sondern es hat mit 'Standortnachteilen' zu tun, mit ungleichen Ausgangslagen von Männern und Frauen, die auch mit der schönsten Gleichstellungsrhetorik nicht zu überspielen ist.

Ist selbst bei männlichen Lohnarbeitern die Unterstellung von 'Freiheit' und 'freier Wahl' auf dem Arbeitsmarkt ein tollkühner Gedanke, so geht sie an den Lebensbedingungen von Frauen in Polen, Spanien und Griechenland vollends vorbei. Neben dem grundsätzlichen Manko, bei anhaltender Beschäftigungskrise und Massenarbeitslosigkeit überhaupt Erwerbseinkommen zu beziehen, sind die *besonderen* Barrieren, die die weibliche Marktfreiheit torpedieren, in Rechnung zu stellen. Solange die erschwerten Marktzugangs- und Mobilitätsschranken für die große Majorität der Frauen Europas gezeugnet, solange ihre besondere Verwundbarkeit durch Marktkräfte und die gerade aus diesem Sachverhalt erwachsenden Möglichkeiten, aus der Beschäftigung von Frauen Sonderprofite zu erzielen, tabuisiert werden, sollte man uns nicht mit 'Freiheit' und 'Gleichheit' kommen.

Aber das kümmert die modernen StrategInnen des 'blind gewordenen Egalitätsprinzips' wenig. Es hat zuweilen den Anschein, als würden unter der Flagge der unbeschränkten Marktfreiheit selbst Militarisierung und Umweltzerstörung in Kauf genommen, wenn sie nur ein paar 'Klasse-Frauen' nach oben bringt.

Die so verstandene 'Emanzipation' ist unaufhaltsam auf dem Vormarsch, nein, sie marschiert, wenn die europäische weibliche Elite, wunderschön uniformiert, endlich die bisher den Männern vorbehaltenen Kommandohöhen der Wirtschaft, vielleicht sogar Generalsbastionen erobert hat.

Vorschau

Z - Nr. 2

erscheint im Juni

mit dem Schwerpunktthema:

"Zukunft der marxistischen Bewegung"

und

Sozialismusdiskussion

"Die Nacht der Bleistifte"

Linke Deutschlandpolitik

Diktatur und Demokratie

Subjekt - Kollektiv -kollektives Subjekt

"Antimonopolistische Strategie" - eine tragfähige Orientierung kommunistischer Politik heute? (Vorläufige Thesen)

Eine Stärke marxistischer Theorie besteht darin, daß sie hinter gesellschaftlichen Strukturen und Prozessen die materiellen, "in letzter Instanz" ökonomischen Interessen herausarbeitet. In den sozialen Bewegungen entwickeln MarxistInnen nicht nur inhaltliche Perspektiven einer besseren Welt; zugleich - und vielfach mit besonderer Hartnäckigkeit - weisen sie auf die "Machtfrage" hin: benennen die Gegner fortschrittlicher Forderungen, analysieren die Kräfteverhältnisse, schlagen realistische Zwischenforderungen vor usw.

Dieser materialistische Ansatz bringt natürlich oft das Monopolkapital als Träger ökonomischer und politischer Macht in den Blick: als treibende Kraft bei der Aufrüstung und anderen technologischen Fehlentwicklungen, als Gegner von Arbeitszeitverkürzungen und anderen sozialen Reformforderungen, als gefährliche Einschränkung gesellschaftlicher Demokratie. Daher ergibt sich für die fortschrittlichen Bewegungen in vielfacher Hinsicht die Notwendigkeit, großkapitalistische Strukturen zu bekämpfen und Monopolstrategien zu überwinden. Dies von Anfang an zu erkennen und zu berücksichtigen, ist theoretisch und politisch gleichermaßen wichtig.

Der notwendige harte Konflikt mit dem Monopolkapital ist von einigen kommunistischen Parteien zur eigenständigen strategischen Hauptorientierung einer ganzen Etappe kommunistischer Politik verdichtet worden. Insbesondere die SED und die DKP haben sich bei dieser Theoriebildung hervor getan. Der spezifisch deutsche Beitrag zur Weiterentwicklung kommunistischer Strategie in den entwickelten kapitalistischen Ländern besteht geradezu im Konzept des Antimonopolismus. Es liegt auch dem Programm der DKP als Hauptorientierung kommunistischer Politik zugrunde.

Dieses Konzept ist jedoch aus zwei Gründen problematisch: Theoretisch ist es Ausdruck eines Reduktionismus, der alle Probleme dieser Welt auf die Existenz und Strategie des Monopolkapitals, oder des Monopolkapitals als System: des Imperialismus, zurückführen will, was der tatsächlichen Komplexität der Wirklichkeit nicht gerecht wird. Politisch ist das Konzept problematisch, weil die "Zuspitzung" aller Bewegungen zur Überwindung aktueller Probleme auf die "antimonopolistische Stoßrichtung" mit einer gewissen Zwangsläufigkeit zur Verselbständigung und Verabsolutierung der Machtfrage gegenüber den konkreten Problemen der Gesellschaft und den Alternativen der sozialen Bewegungen geführt hat. Beide Mängel ha-

ben sich insofern in den letzten Jahren unangenehm bemerkbar gemacht, als sie sach- und problembezogene Analysen der heutigen Welt ebenso behindert haben wie die Fähigkeit, fortschrittliche Bewegungen zu erkennen und in ihnen vorwärtstreibend zu arbeiten.

Die Fixierung auf das Monopolkapital - eine Verengung des theoretischen Zugangs zur Welt

Die Unzulänglichkeiten theoretischer Analyse, die mit der Verabsolutierung des monopoltheoretischen Zugangs verbunden sind, sollen an zwei Beispielen belegt werden. Das erste ist mittlerweile weitgehend akzeptiert, das zweite hat erst den Status vorläufiger Überlegungen.

1. Die Unterdrückung der Frau ist eine besonders markante gesellschaftliche Struktur, die älter als Imperialismus und Kapitalismus ist. Auch die Beseitigung monopolistischer oder kapitalistischer Produktionsverhältnisse hat diese Struktur weder zum Verschwinden gebracht noch auf eine unbedeutende Restrolle zurückgedrängt.

Frauenunterdrückung wird in spezifischer Weise instrumentalisiert

Natürlich: Wo Wirtschaften auf der Grundlage von Privateigentum an Produktionsmitteln im wesentlichen profitgesteuert wird, wird Frauenunterdrückung in spezifischer Weise instrumentalisiert: sie wird als natürliche Grundlage unbezahlter Reproduktionsarbeit genutzt und gleichzeitig aus dem gesellschaftlichen Blick und Bewußtsein verdrängt; im Lohnarbeitsverhältnis werden Frauen sozial diskriminiert und zur Disziplinierung der männlichen "eigentlichen" Lohnarbeiter eingesetzt. Für diese ist die patriarchalische Unterdrückung "ihrer" Frauen schließlich ein Mittel zur Kompensation der Klassenunterdrückung. Im fortgeschrittenen Monopolkapitalismus wird die sexistische Instrumentalisierung von Frauen zu einem besonderen Hebel der Verkaufsstrategie für Waschmittel, Whisky und Wohnkomfort. Diese kapitalistischen Verwendungen haben Frauenunterdrückung aber nicht geschaffen. Sie haben bei ihrer Entstehung patriarchalische Verhältnisse vorgefunden und spezifisch geformt.

In den letzten 20 Jahren hat sich eine Vielfalt von Protest- und Widerstandsformen gegen Frauenunterdrückung entwickelt. Der kommunistische Beitrag hierzu hat vielfach zunächst in dem Versuch bestanden, diesen Bewegungen die "antimonopolistische Stoßrichtung" zu geben. Dies war theoretisch falsch und hat praktisch dazu geführt, daß die Frauenbewegung in ihrer Breite über die kommunistischen Parteien hinweggegangen ist.

Es spricht natürlich nichts dagegen, daß KommunistInnen aus ihren besonderen Orientierungen auf die sozialen Fragen heraus sich der sozialen Diskriminierung der Frauen besonders zuwenden und sich in der gewerkschaftlichen Frauenarbeit engagieren. Borniert wird es jedoch, wenn diese

Orientierung als eigentlicher Kern der Frauenbewegung angesehen wird, dem sich alle anderen unterzuordnen hätten.

Heute werden diese "Zuspitzungs"fehler in der Regel von KommunistInnen vermieden. Andernfalls wäre kommunistische Frauenarbeit auch kaum möglich. Die theoretische und programmatische Verarbeitung dieser praktischen Korrektur steht allerdings noch aus.

2. Relativierung des monopoltheoretischen Ansatzes sind auch erforderlich, wenn es darum geht, die aktuellen *ökologischen Bedrohungen* zu erklären und zu bekämpfen. Gewiß sind profitgesteuerte Ökonomien strukturell wachstumsfixiert und expansionistisch. Die Externalisierung der Kosten von Umweltbelastungen fördert den Raubbau an Ressourcen und die Zerstörung der Natur. Monopolstrategien haben zur Internationalisierung und Verschärfung dieser Probleme beigetragen. Nur: wachstumsfixiert und umweltzerstörend verhalten sich auch nichtmonopolistische Schichten (die mittelständischen Unternehmer) und große Teile der Arbeiterklasse. Und bekanntlich haben bislang auch die nachkapitalistischen Gesellschaften ihre Wirtschaftspolitik am größtmöglichen Wachstum der (Industrie-)Produktion orientiert und die Umwelt nicht weniger geschunden als ihre kapitalistischen Systemkonkurrenten.

Was heißt dies für die Erklärung von Wachstumsorientierung und Naturzerstörung? Für die marxistische Theorie stellen sich hier mehr Fragen, als es Antworten gibt. Anscheinend sind nicht ausschließlich - vielleicht nicht einmal in erster Linie - ökonomische Eigentumsverhältnisse und daraus abgeleitete Steuerungsmechanismen für die enormen Probleme des industriellen Expansionismus verantwortlich, möglicherweise stattdessen ein eindimensionales, nur aus Macht- und Beherrschbarkeit gerichtetes Natur-, Technik- und Wissenschaftsverständnis. Dies hat sich zwar zusammen mit dem Kapitalismus historisch herausgebildet, mittlerweile jedoch eine eigenständige, über Kapitalismus und Imperialismus hinausweisende Festigkeit und Dynamik entwickelt und eigenständige Systemqualität angenommen.

Wenn diese Hypothesen tragfähig sind, ergeben sich daraus erhebliche politische Konsequenzen: Es wäre dann möglich und sinnvoll, den Kampf für einen anderen, ökologisch (und sozial) orientierten Entwicklungstyp des gegenwärtigen Kapitalismus nicht von vorneherein mit dem antimonopolistischen Kampf zu identifizieren und auf diesen als sein eigentliches Wesen zuzuspitzen. Es wird zu einer Frage der konkreten Interessenkonstellationen und Kräfteverhältnisse, wieweit das Monopolkapital oder bestimmte Konzerne und Konzerngruppen sich an bestimmte ökologische Forderungen anpassen und sich andere im Interesse langfristiger Renditesicherung zu eigen machen können. Natürlich ist unter den historischen Bedingungen nicht damit zu rechnen, daß ökologisches Wirtschaften zu einer bevorzugten Option monopolistischer Strategien wird. Eine Wende zum Besseren bedarf großer Kräfte und einer breiten Mobilisie-

rung der durch Umweltzerstörung Betroffenen. Diese Bewegung richtet sich auch - und in konkreten Fällen sogar besonders - gegen die Umweltzerstörung durch Großkonzerne. Dadurch wird sie aber nicht zum antimonopolistischen Kampf, sondern bleibt demokratischer Kampf für eine bessere Umwelt.

Antimonopolismus - Ersatz für demokratische Alternativen

Kommunistische Parteien kapitalistischer Länder haben bis heute viele Programme und Vorschläge zur Veränderung von Strukturen und Politik ihrer Länder erarbeitet und verbreitet. Der Aufbau derartiger Vorschläge ist fast immer gleich: Einer Bestandsaufnahme der Probleme folgen vernünftige und realistische Reformvorschläge. Gegen Schluß erfährt das ganze seine antimonopolistische Einordnung, und die letzten 10 bis 20 Zeilen bleiben für die sozialistische Perspektive reserviert.

Sehen wir von dieser Sozialismus-Erinnerung ab, so besteht das Gemeinsame dieser Programme in ihrer antimonopolistischen Grundorientierung. Sie macht nach kommunistischem Selbstverständnis den Unterschied zu "einfachen" oder "reformistischen" Reformprogrammen aus und wird deshalb zum wesentlichen Kern kommunistischer - im Unterschied zu sozialdemokratischer oder grüner - Politik erklärt. In den konkreten sachebezogenen Forderungen sind die Unterschiede allerdings vielfach minimal oder nicht vorhanden.

Die mangelnde praktische Relevanz der antimonopolistischen Zusatzorientierung in den sozialen Bewegungen sollte Anlaß sein, ihre Sinnhaftigkeit zu überdenken. Die diesbezüglichen Zweifel erscheinen mir gut begründet: Selbst wenn er Kampf gegen bestimmte Monopolstrukturen und -strategien in allen sozialen Bewegungen wesentliches unverzichtbares Moment wäre - was nicht der Fall ist (vgl. 2) - enthielte der Antimonopolismus als Strategie eine unzulässige Verabsolutierung eines Aspektes dieser Bewegungen zu ihrem Hauptinhalt.

Natürlich kann man/frau - und sollte wohl auch - in konkreten Fällen die wünschenswerten inhaltlichen Forderungen und die Fragen der Macht- und Kräfteverhältnisse zunächst getrennt analysieren und dann aufeinander beziehen. Die Addition der jeweils erforderlichen Machtanalysen und Konfrontationen mit dem Monopolkapital zum Antimonopolismus jedoch macht die Lösung "der Machtfrage" zum Hauptinhalt kommunistischer Politik. Die konkreten Probleme und Mißstände in der Welt und die in den Bewegungen entwickelten Alternativen hierzu treten gegenüber der verabsolutierten Machtfrage zurück und geraten schließlich ganz aus dem Blick.

Noch einmal zur Vermeidung von Mißverständnissen: Es geht nicht um die Ausklammerung von Machtfragen zugunsten des naiven

In den konkreten Forderungen sind die Unterschiede vielfach minimal

Wunsches nach einer schöneren Welt. Es geht aber gegen die Verselbständigung von Machtfragen und gegen ihre Lösung vom Kampf für eine bessere Welt. Der Antimonopolismus ist eine solche Verselbständigung, wenn er als Strategie postuliert wird. Er hat im besten Fall keine praktische Bedeutung, was die Aktiven irritiert und die Ideologen verbittert, führt im schlechteren Fall jedoch zu borniertem Sektierertum.

Das Konzept des Antimonopolismus stellt auf die Machtfrage in einer Zeit ab, in der die Machtfrage nicht auf der Tagesordnung steht. In revolutionären Situationen dagegen sind die Fülle der Probleme, die Unzufriedenheit der Menschen und die Unfähigkeit der Herrschenden so groß, daß es unmittelbar um das System als Ganzes geht und tatsächlich zunächst einmal nichts als die Machtfrage - als reale Abstraktion der konkreten Probleme - gestellt und gelöst wird (mit der Folge, daß die großen Schwierigkeiten der Etablierung realer Alternativen erst später kommen). Das war im Oktober 1917 in Rußland ebenso wie im November 1989 in der DDR.

Für die BRD und die anderen entwickelten kapitalistischen Länder ist eine solche Situation in absehbarer Zeit auszuschließen. Dieser Einsicht soll das Konzept des Antimonopolismus Rechnung tragen: als ideologisches und politisches Zwischenglied zwischen systemimmanenten und "einzelfallbezogenen" Reformforderungen und der allgemeinen Perspektive der Systemüberwindung. Die Ausklammerung der konkreten stofflichen Veränderungsperspektiven und die Ferne tatsächlich weitreichender Machtumbrüche machen es jedoch zu einer leeren Abstraktion, die weder theoretisch noch politisch tragfähig ist.

Uwe Koch

Wir Genossen von Temesvar

I.

Bevor das Jahrhundert zu Ende geht, so hatte der Präsident versprochen, sollte die Geschichte des Kommunismus zu Ende geschrieben sein - als ein trauriges, bizarres Kapitel der Menschheit. Wir wünschen uns, ergänzte sein Verteidigungsminister, daß er mit einem Winseln zugrunde geht, nicht mit einem Knall.

Wie oft wurde beschworen, daß Totgesagte länger leben? Marx, das Proletariat, die Partei ... mit einem Sprichwort waren sie zu reanimieren. Dann plötzlich lief alles sehr schnell. Die regierenden Kommunisten waren unter die Verlierer der Geschichte geraten. Sie gingen in Pension oder in den Knast. Es gab das Winseln, und es gab den Knall. Die meisten verabschiedeten sich mit friedlicher Abdankung, die rumänischen mit einem Massaker.

Das Bedürfnis nach Schonung sortiert unsere Erinnerung. Die Zeit ist angefüllt mit Etappen des sozialistischen Zusammenbruchs, mit Selbstauflösung von Staaten und Parteien. Uns bewegen die eigenen Verluste (an Hoffnungen, an Gewißheiten, an dem, was für das unumkehrbar Erreichte gehalten wurde). Weniger Trauer bleibt übrig für die Opfer. Und schließlich, sind es denn unsere Opfer? Unter den Marxisten hier hatte der rumänische Absolutismus wenig Sympathisanten.

Dennoch müssen wir auf den rumänischen Dezember zurückkommen. Die Mitglieder der Securitate haben versucht, die Arbeiter- und Bauernmacht mit ihren Gewehren zu verteidigen. (Auf den Straßen kämpfte das Volk und seine bewaffneten Einheiten gegen die ausländische Intervention, vermutete Ceausescu, als er in seinem "Prozeß" verhört wurde.) Tatsächlich ist über die Motive der Mitglieder der Securitate, über ihre Herkunft, Ausbildung und Zusammensetzung viel berichtet worden. Aber die bisherigen Nachrichten aus Rumänien haben sich als recht unzuverlässig erwiesen, die neue Führung hat, wie nicht zuletzt die Anklage gegen die Ceausescus bewies, etwas anderes zu tun, als sich auf allzu feine Differenzierungen einzulassen. So wurden uns die kämpfenden Einheiten als Terroristen vorgestellt, die in jahrelanger Kasernierung der Be-

völkerung entfremdet worden waren, viele von ihnen ohne Angehörige, ohne Familien, Ausländer darunter sogar!

Ihre Verbrechen sind jenen von Oradour und My Lai vergleichbar. Ist es also verkehrt, sie Terroristen zu nennen? Nein, es ist nicht verkehrt. Aber es ist zugleich bequem. Wäre es nicht ebenso richtig, sie Kommunisten zu nennen? Offenbar waren sie alle Mitglieder jener jetzt im Nichts verschwundenen Partei. Dennoch hätten wir eine solche Benennung als propagandistisch empfunden, als eine ideologisch motivierte Wortwahl. Es hätte unserem Bedürfnis nach Schonung widersprochen, wären rumänische Kommunisten in unseren Nachrichtensendungen dauernd als Kommunisten titulierte worden.

Die Mörder, das waren immer die anderen. Pol Pot zum Beispiel, der besessene Intellektuellenfeind mit seinen Roten Khmer, die sich selbst das halbe Volk zum Opfer brachten - das waren Maoisten, vom Weg Abgekommene, die sich sogar auf Stalin beriefen, der ja auch ein vom Weg Abgekommener war ... oder dessen Weg die wahren Kommunisten inzwischen jedenfalls längst als falsch erkannt hatten; kurzum, es ließen die Verbrechen sich im allgemeinen den anderen, den falschen zurechnen. Dieser Bereitschaft, die Geschichte der eigenen Sache, der eigenen Leute, des eigenen Glaubens von Verbrechen reinzuhalten, kommt der Umstand entgegen, daß Bestialität, wie etwa, Menschen die Haut vom Leib zu schneiden, in politischen oder ökonomischen Begriffen tatsächlich nicht ausreichend erklärbar ist. Die Massaker sind zwar tatsächlich, aber nicht rational schlüssig. Die Idee ist vernünftig, aber nicht tatsächlich. Die Idee kann einfach nichts mit den in ihrem Namen verübten Taten zu tun haben.

Jetzt aber scheint der Vorrat an Tröstung verbraucht. Obwohl die Taten der rumänischen Geheimpolizei in ihrer Grausamkeit und in ihren Ausmaßen hinter früheren kommunistischen Verbrechen zurückstehen, sind die Auswirkungen endgültiger. Wer wollte sich noch zu der Erklärung flüchten, Ceausescu sei der vom Wege Abgekommene, der mit Peking verbündete Nationalist gewesen? Obwohl sie doch ebenso plausibel wie bei früheren Tragödien ist.

Die "guten" unter den rumänischen Kommunisten jedenfalls, jene einzelnen Geläuterten, die noch etwas mitzureden haben, versuchten gar nicht erst, für den Aufbau eines besseren Sozialismus, einer kommunistischen Politik ohne oder sogar jenseits der Ceausescus zu werben. Mitnichten. Mit den aristokratischen Führern der Arbeiterpartei, die da exekutiert worden waren, ging nicht nur die Epoche Stalins, sondern die Zeit des wissenschaftlichen Kommunismus - zumindest in diesem Land - zu Ende, die Zeit also, in der man auf die philosophischen Lehren von Marx, Engels und Lenin einen Staat bauen wollte. Während unrasierte und übermüdete Kämpfer im Bukarester Zarenpalast auf den Stilmöbeln hockten und ihre

Kippen auf edelsten Porzellantellern ausdrückten, beseitigte der provisorische Rat der neuen Staatsmacht nicht nur die despotischen Dekrete der jüngsten Vergangenheit, sondern schaffte die Symbole des sozialistischen Staates überhaupt ab.

Über die Lebendigkeit von Ideen entscheidet selten ihre praktische Humanität. Die christlichen Kirchen sind Rechtsnachfolger gigantischer Untaten, auf denen noch ihr heutiges Vermögen fußt. Gottes unermeßliche Gerechtigkeit beflügelte Europäer in aller Welt zu ausgeklügelten Tötungsmethoden und krankhaften Quälereien. Dennoch führt es nicht weit, sich in der Auseinandersetzung mit dem Christentum unserer Tage auf die Inquisition zu versteifen. Nicht einmal die Rüstungsaktionen des Vatikans werden einen aufgeschlossenen Vikar irritieren - er weiß um sie, und er weiß in seinem Weltbild eine höhere, die Fakten heiligende Idee zu finden. Ebenso ist nicht jeder Demokrat, der den Kapitalismus soziale Marktwirtschaft nennt und das parlamentarische System wegen der individuellen Rechtssicherheit vorzieht, dafür verantwortlich, daß im Namen eben dieses Rechtssystems in Panama City ein Blutbad angerichtet wurde. Robespierre hat die Sache der bürgerlichen Revolution nicht erledigt, sowenig wie Stalin die proletarische Revolution widerlegte.

Was war es, was nach Stalin, nach Amin, nach Pol Pot weiter Hoffnung auf einen anderen Sozialismus, organisiert von besseren Kommunisten, ließ, nicht mehr aber nach Honecker, Husak und Ceausescu? - Es war das Fortleben der Idee, die ihren letzten Atem noch nicht ausgehaucht hatte und deshalb über alle Massengräber eine blieb, der zu folgen und zu trauen war. Katastrophen beeinträchtigten die Idee weit weniger als der vollständige Kollaps all jener Bestandteile des Sozialismus, die als wegweisend, überzeugend oder doch wenigstens als entwicklungsfähig angesehen werden konnten. Mehr als die Bestialität deprimiert das Scheitern des einfach Vernünftigen.

Planvolles Produzieren für die Bedürfnisse der Menschen statt sinnloses Herstellen des Unnötigen, für das die Nachfrage künstlich geschaffen werden muß - warum hat es nicht funktioniert? Friedliche Herrschaft einer Akademie auf der Grundlage der Wissenschaften statt Scheinkonkurrenz kaum divergierender Parteien, deren Politiker alle aus den gleichen Kassen bezahlt werden - warum sehnen sich die Menschen Osteuropas nach dieser Art von Wahl? Wohnungsbau als staatliche Aufgabe, Unterbindung der Spekulation mit Grund und Boden - warum führte es zu einer schlechteren Versorgung mit Wohnraum als der freie Wohnungsmarkt, dessen kostendeckende Mieten unbezahlbar erscheinen?

II.

Wenn ein Pharao starb ... Das Programm des Rundfunks wurde ohne Erklärung geändert. Getragene Musik, keine Worte, und die Welt mußte warten und ahnen. Mit der offiziellen Verlautbarung wurde zugleich, auf kryptische Weise, die Regelung der Zukunft bekanntgegeben. Einer aus dem Ältestenrat der Gleichen war zum Vorsitzenden des Trauerkomitees berufen worden. Unter den Sargträgern würde er der erste sein.

Bei der Beerdigung trugen die Männer Wintermützen und Schals. Die Bilder in den Zeitungen waren milchig-verschwommen: Die Nachrichten kamen von weit her. Die Welt hielt den Atem an.

Wenn ein Pharao lebte. Die Halle des Parteitages füllte sich langsam mit Gemurmel und Stühlerücken. Wiedersehenshandschläge, leise klatschten die Delegiertenmappen mit den sonderbedruckten Plastikdeckeln auf die Tische. Jugendliche Fahنشwenker mit geröteten Gesichtern beendeten planmäßig ihre Begeisterung. Der Kongreß erhob sich und schwieg. Einzig der mittlere Platz auf dem Präsidiumstisch war leergeblieben. Seitlich der Bühne wurde eine Tür geöffnet. Eintrat der Erste. In der Beifallsbrandung eilte er zum Stuhl des Vorsitzenden, verharrte dort während einer Sekunde der gemeinsamen Kontemplation, ließ den Blick über die Versammlung streifen, und mit kaum merklichen Nicken gab er, platznehmend, dem Parteitag das Zeichen zum Platznehmen. Nachher, zur Pause, erhob er den Parteitag, indem er sich erhob. Die Delegierten, die Gäste des Auslands, die Journalisten, die Helfer, die übrigen Mitglieder des Präsidiums standen auf und warteten an ihren Plätzen, bis er die Halle verlassen hatte.

Wenn ein Pharao schon einige Wochen gestorben war, bemerkte das Volk, daß der zum neuen Pharao berufene Vorsitzende des Trauerkomitees, dem Bescheidenheit und einfache Lebensführung nachgesagt wurde, einige geläufige Redewendungen des verstorbenen hervorragenden Staatsmannes, glühenden Internationalisten und unbeugsamen Dieners der Sache des Proletariats vermied. Wenig später sagte er sogar, die Überwindung gewisser Erscheinungen der vorausgegangenen Epoche sei unabdingbar. Das Bild des vorigen verschwand aus dem öffentlichen Leben. Für eine Weile war es kaum mehr verboten, Abträgliches über ihn zu sagen, dann wurde sein Name nicht mehr genannt. Man suchte ihn vergeblich in den Nachschlagewerken. Waren die Leistungen dieser Zeit nicht vielmehr des Volkes als sein Verdienst? Seine Familie sollte sich bereichert haben. Er ist Staub. Es hat ihn nie gegeben.

III.

Nicht die Wendehälse sind das Problem, sondern die eifertig Bußfertigen. Leute wie ich, die nicht schweigen können. Seid ihr bereit? Immer bereit, neue Entwicklungen differenziert zu betrachten und den Enthusiasmus des demokratischen Aufbruchs zu bewundern. Die Leistungen der Vergangenheit nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Nationalistische Untertöne besorgt zu registrieren. Die Notwendigkeit von Veränderungen schon vor () acht Jahren, () drei Jahren, () drei Monaten (Zutreffendes ankreuzen) gesehen zu haben.

Statt aufzuzählen, worüber man immer schon den Kopf schüttelte, sollte man nachlesen, was man einmal beklatschte. Irgend ein altes Parteitagsprotokoll aus der Zeit, als die Kommunisten noch recht hatten, als die Abkehr noch unvorstellbar war. Das bewahrt davor, sich allzu leicht mit einer bequemen Version zu begnügen.

Der fünfte Teil von Milan Kunderas Roman "Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins", der den Titel "Das Leichte und das Schwere" trägt, kreist um einen Leserbrief, den Tomas im Frühjahr 1968 an die Zeitschrift des tschechischen Schriftstellerverbands schreibt. In diesem Leserbrief, der zum Auslöser seiner späteren Verfolgung wird, geht es um die Verantwortung der Kommunisten.

Das ganze Land wirft in dieser Zeit den Kommunisten vor, für das Unglück des Landes verantwortlich zu sein: Für die Verarmung, für den Verlust der Unabhängigkeit, für die Justizmorde. Die Angegriffenen antworten: Wir haben es nicht gewußt. Wir sind irreführt worden. Und so wurde viel darüber diskutiert, ob sie es wirklich nicht gewußt hatten oder ob sie sich verstellten. Etwa ein Staatsanwalt, der Anfang der fünfziger Jahre für einen Unschuldigen den Tod forderte - war er vom russischen Geheimdienst oder der Regierung seines Landes irreführt worden? Vielleicht, sagt sich Tomas, war es so.

"Wie aber ist es möglich, daß heute, da man weiß, daß die Anklagen absurd und die Hingerichteten unschuldig waren, derselbe Staatsanwalt die Reinheit seiner Seele verteidigt und sich an die Brust schlägt: Mein Gewissen ist rein, ich habe nichts gewußt, ich habe geglaubt! Liegt seine untülbare Schuld nicht gerade in seinem 'Ich habe nichts gewußt, ich habe geglaubt'?"

Und da kam Tomas die Geschichte von Ödipus in den Sinn: Ödipus wußte nicht, daß er mit der eigenen Mutter schlief, und als ihm klar wurde, was geschehen war, fühlte er sich dennoch nicht unschuldig. Er konnte den Blick auf das Unglück, das er unwissend verursacht hatte, nicht ertragen, stach sich die Augen aus und verließ Theben als Blinder."

Kein Gerücht, keine Schmähung des Sozialismus wurde erfunden, die von der Wirklichkeit nicht übertroffen worden wäre. Daß die DKP, über die Hamburger Speditionsfirma Ihle, am Geschäft mit Südafrika verdiente, wer hätte es, wenn es vor einigen Jahren behauptet worden wäre, geglaubt? Daß die führenden Genossen der DDR über für sie reservierte Jagdgründe verfügten - wer von denen, deren Beruf die Propaganda gegen den Sozialismus war, hätte sich auf diese Räuberpistole versteifen mögen? Daß ein Generalsekretär selbst die Wettervorhersage fälschen ließ - kannten die Gegner des Sozialismus ein solches Detail auch nicht oder hielten sie es für zu ungläubhaft, um damit Reklame zu machen?

Und wir? Sollten wir, wenn wir uns nicht die Augen ausstechen, wenigstens den Mund halten, statt geschäftig neue Zeitschriften zu gründen? "Der Vorrat an Scham war schnell verbraucht", schreibt Helga Königsdorf im Neuen Deutschland (13.1.1990). "Man will dem Riß in sich selbst nicht mehr nachspüren. Man will wieder besser gewesen sein."

IV.

Ja, wirklich, sollte nicht geschwiegen werden? Ist eine Partei wie die SED-PDS nicht vermessen, wenn sie sich in einem Wahlkampf behaupten will, den sie nie zuließ, solange es in ihrer Macht stand?

Die Frage betrifft alle Marxisten. Nicht nur die Angehörigen einer Geheimpolizei. Wenn es richtig ist zu schweigen, nachdem man sich geirrt hat (und andere unter diesem Irrtum leiden mußten), dann ist auch in der Bundesrepublik eine halbe Generation zum Schweigen verurteilt. Die heute dreißig- bis fünfundvierzigjährigen sind in ihrer Mehrheit einmal für den Sozialismus gewesen, viele haben sich in marxistischen Organisationen zumindest umgesehen. Jetzt, wo das kapitalistische Gesellschaftssystem in der Praxis alternativlos geworden ist und universell wird, wo wir in der besten aller denkbaren Welten leben, sind alle, die einmal anderes behauptet haben, überführt: mindestens, in die Irre gelaufen zu sein, wenn nicht auch, die Unterdrückung anderer nur aus Mangel an Gelegenheit nicht verantworten zu müssen.

Die Konsequenz liegt nahe. Die Intellektuellen haben abzutreten, so wie wir es von den Mitläufern und PGs der Vätergeneration verlangten. Der reale Sozialismus, mit dem man allen Linken über den Mund fuhr, solange es ihn gab, wird jetzt erst, wo es ihn nicht mehr gibt, zum kategorischen Schweigegebot; jetzt, wo es niemandem mehr helfen wird, sich von "diesem" Sozialismus abzugrenzen, weil die Geschichte (und bald wird es heißen: "der Freiheitskampf der Deutschen") jeden Sozialismus als der Natur des Menschen zuwider enthüllt hat.

Längst schon werden die Stalinisten nur noch von ihren Erneuerergenossen verfolgt, sind Gegenstand reformiert-kommunistischer Staatsanwaltschaften. Der konservative Geist aber, der den ungeschmälernten Sieg in greifbarer Nähe sieht, richtet sich gegen jüdische Intellektuelle, die immer noch vom Sozialismus zu sprechen wagen. Gysi ist ein "Advokat", dem mit "Winkelzügen" Kunststücke gelingen - vor allem finanzielle (Der Spiegel v. 15.1.90). Daß "Die Zeit" in einer Umfrage über die Zukunft des Sozialismus Hermann Kant und Stefan Hermlin zu Wort kommen ließ, fand ein Kommentator im Deutschlandfunk (30.12.89) längst nicht so empörend wie den Platz, der gutwilligen "Unbelehrbaren" eingeräumt wurde: Stephan Heym, Christa Wolf oder Luise Rinser. Und Martin Walser rechnet mit "intellektuellen Aufpassern" ab (Die Welt v. 8.1.90). Intellektuell ist wieder ein Schimpfwort geworden.

Zu schweigen fällt also mindestens schwer. Wäre es denn sinnvoll?

V.

Was den Marxismus in der Bundesrepublik angeht, werden die kommenden Jahre nicht die Zeit neuer Organisationen, neuer Programme und wohl nicht einmal neuer Zeitschriften sein. Was als Pause des Nachdenkens zunächst notwendig erscheint, wird zur langdauernden Phase der Untätigkeit und Gedankenleere erstarren. Vermutlich ist das der gängige Weg, wie sich ein politischer Paradigmenwechsel im Bewußtsein der Individuen vollzieht: nicht, indem die einen ihre Meinung ändern und auf die Positionen der anderen wechseln. Sondern, indem die einen unpolitisch werden und die anderen aufhören, unpolitisch zu sein.

"Diese deutsche Art, das schier Unerreichbare kompromißlos so zu lieben, daß das Erreichbare darüber verlorengeht, wiederholt sich in der deutschen Geschichte seit dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation." Vor mehr als zwei Jahrzehnten untersuchten die Psychoanalytiker Alexander und Margarete Mitscherlich "Die Unfähigkeit zu trauern" (Frankfurt 1967) als ein politisches Massenphänomen. Ausgangspunkt ihrer Fragestellung war die Eile, mit der eine ganze Nation über die vorangegangene und von ihr angerichtete Katastrophe mit monomanem Wiederaufbaueifer, mit ausschließlich auf Wiederherstellung des Zerstörten gerichteter Anstrengung hinweggehen wollte. Der Versuch des stillschweigenden Übergehens ist bekanntlich mißlungen; die Mitscherlichs trugen mit ihrem Buch dazu bei, die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu erzwingen. Die Bundesrepublik hat ihre Trauerarbeit nachholen müssen, und sie hat sich dabei tiefgreifend verändert.

Was die Mitscherlichs irritierte, war der "Mangel unserer Neugier. Psychologisches Interesse für die Motive, die uns zu Anhängern

eines Führers werden ließen, der uns zur größten materiellen und moralischen Katastrophe unserer Geschichte führte - was mit Vernunft betrachtet das brennendste aller Erkenntnisprobleme sein müßte -, haben wir nur wenig entwickelt."

Auf das Buch der Mitscherlichs heute und in unserem Zusammenhang zurückzukommen, bedeutet nicht, alles in eins zu setzen, insbesondere nicht die politischen Systeme. Repressiver Sozialismus und Faschismus, zumal in seiner deutschen, nationalsozialistischen Form, waren nicht dasselbe. Auch die Begeisterung für das eine oder das andere, die "deutsche Art zu lieben", unterschied sich. Der Faschismus zog die Unpolitischen, die Duckmäuser in den Sog eines vermeintlichen Fortschritts, im Sozialismus fanden die Kritischen, die Aufsässigen den Weltgeist wieder. Zudem kreist die Untersuchung der Mitscherlichs um die Parallelität von Führer und Vater, eine Anwendung der Familienpsychologie auf die Gesellschaft, deren Problematik sie selbst immer wieder hervorheben und die in unserem Fall besonders irritierend sein mag, weil der deutsche Kommunismus, Thälmann-Banner hin, Lenin-Bilder her, nicht aus Lust an der Unterwerfung unter einen Führer zu erklären ist.

Aber man kann einen psychopathologischen Fallbericht lesen, in dem es um ein ähnliches wie das eigene Leiden geht - man hat freilich nicht die gleiche Lebensgeschichte wie der beschriebene Klient, nicht ganz die gleichen Symptome, mit denen man außerdem ganz anders umgeht - und doch erhellt sich einiges im Wiedererkennen des eigenen im anderen Fall.

Zum Beispiel darin: Größer als die Trauer um die Opfer, stellen die Mitscherlichs fest, ist allemal die Trauer um den selbst erlittenen Verlust des Ideals - in diesem Fall der Führerpersönlichkeit, die eine grenzenlose Selbsterhöhung, eine Aufwertung des Ich-Gefühls ermöglichte. Ihr Verschwinden wird als Kränkung des Ichs erlebt, und der geliebten Sache wird, weil sie einen im Stich gelassen hat, die Liebe beleidigt entzogen.

"Die Gefühle reichen nur noch zur Besetzung der eigenen Person, kaum zu Mitgefühlen irgendwelcher Art aus. (...) Bei der Analyse des seelischen Geschehens, das die Trauer ausmacht, finden wir den Schmerz um den Verlust eines Wesens, mit dem der Trauernde (...) verbunden war. Mit dem betrauten Objekt ging etwas verloren, was ein wertvoller Inhalt unserer erlebten Umwelt war. Es gibt jedoch eine krankhafte Steigerung der Trauer, die Melancholie. (...) In der Trauer fühle ich mich verarmt, aber nicht in meinem Selbstwert erniedrigt. Diese letztere Erfahrung macht jedoch der Melancholiker." Die Zeit der höchsten Selbstaufwertung erweist sich als mit größten Verbrechen unauflöslich verbunden. Mit dem plötzlichen Umschlag der Qualitäten "erfährt das Ich jedes einzelnen eine zen-

trale Entwertung und Verarmung. Zumindest ist die Voraussetzung zur melancholischen Reaktion geschaffen."

Warum ist die Bundesrepublik damals nicht in Melancholie verfallen? Die Mitscherlichs vermuten: "... das Kollektiv aller derer, die einen 'idealen Führer' verloren hatten, den Repräsentanten eines gemeinsam geteilten Ich-Ideals, konnte der eigenen Entwertung dadurch entgehen, daß es alle affektiven Brücken zur unmittelbar hinter ihnen liegenden Vergangenheit abbrach. Dieser Rückzug der affektiven Besetzungsenergie, des Interesses, soll nicht als ein Entschluß, ein beabsichtigter Akt verstanden werden (...) Wir haben uns das Verschwinden ehemals höchst erregender Vorgänge aus der Erinnerung als das Ergebnis eines gleichsam reflektorisch ausgelösten Selbstschutzmechanismus vorzustellen (...) Die Auswirkung dieser außergewöhnlichen psychischen Anstrengung des Selbstschutzes, die keineswegs aufgehört hat, ist der heute herrschende psychische Immobilismus angesichts brennender Probleme unserer Gesellschaft."

Der völlige Rückzug aus der Politik, der Verzicht auf jedes erneute Eingreifen, wird von den Mitscherlichs also gerade als Flucht vor der Bearbeitung der eigenen Erfahrungen (und der eigenen Schuld) aufgespiert. Das Verharren in "Immobilismus angesichts brennender Probleme unserer Gesellschaft" wird von ihnen als Eigenliebe gedeutet. Die Gefühlsstarre erleichtert den Umgang mit dem vorher Geschehenen. Man war an der Vergangenheit nicht emotional beteiligt, und durch diesen Rückzug wird sie entwirklicht, versinkt traumartig.

Es ist aber noch ein weiterer Schritt möglich, um Gefühle des Betroffenseins erneut und endgültiger abzuwenden. Dieser Schritt ist die Identifikation mit den Siegern.

VI.

Manchmal scheint es, als ordneten sich um die zufälligen Einschnitte unserer Zeitrechnung symbolische Ereignisse an. Einige Wochen, bevor die siebziger Jahre begannen, wurde Willy Brandt zum Bundeskanzler gewählt. Seine Wahl drückte die bestimmende Tendenz des Jahrzehnts, zumindest in seiner ersten Hälfte, aus. Einige Wochen vor den Achtzigern wurde der berühmte Beschluß über die Pershings und Cruise Missiles gefaßt. Er prägte eine angstvolle Epoche. Weit über die Widerstandsbewegung der frühen Achtziger hinaus war dieses Jahrzehnt eine Zeit des Zweifels am Fortbestand der Welt. Vom Zeitalter des Wassermanns bis zum paranoiden Aufspüren abstrusester Tschernobylfolgen reicht die Palette, mit der das Gemälde der Endzeit gemalt wurde. Der Lifestyle des Jahrzehnts, in all seinen unpolitischen, konservativ-sehnsüchtigen oder

einfach nur renommiert-snobistischen Facetten, keimte in dieser Niedergangsstimmung, in einer Euphorie der allerletzten Tage, in der die einen noch schnell ein Apfelbäumchen pflanzen und die anderen ihrer Oma ihr klein Häuschen verfrühstücken wollten; eine Generation zudem, worauf Botho Strauss in seiner Bühnenerrede hinwies, der die Früchte des gewonnenen Krieges jetzt in den Schoß fielen, ausgestattet mit kleineren und mittleren Erbschaften. Reflektierte Akademiker, die beim Frascati schließlich doch ein bißchen Angst vor den vielen Flüchtlingen und Immigranten bekommen und sich, nach einigen weiteren Gläsern, auch nicht mehr verkneifen, über polnische Arbeitsmoral offen die Meinung zu sagen. Konsumfreudige Citoyens: Zecher an der Sektbar, die die Verwendung von FCKW meiden; Tänzer auf dem Vulkan.

Und der Geist der Neunziger? Auch sie begannen mit Tänzchen. Vor und hinter dem Brandenburger Tor, auf der Mauer selbst, im November, als die Grenze geöffnet wurde, im Dezember, als die Übergänge eingerichtet wurden, zum Jahreswechsel soll es mehr als eine halbe Million Menschen gewesen sein, die sich da umarmten, betranken und immer wieder sangen: So ein Tag, so wunderschön ... In den frühen Morgenstunden, als sich Erbrochenes und Nationalgefühl ausreichend vermehrt hatten, versuchten mehrere Hundert Begeisterter, das Dach des Tors zu erreichen, wozu sie auf das Gerüst einer Leinwand stiegen. Die Rettungsdienste beider Berlins waren bis in die Morgenstunden beschäftigt, die Verletzten zu bergen, und noch lange, nachdem die Opfer dieses Unglücks in den Krankenhäusern untergebracht waren, fielen die patriotisch Angeheiterten dutzendweise von der schmalen Mauer und brachen sich die Knochen.

So begann das Jahrzehnt. Sein Lebensgefühl wird kaum von Untergangsstimmung geprägt sein. Um so mehr von der Furcht, seinen Teil zu verpassen bei der großen Expansion, die jetzt ins Haus steht. Die kommenden Jahre gehören dem Entrepreneur, dem jungen Findigen, für dessen Ideen endlich wieder Raum ist; der Hardware nach Ungarn verschiebt oder Immobilien in der Mark Brandenburg optiert. Bis weit in die bundesdeutsche Linke hinein ist zu spüren, welch prickelnden Reiz die deutsche Wiedervereinigung ausübt: Endlich tut sich etwas, endlich kommt Bewegung in die Geschichte. Man schwelgt in einer schönen Vorstellung, nach der sich die Synthese aus dem Liebenswerten der DDR und dem Angenehmen der BRD schaffen ließe, eine sanfte Republik, über die sich Engholm und Gysi, die Grünen hier und das Neue Forum dort verständigen würden. Unterm Strich soll da ein sozialliberales Großdeutschland herauskommen, mit vielen spannenden neuen Aufgaben und einer gemeinsamen Linken, die sich offenbar aus der Position jeweiliger Schwäche gegenseitig verstärkt. Ein Land von Kinderkrippen und CD-Playern, mit dem Kündigungsschutz von drüben und den italienischen Restaurants von hüten.

Die atemberaubende Geschwindigkeit, mit der die SPD zur Partei der Wiedervereinigung wurde, markiert eine Renaissance des linken Nationalgefühls, wie sie vielleicht seit 1914 nicht mehr bestanden hat. Der Taumel der nationalen Wiedergeburt erspart für eine Weile das Nachdenken darüber, daß eine Welt, in der es kein links und rechts mehr gibt, doch noch unten und oben aufweist. Der Westen wollte, daß die Barriere zum Osten fiel; sie ist gefallen. Der Süden mag verlangen, daß die Barriere zum Norden fällt; sie wird nicht weichen.

Daß in einer Welt des ungeteilten Sieges die Sieger auf ihrem Sieg bestehen, ist nicht verwunderlich. Daß sie also die Kommunisten eliminieren möchten (Montagsdemo), es jedenfalls als perfide geißeln, wenn sie für ihre Sache eintreten (Der Spiegel), muß hingenommen werden. Daß die kommunistischen Organisationen in vielen Ländern aufhören, zu bestehen, hat sein Gutes. Daß die Marxisten allerdings auch noch aufhören sollen, zu denken, kann zu nichts nütze sein.

Steffen Lehndorff

Aus dem Inneren der Festung

Eine sicherlich unvollständige Antwort auf die Frage:
Was haben wir falsch gemacht?

Die Welt des realen Sozialismus zerbricht, und mit ihr ein Weltbild. Wir fühlen uns mitverantwortlich. Wir - die ehemaligen Mitglieder, vor allem die ehemaligen FunktionärInnen der DKP, die eine Erneuerung jener Partei wollten, aber nicht erreichten. Mitverantwortlich, weil wir guthießen oder verschwiegen oder nicht sehen wollten, was im Namen des Sozialismus geschah.

Wir begannen die offene Auseinandersetzung in der DKP, als wir ahnten, aber noch nicht wußten, worauf wir uns eingelassen hatten. Der Kampf um die Erneuerung der Partei war ungewohnt, hart, streckenweise nervtötend, aber er förderte unsere Lernfähigkeit. Der Anstoß war zwar von Osten, von der Perestroika gekommen, aber wir verarbeiteten ihn selbständig und gewannen neue Einsichten. Spät, wie wir heute wissen, vor allem nicht rechtzeitig und nicht radikal genug. Radikalere Einsichten hätten zu radikaleren Konsequenzen geführt.

So trifft uns, was wir heute erfahren, nicht ganz unvorbereitet. Es zerstört Rest-Gewißheiten bis auf die Grundmauern - und doch ermutigt es zugleich, weil es auch ein Akt der Selbstbefreiung ist. Zunächst aber zwingt es uns, die gewonnene Kritikfähigkeit radikaler als bisher für den Rückblick auf unsere Geschichte zu nutzen.

Also: was haben wir falsch gemacht?

1. *"Der Eumelos braucht den Achilles wie ein alter Schuh den anderen. Aber dahinter steckt ein primitiver Trick, ein Denkfehler, den er dir in aller hundsgemeinen Unschuld eingepfist hat. Und der nur funktioniert, solange du ihm nicht auf seine schwache Stelle kommst. Nämlich: Er setzt voraus, was er erst schaffen mußte: Krieg. Ist er soweit gekommen, nimmt er diesen Krieg als das Normale und setzt voraus, aus ihm führt nur ein Weg, der heißt: der Sieg. Dann allerdings diktiert der Feind, was dir zu tun bleibt. Dann steckst du in der Klemme und hast zu wählen zwischen Achill und Eumelos, zwei Übeln."* (Christa Wolf, Cassandra)

"Wie konnte ich da nur mitmachen?" fragen sich heute viele von uns. Die Rückbesinnung auf die damaligen Motive ist sinnvoll. Bewahrt sie uns doch davor, einfach beiseitezuschieben, was uns vor zehn, zwanzig oder noch mehr Jahren wichtig war. Unreflektiert ad acta zu legen, was wir seinerzeit erkannt zu haben meinten.

Für die wenigsten von uns fielen die Hinwendung zur Linken und die Entscheidung für die kommunistische Bewegung in eins. Anders dagegen heute: die ernüchternde Erfahrung kann die gleichzeitige Abwendung von beidem bewirken. Deshalb genauer gefragt: warum zog uns in dem breiten linken Spektrum gerade dieser spezifische Farbton an?

Sicherlich gab es die unterschiedlichsten individuellen Zugänge zur kommunistischen Bewegung. Auch differierten sie je nach Generation und sozialem oder politischem Milieu. Uns alle beeindruckten und begeisterten die antifaschistischen WiderstandskämpferInnen: durch sie vor allem gewann die Partei eine moralische Autorität, die wir anderswo in dieser Gesellschaft vergebens gesucht hatten. Überzeugend war die kontinuierliche und konsequente Interessenvertretung in Betrieben und Hochschulen. Klar und vernünftig erschien der Anspruch, marxistische Wissenschaft in der Praxis organisiert anzuwenden. Die Organisation hatte Hand und Fuß; jahrzehntealte, respektgebietende Erfahrungen der Arbeiterbewegung schienen Schlagkraft und Beständigkeit unter allen erdenklichen Bedingungen zu garantieren. Alles in allem wirkte die Partei - mit ihrem um Seriosität bemühten Äußeren reizvoll kontrastierend - auf unverwechselbare Weise radikal: sie stand unverrückbar an der Seite der Sowjetunion und der DDR. Dies trennte sie nicht einfach nur von allen anderen politischen Kräften, sondern versah alle ihre Anschauungen und Aktivitäten mit dem Akzent besonderer Entschlossenheit, Unversöhnlichkeit, Ausdauer und Weitsicht. Der Schritt in die Partei war der Schritt auf die andere Seite der Barrikade eines offenen oder verborgenen Klassenkampfes, der die ganze Welt umfaßte. Alle typischen Eigenschaften, die der Partei zugeschrieben wurden, wie "Einheit von Wort und Tat", "Konsequenz", "Praxisverbundenheit", "Disziplin", "Realismus", "Mut", "Erfahrung", "Weitblick", "Ausdauer" fügten sich durch das spezifische Verhältnis der Partei zur UdSSR und zur DDR zu einem unverwechselbaren Gesamtbild zusammen. (Dies wird übrigens heute von denjenigen übersehen, die "wegen des fortbestehenden Klassengegensatzes" die DKP (oder etwas damit Vergleichbares) am Leben erhalten wollen. Die Parteinahme im Klassenkampf und der Wunsch, diesen mit einer revolutionären Perspektive zu führen, war und ist auch für andere linke Gruppierungen identitätsstiftend.)

Die eigentliche Gründungsurkunde der DKP war ihr Ja zum Einmarsch in die CSSR 1968. Dieses Ja war wohlüberlegt. Es trennte von Anfang an die Spreu vom Weizen. Es war, vor allem vielleicht für die Intellektuellen der 68er Generation, wie ein ideologisches Fegefeuer auf dem Weg zur Organisation. Es war, zum Beispiel auch für mich, die das Wesentliche klärende Provokation. Warum?

Der Einmarsch symbolisierte die Unerbittlichkeit im Kampf um die Macht. War nicht die imperialistische Bourgeoisie seit 1917 zu allen Ge-

Alles in allem wirkte die Partei in unverwechselbarer Weise radikal

walttaten bereit gewesen, um dem Sozialismus den Garaus zu machen? Bewies sie es nicht gerade wieder mit ihrem Napalmterror gegen das vietnamesische Volk? Ist nicht jeder Versuch, den Kapitalismus ohne Waffen, ausschließlich auf Sympathie und Bewegung in der arbeitenden Bevölkerung gestützt zu überwinden oder auch nur in seiner Macht einzuschränken, im Keim erstickt worden (eine Erfahrung, die kurz darauf in Chile grausam bestätigt wurde)? Ließen uns dann in den siebziger Jahren die Berufsverbote nicht am eigenen Leibe spüren, wie rücksichtslos der bürgerlich-demokratische Staat seine entschiedensten GegnerInnen bereits dann bekämpfte, wenn seine Macht noch nicht im entferntesten bedroht ist?

Alle Erfahrungen besagten: ja, wer Sozialismus wirklich will, muß den steinigten Weg zwischen scheinradikalen Phrasen auf der Linken und anpaßlerischen Bedenken der Sozialdemokratie gehen. Der weiche Kern braucht die rauhe Schale, um in der Welt des Kapitals zu bestehen.

Dies war, denke ich, jener "Realismus" bis in die letzte Konsequenz, der dem alltäglich vorgelebten "Realismus" der kommunistischen Partei entsprach. Die Konsequenz überzeugte, erschien theoretisch schlüssig, schuf Klarheit und Sicherheit, war Kern des Gemeinsamen. Die Partei stand, so schien es, mit beiden Beinen im Leben. Ohne jede Illusion.

Natürlich idealisierten wir die Verhältnisse im realen Sozialismus. Doch diese naheliegende Selbstkritik ist zu billig. Denn unsere Diskussionen und Gedanken waren - teilweise - wesentlich differenzierter. Vielen von uns war durchaus bewußt, daß die rauhe Schale den weichen Kern nicht unbeschädigt läßt. Daß die Panzerung nach außen einer breiten Entfaltung von Demokratie Fesseln anlegt, das öffentliche Leben und letztlich auch die politische Psyche deformiert. Auch waren uns (zumindest uns "Älteren" aus der 68er-Generation) die Greuel des Stalinismus nicht unbekannt, wengleich wir uns scheuten, das ganze Ausmaß des Terrors zur Kenntnis zu nehmen. In vielen Gesprächen mit SED-Parteifunktionären spürten wir Problembewußtsein, besonders ausgeprägt teilweise gerade bei leitenden GenossInnen. Diese Erfahrung flößte uns Vertrauen in die Weisheit der regierenden Parteiführungen ein, Vertrauen darauf, daß sie ebenso wie wir den Zustand des Sozialismus als unvollkommen erkannten und (wenn auch nicht öffentlich) weitblickende Schlußfolgerungen aus dem Stalinismus gezogen hatten.

Insgeheim (!) waren viele von uns schon seit langem nicht weit entfernt von der Kritik und den Bedenken, die andere Linke gegenüber dem realen Sozialismus äußerten. Wir weigerten uns jedoch auszublenden, wie denn die gemeinsamen Ideale zu realisieren seien. Auch wenn unsere praktische Konsequenz daraus, die wir für "prinzipielle Solidarität" mit dem realen Sozialismus hielten, sich als verhängnisvoll erwiesen hat, stellt sich doch die Grundfrage nach der Realisierbarkeit sozialistischer oder

kommunistischer Ideale heute umso schärfer. Und zwar nicht nur uns, sondern allen Linken.

Denn die Ironie der jüngsten Entwicklung liegt ja gerade darin, daß ausgerechnet der vermeintlich realistischste, weil die Sicherung und Stärkung der staatlichen Macht ins Zentrum rückende Weg des Sozialismus sich als schreiend unrealistisch offenbart hat.

Zwei Gesichtspunkte springen hier ins Auge: Zum einen die Gleichsetzung von Vergesellschaftung mit Verstaatlichung. "Bei der 'Verstaatlichung' bleibt die Gesellschaft allein in der Gestalt des Staates Eigentümer der Mittel ihrer Lebenstätigkeit, der Staat aber, der die Schwäche der Demokratie ausnutzt, verfügt über dieses Eigentum ausschließlich vermittels seines Apparats, die Gesellschaft wird ausgespart" - schreibt der sowjetische Gesellschaftswissenschaftler Len Karpinsky (Weshalb bleibt der Stalinismus auf der Bühne? In: Juri Afanassjew, Es gibt keine Alternative zur Perestroika, Demokratie, Sozialismus; Nördlingen 1988, S. 726). "Das mit solchen Mitteln erzielte Wachstum der Produktivkräfte", führt sein Kollege Anatoli Butenko den Gedanken weiter, "ist in eine kolossale Zersetzung des menschlichen Faktors umgeschlagen" (Über die revolutionäre Umgestaltung des staatlich-administrativen Sozialismus; ebenda, S. 660).

Der "menschliche Faktor" - dies ist der zweite Gesichtspunkt - wurde im bisherigen Sozialismus offenkundig ebenso durch die politische Ordnung zersetzt. Da die "einheitlichen Klasseninteressen" der "mächtausübenden" Arbeiterklasse keinen Pluralismus kennen dürfen - ein folgenschwerer ideologischer Taschenspielertrick! -, übte der monolithische Apparat der mit dem Staat verflochtenen "Partei der Arbeiterklasse" auf allen Ebenen die tatsächliche Macht aus. Letztlich liefen alle Fäden der Macht bei einer kleinen Personengruppe, bestenfalls dem Kollektiv des Politbüros zusammen. Der Untergang der Ceausescu-Diktatur lieferte grausiges Anschauungsmaterial für die äußerste Konsequenz, bis zu der dieses Monopolssystem *bruchlos* getrieben werden konnte: eine durch niemanden außer den Herrscher kontrollierbare Geheimarmee, deren Todeskampf an den der SS in den letzten Tagen der Schlacht um Berlin erinnerte. (Ich betone: *bruchlos*, denn im Unterschied dazu mußte der Faschismus, um den Kapitalismus zu retten, immerhin mit der bürgerlichen Demokratie brechen.)

In der jetzigen sowjetischen Geschichtsdiskussion wird der Ursprung des "verstaatlichten Sozialismus" darin gesehen, daß in der fast ausweglosen Lage des jungen Sowjetrußlands Stalins eiserne Logik allen anderen Ansätzen machtpolitisch überlegen war: "der Mechanismus des permanenten Bürgerkriegs" (Michail Gester, Stalin ist erst gestern gestorben; ebenda, S. 390). Ein Mechanismus, der im Kern auf der Vernichtung jeder Alternative beruht. Auch nach dem zweiten Weltkrieg wurde er sehr schnell wieder in Gang gesetzt.

Die politische Ordnung zersetzte auch den 'menschlichen Faktor'

Der permanente innere Bürgerkrieg hatte sein logisch und realpolitisch gebotenes Pendant in der Außenpolitik. Die international isoliert gebliebene Sowjetunion mußte zum "Bollwerk" ausgebaut werden. Umgeben von einer Welt voller Feinde schien keine Alternative realistisch. Gefter bemerkt deshalb auch (ebenda), daß "Stalin im Westen Partner fand, die seiner wert waren. Der kalte Krieg hatte nicht nur eine Quelle."

Der Staatssozialismus ist, so gesehen, fester Bestandteil jener Blocklogik, zu der das "neue Denken" heute eine Alternative sucht.

Im Rahmen der Blocklogik waren die "Ereignisse", die hinter solchen Jahreszahlen wie 1953, 1956, 1961, 1968 usw. stehen, vielleicht unausweichlich. Vielleicht, denn zumindest *eine* Alternative ist von den Politbüros immer wieder im Keim erstickt worden: die des vorsichtigen, dosierten, langfristig angelegten Abbaus obrigkeitsstaatlicher Bevormundung.

So blieben wir, die wir auf eine solche Strategie hofften und sie in manchen Generalsekretärs-Redewendungen sogar zu erkennen glaubten, doch letztlich stets gefangen im Teufelskreis der Blocklogik. Wir wollten KommunistInnen sein, die zu dem unvollkommenen ersten historischen Versuch der Realisierung unserer Ideale und Theorie stehen, und konnten es nur sein in dieser unseligen Begrenzung.

War es Tragik? Nein. Ganz zum Ende des dritten Bandes seiner "Ästhetik des Widerstands" (S. 263) hat Peter Weiss - aus dem Blickwinkel des Jahres 1945 die darauffolgenden Jahrzehnte beleuchtend - sich mit dieser Frage auseinandergesetzt: "Durch das Zerbrechen der Front (gegen Hitler - S.L.), die Teilung Europas und Deutschlands würde erst die Möglichkeit entstehen, etwas vom Ansinnen des langen Kampfs zu verwirklichen. Und zugleich auch würde die Spaltung (...) den Grund zu dem Unheil legen, von dem auf Jahrzehnte hin unser Leben überschattet wäre. Nicht von unten, vom Willen der geprüften Menschen her, sondern von oben, von den Zentralen der mächtigen Sieger, würde die Entwicklung bestimmt werden. Wir würden sehn, wie der Sozialismus erbaut wurde dort, wo es keine Bereitschaft dafür gab, wo finstre politische Rückständigkeit herrschte, während in den Ländern, in denen die kommunistischen Parteien erstarkt waren und die Bevölkerung auf seiten der antifaschistischen Kräfte stand, der Boden für den Einzug der Streber und Spekulanten bereitet wurde. (...) Mehr denn je würden wir einzustehn haben für die Seite unsrer Wahl, und schwerer denn je würde uns, in der Bedrängnis der Teilung, die Reinerhaltung unsrer Überzeugung fallen."

Er sprach es aus. Wir nicht. Was hinderte uns?

2. "Sprach in Troia irgendein Mensch von Krieg? Nein. Er wäre bestraft worden. In aller Unschuld und besten Gewissens bereiteten wir ihn vor. Sein erstes Zeichen: wir richteten uns nach dem Feind." (Christa Wolf, Cassandra)

Wir hatten uns selber in einer Festung verschanzt. Die kommunistische Bewegung, als Vorposten des sowjetischen Bollwerks, war ein Bestandteil der Blocklogik geworden und mußte sich - wollte sie sich treu bleiben - nach dem Feind richten.

Das, was im 20. Jahrhundert gemeinhin unter kommunistischer Weltbewegung verstanden wurde, existierte längstens 70 Jahre: von 1919 bis 1989. Sie war ein Produkt der Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung vor und nach dem ersten Weltkrieg. Die sich als revolutionärer Flügel der Arbeiterbewegung verstehende Kommunistische Internationale formte weltweit einen Typus der Kommunistischen Partei, der in den meisten Ländern bis in die jüngste Vergangenheit, zum Teil bis in die Gegenwart seinen typischen Charakter bewahrt hat.

1919, im Gründungsjahr der III. Internationale, hielt niemand eine Verteidigung der russischen Revolution für möglich, wenn es nicht gelänge, ihr - v.a. in Deutschland - weitere Revolutionen folgen zu lassen. Es galt, in einer Reihe von Ländern eine proletarische Diktatur zu erkämpfen, was unter den entstandenen Bedingungen unbewaffnet und ohne Bürgerkrieg kaum vorstellbar war. Das Instrument dafür: die Kommunistische Internationale. Ihre nationalen Sektionen: die kommunistischen Parteien, ihrem ausdrücklichen Selbstverständnis nach politische Armeen für den Bürgerkrieg (all dies nachzulesen in den Protokollen der ersten Komintern-Kongresse, besonders klar in den Reden Sinowjews). Dem entsprachen Organisationssystem und Mentalität.

Die Hochburgen des Kapitals hielten dem Ansturm jedoch stand. Die Strategie der Kommunistischen Internationale wurde der neuen Situation Schritt für Schritt und voller Widersprüche angepaßt, aber die Organisationsstruktur blieb unverändert die einer politischen Armee für die Erkämpfung der bewaffneten Diktatur des Proletariats. Es galt, das Pulver trocken zu halten für den nächsten revolutionären Ansturm, der - vielleicht in fünf, vielleicht in zehn Jahren? - unvermeidlich bevorzustehen schien. Gedanken von Antonio Gramsci oder des schon todkranken Lenin, die in der Konsequenz auf eine grundlegend neue Strategie hätten hinauslaufen können, fanden kein Gehör oder wurden nicht verstanden.

So wurde eine Struktur der kommunistischen Bewegung konserviert, auf der Stalin mühelos aufbauen konnte. Der Gründungsgedanke der III. Internationale nahm bereits im Laufe der zwanziger Jahre eine neue Gestalt an - dokumentiert im Komintern-Programm von 1928, praktiziert in harten fraktionellen Kämpfen jener Jahre. Charakteristisch für das Selbstverständnis kommunistischer Parteien wurden drei Merkmale:

* Oberste kommunistische Pflicht war (und mußte im Rahmen dieser Logik sein) die Verteidigung der Sowjetunion, des Vorpostens und Bollwerks der Weltrevolution.

Die Parteien der KI: politische Armeen für den Bürgerkrieg

- * An ihre Seite waren, durch Sturz der Kapitalherrschaft in weiteren Ländern, neue Festungen des Sozialismus zu stellen. Für die Festungen hätte, das war vorhersehbar, Belagerungszustand gelten müssen. So fixierte man sich faktisch auf die Eroberung der politischen Macht für die eigene Partei. Denn die angestrebte höhere, sozialistische Form der Demokratie erschien unter Bedingungen einer belagerten Festung nur durch Überwindung der bürgerlichen Demokratie, durch Ausschaltung alternativer Positionen in der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung realisierbar.
- * Dem politischen und geistigen Monopol, das die Parteien sich in der Gesellschaft erkämpfen zu müssen meinten, entsprach ihre innere Struktur. Dem "hochorganisierten Gegner" mußte die "Geschlossenheit der eigenen Reihen" entgegengesetzt werden. Dies begründete unter allen politischen Bedingungen einen quasi-militärischen Parteaufbau, der die gesamte Willens- und Meinungsbildung um die engere Parteiführung zentrierte. Die "Beschlußdisziplin" wurde zu einem Instrument pervertiert, das jegliche Alternative oder Opposition niederhielt oder aus der Partei drängte.

Diese drei Seiten bildeten eine unauflösbare Einheit, speziell auf deutschem Boden bis in die jüngste Vergangenheit. Wer dies wirklich begriffen und verinnerlicht hatte, war standfest genug, stets zu wissen, wo es langging und was "uns" vor allen "anderen" auszeichnete.

Gegen diese These läßt sich einwenden, daß die kommunistische Bewegung seit ihrem 7. Weltkongreß 1935 bis hin zu den demokratischen Reformprogrammen (Orientierung auf eine "antimonopolistische Demokratie") sich grundlegende Neuorientierungen erarbeitet habe. Tatsächlich entfernten sich diese demokratischen Orientierungen immer mehr von dem über die Jahrzehnte hinweg konservierten Selbstverständnis. Die zunehmende Diskrepanz zwischen der offiziellen Strategie und dem "Eingemachten" dieser Bewegung bewirkte eine Art Bewußtseinsspaltung. In der Strategie des 7. Weltkongresses war unausgesprochen die Möglichkeit angelegt, die Festungs- und Konfrontationsstrategie zu überwinden. In der Anti-Hitler-Koalition und in der Politik einiger kommunistischer Parteien schlug sich diese Möglichkeit in Ansätzen nieder. Die Nachkriegsordnung ließ jedoch machtpolitisch keinen Raum für Alternativen zum Kapitalismus erkennen, die sich vom sowjetischen Sozialismusmodell grundlegend unterschieden hätten. Die Vor- und Frühgeschichte der DDR ist das deutlichste Beispiel dafür. Die Politbüros schalteten deshalb von Anfang an konsequent alle Gedanken und Strömungen aus, die sich in die übergeordnete machtpolitische Blocklogik nicht einordneten ("Luxemburgismus"!). Später zeigten dann gerade die kompliziertesten Situationen der DKP-Entwicklung z.B. anläßlich der Biermann-Ausbürgerung, der Anti-AKW-Bewegung oder des Konflikts um die "Düsseldorfer

Debatte" wie ein Lackmus-Test, daß das Eingemachte noch im Glas war. So anachronistisch und grotesk es auch geworden sein mag.

Niemanden wird überraschen, daß uns bei alledem ein Aspekt zuletzt auffiel: auch in der Partei gab es Frauen-Unterdrückung, und sie war nicht allein Ergebnis eines rückständigen Bewußtseins, sondern - wie in der Gesellschaft - Bestandteil der übergeordneten Machtlogik. In der Sowjetunion wurde bereits in den zwanziger Jahren die traditionelle Einstellung zur Frau ebenso wie die zur Familie und zur Sexualität in dem Maße konserviert, wie die Stärkung der Staatsmacht ins Zentrum gestellt und der Sozialismus seines emanzipatorischen Inhalts beraubt wurde. Indem die Kleinfamilie zur "Keimzelle des Staates" erklärt wurde, blieb das Patriarchat Staatsräson. Der patriarchalische Herrschaftsmechanismus war willkommenes Instrument einer Strategie, die um die Eroberung und Sicherung politischer Macht zentriert war und nicht mehr nach dem Inhalt der angestrebten Gesellschaftsordnung fragte. Die Rückständigkeit kommunistischer Frauenpolitik war deshalb mehr als bloß ein Versäumnis, und den Versuchen, das Versäumte aufzuholen, war die äußerliche Anpassung anzumerken. Im Unterschied zu anderen Anpassungsleistungen blieb hier wohl bis zum Schluß der eigentliche Zusammenhang unbegriffen.

Worin bestand also der "eigentliche Zusammenhang" dessen, in das wir uns freiwillig begeben hatten? "Wir richteten uns nach dem Feind" - so wie es Christa Wolf für das belagerte Troia beschreibt. In dem von machtpolitischer Blockkonfrontation und Sicherheitsdoktrinen vorgegebenen Rahmen hatten vor uns Generationen von KommunistInnen Beeindruckendes, größten Respekt Gebietendes vollbracht. Auch war sicherlich nicht alles falsch, was wir, die KommunistInnen der 70er und 80er Jahre taten und dachten. Doch das Innerste dieser Bewegung hatte immer konservativere Züge angenommen. Ein Jahrhundert-Fortschrittsmodell, ursprünglich aus großem revolutionären Impuls hervorgegangen, hatte sich längst, bevor wir uns ihm anschlossen, in eiserner Festungs-Logik eingegraben.

Das Fortschrittsmodell hatte sich in eiserner Festungslogik eingegraben

3. *"Du mußt nicht bei Verstand sein, Kind, sagte, ehrlich empört, der König. Verstehst du gar nichts mehr? Es geht doch um die Ehre unsres Hauses.*

Darum, beteuerte ich ihm, ging es auch mir. Vernagelt war ich. Dachte, sie und ich, wir wollten doch dasselbe. Und welche Freiheit dann das erste Nein: Nein, ich will etwas andres. Doch damals nahm, mit Recht, der König mich beim Wort. Kind, sagte er, zog mich zu sich heran, ich atmete den Duft, den ich so liebte. Kind. Wer jetzt nicht zu uns hält, arbeitet gegen uns. Da versprach ich ihm, das Wissen um die schöne Helena geheimzuhalten..."
(Christa Wolf, Cassandra)

Die Festungsmentalität schafft Konformitätsdruck. Korrigierbar ist der Kurs auf das Ziel, kaum das Ziel selber. Der Schwur auf das

gemeinsame Ziel erschwert oder verhindert aber die Korrektur des Kurses.

Dieser Mechanismus ist allen wohlbekannt, die sich in einigermaßen autoritär gebauten Organisationen auskennen. Kommunistischen Organisationen - auch der sehr kleinen DKP - blieb es vorbehalten, diesen Mechanismus zur Perfektion zu bringen. Zu lange durchschauten auch wir ihn nicht und blieben deshalb sein Bestandteil.

Vielleicht nicht ursächlich, mit Sicherheit aber verstärkend bewirkte dies der Dogmatismus. Ursprünglich hatte der dogmatisierte Marxismus unseren Anspruch bedient, wissenschaftliche Analysen, die nichts Wesentliches mehr offen ließen, bis zur Konsequenz einer in sich schlüssigen Strategie und Politik zu treiben. Später - bereits in den 70er Jahren - wurde uns unbehaglich, als wir die Kehrseite des geschlossenen Weltbildes entdeckten: Neues wird nicht als Neues akzeptiert und untersucht, sondern dient nur zur Illustration des Bekannten. Zur Not finden sich geschichtliche Belege dafür, daß das Neue eigentlich etwas Altes ist.

Wie die Partei sich dadurch mehr und mehr von der Wirklichkeit abschottete, ist häufig beschrieben worden. Das größte Brett hatten wir uns jedoch vor den Kopf genagelt, indem wir der Faszination einer von Zeit und Raum unabhängigen "marxistisch-leninistischen Parteitheorie" erlegen waren. Es dauerte deshalb besonders lange, bis wir begriffen, daß wir *nicht* dasselbe wollen.

Seit dem Ende der 70er Jahre bemühte sich die aus den Jugendorganisationen in die unteren und mittleren Etagen des Parteiapparats überwechselnde Funktionärsgeneration mehr oder weniger bewußt und zielstrebig, ihre politische und organisatorische Praxis als die erfolgversprechendere vorzuführen. Dynamische Leitungsarbeit, politische Beweglichkeit, aktive Bündnispolitik und - dies allerdings sehr unterschiedlich ausgeprägt - ein offenes Diskussionsklima in der Partei sollten die Organisation aus ihrer damals schon erkennbaren, aber nicht thematisierten Krise führen und raschen Mitgliederzuwachs beschern. Dahinter stand die Vorstellung, die Überlegenheit einer offenen und demokratischen Parteiarbeit praktisch beweisen zu können, um sie schließlich mehrheitsfähig zu machen.

Wie undeutlich wir artikulierten (und wußten), was wir *ändern* wollten, ist im Rückblick auch an unserem Umgang mit der beginnenden Perestroika erkennbar. Selbstverständlich atmeten wir auf nach dem April-Plenum 1985, waren elektrisiert durch den Parteitag Anfang 1986, und empfanden das Januar-Plenum 1987 ("Der Sozialismus braucht die Demokratie wie die Luft zum atmen!") als Offenbarung. Wir betrachteten die sowjetische Entwicklung als einen mächtigen Rückenwind, der uns auf dem bisher eingeschlagenen Weg schneller voranbringen würde. Während ältere kritische kommunistische Insider diese Taktik als klug lobten und zur Geduld mahnten, überraschte uns die Skepsis Außenstehender, die in unserem Vorgehen die glatte Fortsetzung bisher geübter Sowjet-Treue sahen. Mit

dem Bemühen der DKP-Führung, die Perestroika bruchlos in die Kontinuitätslinie eines sich beständig erneuernden Sozialismus zu stellen, setzten wir uns nicht öffentlich auseinander.

Der Erwartungsdruck an die Partei, auch sie möge sich jetzt ändern, und unser eigenes Nachdenken, das durch die Perestroika ermutigt wurde, gerieten in immer größeren Gegensatz zu unserem praktischen Verhalten in der Partei. Bis zum Herbst 1988 steckten wir in einer Falle, die wir selber mit aufgestellt hatten.

Wir steckten in einer Falle, die wir selbst mit aufgestellt hatten

Eingeleitet wurde diese Phase durch den Hamburger Parteitag Anfang Mai 1986, der zugleich den Höhe- und den Tiefpunkt unserer damaligen parteiinternen Reformstrategie markierte. Auch uns kam Tschernobyl "dazwischen". Eigentlich hätte sich auf dem Parteitag die vergleichsweise erfolgreiche Hamburger Bezirksorganisation zu einer Hoffnungsträgerin der mittlerweile von großer Unzufriedenheit gepackten Partei emporschwingen sollen. Es schien auch zu klappen, doch dann machte ein einziger Hamburger Delegierter alles zunichte. Er wagte es, ein Fensterchen zur Wirklichkeit einen Spalt breit zu öffnen, indem er den unsäglichen Kommentar der Parteizeitung zu Tschernobyl und - den Anwesenden stockte der Atem - den Parteivorsitzenden persönlich kritisierte. Niemand wagte es, sich der Flut von Verurteilungen entgegenzustellen, die sich - eine hemmungslose Manipulation der Redeliste hatte die Schleusen geöffnet - über den Genossen ergoß. Bitten um Toleranz und Verständnis schienen die Grenze des Möglichen zu markieren, und schon sie erfordereten Mut.

Wir gerieten innerparteilich immer mehr unter Druck, obwohl nach außen "unsere" politische Linie, symbolisiert in der Wahlbündnispolitik, zur gleichen Zeit als allgemeine Linie der Partei weitgehend durchgesetzt werden konnte. Der Parteivorsitzende begann in jenen Monaten im Parteivorstand dräuend die Frage aufzuwerfen, ob jemand "ein anderes Programm, eine andere Führung, eine andere Partei" wolle. Nun, wer wollte das schon - oder war sich dessen so bewußt, daß er oder sie es gewagt hätte, damals zu antworten: Ja.

Natürlich fehlte uns Mut zum persönlichen Risiko. Dies entsprach universell gültigen Regeln der politischen Vernunft. Aber für uns kam die Falle der dogmatischen Parteitheorie hinzu. Nun, da offenkundig die Veränderung der Partei selber (und nicht mehr nur die Änderung ihrer Politik auf dem einen oder anderen Feld) anstand, konnte dies nur unter Berufung auf dieselbe Theorie geschehen, mit der sich die herrschende Praxis legitimierte. Außerdem erzeugte das geschlossene System "Partei" für diejenigen, die Wesentliches an ihm ändern wollten, den Zwang, eine in sich schlüssige Gesamtalternative, einen kompletten Gegenentwurf vorzulegen. (Auch dies wird Nicht-KommunistInnen vertraut vorkommen: viele Leitungsgremien leben nicht von der Qualität ihrer Arbeit, sondern vom Feh-

len einer Alternative). Unsere Crux war nur: wie kommen wir zu einem Gegenentwurf, wenn die gültige Parteitheorie ihn ausschließlich als Ergebnis genialer individueller Erleuchtung, nicht jedoch methodischer gemeinsamer Arbeit und Absprachen ähnlich Denkender zuläßt?

In Ermangelung von Genies mußten wir uns dann doch der Konspiration bedienen. Da es in der kommunistischen Bewegung nichts Schlimmeres als Fraktionstätigkeit gab, wagten wir auch diesen Schritt erst im Herbst 1987, und dann dauerte es immer noch ein Jahr, bis wir schließlich (auf der 13. Tagung des Parteivorstands) mit List und Tücke eine erste oppositionelle "Plattform" präsentierten. Und auch hier bringt der Begriff "wagen" es nicht völlig auf den Punkt: noch 1984 hatten wir es nicht fertiggebracht, das Recht einiger Parteimitglieder zu verteidigen, ohne Genehmigung durch den Parteivorstand eine eigene Zeitschrift ("Düsseldorfer Debatte") herauszubringen. Der Feststellung des Chefideologen, dies widerspreche seit Lenin den "ungeschriebenen Gesetzen" der Partei, wußten wir nichts entgegenzusetzen. Wer nicht "zum Feind überlaufen" will, braucht schon etwas länger, sich vom Festungs-Denken zu lösen und die eigene Täter-Opfer-Rolle darin zu durchschauen.

Außerordentlich absurd in diesem Prozeß war unser Verhältnis zum Kommandeur der Festung, von dem ich selbst heute nicht sagen könnte, ob er eine tragische Gestalt oder einfach ein durchtriebener Spätstalinist ist (vielleicht von Beidem etwas; durchtrieben auf jeden Fall, worin er Kanzler Kohl ähnelt, der es jahrelang fertigbrachte, von sehr vielen Leuten für unfähig gehalten zu werden). Die Erneuerungsströmung war besonders unsicher bezeichnenderweise in der Frage, ob dem Leitungsduo auf dem Frankfurter Parteitag (Januar 1989) AlternativkandidatInnen entgegengestellt werden sollten und wenn nein, ob zur Nicht-Wahl des Duos aufgerufen werden solle. Erst in der Schlußphase der Parteiauseinandersetzung waren wir imstande, die Frage zu enttabuisieren, ob es in einer kommunistischen Partei auch eine andere Art des Führungswechsels geben könne als das Ausscheiden durch Tod oder Palastrevolte.

In der Festung wird, selbstverständlich, in militärischen Kategorien gesprochen und gedacht. Als vor einem Jahr persönliche Aufzeichnungen von mir zur Taktik der Erneuerungsströmung an die Öffentlichkeit gelangten, tadelte mich ein alter Genosse, der es vielleicht gut meinte: "Der Generalstab darf seine strategischen Überlegungen nicht an die Öffentlichkeit gelangen lassen. Schon die Offiziere würden sie nicht verstehen - von den Mannschaften ganz zu schweigen." Die quasi-militärische Geheimhaltung war Eckpfeiler eines Systems der wohl dosiert abgestuften Information in der Partei, das noch nicht einmal der gewählten Parteiführung (damit meine ich nicht den ohnehin uninformierten Parteivorstand, sondern das von ihm gewählte Präsidium und Sekretariat), sondern einem niemals gewählten "inner circle", der Spitze des Apparats das Monopol der Information überließ.

Vor dem Hintergrund jahrzehntelanger Verfolgung und Diskriminierung muß eine Informations-Hierarchie vor den Mitgliedern nicht gesondert begründet werden. Das militärisch Anmutende an der kommunistischen Partei beruhte ohnehin nicht auf Zwang, - die besten Armeen sind die, die von ihrer Sache überzeugt sind. So entging uns allen lange Zeit, daß die Informations-Hierarchie nicht allein dem Schutz der Organisation vor der feindlichen Umwelt, sondern auch dem Schutz des inner circle vor den Mitgliedern und den gewählten Leitungsgremien diene.

Teuflich ist auch: Informationen sind ein Privileg. Wer selber einige Scheiben davon genießt, bricht aus der Hierarchie gewöhnlich nicht aus. Nicht allein wegen des ihm oder ihr entgegengebrachten Vertrauens und des damit verbundenen Genusses (so klein kann keine Organisation sein, daß sie ihren FunktionsträgerInnen nicht diesen Genuß bereithielte), sondern auch wegen der damit verknüpften Mitverantwortung für das Ganze. Wer nicht grundsätzlich aus diesem Kreislauf der organisierten Entmündigung und Selbst-Entmündigung ausbricht, hängt immer wieder mit drin. So fühlten auch wir uns mitverantwortlich für eine Gesamtorganisation, für die wir - so wie sie war - keine Mitverantwortung tragen konnten und durften.

In der DKP gab es mehr als ein "Helena-Geheimnis", die auch wir hüteten. Warum, zum Beispiel, haben wir, als es noch eine politische Bedeutung gehabt hätte, nicht öffentlich über die denkwürdige gemeinsame Sitzung des SED-Politbüros mit dem DKP-Präsidium vom Oktober 1988 berichtet? Die KPdSU, so damals Erich Honecker, trage den Revisionismus in die kommunistische Weltbewegung. Die SED verstehe sich als Schutzwall dagegen im sozialistischen Lager, die DKP müsse diese Funktion in Westeuropa einnehmen. Deshalb sei mit der innerparteilichen Opposition in der DKP sofort Schluß zu machen. Wenn nicht, dann ... Es folgte die typische Handbewegung, bei der Daumen und Zeigefinger aneinandergerieben werden. Die Gäste aus der Bundesrepublik erhoben keinen Widerspruch, der Auftrag wurde - wenn auch dilettantisch - ausgeführt; es hätte seiner nicht unbedingt bedurft.

Wir sprachen nicht öffentlich über dieses und andere Details vergleichbaren Kalibers, weil wir beabsichtigten, diese Dinge radikal und von Grund auf *faktisch* zu ändern, sobald wir die "Macht" dazu hätten. Vorher über die tatsächlichen Zusammenhänge zwischen SED-Apparat und DKP-Apparat zu sprechen hätte bedeutet, uns auch gegenüber gemäßigteren Apparat-Kräften in der letztlich entscheidenden Instanz, der SED, ins Aus zu manövrieren und gleichzeitig in der Bundesrepublik die DKP ans Messer zu liefern (oder zumindest uns in der DKP diesem Vorwurf aussetzen zu müssen). Realpolitik...

4. *"Ich trug für mich zusammen, was uns unterschied. Dann staunte ich, daß es für einen Außenstehenden sehr wenig war. Daß der Unterschied,*

Wer nicht grundsätzlich ausbricht, hängt immer wieder mit drin

auf den ich mir soviel zugute hielt, auf meinen innern Vorbehalt zusammenschrumpfte." (Christa Wolf, Cassandra)

Häufig gab es in der Erneuerungsströmung Streit darum, ob wir nicht zu schnell vorgingen, uns von der Masse der Mitglieder isolierten. Der Streit war sinnvoll angesichts einer mehrheitlich bis in die Wolle gefärbt konservativen Partei. Die gerade geschilderte Episode erleichtert im Rückblick ein Urteil. Wir waren nicht zu schnell vorgegangen, sondern wir hatten zu spät angefangen. Wir schafften es nie mehr, die entstandene Schere zwischen dem, was wir wußten und dachten und dem, was wir sagten und taten zu schließen.

Unsere Altlast war die politische Psyche des "Berufsrevolutionärs" und die politische Psyche von Parteimitgliedern, die "Berufsrevolutionäre" brauchten. Der "hauptamtliche Kader" - das war der Kern der Partei, ob gewählt oder nicht. Welcher Hauptamtliche wo zu wählen war (formal: zur Wahl vorgeschlagen wurde), hatte zuvor das Sekretariat des Parteivorstands entsprechend einer Vorlage der Personalabteilung beschlossen. Der Hauptamtliche verstand sich als Teil einer Partei in der Partei. Probleme wurden im Vorfeld "unter uns geklärt", erst dann wurde die Linie "in die Partei getragen".

Innerhalb dieses Quasi-Ordens war Offenheit eine vielbeschworene Tugend. Wenn du freimütig fragtest, "wie soll ich das meinem Sekretariat bloß erklären?", dann wurde dir solidarisch geholfen. Wenn du abweichende Meinungen aus der Partei kommentarlos referiertest, dann wurdest du um Offenheit gebeten: "Was ist denn deine Position?" Wenn du dann eine (abweichende) Position vertratst, wurde dir bewiesen, daß sie von der Parteilinie abwich. Hattest du deine Position dann immer noch? Du hättest dann schon die Linie widerlegen müssen.

"Position beziehen" wurde zur unmißverständlichen Aufforderung, sobald Zweifel an der Parteiführung laut wurden. Ich hatte 1981, als frisch inthronisierter Kreisvorsitzender einmal den Fehler begangen, im Parteivorstand zu erwähnen, nach meinem Eindruck nehme die Autorität der Parteiführung unter den Mitgliedern ab. Dies brachte mir eine Vorladung ins Sekretariat des Parteivorstands ein: "Teilst du denn die Meinung dieser Genossen? Nein? Dann beziehe Position dagegen. Das erwarten wir von dir."

Alle Beteiligten wissen natürlich, daß da ein Punkt im Sündenregister bleibt. Du fängst an, dir genau zu überlegen, welche Konflikte du im Apparat riskierst und welche nicht. Und wenn dir, der du doch etwas ändern willst, in deinem Wirkungsbereich etwas aus dem Ruder läuft, weil jemand ausspricht und fordert, was du (zumindest tendenziell) denkst, dann fällt dir zuallererst dein Sündenregister ein. Im Extremfall leitest du sogar, wenn es nicht anders geht, ein Parteiverfahren ein, denn auf deinem/ unserem langen Weg dürfen nicht zu viele Steine liegen.

Haust du einmal daneben - der Orden wäscht dir den Kopf, aber er steht auch für dich ein. Zur Not wirst du eben aus der vordersten Linie zurückgenommen. Schwäche? Schwankungen? Die darfst du nicht erkennen lassen. Suche Rat bei dem dich "anleitenden" Sekretariat, dort kannst du offen sprechen.

Gegenüber dem Feind "offensiv", in der eigenen Partei konformistisch - im Vorgriff auf eine konformistische Gesellschaftsordnung.

Ich wurde nachdenklich, als mich GenossInnen, mit denen ich mich einig fühlte, fragten: "Was willst du eigentlich?" Warum war das denn nicht erkennbar? fragte ich mich.

Aber wieviel von meinen Bedenken, meiner immer radikaler werdenden Kritik durfte denn bekannt werden? Wieviel konnte ich denn anderen "zumuten"? War ich nicht in meiner Funktion gezwungen, Gefährliches mit mir selber auszumachen? Oder im engen Kreis von Vertrauten zu besprechen?

So zu denken kann dir in Fleisch und Blut übergehen. Die Erneuerungsströmung hat immer darunter gelitten, aber das Problem nie ernsthaft analysiert. Feministinnen erkennen darin einen männlichen Politik-Typus; mittlerweile kann ich mit diesem Begriff etwas anfangen. Und die Feministinnen hätten diesen Begriff nicht geprägt, wenn es das Phänomen nur in der DKP gegeben hätte.

Das Raffinierte an diesem Politik-Typus ist, daß immer wieder bei sorgfältiger Prüfung alles dafür spricht, an ihm festzuhalten.

Alles - bis auf seine Resultate.

5. *"Auch sie wird von jener Blindheit befallen, die an Macht gekoppelt ist. Auch sie wird die Zeichen übersehen. Auch ihr Haus wird untergehen."* (Christa Wolf, Cassandra)

Nur ein Nachtrag:

Angefangen hatten wir mit dem Versuch, die Politik der Partei im Austausch mit fortschrittlichen Bewegungen punktuell und beispielhaft zu ändern. Die Integration in diese Bewegungen half uns, unsere Partei mit anderen Augen zu sehen. Als wir zu begreifen begannen, daß es nicht nur um die Änderung einer Politik, sondern um den Sinn und die Existenzberechtigung dieser Organisation überhaupt ging, die uns wichtig war, begaben wir uns in das Innere der kleinen Festung. Die Strukturen hier ruhten in sich, unberührt von der Außenwelt und von keinem Sturm der letzten Jahrzehnte beschädigt. Nun wurde es zwar auch hier stürmischer, aber das Innenleben dieser kleinen Festung, die Logik, der es gehorchte, fesselten unsere Aufmerksamkeit. So verlernten wir zwar, uns an der aktuellen Politik in der Außenwelt zu beteiligen, aber der Gewinn, den wir aus dem befreienden "Nein - ich will etwas Anderes!" ziehen können, überwiegt.

Offensiv gegen den Feind, konformistisch in der eigenen Partei

Die Fragen, um die es heute geht, wurden in unserer Auseinandersetzung grundsätzlich angerissen. In der Diskussion um eine demokratische Reformalternative und um eine "moderne kommunistische Partei" haben wir uns von unserer Ecke kommend an dieselben Gedanken herangearbeitet, mit denen sich viele andere (im weitesten Sinne:) Linke beschäftigen. Oder sind auf Themen gestoßen, die seit Jahren unbearbeitet daliegen.

Weltweit müssen, wenn wir überleben und menschenwürdig leben wollen, die Gesellschaftsprozesse beherrschbar gemacht werden. Das geht nur mit den Individuen, nicht über ihre Köpfe hinweg.

Mächtige Festungen stehen dem noch im Wege. Sie zu ignorieren wäre aussichtslos. Doch sie zu schleifen bedarf es offenbar anderer Strategien als der, sich ihre Macht- und Sicherheitslogik zu eigen zu machen. Aber wer sich mit ihnen abfindet, wird sie nie schleifen können.

Kuno Klötzer

"Wir" und andere Superlative

Anmerkungen und Fragen zu einem Text von Steffen Lehndorff

1. Die gesamte Einleitung klingt in meinen Ohren schaurig. Das leere Pathos einer "confessio" übertönt die Kleinheit des Anlasses: einige haben es bis zuletzt versucht, die DKP zu reformieren, und auch sie mußten am Ende einsehen, daß eher der Vatikan feministisch wird als die DKP demokratisch.

Drei Worte sind entscheidend: "Wir", "radikal", "selbständig". Das "Wir" ist imaginär. So macht sich der Autor zum Sprecher von jemandem, aber von wem? Den DKP-Reformern? Den Ex-DKPlern, als wären diese eine fortbestehende Einheit? Wie steht er heute zu denen, die vor Gorbatschow ausgetreten sind, hat sich die Einstellung verändert? Ein bescheidenes "ich", adressiert nicht nur an die, die über vergleichbare Erfahrungen verfügen, wäre sympathischer. Daß die Einsichten "radikal" sind und "selbständig" erarbeitet, müßte der Leser am Ende eines solchen Textes selber merken, stattdessen wird es ihm vorab in die Ohren posaunt. Außerdem wird vermeldet, daß die zwischenzeitlichen Einsichten, die nicht näher benannt sind, nicht "radikal genug" waren. Ist hier nicht schon eines der schönen Dogmen am Werk, das Dogma des Superlativs? Vielleicht war es ja schon ein Dogma, immer noch radikaler sein zu müssen, statt einfach einmal realistischer und kleinere Brötchen zu backen.

2. Alles von Christa Wolf - auch Peter Weiss und Gramsci dürfen als Steinbruch natürlich nicht fehlen - wirkt ungeheuer geliehen und zur Zeit doppelt komisch: sich auf Christa Wolf gerade jetzt zu berufen, wo ihre schwankende, ungewisse, wahrscheinlich respektable, vielleicht aber auch feige Unentschiedenheit so deutlich wird, während die dem "wir" des Autors zuzurechnenden diesen Text noch als "neutralistisch" und "supermachttheoretisch" beurteilten, als er publiziert wurde. Vielleicht wären solche Wandlungen zu untersuchen.

3. Diese Passage, wie aus 68 heraus die Antifaschisten, die zuvor ja noch gerade illegal gewesen waren, zu den neuen Vätern wurden, ist einsichtig und klar. Unklar aber: woher kam diese sofortige Suche nach in dieser Gesellschaft nicht gefundenen moralischen Autoritäten, wo die Bewegung doch antiautoritär war? Liegt hier schon ein Geheimnis des halbierten Emanzipationsprozesses und des immerhin gut zwanzig Jahre währenden Bündnisses bestimmter, kleiner 68er-Reste mit der kommunistischen Verwaltergeneration, die ja eigentlich gar nicht die Antifaschisten waren, sondern nur mit deren Bonus agierten?

4. "Klassenkampf, der die ganze Welt umfaßte" und "Jahrhundertfortschrittsmodell" heißt es an anderer Stelle. Kleiner, unter "Menschheit", "Fortschritt", "Welt", "Globales" tun "wir" es nicht. Woher kommt dieses ausschweifende Große? Niemand hätte beim Antreten der DKP es für ausreichend gehalten zu sagen: wir wollen mit diesem Verein in ein paar Jahren in den Bundestag. Es mußte schon um Höheres, Grundsätzlicheres gehen. Die Weltanschauungsparteien wenden sich an alle und gehen aufs Ganze, statt bewußt partikuläre Interessen zu organisieren und zu versuchen, diesen zum Durchbruch zu verhelfen. Die 68er-Studenten haben sich wohl eins gefühlt mit dem Fortschritt und konnten von dieser Identität nicht lassen, obwohl und weil sie alsbald ihre Ohnmacht spürten. Der Radikalismus als solcher sprach die heimatlosen Intellektuellen an. Ein Maximum an Tugend ist nur durch Terror zu haben. Allen ML-Sekten war eigen, daß sie den eigenen Größenwahn nach innen als Realismus ausgeben konnten, nur haben sich die "Albaner" und "Chinesen" früher desavouiert, geborgte Väter waren es auch.

5. Wenn man schon ins Große und Ganze geht bei der Gründung der DKP, dann ist es doch wohl realistischer, auf den Deal zwischen SED und SPD für die Entspannungsphase zu sprechen zu kommen. Die DKP war auch deswegen keine authentische Kraft der BRD, weil sie nicht als Resultat eines zurückgekämpften KPD-Verbots agierte, sondern als Kröte der SED, die die SPD schluckte - teils weil sie sie ohnehin für ungefährlich hielt, teils weil sie freie Hand bei der konkreten Ausgestaltung der Halblegalität (Berufsverbote etc.) hatte. Sprechen mochte die SPD ohnehin stets lieber mit dem Bäcker als mit dem Brötchen. Das ist doch wohl auch das interessanteste an den jüngsten "MO-Geschichten" des Willi Hermann: der Verfassungsschutz hat bewußt einen auf der Hand liegenden Verbotgrund ignoriert. Der Zerfall der DKP passiert ja nicht zufällig zeitgleich mit der Aufhebung einer sich abzeichnenden BRD-Identität zugunsten der Wiedervereinigung. Genau an diesem Punkt versagt auch der SPD/SED-Deal, obwohl er in der Schlußphase durch vorsichtige Reformer auf beiden Seiten noch so erweitert worden war, daß der DKP schon bang wurde.

Der Autor hat bis vor kurzem und bis zum letzten Zug um die DKP gekämpft. Einen Monat später hat er für die, die es immer noch tun, nur Belehrung im Nebensatz übrig.

6. Prag 68 als "Gründungsurkunde" und - wenn man so will - "Fegefeuer" oder "Firmung" für die Glaubensgemeinschaft, das leuchtet ein. Entsprechend diesem praktisch-politischen Bekenntnis in der Theorie nicht der scheinbare Sieg über die "Frankfurter Schule"? Er führte dazu, daß nicht in der Reflexion, der geistigen und künstlerischen Initiative, sondern in der Aktion die Selbstvergewisserung gesucht wurde. Dadurch wurde die Oberflächlichkeit der Politik zum "Eigentlichen" erklärt, die Lehre selber "entsubjektiviert", es entstand im Geiste eines Denkens in "Gesetzmäßigkeiten" Feindschaft gegenüber nicht Voraussehbarem.

Später, in der Zerfallsphase wurde durch "kritische Psychologie", die sich in ihrer Entstehungszeit am vehementesten vom "Freudo-Marxismus" distanzieren mußte, und "materialistische Lerntheorien" krampfhaft eine nachträgliche Wiedergewinnung des Subjekts versucht.

7. Ein weiterer Einschnitt war die Biermann-Ausbürgerung. Wie hat der Autor sie persönlich erlebt? Damals gab es eine "eigenständige" Erklärung des MSB. S.L. übernahm nicht einfach die der DKP. Gab es darum Konflikte? Andererseits - worin bestand die "Eigenständigkeit"? Man argumentierte verständnisvoller, beweglicher gegenüber Kritikern, zum Künstler nicht so primitiv antiintellektuell wie die DKP, war aber in der Verteidigung des Sozialismus fast noch konsequenter: wer A) sozialistische Eigentumsverhältnisse wolle (das war damals noch verbreiteter), müsse auch B) einen entsprechenden politischen Überbau (in den sei Oppositionsverbot wie Biermann-Ausbürgerung eingebaut) schlucken. Im Verhindern anderer Beschlüsse, dem Ausschalten entsprechender Opposition, dem Feiern gerade jetzt erfolgender Eintritte war der MSB der DKP an Konsequenz eher voraus. Mich interessiert, wie der Autor selber diesen Einschnitt erlebt hat.

8. Der Autor kritisiert, wie die Festungsmentalität in "uns" selber ein "geheimes" Problemzwischenlager geschaffen hat, mit ungefähr gewußten Stalinismen, privater Sozialismuskritik und autoritätsfixiertem Vertrauen in die realsozialistischen Staatenlenker. Als die Mauern zu diesem Zwischenlager von außen aufgerissen wurden - nicht früher! - erwies sich, welche hohe Halbwertszeit die Probleme hatten. Warum wußten "wir", die "wir" uns auf Traditionen so sehr beriefen, aus der Geschichte lernen wollten, nicht um deren tiefe Bedeutung? Sie würde sich nicht überlisten lassen und ungelöste Probleme wieder auf die Tagesordnung setzen.

Die Utopie ist nun einmal nicht die Realität, aber liegt es nicht an dem in den Marxismus eingeschriebenen Perspektivismus, daß jedes Stückchen Realität als Weg zur Utopie ausgegeben werden mußte, zu jedem Zeitpunkt als jetzt noch notwendige Bedingung, um später einmal ganz anders zu können. Noch der Stasi-Staat konnte sich so als Schritt auf dem Weg zum Absterben des Staates ausgeben. Wieviel christliches Erbe steckt in dieser Geringschätzung des Hier und Jetzt, des Lebens und Genießens?

9. Die Block- und Machtlogik sei des Pudels Kern. Aber was bitte ist Klassenkampf, in dessen Zentrum nicht der Kampf um die Macht steht? Ja ist das nicht sogar alle Politik? Weil es um die Macht geht, geht es in der Politik doch um Äußerliches. Die Politik soll nun in Richtung der Moral radikalisiert werden. Sie soll gewissermaßen eine wertmäßige Fundierung erhalten. Eine Schlüsselrolle dabei - neben dem Streben nach Offenheit und Wahrhaftigkeit - komme dem Feminismus, bzw. der veränderten Einstellung zu Frau, Familie und Sexualität zu. Warum werden

Jedes Stück Realität mußte als Weg zur Utopie ausgegeben werden

diese Fragen der Lebensgestaltung so "politisiert" ? Käme es nicht eigentlich darauf an, sie zu "liberalisieren", d.h. die Politik selber an ihrem Maßstab zu relativieren ?

Das Setzen auf den Feminismus als Ausbruchstor aus der Festung verweist auf Generelleres. Die Macht- und Blocklogik, sowie der rücksichtslose Fortschrittsradikalismus des Marxismus zwingen ihn zur Suche nach einem Korrektiv (Ökologie, Feminismus, Christentum etc.). Er ist der zur Konsequenz gebrachte "Vernunftismus", die lineare Fortsetzung der totalitären Seite der Aufklärung. Der Sieg über die "Frankfurter Schule" war ein Pyrrhussieg, die Ignoranz gegenüber der "Dialektik der Aufklärung" ein hoher Preis.

10. Wären etwas beweglichere Figuren im Parteiapparat, nicht ganz so unfähig und partiell zur Machtteilung bereit, nicht in der Lage gewesen, die aufstiegswilligen Funktionäre aus den Jugendorganisationen zu integrieren?

11. Was an der Parteitheorie war so faszinierend, was der Irrtum? Die Verpflichtung zur Einheit entsprach einem Harmoniebedürfnis. Sobald sich jemand entpflichtete, hatte er auch keine Lust mehr, um den Laden zu kämpfen. Das verhängnisvolle an der Parteitheorie ist nicht die Organisiertheit, sondern die ihr entsprechende, antiprualistische Theorie. Sie zwingt jeden innerparteilichen Kritiker, erst recht zu beweisen, daß er noch marxistischer, radikaler, konsequenter etc. ist. Kern ist die Selbstaufgabe des Individuums, nicht etwa im Sinne realer, gemeinsamer Einzelinteressen, sondern "fürs Ganze". Bucharins Selbstanklage ist die Konsequenz dieser Entmenschlichung. Das Gesamte ist immer nur die Gesellschaft. Die Totalität stellt sich immer erst her. Eine Partei oder Staat, der sie präformieren will, ist - mit allen graduellen Unterschieden - totalitär.

Gefeiert wurden solche Elemente der Parteitheorie, die aus der Illegalität herrührten oder der vormarxistischen Verschwörerzeit, die also auf die Gesamtheit des Lebens zielten. Es kam auf die "Haltung" an, auf Prinzipientreue. "Treue, wie wir sie kennen, ist niemals absolut zuverlässig, schon weil kein Mensch eigentlich für sich selbst absolut gutsagen kann." (H. Arendt)

Mit der Lenin'schen Spontaneismuskritik, der Einsatz fürs Große Ganze sei höher zu bewerten als fürs vernünftige, naheliegende Einzelne und mit dessen entsprechender Ökonomismuskritik postuliert die Partei eine ins Unendliche fortsetzbare Allzuständigkeit und Dachfunktion. Wie das Proletariat, das nicht nur Negation sei, sondern auch schon das neue Allgemeine, wollte die Partei, die ihre Existenzberechtigung daraus deduzierte, dadurch daß sie egoistisch ihre Sonderinteressen vertrat auch immer schon das Allgemeine der neuen Gesellschaft vertreten sehen und postulierte die Identität von beidem. Logischerweise mußten die ans Alte gefesselten, auf

Machtterringung in der Partei fixierten "Erneuerer" genau in diesen Punkten der alten Parteiführung nicht nur ebenbürtig sein, sondern sie auch überholen. Auf den Nachweis besser marxistisch-bewußt zu handeln und den Ökonomismus der Parteiführung zu entlarven, konzentrierte sich die erste Sammlungsphase der Erneuerer. Deren Tragik: wer sich vom Alten lossagte, fand auch bald den Kampf um die Macht in der DKP unbedeutend und verabschiedete sich mit guten Wünschen.

Wie sehr auch die "Erneuerer" ihren fünf Sinnen mißtrauten und dem fiktionalen System der Kategorien erlegen waren, zeigte sich an der Klassenstrukturanalyse, die sich parallel zum Aufbrechen der Kontroverse in der DKP entwickelte. Immer mußte jemand "für etwas stehen". So beflügelte es die "Erneuerer", die selber für einen "weiten Begriff" von Arbeiterklasse plädierten, um nur ja dazuzugehören, als sie in der alten Parteiführung Repräsentanten einer ohnehin niedergehenden Klassenfraktion ausmachten. Als besondere Bresche empfanden sie es, ihrerseits "Betriebsarbeiter" aufzubieten, die im Sinne der "Erneuerung" sprachen, was die alte Parteiführung allerdings wenig juckte. Sie konterte mit zu "Parteisoldaten" gewordenen Intellektuellen, denn sie hatte das Definitionsmonopol und nur darum ging es.

Notwendig aber wäre nicht nur in der Not führende Rollen aus Verfassungen zu streichen, sondern Abschied zu nehmen vom Avantgardismus und sich zu bewußter Bejahung der Partikularität zurückzunehmen.

12. "Unsere politische Linie, symbolisiert in der Wahlbündnispolitik," habe sich "als allgemeine Linie der Partei weitgehend durchgesetzt"? Zunächst einmal praktisch: entscheidend für die Durchsetzung der "Friedensliste" - darum geht es ja hier wohl - in der DKP-Führung war ein Rechenexempel: wie drastisch würde sonst die Stimmenzahl unter die angegebene Mitgliederzahl fallen? Warum ist die Friedensliste Wahlbündnispolitik? Es ist gelungen, zwei sicherlich respektable, vor allem aber originelle Menschen, Hansen und Ranke-Heinemann, als Puffer vor den DKP-Zug zu spannen. Soll das - auch bei kritischer Nachbetrachtung - ein Modell sein? Das Hauptargument im Wahlkampf war, die FL konkurriere mit den anderen Parteien darum, wer am selbstlosesten die Ziele der Friedensbewegung vertrete. Die DKP wendete sich an alle und zielt mit dem demagogischen Argument von der Selbstlosigkeit vor allem auf den Mob. Das tat die FL nicht. Sie wendete sich an bereits politisierte, ihre Demagogie aber war ebenso populistisch. Der Unterschied kratzte nur die fanatischen Anhänger der Mob-Demagogie (Ruhrgebiet), die Parteiführung konnte damit gut leben, zumal das "Eintüten" der neuen Linie genauso undemokratisch war wie stets und sie außerdem endlich einmal für eine Wahlniederlage nicht voll verantwortlich war.

Abschied vom Avantgardismus und bewußte Bejahung von Partikularität

13. Woher bloß der Zwang zu "schlüssigen Gesamialternativen" und "kompletten Gegenentwürfen", die ja doch immer nur auf dem Papier stehen?

14. Jede gute Politik, die halbwegs demokratisch ist, also temporär, revidierbar, also ablösbar, lebt vom Fehlen einer Alternative. Von welcher überzeitlichen Weisheit denn sonst? Zur Zeit z.B. wird dies bei Gorbatschow sehr deutlich. Der hält sich nur, weil eine Alternative fehlt.

15. Die Figur des Festungskommandeurs interessiert. Eine präzisere Beschreibung seines Agierens - ob intrigant, ob tragisch - und auch des Verhältnisses, der Gefühle des Autors oder anderer aus der "Wir"-Population zu Mies, kann helfen, das Funktionieren der Festung, der überzeugten Armee besser zu begreifen.

Die DKP solle in Westeuropa einen Schutzwall gegen den aus der Sowjetunion kommenden Revisionismus bilden, weshalb die Opposition auszuschalten sei. Die ganze Konstruktion ist irre, sie ist so typisch vertrackt, weil sie zugleich den "Erneuerern" einen von keiner Realität gestreiften Bedeutungszuwachs verleiht.

16. Ist es bei solchen Auflösungserscheinungen in der Politik nicht immer so, daß der Zeitfaktor beidseitig wirkt? Jeder, der zwischen Baum und Borke sitzt, macht es für die einen zu früh, für die anderen zu spät. Das zeigt doch nichts als die Isolation vom politischen Prozeß. Deswegen auch noch mal die Frage an die Erneuerer, woher sie denn das Selbstbewußtsein von der Eigenständigkeit nehmen. Ist es nicht richtiger, daß durch Gorbatschow alles in Bewegung geriet, am vorläufigen Ende steht die Auflösung des Kommunismus als Formation, staatlich wie parteipolitisch. Auch die kleine, aber schwächliche Partei blieb davon nicht verschont. Ebenso wie Flüchtende und "Wir bleiben hier"-Singer den SED-Staat stürzten, exekutierten "Austreter" und "Erneuerer" hier das Ende der KP.

17. Einer erfand einmal die Losung, man habe "24 Stunden am Tag Spartakist zu sein". Das war ein totalitärer Anspruch. Keine Nische des Privaten sollte vom Politischen ausgespart bleiben, sich möglicherweise im Widerspruch zur Politik entfalten. Auf Basis dieser gelebten Losung war jeder Schritt zu größerer Borniertheit als Weiterentwicklung der Persönlichkeit auszugeben. Suspekt waren Freundschaft, Sexualität, Frau, Familie "an sich", gründeten sie nicht in einem höheren Zweck. Nur die "dritte Sache" sollte menschliche Bindung bewirken. Für sie waren menschliche Kontakte im Zweifelsfalle - etwa bei gegnerischer Auffassung in der Biermann-Frage - aufzugeben oder aber nur mit der Maßgabe aufrechtzuerhalten, sie dienten ja der weiteren Überzeugungsarbeit. Zum Glück hatte die DKP nie Macht genug, den größten Zuverlässigkeitstest

massenhaft zu fordern: die Bereitschaft, nötigenfalls für "die Sache" gerade den Nächsten zu verraten.

18. Anpassung ist kein Privileg der Kommunisten. Man sollte sich das jetzt auch nicht von den Anpassern anderer Couleur einreden lassen. Wichtig nur, wie funktioniert das bei ständiger Behauptung des Gegenteils?

19. Wer dabei ist, die Knoten zu lösen, ist noch verstrickt. Keine Illusionen. Schrecklich, wenn auch hier schon wieder die Leistungsschau beginnt, ein Wettbewerb in sich übertreffender Vergangenheitsbewältigung, ausgerichtet wiederum auf fruchtlose Maximalismen und Superlative. Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD war möglicherweise die "größte Verfehlung" in der Vergangenheit, sagte jüngst Gysi, als hätte es im pluralistischen Nebeneinander von Ulbricht und Kurt Schumacher jemals einen eigenen DDR-Versuch geben können.

Schamlos die öffentlichen Inszenierungen eigener Scham. Ich wollte nur einen Beitrag zu Diskussion leisten, Anmerkungen machen und Fragen stellen, deswegen bleibe ich anonym. Die Hauptfrage aber ist m.E.: diese Erfahrungen mit dem Kommunismus gab es schon zigfach, warum haben wir(!) alles rechts und links "eingeordnet", "einzuschätzen" gewußt, aber stets ignoriert?

Heinz Jung

Demokratisierung

Reformistischer Paradigmenwechsel oder universelle Fortschrittsbewegung?

Wird der Kampf um Demokratie und Demokratisierung zur Hauptbahn, auf der Fortschrittsprozesse im Sinne der Emanzipation der Menschen, einer rationellen Gestaltung der Mensch-Natur-Verhältnisse und der Sicherung der Existenzbedingungen der Menschheit vorangetrieben werden können? Oder ist Demokratie nur die luxuriöse Herrschaftsform der Reichen, deren Funktionsfähigkeit einen relativ hohen Lebensstandard der Mehrheit zur Voraussetzung hat? Ist gar die allgemeine Durchsetzung des parlamentarischen Repräsentativsystems angelsächsischer Prägung der Zielpunkt oder das Ende der Geschichte und die Rückkehr in den "Naturzustand"?

Spricht dafür nicht auch der relativ kampflose Zusammenbruch des bisherigen Sozialismus?¹ Erweist sich damit nicht der marxistische Weg als erledigt, der die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse in das Zentrum seiner Fortschritts- und Emanzipationsvorstellungen gestellt hatte? Oder spricht die heutige Realität nur dafür, daß der 1917 begonnene heroische Versuch des Sozialismus nur deshalb gescheitert ist, weil er in einem rückständigen Lande unternommen wurde, den Anschluß an das höchste Zivilisationsniveau nicht fand und deshalb dem ökonomisch und technologisch überlegenen Kapitalismus in einer Phase der Schwäche seines Zentrums unterliegen mußte?

Wie auch immer die Antworten ausfallen, die Umbruch- und Zusammenbruchprozesse in der "zweiten Welt" verweisen auf die zentrale Rolle der Demokratiefrage. Es ist keine Fiktion, wenn man sie unter wesentlichen Gesichtspunkten als demokratische Revolutionen ansieht. Sie sprengen allerdings den historischen Fortschrittsdeterminismus des Vulgärmarxismus, da sie sowohl den Weg zurück zum Kapitalismus als auch vorwärts zu einem demokratischen Sozialismus öffnen können, wobei als dritte Möglichkeit auch der Rückwärtsgang zum alten autoritär-bürokratischen Staatssozialismus nicht ausgeschlossen ist oder Mischvarianten auf die Tagesordnung treten können.

Es gehört zu den Ironien der Geschichte, daß gerade im 200. Jahrestag der französischen Revolution demokratische Revolutionen im Sozialismus die Errungenschaften moderner Demokratie einfordern, die vor zwei Jahrhunderten ihre historischen Geburtsstunden erlebten.

Auf der anderen Seite des Globus läßt die Regierung der USA mit dem erklärten Ziel der Einführung der Demokratie durch ihre

Bombergeschwader Tausende Panamesen massakrieren - bedeutend mehr Opfer als bei der Niederschlagung der demokratischen Revolte auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking, wie der US-Politiker Jesse Jackson bemerkte. Der Aufschrei der demokratisch zivilisierten Welt blieb aus. Dies verweist darauf, daß hier Demokratievorstellungen nach wie vor nicht von der Anerkennung der Gleichheit aller Menschen getragen werden, sondern Ausgrenzungen einschließen - wie sich ja durchaus brutale Kolonialmassaker und Sklavenhandel britischer Militärs und Geschäftsleute mit dem Bewußtsein vertrugen, daß der Parlamentarismus Großbritanniens der Gipfelpunkt der menschlichen Zivilisation sei.

Dies als realer Hintergrund, könnte vermutet werden, daß der marxistische Paradigmenwechsel vom Eigentum zur Demokratie nichts anderes als eine Anpassung an die Herrschaft des Kapitals darstellt und eine ideologische Bewegung nachvollzieht, die von der reformistischen Sozialdemokratie schon vor 80 bis 100 Jahren realisiert wurde und in der Konsequenz ihre Integration in das bürgerlich-kapitalistische System bedeutete. Die Klärung bedarf einiger Erörterungen.

Paradigmenwechsel als Anpassung an die Herrschaft des Kapitals?

Demokratie - Demokratisierung - demokratischer Fortschritt

Nach dem begrifflichen Ursprung wird unter Demokratie Herrschaft des Volkes verstanden, Ausübung der Herrschaft durch das Volk. Dieses Verständnis gilt auch für die Gegenwart. Es geht also um die Form der Beziehungen zwischen Regierenden und Regierten, zwischen Herrschenden und Beherrschten. Dabei liegt es auf der Hand, daß der Charakter der Demokratie in hohem Maße von der sozialen Zusammensetzung des Volkes und von dem Verhältnis von Volk und Elektorat abhängt. Zum anderen sind die konkreteren Gestaltungsformen demokratischer Herrschaft der Veränderung unterworfen. So kann das Volk die Herrschaft direkt ausüben, wie über die Volksversammlung in den griechischen Stadtstaaten, oder die Machtausübung erfolgt indirekt über die gewählten Repräsentanten. Dies ist der Übergang von der direkten Demokratie zum Repräsentativsystem. In letzterem delegiert das Volk seine Souveränität per Wahlen an Abgeordnete, Präsidenten o.a.

Dieses System setzt voraus, daß die Glieder des Volkes ihre Interessen ausdrücken. Dazu bedarf es einer funktionierenden Öffentlichkeit und ihrer Medien sowie der Garantie der Menschen- und Freiheitsrechte, die in diesem Verständnis dem staatlich-politischen System vorgelagert sind. Aber ein solches Demokratieverständnis mußte für komplexere Gesellschaften illusorisch werden, vor allem dann, wenn sie durch Klassengegensätze geprägt waren. Notwendigerweise schiebt sich hier zwischen das Volk und seine Repräsentanten das System der organisierten Interessen, der Parteien, Verbände etc. Die politische und zivile Gesellschaft bleibt

nicht amorph, sondern sie wird interessenstrukturiert. Über diesen Vermittlungsmechanismus mit dem Medium Geld setzen sich in der sozialen und politischen Realität die ökonomisch herrschenden Interessen der Gesellschaft in der Regel in politische Herrschaft um. Diesen Sachverhalt hat schon die frühsozialistische Kritik am Kapitalismus thematisiert und deshalb bekanntlich auf die Veränderung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse als Weg der Befreiung der Lohnarbeiter gesetzt.

Was war und ist nun das Gemeinsame der unterschiedlichen Formen der Demokratie? In einer entsprechenden abstrakten Bestimmung kann Demokratie als Regelsystem verstanden werden, in dem die Träger und Repräsentanten der Macht durch Wahlen nach dem Mehrheitsprinzip ausgewählt werden, bei denen die Wähler die Auswahl zwischen Alternativen haben.²

Demokratisierung bedeutet dementsprechend,

- daß erstens das aktive und passive Wahlrecht auf alle erwachsenen Menschen, die in einem Territorium wohnen oder durch andere Merkmale verbunden sind (die Beschäftigten durch die Arbeit in einem Betrieb, einer Branche etc.), ausgedehnt wird;
- daß zweitens die demokratischen Regelprinzipien zunehmend auf alle gesellschaftlichen Bereiche angewendet werden, in denen Macht und Herrschaft ausgeübt wird.

Schließlich müßte drittens angefügt werden,

- daß Demokratisierung auch die Anwendung der Prinzipien der Gleichberechtigung und des demokratischen Regelsystems auf die Beziehungen zwischen den Staaten und generell auf die internationalen Beziehungen zum Inhalt hat und ebenso ihre Ausdehnung auf alle Menschen der Erde. Dies wäre ihre Durchsetzung als universelles Prinzip.

Demokratischer Fortschritt besteht in diesen Prozessen.

Wird eine solche Auffassung geteilt, dann erweist sich die (früh)sozialistische Kritik und Strategie zwar als zeitbedingt richtig, aber gleichzeitig in der Ablehnung der Demokratie als zu kurzschlüssig. Denn zum einen schließt die Demokratisierung der Wirtschaft prinzipiell Eigentumsveränderungen nicht aus. Genau genommen erschließt sie den Zugang zu einer realen Vergesellschaftung. Zum anderen negiert eine Kritik, die am formalen Charakter der (bürgerlichen) Demokratie ansetzt, daß sich historischer Fortschritt ja vorwiegend immer nur als Veränderung der Formen vollziehen kann. Denn alle Bewegungen und Verhältnisse realisieren sich in Formen. Gegenüber dem Produktaustausch ist der Warenaustausch die höhere Form. Dementsprechend ist der Markt und sind die höheren Formen des Marktes gegenüber den niedrigeren zivilisa-

torische Fortschritte. Betrachtet man die Entwicklung der Ausbeutung in der Geschichte, dann änderte sich ihr Inhalt nicht. Es ging immer um die Aneignung der Mehrarbeit und ihrer verwandelten Formen durch die Eigentümer und Besitzer der Produktionsbedingungen. Was sich veränderte, war jedoch die Form der Ausbeutung. Die Herausbildung der Arbeitskraft als Ware und Eigentum des juristisch freien Lohnarbeiters umfaßte, wie es Marx einmal ausdrückte, eine ganze Geschichte.³ Analoges gilt auch für die Formen der politischen Herrschaft und die Herausbildung der modernen Demokratie als auf der juristischen Gleichheit der Gesellschaftsmitglieder beruhender Herrschaftsform.

Der Unterschied zwischen sozialistischer Demokratie und bürgerlicher Demokratie kann sich deshalb nicht auf das Regelsystem und die Formen beziehen, sondern kann nur an ihren Anwendungsbereichen festgemacht werden. Entsprechend würden die Sachverhalte richtiger erfaßt, wenn von Demokratie in einer bürgerlich-kapitalistischen oder in einer sozialistischen Gesellschaft gesprochen wird.

Eine Gesellschaft, in der die Demokratie an den Werktoeren endet, kann kaum als demokratisch angesprochen werden, selbst wenn ihre politisch-staatlichen Strukturen demokratisch sind. Dies gilt auch umgekehrt.

Falls Perestroika und demokratische Revolution einen neuen Sozialismus hervorbringen sollten, dann bezöge sich dieser vor allem auf die Verbindung von Demokratie und Sozialismus und könnte als demokratischer Sozialismus angesehen werden. Dies beträfe sowohl die politisch-staatlichen Verhältnisse als auch die sozialen und ökonomischen Beziehungen und müßte auch die Verwirklichung der Freiheits- und Gleichheitsgrundsätze auf allen Gebieten einschließen (Gleichstellung der Geschlechter, der Nationalitäten, ethnischen Gruppen, Glaubensverhältnissen etc.). Freilich wäre dies "nur" eine reale Leistungsgesellschaft, die die aus ungleicher Leistungsfähigkeit resultierenden sozialen Ungleichheiten nicht aufheben würde.

Falls sich in den entwickelten kapitalistischen Länder Kräfteverhältnisse zur Durchsetzung einer demokratischen Reformalternative⁴ herabilden würden, könnte im Resultat von einem demokratischen Kapitalismus gesprochen werden. Die Ökonomie bliebe kapitalistisch, würde aber für weitergehende Mitbestimmung und Kontrolle geöffnet. Dies gälte auch für das ganze System der Produktivkraftentwicklung, das Mensch-Natur-Verhältnis, die Regulierung der Wirtschaft usw.

In diesem Sinne könnten sich gleichgerichtete Fortschrittsbewegungen und -tendenzen entfalten. Dies erscheint allerdings angesichts der Realitäten heute nur als eine sehr optimistische Variante der Entwicklung.

Demokratie darf weder vor noch hinter den Werktoeren ein Tabu sein

Marxismus und Demokratie⁵

Mit der Entwicklung des Marxismus vollzog das fortgeschrittenste politische Denken der damaligen Zeit den Übergang vom radikalen Demokratismus zum Kommunismus. Dies geschah in Verarbeitung der Erfahrungen der französischen Revolution, der von ihr freigesetzten bürgerlichen Gesellschaft und der Entwicklung einer materialistischen Geschichtsbetrachtung.

Den arbeitenden Klassen hatte die bürgerliche Moderne mitnichten reale Freiheit und Gleichheit gebracht. Die politisch-juristische Gleichheit brach sich an ökonomisch-sozialer Ungleichheit, die in die Unantastbarkeit des bürgerlichen Eigentums eingeschrieben war und mit der kapitalistischen Industrialisierung immer schärfere Formen annahm. Auf der anderen Seite erschlossen sich mit der materialistischen Geschichtsbetrachtung die Produktion und die in ihr dominierenden Eigentumsverhältnisse als Basis der Gesellschaft, der gegenüber Staat und Politik als abgeleitete Sphären angesehen werden konnten. Deshalb trat die soziale Revolution und die Änderung der Eigentumsverhältnisse in den Mittelpunkt der Befreiungsvorstellungen.

Gleichwohl bestanden Marx und Engels für die Arbeiterbewegung auf der Notwendigkeit des politischen und demokratischen Kampfes. Dies ergab sich zum einen daraus, daß sie eine bürgerlich-demokratische Republik als den für die Formierung der Arbeiterklasse günstigsten Boden ansahen. Zum anderen hielten sie eine Überwindung des Kapitalismus nicht für möglich, wenn die Arbeiterklasse nicht die politische Macht erringen könnte und diese zur Zerschlagung der alten Staatsmaschine benutzen würde. Erst damit könnte sie die alte Klassendiktatur des bürgerlichen Privateigentums überwinden und den Weg zu einer auf Gemeineigentum fußenden herrschaftsfreien Gesellschaft beschreiten. Unter Beachtung der realen historischen Möglichkeiten und Prozesse sowie der Erfahrungen des revolutionären Übergangs zur bürgerlichen Gesellschaft bedarf es jedoch der politischen Gewalt einer Übergangsdiktatur des Proletariats, eines zeitlich befristeten politischen Ausnahmeregimes.

Da eine Revolution des Proletariats jedoch die Revolution der Mehrheit ist, gehört es zu den unhinterfragten Prämissen, daß sie demokratisch ist. Dies gilt auch für die Vorstellungen von der Diktatur des Proletariats. Wahl- und Mehrheitsprinzip sind dafür essentiell. Bekanntlich galt dies auch für die kommunistischen Organisationen und Parteien, für deren Entwicklung Marx und Engels arbeiteten.

Diese Vorstellungen konnten auf dem Hintergrund der Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 konkretisiert werden. Formen direkter Demokratie, imperatives Mandat, Abschaffung des alten Berufsbeamtentums u.a. gehörten in der Sicht von Marx zu jenen demokratischen Formen, mit denen die alte Staatsstruktur zerbrochen und die politische Selbstorganisa-

tion der Bevölkerung bewerkstelligt werden konnte. Damit wurde in der Sicht von Marx und Engels schon der Weg zur Aufhebung des Staates als Herrschaftsmaschine beschritten. Da dies in ihrer Sicht ohnehin nur eine relativ kurze Übergangsperiode sein konnte, waren die Fragen der Organisation dieser staatlich-politischen Macht für sie relativ belanglos, etwa wann die Klassendemokratie in eine allgemeine Demokratie verwandelt werden könne. Denn am Ende dieser Übergangsperiode sollte eine sozialistisch-kommunistische Gesellschaft stehen, in der Staat, Recht, Politik usw. ihres Zwangscharakters entkleidet in die Gesellschaft zurückgenommen und durch nicht über der Gesellschaft stehende Formen des sozialen Lebens ersetzt werden sollten, die selbstverständlich nur demokratisch sein konnten, für die aber ein politischer Begriff wie Demokratie (*Volksherrschaft*) unpassend gewesen wäre.

Bekanntlich vollzog sich nach dem Tod von Marx und Engels in der internationalen Sozialdemokratie in der Diskussion von Reform und Revolution die Differenzierung in einen reformistischen und einen revolutionären Flügel. Der reformistische Flügel sah im Kampf um soziale und demokratische Reformen den Weg zur Gleichstellung und Integration der Arbeiterklasse in die bürgerliche Gesellschaft, d.h. den Weg zur Durchbrechung ihrer politischen und sozialen Ausgrenzung. Soweit er die Überwindung des Kapitalismus thematisierte, sah er den parlamentarischen Repräsentativstaat als hinreichende politische Form, um mit ihr in ihr die Grenzüberschreitung mittels Reformen zu praktizieren. Der Formel von der Revolution und der revolutionären Diktatur setzte er seine Losung von Demokratie und Reform entgegen.

Mit der Oktoberrevolution 1917 in Rußland kamen revolutionäre Marxisten in einem rückständigen Land in die Lage, zu Führern einer siegreichen antikapitalistischen Revolution zu werden, diese in einem an Härte kaum zu überbietenden Bürgerkrieg zu verteidigen, eine revolutionäre Diktatur des Proletariats zu errichten und die antikapitalistische Umgestaltung Rußlands in Angriff zu nehmen. Lenins Vorbild war der Kommunistenstaat, der mit den Sowjets, dem Räte-System, eine breite und umfassende Grundlage für ein großes Land gefunden hatte. Dieses Leitbild kam jedoch mit den Erfordernissen des historischen Prozesses in Widerspruch, die eben zum Aufbau einer bürokratisch auswuchernden Staatsmaschine zwangen.

Die in der marxistischen Staatstheorie kaum thematisierten Widersprüche eines solchen Übergangstaates mußten um so gravierenden werden, je länger dieses Stadium andauerte. Zum einen geht es um den Widerspruch zwischen Demokratie für die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten und der Unterdrückung der alten Klassen und der Gegner der Revolution. Die Unterdrückung der alten Klassen und der Gegner mußte notwendigerweise auch die Demokratie für die arbeitende Mehrheit ein-

Die Idee des Räte-Systems und die Erfordernisse des historischen Prozesses

schränken und zur Verselbständigung von Repressionsapparaten beitragen. Dies führte unter den in Rußland gegebenen Umständen zur Ausschaltung oppositioneller Parteien und zum Machtmonopol der kommunistischen Partei und dies wiederum war die Voraussetzung zur Ausschaltung der Opposition und des Meinungspluralismus und damit der Demokratie innerhalb der kommunistischen Partei. Dies wiederum führte über die Herrschaft der stalinistischen Richtung zur Konzentration der Befugnisse und Kompetenzen an der Spitze und zur persönlichen Diktatur.

Diese Entwicklung wird ebenfalls durch einen zweiten nichtbewältigten Widerspruch gefördert, der in der Eigentümerfunktion des proletarischen Staates eingeschlossen ist: dem beim Staat konzentrierten Produktionsmitteleigentum, der Verfügung über dieses und das Mehrprodukt auf der einen Seite und dem Anspruch nach Selbstregierung der Arbeiterklasse auf der anderen Seite.

Auch damit mußte die Tendenz von der Klassendiktatur zur Partei- und Parteiführungsdiktatur befördert werden, die sich schließlich auch in der Verflechtung von Staat und Partei und in einem politischen Einparteiensystem (formell und/oder faktisch) realisierte. Damit entstand ein Typ von Sozialismus, den man heute als autoritär-bürokratischen Staatssozialismus bezeichnet, der auf der einen Seite Emanzipationsprozesse vorantrieb, auf der anderen aber neue drückende Formen politischer und sozialer Entfremdung hervorbrachte. Der Stalinismus wäre in dieser Sicht eine terroristische und personalistische Variante des Staatssozialismus.

Rückblickend kann heute ebenfalls festgestellt werden, daß sich die Defizite in der Demokratiefrage vor allem aus einer utopischen Betrachtung der zeitlichen Fristen für die Notwendigkeit eines sozialistischen Staates ergaben. Dies ist ein wesentlicher Gesichtspunkt, da sich ja mit einer kurzen Perspektive des Übergangs zum Kommunismus die Staats- und Demokratiefrage von selbst erledigen mußte. Bei einer zeitlich langen Perspektive hätte demgegenüber gerade die Demokratiefrage zentralen Stellenwert erhalten müssen, wenn man den ideologischen Zielorientierungen des Marxismus verpflichtet geblieben war. Die damit verbundenen Probleme waren in Rußland im Prinzip schon Mitte der 20er Jahre diskutiert worden, als es um die Konzeption des "Sozialismus in einem Lande" ging. Die Opposition bestand darauf, daß dies in der Sicht des klassischen Marxismus nicht möglich sei. Und in der Tat zeigte die folgende Entwicklung, daß unter den Bedingungen der Einkreisung und dann des Rückstands im Systemkampf dem Übergang zu einer tatsächlichen Klassendemokratie und dann einer allgemeinen Demokratie Sicherheitsgesichtspunkte entgegenstanden und darüber hinaus verfestigte Strukturen einen solchen Weg blockierten.

Ferner spielt der Zeitaspekt auch für die Probleme der Demokratie im breiteren Sinne eine Rolle. Bekanntlich werden in marxistischer Betrachtung

Macht und Herrschaft in den Zusammenhang mit dem Eigentum gestellt. Die Abschaffung von Macht und Herrschaft des Menschen über den Menschen wird an die Änderung der Eigentumsverhältnisse gebunden. Dies ist zweifellos nicht zu revidieren. Aber was passiert nun, wenn es in Organisationen und Institutionen nicht nur zur Rollenfixierung zwischen Leitern und Geleiteten, Administrierenden und Ausführenden usw. kommt, sondern auch zur Verfestigung entsprechender sozialer Gruppen? Dann entstehen Linien der Teilung der Gesellschaft, die sich kastenmäßig befestigen und Privilegien für den "oberen" Teil abwerfen können. Ein solcher Prozeß wird durch das Einparteiensystem und das Staatseigentum begünstigt. Unter diesen Bedingungen werden gesetzlich fixierte demokratische Rechte schnell zur formalen Hülse oder frühere Verhältnisse einer lebendigen Demokratie - so etwa in den VEB-Betrieben der DDR - werden zur formalen Prozedur, an der nur die "Hauptamtlichen" teilnehmen. Die eigentliche Ursache dafür liegt in der Struktur der Organisationen, relativ unabhängig von den Eigentumsverhältnissen. So kann die vertikal-hierarchische Struktur von Produktionsorganisationen erst durch neue Produktivkräfte überwunden werden, die eine horizontale Organisationsstruktur verlangen und Formen von Selbstregulierung und Selbstbestimmung ermöglichen, die ein abgehobenes Management überflüssig machen. Bis dahin bleibt die demokratische Legitimation und Kontrolle der Macht im Betrieb, also Betriebs- und Produzentendemokratie, eine Daueraufgabe.

Wir würden allerdings der Realität des Staatssozialismus nicht entsprechen, würde der Kampf um die Durchsetzung von Demokratisierungstendenzen nur als allerjüngste Erscheinungen konstatiert. Zum einen wird die Durchsetzung des Staatssozialismus auch von seiner marxistischen Opposition begleitet, die die Notwendigkeit des Abgehens vom Machtmonopol der Partei immer wieder thematisiert hat.⁶ Zum anderen werden derartige Tendenzen in kommunistischen Parteien in dem Maße vorherrschend, z.B. in der CSSR 1968 oder mit dem Eurokommunismus in westeuropäischen KPs, wie die inneren Entwicklungsmöglichkeiten des Staatssozialismus aufgebraucht sind und als Reaktion repressive Züge den staatlich politischen Überbau und das soziale Leben dominieren. Das ist der Fall mit der Notwendigkeit zur Entwicklung und Anwendung der wissenschaftlich-technischen Revolution und des Übergangs zu einem intensiven Wachstums- und Entwicklungstyp. Dieser Übergang wird durch den Staatssozialismus gehemmt und bedarf offenkundig demokratischer Strukturen der Basis und des Überbaus. Er wird seit der ab Mitte der 70er Jahre wachsenden technologischen und ökonomischen Kluft zu den entwickelten kapitalistischen Ländern zur Überlebensfrage des Sozialismus überhaupt. Diese Kluft wurde unter den Bedingungen der Internationalisierung der Dauerfaktor der politischen und sozialen Destabilisierung des Sozialismus.

Die inneren Entwicklungsmöglichkeiten des Sozialismus waren aufgebraucht

Veränderungen vollzogen sich auch in der Haltung der marxistisch-kommunistischen Bewegung zur Demokratie in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Einen Einschnitt markiert die Verarbeitung der Erfahrungen der Machtergreifung des Faschismus. Vorher bestand die Tendenz, die Grundfunktion des parlamentarischen Repräsentativsystems, wie jeden Staates eben der Schutz der bestehenden Eigentumsordnung und insofern die Ausübung einer Klassendiktatur, mit den Formen der Demokratie zu identifizieren und eine entsprechende Frontalkritik und -strategie zu entwickeln. Nun machte sich die Bedeutung des Unterschiedes in den Formen dieser Klassenherrschaft schmerzhaft geltend. Die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen den Faschismus wurde zur Hauptlinie.

Nach wie vor blieb allerdings unverstanden, daß der Kampf um Demokratie auch Offensivpositionen bis zur Gesellschaftstransformation begründen kann. Erst geraume Zeit nach dem zweiten Weltkrieg wurde etwa das Konzept der Wirtschaftsdemokratie bzw. der Bedeutung der Demokratie in der kapitalistischen Wirtschaft positiv verarbeitet und erst in jüngerer Zeit werden mit dem Konzept der demokratischen Reformalternative die Ansatzpunkte der Demokratisierung zur Veränderung des sozialen und ökonomischen Regulierungssystems und damit auch der Eigentumsverhältnisse im gesellschaftlichen Sinne thematisiert.

Insofern ist es richtig und falsch von einem Paradigmenwechsel, also dem Wechsel des Hauptlehrsatzes einer wissenschaftlichen Richtung, zu sprechen: richtig, weil sich in der Tat der Ansatzpunkt zur Änderung gesellschaftlicher Verhältnisse von der unmittelbaren Umstülpung juristischer Eigentumsverhältnisse zum demokratischen Kampf verschiebt; falsch, weil ja gerade - und nach den heutigen Erfahrungen auch nur - der Kampf um Demokratisierung die reale und umfassende Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse zu Ende bringen kann.

Demokratische Revolution im Sozialismus⁷

Entsprechend unterschiedlicher Ziele, Interessen und Bewegungen erhält die demokratische Revolution im Sozialismus eine unterschiedliche Interpretation. Von keiner Seite wird sie jedoch als nur politische Revolution gesehen, die nur auf die Veränderung der staatlich-politischen Verhältnisse abzielte. Dies ist unter den Bedingungen des Staatssozialismus auch nicht möglich.

Vom Standpunkt der Kräfte des Sozialismus geht es - analog dem bürgerlichen Revolutionszyklus - um eine Revolution im Sozialismus zur Destruierung des alten Staatssozialismus und zur Durchsetzung eines neuen demokratischen Sozialismus. In der Zielsetzung der Gegner des Sozialismus soll nicht nur die alte Form des Sozialismus, sondern der Sozialismus überhaupt abgeschafft werden und eine Rückkehr zur bürgerlich-kapitalisti-

schen Gesellschaft erfolgen. Im Falle der DDR ist diese Orientierung mit einer Lösung der nationalen Frage verbunden, die in der Angliederung der DDR an das politische, ökonomische und soziale System der BRD bestünde. Wir bezeichnen diese Tendenz und Bewegung als Restauration.

Im Falle anderer Länder (Polen, Ungarn) erfolgt die Restauration über die Eingliederung in den kapitalistisch dominierten Weltmarkt und die "davon" ausgehenden Zwänge zur Umstellung der Ökonomie auf eine kapitalistische Marktwirtschaft. Die politischen Bedingungen dafür werden bzw. wurden durch die demokratische Revolution geschaffen, deren Hauptziel in der Sicht dieser Interessen die Demontage der kommunistischen Partei bzw. ihre Transformation ist.

Insgesamt handelt es sich sowohl um unterschiedliche Bewegungen, wobei die eine erst die Formierungsbedingungen für die andere schafft, von dieser aber dann überrollt wird, als auch um einander folgende Phasen. Bisher ist die Entwicklung noch nicht abgeschlossen. Für die Restaurationsbewegung schlägt die ideelle und materielle Unterstützung des Westens zu Buche. Demgegenüber hat die sozialistische Erneuerungsbewegung eine schwache Position. Die Hoffnung, daß sie auch die Unterstützung der internationalen Sozialdemokratie finden könnte, war nur für die Anlaufphase realistisch, erfüllte sich danach aber nicht. Ein Sonderfall ist unter diesen Gesichtspunkten die UdSSR. Aber auch dort kommen bei entsprechenden Konstellationen gleiche Interessenbindungen zustande, z.B. in den baltischen Republiken.

Für die Synchronisierung der Zerfallbewegung in Osteuropa spielt sicher auch die Neufassung der sowjetischen Sicherheitsdoktrin und des Internationalismus unter Gorbatschow und generell die Schwächeperiode der UdSSR eine Rolle; die Hauptgründe für den nahezu widerstandslosen und kartenhausartigen Zusammenbruch des alten Staatssozialismus dürften jedoch in den zugespitzten inneren Widersprüchen und längerfristig wirksamen Faktoren zu suchen sein. Dazu gehören neben den schon genannten auch Generations- und Individualisierungsschübe, über die das Verhältnis von Staat und Gesellschaft bzw. Individuum zusätzliche Brisanz erhalten hat.

Daß sich faktisch die ganze Gesellschaft in Rebellion gegen das System des Staatssozialismus und seine Stützen setzt, verweist auf entschiedene Demokratiedefizite. Das bisherige politische System und seine Organisationen und Parteien haben sich offenkundig mehr und mehr in der Luft gedreht und die Verbindung mit dem Volk verloren. Das alte System hatte die Fähigkeit zur Interessenbindung und -artikulation verloren und deshalb kommt es - soweit nicht Reformkräfte der KP an die Spitze der Bewegung gehen - unter Führung relativ kleiner Oppositionsgruppen, die sich vorwiegend aus Schülern, Studenten, Schriftstellern, Künstlern, Advokaten, Pa-

Die Hoffnung auf die Sozialdemokratie wurde recht schnell enttäuscht

storen usw. rekrutieren, zur Mobilisierung all jener vorher amorphen Kräfte, die das Volk konstituierten.

Die kommunistischen Parteien, die sich in der Selbstdarstellung vielfach als marxistisch-leninistische Parteien neuen Typs abfeierten und zehn bis zwanzig Prozent der erwachsenen Bevölkerung in ihren Reihen organisiert hatten, erwiesen sich als fiktive Größen. Auch die Industriearbeiter, in vieler Hinsicht Nutznießer des Sozialismus, fielen als Stützen aus; im Falle Polens wurden sie zum starken Arm der auf Restauration drängenden Kräfte. Die Isolierung der Partei- und Staatsführungen hatte einen in der Geschichte von Massengesellschaften selten gekannten Grad erreicht.

Untersucht man die Demokratisierungsforderungen unter ihren positiven Zielsetzungen, dann zielen sie auf die Etablierung eines Repräsentativsystems, das in der Grundstruktur jenem vieler entwickelter kapitalistischer Länder entspricht: Grundrechte und Grundrechtsgarantien für die Individuen, Schutz vor staatlichen Übergriffen, Gewaltenteilung und Herrschaft der Gesetze, d.h. Rechtsstaat, Schaffung einer Öffentlichkeit mit unabhängigen Medien, freie Artikulation und Organisation von Interessen, Zivilgesellschaft mit pluralistischer Struktur; ferner die Diversifizierung des Staatseigentums, Schaffung einer gemischten Eigentumsbasis der Gesellschaft, Abschaffung des befehlsadministrativen Systems der Leitung und Planung in Politik, Kultur und Wirtschaft.

Die Verwirklichung einer solchen politischen Form setzt die Beseitigung des z.T. in den Verfassungen fixierten Führungsanspruchs bzw. Machtmonopols der kommunistischen Parteien voraus, die Entflechtung von Staat und Partei, die Auflösung der Geheimdienste bzw. die Zurücknahme der staatlichen Überwachungsfunktionen, die Neukonstituierung des Parlamentes durch freie Wahlen.

Vielleicht besteht der Kern der gegenwärtigen Umgestaltungen, so sie die Chance behaupten können, solche des Sozialismus zu bleiben, in der Schaffung eines Typs realer Vergesellschaftung, in dem die Macht fortlaufender demokratischer Legitimation und Kontrolle von unten unterworfen ist und der Raum tatsächlicher Selbstbestimmung und Selbstverwaltung unten ständig erweitert wird. Hierin bestünde der soziale und demokratische Fortschritt gegenüber allen bisher bestehenden Gesellschaften.

Bezogen auf den staatlich-politischen Raum erscheint die derzeitige Bewegung als ein Zurück hinter die Übergangsdiktatur zu einem pluralistischen parlamentarisch-demokratischen Repräsentativsystem, wie es sich historisch in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft entwickelt hatte. Tatsächlich geht es jedoch um das Hereinholen eines zivilisatorischen Fortschritts der Menschheitsgeschichte in den Sozialismus. Die Notwendigkeit dazu ergibt sich, weil sich die sozialistische Gesellschaft nicht von den Strukturen der Übergangsdiktatur und ihrer Sackgassensituation be-

freien konnte und sie deshalb, soweit sich das Fortbestehen des Staates und der Politik eben für eine lange Perspektive als notwendig erwies, durchgehend demokratische Strukturen nicht auf evolutionärem Weg zu errichten in der Lage war. Dies war nur als Revolution von oben und/oder von unten möglich.

Die Zukunft des nun möglichen demokratischen Sozialismus wird sich jedoch nicht auf dem Feld der Einrichtung demokratischer Strukturen entscheiden. Diese bleiben formal, wenn sich nicht die Kräfte finden, die sie tragen und ihnen Autorität verleihen. Entscheidend wird vielmehr sein, ob die Verbindung von Demokratie und Sozialismus (hier verstanden im Sinne sozialistischer Eigentums- und Produktionsverhältnisse) eine Entwicklungs- und Modernisierungsdynamik freisetzen kann, die jener des entwickelten Kapitalismus zumindest gleichkommt.

Die Grenzen der Einrichtung formaler demokratischer Strukturen

Die unerfüllten Verheißungen

Unter der Herrschaft der kapitalistischen Lohnarbeit müssen auch bei demokratischster politischer Verfassung die demokratischen Verheißungen von sozialer Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit unerfüllt bleiben. Die faktische Ausübung staatsbürgerlicher Gleichheit kann sich auf die zwei Minuten des Wahlaktes reduzieren. Vom Standpunkt einer linksliberalen Demokratiekritik, die die Realität der Demokratie in den entwickelten kapitalistischen Ländern an den demokratischen Verfassungsidealen mißt, ergeben sich vor allem folgende Diskrepanzen⁸:

- Das Volk als Souverän "funktioniert" nicht, denn über ihm stehen die Repräsentanten und zwischen ihm und diesen die Vermittler (Parteien, Verbände).
- Der Repräsentant repräsentiert nicht das Allgemeininteresse, sondern das Sonderinteresse, dem er seinen Aufstieg verdankt und dem er verpflichtet ist.
- Der Gegensatz zwischen Regierenden und Regierten ist nicht aufgehoben.
- Die Demokratisierung ist unvollendet. Sie erfaßt nur die Staatsrepräsentanz, spart aber Unternehmen, Verwaltungen als entscheidende Sphären der Machtausübung aus.
- Die Transparenz der Macht ist nicht realisiert. Die unsichtbaren Mächte betreffen nicht nur die Geheimdienste, sondern die Herrschaft der Technokratie und Expertokratie.
- Die politische Erziehung des Bürgers ist nicht eingelöst. Es existiert nur eine begrenzte Partizipationskultur.

Diese Punkte ließen sich problemlos mit Beispielen aus jedem x-beliebigen kapitalistischen Land illustrieren und verifizieren. Zusammenfassend können sie unter den Satz gestellt werden: demokratischer Staat und kapitalistische bzw. undemokratische Gesellschaft.

Gleichwohl reichen die Demokratisierungstendenzen und -ansprüche heute schon weit in die Gesellschaft. Zu erinnern ist an die Bewegung zur Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frau, an die Initiativen zur ökologischen Kontrolle und Umgestaltung oder an die Bewegung für Mitbestimmung und demokratische Kontrolle am Arbeitsplatz, im Betrieb und Unternehmen. In diesen Bewegungen verwirklichen sich demokratische Zielorientierungen, die sich auf dem Hintergrund neuer, bewußt gewordener Bedrohungspotentiale und Umbrüche im Produktions- und Produktivkraftsystem, freigesetzter Individualität, der Tendenzen zu einer neuen politischen Partizipationskultur u.a. entwickelt haben. Damit sind neue Bedingungen tiefgreifender Demokratisierungsprozesse entstanden. Sie betreffen die Felder und die sozialen Träger der Bewegungen und generell der Demokratie.

In der Honoratiorendemokratie war Demokratie etwas für Leute mit Zeit und Geld. Die arbeitenden Massen hatten weder das eine noch das andere. Sie konnten ihre Interessen nur über ihre Organisationen geltend machen. Deshalb war auch das Gesetz Le Chapelier aus der ersten Periode der französischen Revolution, das entsprechend der Doktrinen der Freiheit und des freien Marktes und des damaligen Demokratiemodells Koalitionen bzw. die "Vermittler" verbot, dem Kapital dienlich. Denn dieses bedurfte noch nicht unbedingt seiner Verbände im ökonomisch-politischen Raum. Demgegenüber konnten die Lohnarbeiter ohne Koalitionen noch nicht einmal den Wert ihrer Arbeitskraft im Lohn durchsetzen und waren dem Spiel von Angebot und Nachfrage hilflos ausgeliefert.

Die Reproduktion der Klassenstruktur im sozialen und politischen Raum in Verbänden, Parteien usw. sowie der Vergesellschaftungs- und Krisendruck führten dann in unserem Jahrhundert zur Massendemokratie, die auch als die "Herrschaft der Verbände", also der "Vermittlung", in Erscheinung tritt. Mit der Entwicklung staatsmonopolistischer Regulierungstypen wird die Trennung von Staatsapparaten und Wirtschaft eingeebnet. Es entstehen neue und anonyme Macht- und Verflechtungsstrukturen. Der politisch-administrative Eingriff erlangt damit für den Gesamtprozeß Bedeutung und damit wird auch eine Strategie realistisch, die zur Veränderung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse den demokratischen Ansatz wählt.

In der Gegenwart sind jedoch nicht nur die Wirtschaft im traditionellen Sinne in diesen Prozeß einbezogen, sondern mehr und mehr wird die Entwicklung von Technik, Wissenschaft, Technologien - kurz der Produktivkräfte - ein Feld, das politisch vermittelt werden muß. Vor allem die Zügelung der Risikopotentiale verlangt die Durchsetzung allgemeiner

Maßregeln. Die Entscheidungsfrage der Gegenwart besteht nicht in der Alternative "spontane Selbstregulierung oder politisch vermittelte Regulierung". Es geht um den Typ der letzteren: entweder eigentumsgesteuerte Regulierung über die Anwendung der Marktkategorien - wie es der neue Liberalismus fordert, oder bürokratisch-administrative Steuerung über den Staatsapparat bzw. über korporatistische Strukturen oder demokratische Regulierung. Demokratisierung besteht also darin, diese Felder der Kontrolle durch Kapital und Bürokratie zu entreißen und zum Anwendungsbereich des demokratischen Regelsystems zu machen.

Man darf nie vergessen, daß die Herausbildung der Massendemokratie und des Sozial- und Interventionsstaates das Ergebnis inneren sozialen Drucks unter den Bedingungen der äußeren Systemherausforderung durch den Sozialismus war. Unter den gegenwärtigen Umbruchprozessen ist es offen, ob und inwieweit diese Strukturen abgebaut werden können. Der Konservatismus drängt seit Mitte der 70er Jahre in diese Richtung. Die Folgen des Ausfalls des Sozialismus als äußere Druckinstanz sind nicht abzusehen. Es spricht einiges dafür, daß die in Osteuropa losgebrochene restaurative und antisozialistische Woge in den Westen zurückschwappen und hier dem Konservatismus neue Aggressivität und Stoßkraft gegen den Sozialstaat und die Kollektivstrukturen der Arbeiterklasse, v.a. die Gewerkschaften, verleihen wird.

Der Antidemokratismus der Konservativen und ihre reaktionäre Utopie der sozialen Regulierung durch den Markt visiert den politisch starken Sicherheits- und Repressionsstaat an. Dieser ist unabdingbar, wenn die mit dem Abbau des Sozialstaates aufbrechenden Konflikte unter Kontrolle bleiben sollen. Er kann soziale und politische Stärke jedoch nur insoweit gewinnen, wie er die auf Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstregulierung drängenden Individualisierungsmentalitäten politisch ausbeuten und die soziale und politische Spaltung (Modell 2/3-Gesellschaft) vorantreiben kann.⁹ Eine solche nach innen aggressive Demokratie wird ihre Aggressivität auch nach außen wenden. Der Kampf um Formen und Inhalte der Demokratie entscheidet also auch wesentlich, welchen Charakter das System der internationalen Beziehungen annehmen wird.

Die Alternative ist ein neuer Demokratie- und Demokratisierungstyp¹⁰, der seine Basis in den Kräften und Tendenzen demokratischer Vergesellschaftung von oben und unten findet, auf die Ausweitung der Demokratie in die Gesellschaft und die sozialen Beziehungen zielt und in einer neuen demokratischen Kultur den eigenen Rückhalt schafft. Es geht bei ihm nicht mehr nur um die traditionelle Grundrechtsdeklaration, sondern um ihre Garantie und ihre Verwirklichung in der sozialen Realität. Ein wichtiges Feld ist das Aufbrechen des verkrusteten Repräsentativsystems durch Elemente und Formen der direkten Demokratie. In der Wirtschaft muß die Demokratisierung über die ersten zarten Ansätze des

Die antisozialistische Woge wird in den Westen zurückschwappen

"Konstitutionalismus" hinausgetrieben werden. Dabei können die herrschenden Eigentums- und Besitzverhältnisse nicht tabu bleiben. Dies ergibt sich schon mit der Ausdehnung demokratischer Legitimität und Kontrolle auf die Befugnisse des Managements. Dies zeigt sich aber auch mit besonderer Schärfe bei allen Unternehmen, die "Geschäftsfunktionen" bei der Konstituierung der Öffentlichkeit ausüben, vor allem den Unternehmen und Einrichtungen des Medienbereichs. Ohne ein Übergewicht demokratischer öffentlicher Kontrolle über das Kapital und die Staatsbürokratie dieses Bereichs ist Demokratie nicht möglich. Der Zustand einer durch die herrschenden ökonomischen Interessen bestimmten Öffentlichkeit würde in die Zukunft verlängert und die Zivilgesellschaft hätte eine dauerhafte Schlagseite zugunsten bürgerlich-kapitalistischer Interessen.

Bei der Erörterung dieser Fragen darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Demokratie in den bürgerlich-kapitalistischen Staaten und Gesellschaften, wie sie sich in der Nachkriegsperiode durchgesetzt hatte, ihre Bewährungsprobe noch zu bestehen hat. Erinnert werden muß daran, daß in der Zwischenkriegsperiode die Demokratie nicht nur in Deutschland und Italien überrollt worden war. Die Verbindung von Wirtschaftskrisen und Nationalismus schuf das Klima, in dem Faschismus und Autoritarismus heranreiften. Der Wegfall des Sozialismus als alternative Druckinstanz muß heute zweifellos auch auf die Heranbildung derartiger Konstellationen Einfluß haben. Die Anfälligkeit dieser Gesellschaften für autoritäre, rechtspopulistische und neofaschistische Tendenzen zeigt sich an den Stimmungen gegen Ausländer und dem Aufkommen derartiger Bewegungen und Parteien. Kommen nun Konflikte aus der Verschärfung des Nord-Süd-Gegensatzes und der Ökologieprobleme hinzu, kann sehr schnell die Stunde neuer antidemokratischer Regimes kommen. Aus diesem Grunde werden auch in Zukunft die Kämpfe um die Verteidigung demokratischer Formen und Errungenschaften und die Bewegungen für Demokratisierungsfortschritte zusammen gehören müssen.

Universelles Prinzip

Owohl die UNO-Deklarationen und Dokumente die demokratischen Regeln für die Gestaltung der internationalen Beziehungen längst festgeschrieben haben, ist die Realität von ihrer Verwirklichung weit entfernt. Auch hier muß daran erinnert werden, daß die politische Emanzipation der Länder und Völker der dritten Welt ohne den Aufstieg der Sowjetunion zu einer alternativen Weltmacht und den Rückhalt der sozialistischen Staaten nicht möglich gewesen wäre. Die Folgen des faktischen Zusammenbruchs dieses Blocks für die Entwicklungsmöglichkeiten dieser Länder sind gegenwärtig noch nicht absehbar.

Demokratie in den internationalen Beziehungen heißt vor allem Gleichberechtigung aller Staaten und Respektierung ihrer Souveränität und Integrität. Dem steht ihre reale Ungleichheit unter nahezu allen Gesichtspunkten und die Existenz eines ökonomischen Ausbeutungs- und Herrschaftssystems entgegen. Je stärker sich die Internationalisierung jedoch durchsetzt und damit auch die Einbeziehung der einzelnen Länder in das System der Weltwirtschaft und der internationalen Beziehungen, um so gravierender ist die Abhängigkeit und ökonomisch-technologische Subalternität gegenüber den entwickelten kapitalistischen Ländern geworden. Es hat sich eine faktische Diktatur dieser Länder und der internationalen Kapital- und Finanzgruppen über den Weltmarkt etabliert, deren Basis die ökonomische und technologische Überlegenheit ist.

Was faktisch das erste große historische Experiment der Durchsetzung des Sozialismus auf der Basis eines zurückgebliebenen Produktivkraftsystems unterminiert hat, muß auf die Nord-Süd-Beziehungen noch verheerendere Auswirkungen haben. Lebensweisemodelle und Bedürfnisstrukturen, die in Wechselwirkung mit der Produktion entstehen, haben nur in den entwickelten kapitalistischen Ländern eine eigene Grundlage. Bei allen anderen Völkern fassen sie heute über die internationalisierten Kommunikationsstrukturen Fuß, ohne in der eigenen Produktion eine Grundlage zur Befriedigung zu haben. Die Beziehung Produktion-Konsumtion bzw. -Bedürfnisse ist also internationalisiert und für die einzelnen Länder entkoppelt. Damit entsteht für den jeweiligen nationalen Entwicklungsweg ein sozialer und politischer Druck, der zur bedingungslosen Einordnung in die kapitalistisch dominierte Weltwirtschaft und zur Adaption der entsprechenden Strukturen zwingt. Unter den Ausgangsbedingungen der meisten Entwicklungsländer wird damit die Kluft zu den reichen Ländern vergrößert, selbst wenn enorme Entwicklungsfortschritte gemacht werden können. Der Sprung zum "westlichen Lebensstandard" kann nur von Oberschichten getan werden, wodurch die innere Polarisierung noch verschärft wird. Aber auch ohne eine solche soziale Polarisierung nehmen die Tendenzen zur sozialen und politischen Destabilisierung zu. Gleichzeitig wächst nach dem Vorbild der kapitalistischen Länder, deren Produktionsmethoden ja übernommen werden müssen, die Ressourcen- und Umweltbeanspruchung, wodurch die Ökologiefragen u.a. Probleme zu globalen Problemen werden. Unter diesen Bedingungen schwindet in vielen dieser Länder die Basis für eine moderne Massendemokratie, die sich mit nationaler Souveränität verbindet. Die mitunter auch auf internationalen Druck installierten demokratischen Regime haben demgegenüber die Funktion, diese Länder für das internationale Finanzkapital zu öffnen und die Einflüsse des Volkes auf die Politik weiterhin auszuschalten.

Internationalisierung und Entkoppelung von Produktion und Konsumtion

Zur Lösung der globalen Probleme besteht somit eine primäre Verantwortung der "ersten Welt" und der demokratischen Kräfte in ihr.

Es liegt auf der Hand, daß die weltweite Anhebung des Lebensstandards auf ein 50-Prozent-Niveau der entwickelten Länder infolge der dafür notwendigen Ressourcen- und Umweltbeanspruchung zum ökologischen Kollaps führen müßte. Schaltet man die Vorstellungen einer Ökologiediktatur über die dritte Welt aus - sie müßte sich zweifellos auch auf die "zweite Welt", die Staatengruppe der sozialistischen bzw. früher sozialistischen Länder erstrecken und hätte auch analoge Konsequenzen für die politischen Strukturen der "ersten Welt" -, dann muß für eine demokratische Lösung gerungen werden. Sie ist allerdings nicht denkbar, ohne daß tiefgreifende Eingriffe in die Wirtschaft der "ersten Welt" erfolgen. Sie betreffen zum einen über die derzeitigen Quoten der Entwicklungshilfe weit hinausgehende Umverteilungsmaßnahmen, die allerdings nicht als mildtätige Gaben darzubringen wären, sondern vor allem über die Änderung der vielfach nichtäquivalenten Austauschrelationen und des Preissystems zu realisieren wären. Entscheidender erscheint jedoch der verallgemeinerte Zugang zu den Errungenschaften der Wissenschaft und Technik und eine historisch kurzfristige Umstellung des gesamten Produktionsapparates sowie der Konsumtion unter Gesichtspunkten einer rapiden Senkung der Ressourcenbelastung (Energie, Rohstoffe etc.) und der Umweltbeanspruchung. Eine solche Umstellung verlangt einen wissenschaftlichen und technologischen Sprung, der nur in der "ersten Welt" stattfinden kann. Nur die historisch kurzfristige und weltweite Durchsetzung einer solchen Produktionsweise wird Entwicklung weiterhin möglich machen und die materielle Voraussetzung zur friedlichen und demokratischen Lösung der globalen Probleme darstellen können. Dies schließt natürlich den beschleunigten Transfer dieser Technologien in die dritte Welt ein.

Dies wäre selbst der Weg, der nach einer - freilich z.Z. nur schwer vorstellbaren - sozialistischen Revolution oder Umwälzung in der "ersten Welt" gegangen werden müßte. Die Geburtsstunden der modernen Demokratie waren begleitet von der Deklaration der Menschenrechte in den bürgerlichen Revolutionen. Die soziale Massendemokratie und der Sozialismus haben ihre soziale Garantie und Fundierung zum Programm erhoben. Ihre Prinzipien waren und sind nicht durch nationale, ethnische, rassische, religiöse o.a. Begrenzungen bestimmt, sondern sie zielen auf die Menschheit, sind auf alle Menschen der Erde bezogen, also universell. Dies gilt auch für den Anspruch und die Möglichkeit des Lebensstandards. Eine Welt des Friedens und der Demokratie mit sich ausweitenden Diskrepanzen der Lebensbedingungen ist heute nicht mehr denkbar.

Die Durchsetzung des Regelsystems der Demokratie in den internationalen Beziehungen ist zweifellos eine wichtige Voraussetzung zur demokratischen Lösung der anstehenden Probleme. Sie enthält diese Lösungen jedoch nur dann, wenn sie mit den Emanzipations- und Gleichheitsprinzipien im universellen Sinne verbunden ist.

Demokratie - das Ende der Geschichte?

Es spricht einiges dafür, daß mit dem Zusammenbruch des bisherigen Sozialismus im Osten in der "ersten Welt" auch Kräfte und Konflikte freigesetzt werden, die den Demokratisierungsprozeß vorantreiben und die vom Osten in den Westen zurückschwappende Restaurationswelle in Grenzen halten könnten. Diese Kräfte werden sich vor allem auf den Feldern der demokratischen Kontrolle von Wissenschaft und Technik und des Gesellschaft-Natur-Verhältnisses formieren und vor allem auf die Eindämmung und Ausschaltung der Risikopotentiale zielen, die sich international auch als globale Probleme darstellen. Ihre demokratische Lösung wird selbst ein zentraler Ansatz der Demokratiebewegung werden. Gleichzeitig wird das vielfach intensivere Demokratiebedürfnis, das mit dem neuen Individualisierungsschub entsteht, zu einer schärferen Konfrontation von Individuum und Staat bzw. übergreifenden Organisationen und Institutionen auf der einen Seite¹¹ und den durch Eigentumsprivilegien und Zwänge der Kapitalverwertung gesetzten Entwicklungsbarrieren auf der anderen Seite führen. Gerade in diesen Zusammenhängen und aus diesen Quellen kann auch der Gegensatz von Arbeit und Kapital erneut Brisanz erlangen.

Es spricht also wenig dafür, daß mit der verallgemeinerten Durchsetzung des Repräsentativsystems im politischen Raum der Fortschritt und mit ihm die Geschichte zu Ende sei. Ganz im Gegenteil deutet alles auf die Notwendigkeit eines neuen Demokratisierungsschubs in die Tiefe der Gesellschaft. Darüber hinaus kann man die begründete Ansicht vertreten, obwohl sie sicher gegenwärtig so unpopulär wie selten zuvor ist, daß sich in einem solchen Prozeß erneut die Notwendigkeit des Sozialismus stellen wird und sich dazu neue Zugänge erschließen werden. Dies könnte angesichts der heute vorhandenen Erfahrungen und theoretischen Einsichten nur ein demokratischer Weg zu einem demokratischen Sozialismus sein. Auch er könnte freilich nicht von der Möglichkeit des Gesetzesbruches durch Kräfte der Restauration und der dadurch hervorgerufenen Notwendigkeit eines Ausnahme- oder Notstandsregimes - also faktisch Formen der Diktatur auf Zeit - absehen. Dies wäre im Kern die revolutionäre Übergangsdiktatur, wie sie Marx für notwendig erachtete, die allerdings nichts mit der Diktatur des Proletariats zu tun hätte, wie man sie aus der Geschichte der Sowjetunion kennt.

Ein solcher Übergang ist nur möglich

- in einer Gruppe entwickelter kapitalistischer Länder, die starke Positionen in der Weltwirtschaft besitzt;
- unter den Bedingungen hoher Internationalisierung und der Beibehaltung der Stellung in der internationalen Arbeitsteilung, was eine Abschließung gegenüber der Umwelt verbietet;

Demokratisierungsschübe und die Notwendigkeit des Sozialismus

- bei längerfristigen demokratischen Reformprozessen, mit denen die Bereiche der Non-Profit-Produktion und -Wirtschaftstätigkeit ausgeweitet, ein demokratischer Regulierungs- und Vergesellschaftungstyp durchgesetzt und eine ideologisch kulturelle Hegemonie demokratisch-sozialistischer Werte erkämpft werden;
- mit einem pluralistischen politischen System, was bei einem entsprechenden Ausgang der Wahlen und dem Wechsel der Regierung auch die Rücknahme des Übergangs zum Sozialismus bedeuten kann;
- mit einer schubartigen, von breiten Massenbewegungen getragenen Demokratisierungswelle, die neue Formen und Institutionen der demokratischen Selbstorganisation hervorbringt und vor allem auf die demokratische Aufhebung bzw. Umgestaltung der Macht- und Repressionsorgane abzielt.

Dies wäre der Prozeß der Revolution unter neuen Bedingungen, dessen historische Notwendigkeit und demokratische Legitimität nicht in Zweifel gezogen werden könnte. Es wäre eine friedliche, gewaltlose und demokratische Revolution, eine beschleunigte und radikalisierte demokratische Reform.

Der Übergang zum Sozialismus wäre die Aufhebung des auf dem Privateigentum der Produktionsbedingungen beruhenden Klassenprivilegs und der entsprechenden Herrschaftsverhältnisse sowie der Beginn der Aufhebung der Herrschaft der akkumulierten oder toten Arbeit über die lebendige Arbeit oder anders ausgedrückt: des Profitprinzips über die Gesellschaft.

Aber genau genommen beginnt dieser Prozeß schon im Ringen um die Verwirklichung einer demokratischen Reformalternative, für die die Eigentumsverhältnisse keine Tabu-Zone darstellen. Dabei sind es die neuen Probleme, Bewegungen¹² und Konflikte, die diesem Prozeß Dynamik verleihen können.

Kehrt man nochmals zur Hypothese des Endes der Geschichte zurück, so wird ein historisches Verständnis selbst in einer universalisierten Demokratie und in einem demokratischen Sozialismus nur die Durchgangsformen zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft sehen können, in der Politik und Demokratie als Formen der Macht bzw. des Kampfes um die Macht gegenstandslos geworden sind, weil die Grundlagen dafür entfallen sind. Demokratie ist zweifellos die beste und einzig denkbare Form zur Schaffung einer solchen Ordnung und damit der Weg zur Selbstaufhebung der Demokratie durch volle und unbegrenzte Entfaltung ihrer Möglichkeiten.

Der Paradigmenwechsel vom Eigentum zur Demokratie hebt nicht die fundamentale Bedeutung der Eigentumsverhältnisse im Kontext einer historisch-materialistischen Sichtweise auf. Vielmehr trägt er der Veränderung der Gesellschaft selbst und den historischen Erfahrungen Rechnung, weil nun der demokratische Ansatz nicht nur als Möglichkeit der Ände-

rung der Eigentums- und Gesellschaftsstrukturen hervortritt, sondern seine Praktizierung und Verwirklichung auch zur Bedingung realen Fortschritts wird.

- 1 Der Verfasser hält die Ablehnung des Begriffs Sozialismus für die bis dato in ihrem Selbstverständnis sozialistischen Staaten und Gesellschaften für einen sachlich ungerechtfertigten und untauglichen Versuch, die Idee durch Denunziation der Realität zu retten. Aus seiner Sicht ist auch der autoritäre Staatssozialismus eine Variante des Sozialismus - ebenso wie der heute angestrebte demokratische Sozialismus. Freilich mit unterschiedlicher Emanzipationsqualität.
- 2 Vgl. zum Regelsystem der Demokratie: Norberto Bobbio, Die Zukunft der Demokratie, Berlin/West 1988, S. 8 u.a.
- 3 Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, MEW Bd. 23, S. 184.
- 4 Dieses Konzept war vorgelegt worden mit: Bundesrepublik Deutschland 2000. Vorschläge der DKP zu einer friedensorientierten und demokratischen Reformalternative für die 90er Jahre. Erstentwurf, Düsseldorf, Juni 1988; ferner: Jörg Huffschild, Heinz Jung, Reformalternative. Ein marxistisches Plädoyer, Frankfurt/Main 1988; Moderne Kommunistische Partei, Diskussionsplattform, Hamburg, Oktober 1989; Demokratisierung und Ökologisierung - für eine neue Entwicklungslogik der Menschheit, Berlin/West, Dez. 1989.
- 5 Umfassende Erörterung dieser Fragestellung bei: Uwe-Jens Heuer, Marxismus und Demokratie, Baden-Baden 1989. Diesem Buch sind einige Anregungen für diesen Abschnitt entnommen.
- 6 Eine Aufarbeitung der Fragestellung in der Tradition des Leninismus legte Georg Lukács auf dem Hintergrund der damaligen CSSR-Entwicklung vor: Georg Lukács, Sozialismus und Demokratisierung, Frankfurt/Main 1987.
- 7 Zum Verständnis der gesamten Perestroika-Problematik vgl.: Wolfgang Fritz Haug, Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken, Hamburg 1989. Einige der positiven Einschätzungen dürften allerdings durch die zwischenzeitliche Entwicklung überrollt sein, die heute die Erfolgsmöglichkeiten der Perestroika stark infrage stellt und auch die offenkundigen Grenzen der Gorbatschowschen Methode der Überdetermination von Krisen und Gegensätzen deutlich gemacht hat.
Dies zeigt sich exemplarisch am Herangehen an die Nationalitätenfrage und den verheerenden Auswirkungen des Aussitzens der Konflikte und des Zögerns beim Einsatz staatlicher Autorität. Allerdings ist dieser Komplex besonders durch die Vergangenheit belastet und der demokratische Übergang zu einer demokratischen Union offenkundig besonders aufgeladen und konfliktträchtig, da inzwischen schon längst anstelle marxistischer und sozialistischer Zielorientierungen der Nationalismus und die Religion die ideologische Hegemonie - zumindest in den Randrepubliken - errungen haben und damit Kompromisse schwierig geworden sind.
- 8 Vgl. Norberto Bobbio, a.a.O., S. 11 ff.
- 9 Vgl. Joachim Bischoff, Richard Detje, Massengesellschaft und Individualität, Hamburg 1989.
- 10 Vgl. Jörg Huffschild, Heinz Jung, Reformalternative, a.a.O., Abschnitt III.2 "Ein neuer Demokratisierungstyp".
- 11 So auch: Ulrich Beck, Die unvollendete Demokratie, in: Der Spiegel, Hamburg, v. 18.12.1989, S. 186/7.
- 12 Hier wäre die Subjektfrage und die Bedeutung der Demokratisierung für sozialistische und linke Organisationen abzuhandeln. Dem Verfasser erscheint die Meinung nicht für tragfähig, daß eine emanzipatorische politisch wirksame Tätigkeit im nationalen Rahmen ausschließlich durch Formen direkter Demokratie, die hierarchische Organisations- und Autoritätsstrukturen ausschließen, möglich sei. Diese Formen sind Übergangsformen entweder beim Übergang von Bewegungen zur Partei oder Organisation oder Stadien im Auflösungsprozeß organisatorisch-politischer Bindungen.

AutorInnen

- Bargen, Harry von** - Duisburg, Geschäftsführer der Bunten Liste Oberhausen
- Bischoff, Joachim, Dr.** - Hamburg, Redaktion "Sozialismus"
- Deppe, Frank, Prof. Dr.** - Marburg/L., Hochschullehrer
- Cless, Olaf, Dr.** - Düsseldorf, freier Journalist, Mitherausgeber von "Z"
- Dietzel, Horst, Dr.** - Berlin/DDR, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Parteivorstand der PDS
- Düe, Dietmar, Dr.** - Kassel, wissenschaftl. Angestellter an der GHS
- Eifler, Christine, Dr.** - Glienicke/DDR, Zentralinstitut für Hochschulbildung
- Haschker, Klaus, Dr.** - Berlin/DDR, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Parteivorstand der PDS
- Heiseler, Johannes Henrich von, Dr.** - Dierdorf, Mitherausgeber von "Z"
- Huffschmid, Jörg, Prof. Dr.** - Bremen, Hochschullehrer, Mitherausgeber von "Z"
- Hunger, Bernd, Dr.** - Berlin/DDR, Bauakademie
- Jung, Heinz, Dr.** - Weilrod/Ts., Mitherausgeber von "Z"
- Klötzer Kuno (Pseudonym)** - Köln, freier Journalist
- Koch, Uwe** - Hamburg, freier Journalist
- Lehndorff, Steffen, Dr.** - Köln, Koordinationsausschuß Erneuerung, Mitherausgeber von "Z"
- Mai, Daniel August** - Düsseldorf, 1986 unfreiwilliges Verlassen der DDR, Schauspieler und Regisseur
- Opitz, Petra, Dr.** - Berlin/DDR, Akademie der Wissenschaften
- Peter, Lothar, Prof. Dr.** - Bremen, Hochschullehrer, Mitherausgeber von "Z"
- Reusch, Jürgen, Dr.** - Bad Homburg, IMSF e.V., Mitherausgeber von "Z"
- Schui, Herbert, Prof. Dr.** - Buchholz, Hochschullehrer
- Schunter-Kleemann, Susanne, Prof. Dr.** - Bremen, Hochschullehrerin, Mitherausgeberin von "Z"
- Tjaden, Karl Hermann, Prof. Dr.** - Kassel, Hochschullehrer
- Wölfling, Manfred, Prof. Dr.** - Berlin/DDR, Akademie der Wissenschaften

Johannes Henrich von Heiseler

Basisdemokratie - Selbstorganisation - sozialistische Perspektive

Basisdemokratie und Selbstorganisation

Das basisdemokratische Moment entwickelt sich in der Auseinandersetzung mit solchen Repräsentativ-Strukturen, die die Selbsttätigkeit der Vertretenen beschränken, in der Kritik an Parteien und Organisationsstrukturen, die die Selbstorganisation der Betroffenen behindern. Bevor dies ein Moment der Ideologieggeschichte wurde, war es schon ein Moment der Realgeschichte.

Lehrreich ist in der Französischen Revolution die Entstehung der Kommunen. Für die Wahlen zum Parlament werden Wahlmännerkollegien nach Wohngebieten gebildet. Ihre verfassungsmäßige Aufgabe ist eigentlich mit der Wahl der Abgeordneten beendet. Sie kommen aber nach dieser Wahl erneut immer wieder zusammen, um über andere politische Fragen zu sprechen. In ihnen bildet sich ein Sprachrohr und eine Tribüne aller revolutionären Strömungen im Volk heraus. Sie stellen real eine Instanz von Druck und Kontrolle gegenüber dem Parlament dar und schließlich: Sie organisieren die kommunale Verwaltung und Macht, als Unterbau und Gegengewicht der zentralen revolutionären Machtinstanzen. Revolutionäre Öffentlichkeit und Organisation, revolutionäres Kampforgan und Machtorgan in einem - nicht dem Klasseninhalt aber der keineswegs unbedeutenden Form nach lassen sie sich als Vorformen der Kommune von Paris von 1871 und der Räte von 1905 betrachten.

Die Erfahrungen aus der französischen Revolution und dann vor allem die Erfahrungen aus der Commune werden zur Grundlage der Entwicklung der Auffassung von Karl Marx. Die Bestimmungen der Demokratie durch den jungen Marx als "Selbstbestimmung des Volkes"¹, als "Aufhebung der Bürokratie"² sind zwar noch in einem anderen gedanklichen Zusammenhang entstanden als die späteren Überlegungen zur Pariser Commune als Selbstregierung der Produzenten³. Aber es ist offensichtlich, daß mit der Entwicklung von Marx zum Kommunisten das Wort "Demokratie", das durch die revolutionär-kleinbürgerliche Bewegung besetzt ist, seltener genutzt wird, aber die Sache nicht geringeres, sondern größeres Gewicht bekommen hat.

Ebenso war für Lenin die Auswertung der Erfahrung der Commune von Paris und dann vor allem der russischen Räte von 1905 entscheidend für

die Ausbildung seines Demokratie-Verständnisses. Sozialistische Demokratie war ebenso wie bei Marx stark als Basisdemokratie aufgefaßt, in Worten Lenins "Demokratie von unten, Demokratie ohne Beamten, ohne Polizei, ohne stehendes Heer"⁴. Zugleich finden sich bei Lenin Gedanken, die sehr autoritäre, nicht basisdemokratische, wenn auch immer wieder demokratisch rückgebundene Organisationsprinzipien enthalten. Solche Überlegungen werden begründet als Maßnahmen, die in einem notwendigen Widerspruch zum eignen Anspruch stehen: Der Widerspruch ist nicht gedanklich konstruiert, sondern ergibt sich aus den Widersprüchen der geschichtlichen Aufgaben.

Lenins Haltung zur Demokratie als Selbstorganisation der Arbeiterklasse, als Demokratie von unten hängt zusammen mit seinem Beitrag zur Revolutionstheorie. Sein besonderer Beitrag war seine Konzeption der demokratischen und Arbeiterkontrolle. Sie ist ein Aspekt der von ihm für die russischen Bedingungen entwickelten Strategie des Übergangs von der bürgerlich-demokratischen zur sozialistischen Revolution. Sie wurzelt aber nicht nur in der genauen Untersuchung der besonderen Bedingungen eines zurückgebliebenen Landes, das zugleich "Laboratorium der Moderne" an der damaligen Peripherie der Herrschaft der alten Gesellschaft war, sondern auch in seinen Analysen der sich im Ersten Weltkrieg entfaltenden Züge einer neuen Konfiguration des Kapitalismus: Seiner staatsmonopolistischen Entwicklung. Gegenüber der mit dieser Entwicklung einsetzenden Herausbildung von bürokratisch-monopolistischer Kontrolle entwickeln sich spontan Gegenansprüche in den Betrieben. Sie sind die elementare Basis für Forderungen nach demokratischer und Arbeiterkontrolle. Diese Forderung dient zunächst der Entwicklung des Klassenkampfes an der Basis als Grundlegung der Gegenmacht der Arbeiterbewegung und setzt in dieser Phase die Weiterexistenz des Kapitals voraus. Sie wird dann formuliert als umfassende Alternative. Schließlich sieht Lenin in ihr die Form der wirklichen Durchsetzung der Arbeitermacht nach der Eroberung des Staates. Für alle Phasen gilt: Die Kontrolle an der Basis, die unmittelbare Demokratie ist Voraussetzung und Bestandteil der gesamtgesellschaftlichen Kontrolle und Verteilung.⁵

Die Lage eines Landes am Rande der imperialistischen Welt, in dem ein zunächst isolierter weltgeschichtlicher Durchbruch gelungen war, erforderte die Anwendung von Formen, die im Widerspruch zur neuen Ordnung standen. Lenin ging, wie alle russischen Revolutionäre davon aus, daß durch eine deutsche Revolution dieser Widerspruch bald überwunden werden könne.⁶ Die gegenwärtige Etappe des Vergesellschaftungsprozesses verweist auf die Krise hierarchischer Strukturen auf Grund der Entwicklung des Vergesellschaftungsprozesses selbst.

Bedeutung der Formen

Der bürgerliche demokratische Rechtsstaat hat häufig und auf drastische Weise seinen bornierten Charakter offenbart, wenn es darum ging, die in ihm postulierten Prinzipien tatsächlich universell anzuwenden. Aber gerade darum liegt der Gedanke nahe, daß die allseitige Durchsetzung der vom Bürgertum entwickelten Prinzipien nicht dazu dienen kann bürgerliche Illusionen zu fördern. Sie gehört zum Kampf für eine andere Gesellschaft.

Die Gewaltenteilung war eine Forderung des Bürgertums gegenüber der monarchischen Gewalt: Der königlichen Regierung gegenüber sollte die Gesetzgebung und die Rechtsprechung unabhängig sein. Die Forderung nach Gewaltenteilung war etwas ähnliches wie eine bürgerliche Mitbestimmungsforderung gegenüber dem Feudalstaat. Daher gibt es vergleichbare Entwicklungen in fast allen europäischen Ländern. In England wird die "Rule of Law" ein Kampfbegriff des Bürgertums. Unter den deutschen liberalen Rechtstheoretikern wird der Begriff des "Rechtsstaats" entwickelt, wobei zunächst der englische Begriff noch Pate steht.⁷ Das Interesse an der Justizförmigkeit der Verwaltung hat etwas mit dem Bedürfnis des Handel und Gewerbe treibenden Bürgers an der Kalkulierbarkeit der Bedingungen zu tun, innerhalb derer er seine Geschäfte betreibt.⁸ Es ist darum auch nicht zufällig, wenn die bürgerlichen Liberalen im vorigen Jahrhundert als Modell für das subjektive öffentliche Recht das Eigentumsrecht nehmen.⁹

Der Ursprung des demokratischen Rechtsstaats ist das bürgerliche Klasseninteresse. Jedoch bringt das Klasseninteresse des Bürgertums hier - wie auch auf verschiedenen anderen Gebieten - eine Möglichkeit menschlichen Fortschritts zuwege, wenn auch zunächst für die meisten Gesellschaftsmitglieder der Form nach. In bürgerlicher Gestalt wird die Emanzipation des Individuums fortgesetzt. Wir wissen, daß die soziale Ungleichheit die mit der formalen Gleichheit verbundenen Entfaltungsmöglichkeiten der Individuen untergräbt und blockiert. Zugleich zeigt sich systematisch die Beschränktheit des bürgerlichen demokratischen Rechtsstaats darin, daß Interessen hier stets nur als partikuläre Interessen gefaßt werden.¹⁰

Von Sozialisten, Marxisten ist häufig die Auffassung vertreten worden, schon das Prinzip der formalen Gleichheit selbst sei ein mit dem Klasseninteresse des Bürgertums verbundenes Modell, das im Verlauf der sozialen Revolution einem inhaltlich differenzierenden Denken, das von den Klasseninhalten ausgeht, weichen muß. Ich halte diese Auffassung für falsch. Falsch im Hinblick auf die Wirklichkeit und falsch als Interpretation Marxschen Denkens. Gewiß ist das Prinzip der formalen Gleichheit der Menschen als Menschen geschichtlich mit dem Klasseninteresse des Bürgertums verbunden gewesen - das macht gerade das progressiv-revolu-

**Demokratischer
Rechtsstaat und
bürgerliches
Klasseninteresse**

tionäre Moment des frühen bürgerlichen Denkens aus. Die bürgerliche Klasse legt hier eine Dynamik frei, die über sie selbst hinausweist.

Aber besteht nicht zwischen dem Moment basisdemokratischer Organisation und dem Modell formaler, berechenbarer demokratischer Rechtsstaatlichkeit ein Widerspruch? In der Tat, in der Geschichte ist das Modell des bürgerlichen Rechtsstaats oft genug sozial-rebellischen Bewegungen entgegengehalten worden als ein Schutzschild der Herrschaftsinteressen. Aber liegt das an den Grundgedanken dieses bürgerlich-revolutionären Modells? Bürgerliches Denken verändert sich tiefgehend mit der Entwicklung kapitalistischer Herrschaft. Der Widerspruch liegt im widersprüchlichen Verhältnis, das das Bürgertum zum demokratischen Moment überhaupt entwickelt. Der Widerspruch ist kaum lösbar für die Denker des kapitalistischen Systems in seiner Spätphase - er ist kein Widerspruch für die, die eine neue Gesellschaft denken und für sie kämpfen.

Sozialistische Perspektive

A Für Lenin, im Blick auf russische Verhältnisse des endenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, stellte sich die Demokratisierung in dreifacher Weise als Vermittlung zwischen Veränderungen im System und Veränderung des Systems dar: Demokratisierung, das ist für ihn zuerst einmal die Form, in der die bürgerliche Gesellschaft selbst konsequent "von unten" durchgesetzt wird, womit zugleich der Kapitalismus demokratisch "umgemodelt"¹¹ wird. Demokratisierung ist zweitens bei Lenin das antizipatorische Moment, das Moment der gedanklichen Überschreitung des bürgerlichen Rahmens innerhalb des Kapitalismus, daher oft in utopischer Form. Schließlich ist drittens Demokratisierung bei Lenin das Transitorische, das Moment, das den bürgerlichen Rahmen überwindet, das zum Sozialismus hinführt, womit sich, das ist der dialektische Gedanke Lenins, durch die Radikalität der Demokratisierung (und nicht etwa durch ihre Beseitigung, durch ihr Einfangen in genehme Bahnen und dergleichen) der Typ der Demokratie selbst verändert.¹²

B. Sowjetische Wissenschaftler haben in den letzten Jahren viele Anstrengungen unternommen, um auch die Erfahrungen von Entstellungen und Deformationen, Fehlentwicklungen und Sackgassen ihrer gesellschaftlichen Entwicklung zu untersuchen. Eine wichtige Lehre dieser Untersuchungen ist: Die Verkümmern der Demokratie ist eng verbunden mit den und ist politische Vorbedingung für die Entstehung der Deformationen, die wir nicht nur zur Zeit Stalins, sondern auch in der Stagnationsperiode der siebziger Jahre als System sich entwickeln sehen. Die zweite Lehre ist: Voraussetzung für die Vereisung (St. Just) der politischen Bewegung, für die Verkümmern der Demokratie sind selbstverständlich vor allem bestimmte materielle Bedingungen. Zu ihren geistigen Bedin-

gungen gehört die Verketzerung demokratischer Bewegungen als bürgerlich, weil sie sich der von der Bourgeoisie entwickelten Formen bedienen oder sich darauf berufen. Das gilt in beiderlei Hinsicht: Sowohl hinsichtlich der Demokratie als Basisdemokratie - es gibt Zeiten, in denen geradezu das Adjektiv "basisdemokratisch" schon als synonym mit "klassenmäßig bourgeois" verwandt wird! - als auch hinsichtlich der Rolle der rechtsstaatlichen Formen. Es geht in beiden Hinsichten um die formale Seite der Demokratie - der dann allzu einfach der klassenmäßige Inhalt entgegengestellt wird. Zu den wichtigsten negativen Erfahrungen gehört schließlich drittens: Wenn die neuen, kämpfenden, im Aufbau befindlichen sozialistischen Strukturen verfallen, verfällt der Sozialismus nicht nur als moralische Struktur und politisches System, auch seine klassenstrukturelle Spezifik wird zerstört. Deformationserscheinungen des Sozialismus beschränken sich nicht (von "Natur" aus) auf den Überbau, sondern greifen die Basis selbst an. Tatjana Saslawskaja hat am Beispiel regionaler Fallstudien gezeigt, wie sich aus Teilen der betrieblichen Leitungskader, aus der kriminellen Szene der Schattenwirtschaft und aus Teilen des Verwaltungs- und Parteiapparats selbst eine soziale Gruppe herausgebildet hat, die systematisch den Zugriff, die Kontrolle, die Verfügung über die Produktionsmittel monopolisiert hat: Die Entstehung einer neuen herrschenden Klasse, z.T. noch in einem sehr embryonalen Sinn, z.T. schon schrecklich ausgewachsen.¹³ Politisch erweist sich die Beseitigung der demokratischen Bewegungsformen als Angriff auf die Substanz.

C. Wir müssen aber nicht nur von Erfahrungen der sozialistischen Länder ausgehen, sondern vor allem von den eigenen Erfahrungen.

In der modernen Industrie liegen nicht zufällig die Strukturprobleme, an denen sich die kapitalistische Organisation in innere Widersprüche gerät, in dem Konfliktfeld zwischen der gesteigerten Tendenz zur durchgängigen Kontrolle der Beschäftigten und andererseits in dem funktional erforderlichen Zuwachs an Verantwortung, selbständiger Entscheidungsbefugnis, Mobilisierung der Kenntnisse, die nur am Arbeitsplatz und in der horizontalen Kooperation gewonnen werden können. Im modernen Kapitalismus werden zunehmend im Bereich von vielen Großunternehmen solche Lösungen dieses Strukturkonflikts gesucht, die im Sinne der Mobilisierung von unerschlossenen Reserven und zugleich im Sinne der Begrenzung auf den Kleinbereich wirksam werden sollen und auch wirksam werden. Selbstverständlich ist genau dies unser zentrales Kampffeld. Die Fragen der Mitbestimmung in einem umfassenden Sinne - aus welchem Grunde sollten wir unserer Forderungen und Ideen denn eigentlich durch das geltende Betriebsverfassungs-, Personalvertretungs- und Mitbestimmungsrecht einengen lassen? -, die Frage der Demokratisierung der Arbeit, gehören seit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht nur zum Kern einer revolutionären Übergangskonzeption, sondern auch zum Kern eines modernen Sozialismusmodells. Ein

**Moderner
Kapitalismus
und neue
Demokratisie-
rungspotentiale**

Sozialismus-Bild für unsere Länder muß anknüpfen an den Bedürfnissen und Problemen, die sich schon heute hier entwickeln. Mehr als das: Die Entwicklungsdynamik der Bedürfnisse in den hochentwickelten Ländern kann uns einen Fingerzeig auf die zukünftige Gestalt dieser Bedürfnisse geben. Der Sozialismus unserer Zeit und unserer Zukunft kann hinter die Stadien der Vergesellschaftung, die der moderne Kapitalismus in wenn auch deformierter und antihumaner Gestalt entwickelt hat, nicht zurückfallen.

Innerhalb der Schlüsselfrage Demokratie ist der innerste Kernpunkt der der Demokratisierung der Arbeit. Aber die heutige Vergesellschaftung stellt ähnliche Fragen weit über den Bereich der gesellschaftlichen Arbeit, überhaupt weit über den Bereich von Wirtschaftsleben und staatlichem Leben hinaus. Die Frage nach der Demokratisierung steht als Gestaltungsprinzip für alle gesellschaftlichen Bereiche. Auch hiervon wird gesprochen, wenn von einem neuen Demokratisierungstyp die Rede ist.¹⁴ Wenn wir versuchen die ganzen Bereiche in den Blick zu bekommen, die Gegenstand der Forderungen der sozialen Bewegungen sind, wird deutlich, daß die Forderung nach Demokratisierung in all diesen Bereichen zu einer Schlüsselfrage geworden ist.

D. Es bleibt aber die Frage, ob sich die Organisation des Kampfes für eine menschliche Zukunft, ob sich Kampfparteien, solange sie das alte System der Herrschaft noch nicht zerbrochen haben, leisten können, Strukturen der Zukunft schon vorwegzunehmen. Programmieren sie damit nicht ihre eigene Niederlage, ihren eigenen Untergang schon ein, daß sie Bewegungsformen, die eine menschlichere Gesellschaft begründen können, schon unter den Bedingungen des Kampfs anwenden? Ich glaube, daß man diese Frage nicht abstrakt beantworten kann. Ohne eine genaue Untersuchung des Feldes der Kampfbedingungen kann man Einschränkungen der Freiheit der demokratischen Bewegungsformen nicht einfach mit dem allgemeinen Hinweis auf die Kampfsituation begründen. Im Gegenteil, eine jede Einschränkung der demokratischen Bewegungsformen auch in der eigenen Organisation selbst verzehrt einen Teil der Kraft, der für die Auseinandersetzung gebraucht wird, und umgekehrt, jede mögliche Vorwegnahme freierer Strukturen, jede mögliche Antizipation setzt mehr an Kräften für die heutigen Aufgaben frei.

Darum ist das vorwegnehmende Moment, das antizipatorische Moment so wichtig. Solange eine Gesellschaft besteht, die kapitalistisch strukturiert ist, liegen die wesentlichen Stärken der Arbeiterbewegung nicht in eroberten institutionellen Plätzen, so wichtig diese im Einzelfall sein mögen. Aber wir haben schon oft genug gesehen, wie scheinbar sichere parlamentarische, gewerkschaftliche und andere institutionelle Positionen in kurzer Zeit zerbröckeln konnten, wenn die Fähigkeit zur Mobilisierung verloren ging. Die Stärke der kämpfenden Arbeiterbewegung beruht vor allem auf ihrer

Fähigkeit zur Mobilisierung, und nur Positionen, die damit verbunden sind, sind wirkliche Gegenmachtpositionen.

Die These konservativer Positionen in der Arbeiterbewegung lautet: Die Legitimität der Strukturen einer marxistischen Kampforganisation ist in nichts anderem begründet als in ihrer revolutionären Effizienz. Revolutionäre Effizienz, so heißt es, die gerichtet ist auf den Bruch mit der nur bürgerlich-halben Demokratie, auf die Durchsetzung einer neuen, einer klassenmäßig, politisch, geistig fundamental demokratischeren Gesellschaft ist schon an und für sich antizipatorisch. Außer dieser Effizienz gibt es nichts Antizipatorisches. So die konservative Position. Wir müssen, denke ich, dies Argument sehr ernst nehmen. Wie sieht eine revolutionär effiziente Struktur der Kampforganisationen heute aus?

Die Umwertung, die sich im Kern der Arbeiterklasse selbst ebenso wie an ihrer Peripherie vollzogen hat und noch vollzieht, die Ansprüche auf Autonomie, Selbstverantwortung, demokratisch-durchsichtige Strukturen, formale Gleichheit - diese Umwertung ist Ergebnis objektiver Prozesse. Die innere Struktur von Kampforganisationen kann davon nicht unbeeinflusst bleiben, wenn sie gegenüber den objektiv und subjektiv neuen Bedingungen effizient bleiben soll oder verlorene oder noch nicht erlangte Effizienz wiedergewinnen oder erringen soll.

Mit einem Wort: Vorwegnahme freierer Strukturen besteht in der Herausbildung der Kampforganisationen zu wirksamen Werkzeugen. Ihre Wirksamkeit können sie aber heute nur erlangen, behalten oder wiedergewinnen, wenn sie in der Lage sind, freiere Strukturen, die insoweit schon ein Moment des Künftigen enthalten, in sich zu verwirklichen.

Es gibt gewiß auch die Vorstellung, man brauche nicht in jedem Augenblick den mobilisierten Kämpfern für ein neues Leben schon alles zu sagen, man könne schwierige Probleme für den Augenblick zurückstellen und später diskutieren. Wenn damit gemeint ist, daß die Entwicklung der Aktionen selbst nicht warten darf, bis theoretisch der ganze Weg geklärt ist und daß sich viele Antworten schon aus den richtig gestellten Fragen ergeben, wobei das richtige Stellen der Fragen mit den schon gemachten Erfahrungen zusammenhängt, so ist das sicher richtig. Aber auf der andern Seite ist der Anspruch derer, die sich heute und morgen kämpferisch für sozialistische Ziele engagieren nicht mehr so einfach zu befriedigen. Es sind Menschen mit einer beachtlich entwickelten Persönlichkeit. Ihnen kann man nicht sagen: "Da gibt es Spezialisten für Zukunftsfragen, die haben sich schon Gedanken gemacht, und wenn die Zeit kommt, könnt Ihr Euch auch Gedanken dazu machen." Das neue Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen wird zweifellos eine innere Struktur und Gliederung haben, aber sicher wird diese nicht hierarchisch sein. Eine hierarchische, nicht demokratische Binnenstruktur der Organisationen und Bewegungen, die grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen anstreben wäre

**Die Innenwelt
kann sich
Veränderungen
der Außenwelt
nicht entziehen**

zugleich eine Beschränkung all der inneren Triebkräfte in Richtung auf gesellschaftlichen Wandel, wie es auch eine Verleugnung von sozialistischen Grundsätzen wäre. "Wer aber," schrieb Rosa Luxemburg¹⁵, "die sozialistischen Grundsätze verleugnet, und mag er dem Sozialismus selbst zu dienen sich einbilden, wird aus dem Meister zum Werkzeug seines Tuns und erweist sich als der Gefoppte just in dem Augenblick, wo er die Geschichte zu überlisten gedenkt."

- 1 Karl Marx: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke (MEW). Bd 1, S. 231
- 2 MEW Bd 1, S. 250
- 3 Das schließt nicht aus, daß dazu auch Angehörige anderer Klassen und Schichten kamen - damals sicher auch aus Gründen des erheblichen Qualifikationsgefälles. Jedenfalls ist vertretende Aktion nicht per se ein Gegensatz zu direkter Demokratie "Ihre Mehrzahl", schreibt Marx "bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse" - MEW 17, S. 339
- 4 Wladimir I. Lenin: Werke. Bd. 24. Berlin 1959. S. 157. Es ist übrigens völlig ungeschichtlich, wenn versucht wird, aus der Haltung zur Demokratie einen prinzipiellen Gegensatz zwischen Wladimir Lenin und Rosa Luxemburg zu konstruieren. Vgl. hierzu Bernhard v. Mutius: Die Rosa Luxemburg-Legende. Frankfurt 1978, S. 181 ff. und passim
- 5 Vgl. hierzu die Darstellung von Heinz Jung in: Johannes Henrich von Heiseler, Heinz Jung, Josef Schleifstein, Kurt Steinhaus: Mitbestimmung als Kampfaufgabe. Köln 1971. S. 20 ff.
- 6 Lenins bewußter Rückgriff, der unter russischen Bedingungen zugleich ein Vorgriff war, nicht nur auf die tayloristische Fabrikorganisation, sondern auch auf die damit verbundene hierarchisch-autoritäre Leitungsstruktur löste den Protest der Strömung der "demokratischen Zentralisten" (N. Osinsky, Alexandra M. Kollontai und andere) und dann der "Arbeiteropposition" (A. G. Schljapnikow, Alexandra M. Kollontai ua.) aus. Die politische Schwäche dieser Opposition war darin begründet, daß sie nicht in der Lage waren, die russische Wirklichkeit in allen ihren Seiten so konkret wie Lenin zu erfassen. Die Auseinandersetzung ist inzwischen Geschichte. Die demokratischen Zentralisten und die Arbeiteropposition sind oft als Beispiel eines noch unentwickelten, primitiven Kommunismus gesehen worden. Aber bei all ihren Irrtümern und Illusionen verweist vieles an ihrer Kritik auf Aufgaben, die damals noch kaum derart angepackt werden konnten, aber Aufgaben für die Entwicklung des Sozialismus bleiben.
- 7 Hören wir dies - und wir hören natürlich zugleich die gesamten bürgerlichen Illusionen eines deutschen Liberalen im Bismarckschen Reich in der Bestimmung des Juristen Otto Mayer. Der Rechtsstaat ist nach ihm "ein Staat, in dem durch die Trennung der Gewalten die Herrschaft des Gesetzes gesichert ist, auch für das Gebiet der Verwaltung, und zugleich für diese obrigkeitliche Aussprüche, Verwaltungsakte, vorgesehen sind, um im Einzelfalle zu bestimmen, was Rechtens sein und vollzogen werden soll. Diese Einrichtungen beruhen auf einer Entlehnung dessen, was in der vorausgehenden Entwicklungsstufe für die Justiz sich bereits bewährt hatte. Wir können also kurz sagen: der Rechtsstaat bedeutet die Justizförmigkeit der Verwaltung." (Otto Mayer: Deutsches Verwaltungsrecht. 2.A. 1914., S. 63 f.) Die Frage ist nach Mayer, ob der Bereich der staatlichen Verwaltung und der Bereich der Beziehungen zwischen Bürger und Staat lediglich durch Herrschaft, oder durch auf Gesetz beruhender Herrschaft gekennzeichnet ist. Der Gegensatz zum Rechtsstaat ist im liberalen Denken der Polizeistaat. Das Kriterium ist für die liberale Rechtslehre daher die Existenz von Recht, das über die Regelung des privaten Bereichs, der Konfliktzone im Reich der Individualinteressen zwischen den einzelnen Bürgern, das über diesen Bereich hinaus, den öffentlichen Bereich, die Konfliktzone zwischen den einzelnen Bürgern und der staatlichen Organisation regelt. "Hier ist denn für den Polizeistaat der Weisheit letzter Schluß, daß es ein solches Recht nicht gibt. Das öffentliche Recht ist kein Recht." (Otto Mayer: Deutsches Verwaltungsrecht. 2.A. 1914. S. 48)

- 8 Vgl. dazu vor allem die Überlegungen von Max Weber in Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen 1. A. 1922 (mit vielen Nachauflagen), S. 368 ff. S. 386 ff. S. 603 ff.
- 9 Klassisch wird das ausgedrückt durch Carl Friedrich Gerber in der Mitte des vorigen Jahrhunderts, der Pate bei dem Begriff des subjektiven öffentlichen Rechts stand: "... das öffentliche Recht beruht weniger auf principiellen objektiven Normen als auf der sachgemäßen Ausübung von Individualrechten, die in Bezug auf Klarheit, Bestimmtheit und Fähigkeit zur gerichtlichen Geltendmachung den Privatrechten nicht nachstehen." (Carl Friedrich Gerber: Über öffentliche Rechte. 1852. S. 20)
- 10 Die geltende Auffassung benutzt den Begriff des subjektiven öffentlichen Rechts auch zur Beschränkung des Kreises derjenigen, die überhaupt eine Klagebefugnis gegen einen Verwaltungsakt haben. Nur die unmittelbar Betroffenen sollen klagen dürfen. Das Kriterium der Betroffenheit entpuppt sich als Kriterium zur Begrenzung auf Partikularinteressen.
- 11 Wladimir I. Lenin: Prinzipielle Fragen der Wahlkampagne. 1911/1912. In: Lenin: Werke, Band 17, S. 402
- 12 Wolfgang Küttler: Zum Begriff der Revolution bei Lenin. In: Manfred Kossok (Hrsg.): Studien zur vergleichenden Revolutionsgeschichte 1500 - 1917. Berlin 1974. S. 180-198, hier S. 192
- 13 In diesem Zusammenhang ist wahrscheinlich das Studium der Entstehung von Ausbeutungs- und Herrschaftspositionen durch die Verfestigung von solchen Rollen, die die allgemeinen Vermittlungsfunktionen wahrnehmen, lehrreich. Die Gedanken von Friedrich Engels aus seiner Arbeit über den "Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" und die neuere vorgeschichtliche und völkerkundliche Forschung erhalten hierdurch eine unerwartete Aktualität. Eine noch zu leistende Aufgabe ist außerdem eine Auseinandersetzung mit der Totalitarismus-Theorie, die die genannten Fragen und Erkenntnisse berücksichtigt. Ein bisher kaum beachteter Gesichtspunkt ist übrigens, daß im Vergleich zwischen der Stalin-Ära und der Breshnew-Periode in der Zeit der Stalinschen Regierung es zwar erheblich mehr an staatlichen Verbrechen, Justizmorden usw. gab, aber der Prozeß der Bildung einer neuen herrschenden Klasse vor allem in den Jahrzehnten der Breshnew-Regierung voranschritt: Der Terror der Stalin-Zeit hatte unter diesem Gesichtspunkt eine antibürokratische Funktion, ließ keine Gruppe von Personen zur Ruhe kommen und stabile klassenähnliche Beziehungen in Bezug auf einen monopolisierte Kontrolle der Produktionsmittel entstehen. Allerdings wurden in dieser Zeit in jeder Hinsicht die Grundlagen dafür geschaffen, daß sich ein solcher Prozeß dann vollziehen konnte. Der Vorwurf des späten Trotzki, Stalin verkörpere die embryonale neue herrschende Klasse, ist deshalb teilweise richtig, zum Teil trifft das aber erst für die Regierung unter Breshnew zu. Die Bürokratie-Theorie Trotzki ist insofern auch von mir nicht richtig eingeschätzt worden. - (Vgl.: Josef Schleifstein, Johannes Henrich von Heiseler (Hrsg.): Lenin über Trotzki. Frankfurt 1969. Einleitung). - Trotzki's Bürokratiethorie bleibt meist oberflächlich - so die zutreffende Kritik unter dem Gesichtspunkt der Wissenschaft - und stellt Verbindungslinien zu konterrevolutionären Theoremen (z.B. James Burnham) her - so die zutreffende Kritik vom Gesichtspunkte der politischen Praxis. Das darf uns aber nicht hindern, die darin enthaltenen Einsichten wahrzunehmen. Dagegen zeigt sich gerade heute, daß die Trotzki'sche Variante der Theorie der permanenten Revolution durch ihr Kleben am bloßen Phänomen keinerlei begriffliche Werkzeuge für die Erfassung revolutionärer und reformerischer Veränderungen in Gesellschaften nach dem Sturz kapitalistischer Verhältnisse bietet. Eine materialistische Weiterentwicklung des Marxschen Theorems des permanenten Charakters der sozialistischen Revolution wäre heute dringend nötig.
- 14 Vgl. Jörg Huffscheid, Heinz Jung: Reformalternative. Frankfurt 1989. Vgl. auch schon die Überlegungen von Antonio Gramsci.
- 15 Rosa Luxemburg: Zum französischen Einigungsprozeß (1900/1901). In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Band I, 2. Halbband, S. 86-97. Hier S. 96

Wandel der Arbeit?

Zum Verhältnis von Kollektivität und Individualität im kapitalistischen Arbeitsprozeß

In den folgenden Bemerkungen geht es um das Verhältnis von Kollektivität und Individualität im kapitalistisch bestimmten Arbeitsprozeß. Dabei beziehe ich mich auf Aspekte, Problemlagen und Ergebnisse der in der Bundesrepublik betriebenen arbeits- und industriesoziologischen Forschung. Allerdings lasse ich mich bei meinen Überlegungen nicht ausschließlich von fachimmanenten Interessen leiten, sondern stelle die Begriffe Kollektivität und Individualität (bzw. Individualisierung) bewußt in einen politisch geprägten Zusammenhang. Mit anderen Worten: Es geht mir um die Frage, welche Bedeutung der arbeits- und industriesoziologischen Erforschung von Kollektivität und Individualität in der Arbeit für die politische Handlungsfähigkeit der Arbeiterbewegung unter den heutigen Bedingungen krisenhafter Umbrüche und Neustrukturierungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses zukommt.

Wir wissen, daß Kollektivität der Arbeit als Klassenerfahrung geschichtlich ein wichtiger, ja letztlich unabdingbarer Sozialfaktor für die Herausbildung von Solidarität gewesen ist. Ohne Solidarität wiederum wäre der Kampf der Arbeiterbewegung gegen ökonomische Ausbeutung, politische Unterdrückung und kulturellen Ausschluß nicht denkbar gewesen.

Allerdings entfalteten sich Kollektivität und Solidarität nicht voraussetzungslos. Sie bedurften einer bestimmten materiell-technischen Basis und spezifischer Formen der Arbeitsvergesellschaftung, um sich als soziale Realität zu konstituieren.

Historisch gesehen war es meiner Ansicht nach deshalb nicht zufällig vor allem die Durchsetzung der taylorisierten und fordisierten Massenproduktion, die jenen kollektiven Sozialcharakter der Arbeit hervorbrachte, der über Jahrzehnte die Arbeitserfahrung, das Berufsbewußtsein und die Interessenorientierung der Industriearbeiterschaft der Großbetriebe prägte und ein wesentliches soziales Substrat für den Aufbau proletarischer Massenorganisationen bildete.

Wie gestaltet sich aber unter den heutigen Bedingungen kapitalistischer Modernisierung der Sozialcharakter der Arbeit? Zerfallen die traditionellen kollektiven Beziehungen, entsteht im technologisch umstrukturierten Arbeitsprozeß ein neuer Typus individualisierter Lohnarbeit oder zeichnen sich im Gegenteil die Konturen neuer Arbeitskollektivität ab? Und was folgt aus den technologisch vermittelten Veränderungen des Sozialcharakters der Arbeit sowohl für die strategischen Überlegungen als

auch die politisch-gewerkschaftliche Alltagspraxis der Organisationen der Lohnabhängigen?

Vergleicht man auf dem Hintergrund dieser und ähnlicher Fragen die Ergebnisse und Sichtweisen der arbeits- und industriesoziologischen Forschung sowie Befunde, zu denen gewerkschaftliche Analysen gelangt sind, so ergibt sich auf den ersten Blick ein heterogenes, ja unübersichtliches Bild. In ihrer inzwischen weithin bekannten Studie "Das Ende der Arbeitsteilung?" (1984)¹ verweisen H. Kern/M. Schumann auf Formen kooperativer, teamartiger Arbeit im Arbeitsprozeß technologischer Spitzenindustrie (wie der Automobilproduktion, des Werkzeugmaschinenbaus und der Großchemie).

Bei den an CNC-Maschinen beschäftigten Produktionsfacharbeitern des Werkzeugmaschinenbaus sprechen sie sogar von "Arbeitskollektiven"² (ein in der Bundesrepublik wahrlich selten gebrauchter Ausdruck), denen sie eine erhebliche gemeinschaftliche Regelungs- und Handlungskompetenz zuschreiben. Das gilt sowohl für gruppeninterne Abstimmungen der Arbeitsausführung als auch für die Artikulierungen von Interessen gegenüber betrieblichen Vorgesetzten oder anderen Belegschaftsgruppen. In der Automobilindustrie, die ja lange Zeit als Hort des Taylorismus betrachtet worden ist, sind Kern/Schumann auf Arbeitergruppen gestoßen, die sie sogar als "Team" bezeichnen³. Da diese Teams, etwa im Falle der "Straßenführer im Rohbau" der Automobilproduktion, auch Instandhaltungstätigkeiten in ihr Arbeitsspektrum integrierten, seien sie in gewisser Weise als "Alleskönner" zu betrachten. Sie verfügten über einen erheblichen Einfluß auf den störungsfreien Ablauf der Produktion, also auf die Vermeidung kostspieliger Stillstände und Havarien. Aus dem Arbeitscharakter der Straßenführer ergeben sich nach Kern/Schumann sogar Merkmale einer "verschworenen Gemeinschaft"⁴, die externe Leistungszumutungen und Eingriffsversuche seitens des Managements wirksam abweisen und unterbinden könne. Allerdings setzen sich die kooperativen und kollektiven Interaktionsformen innerhalb der betrieblichen Arbeit nach Kern/Schumann nicht in den Sozialbeziehungen jenseits der Werkstore fort. Außerhalb des Betriebes seien die kollektiven Beziehungen nahezu vollständig abgeschnitten.⁵ Dieser Befund erinnert übrigens deutlich an die Ergebnisse der inzwischen schon als "klassisch" zu bezeichnenden Studie von Goldthorpe, Lockwood u.a. über die sogenannten "Wohlstandsarbeiter" ("affluent worker"). Allerdings vermochten Goldthorpe/Lockwood u.a. auch innerhalb der Arbeit keine relevanten kollektiv-solidarischen Beziehungen zu entdecken.⁶

Die gegenwärtige empirische arbeits- und industriesoziologische Forschung in der Bundesrepublik (aber auch in anderen kapitalistischen Ländern) verweist überwiegend auf eine Zunahme kooperativer, kommunikativer und gemeinschaftsfördernder Formen der Arbeit. Das stimmt mit der

Interaktion und Kooperation innerhalb der betrieblichen Arbeit

heute auch von Marxisten vertretenen Auffassung überein, daß das traditionelle arbeitspolitische Paradigma des Taylorismus an Grenzen gestoßen sei, die durch die gestiegenen Anforderungen der modernen Produktivkräfte an die lebendige Arbeit ("prozeßunabhängige" Qualifikationen und fachspezifische Qualifikationen, subjektiver Bezug zur Arbeit usw.) markiert werden. Die Strategie rigoroser Arbeitsteilung läßt sich nach den Ergebnissen der arbeitssoziologischen Forschung nicht mehr umstandslos festschreiben. Statt dessen zeichne sich ein arbeitspolitischer Paradigmenwechsel ab, der auf Reintegration von arbeitsteilig gegliederten Funktionen, auf "Reprofessionalisierung von Industriearbeit" (Kern/Schumann) oder auf "Aufnahme in die Gemeinschaft der Qualifizierten" (Piore/Sabel)⁷ und damit notwendig auch auf eine Rekonstruktion kooperativ-kollektiver Arbeitsformen zielt. Repräsentative quantitative Untersuchungen wie die von den Gewerkschaften in Auftrag gegebene INFAS-Studie "Gewerkschaften vor den Herausforderungen der 90er Jahre" (Bonn 1987) bestätigen die oben skizzierten Forschungsergebnisse.⁸ So gelangt die INFAS-Studie zu der Feststellung, daß sich die Befürchtung, die Einführung neuer Technologien zerstöre gewachsene Kommunikationsmöglichkeiten und "formale und informelle Sozialkontakte" in der Arbeit, nicht bestätigt habe. Bei Beschäftigten, die mit neuen Technologien umgehen, zeichnet sich nach der INFAS-Studie sogar eine positivere Sozialsituation ab als bei Beschäftigten, die konventionelle Arbeitsmittel anwenden.⁹

Den relativ optimistischen Deutungen und Prognosen stehen jedoch eher skeptische oder gar negative Befunde und Bestandsaufnahmen gegenüber. Sie betonen, daß von den neuen Technologien und den ihnen korrespondierenden Formen der Arbeitsorganisation Gefahren für kooperative Arbeitszusammenhänge ausgehen und u.U. sogar Erscheinungen sozialer Isolation beraufbeschwören. Eine vom Club of Rome in Auftrag gegebene Studie über die Auswirkungen der Mikroelektronik auf die menschliche Arbeit (Wien 1982) weist nachdrücklich auf die Risiken einer durch Mikroelektronik hervorgerufenen Erosion kommunikativer und kooperativer Arbeitsbeziehungen hin. So schreibt John Evans: "Da der Arbeitsplatz eine der Hauptquellen des sozialen Kontakts ist, kann die zunehmende Isolierung am Arbeitsplatz zu erhöhtem Streß und zu Gesundheitsproblemen bei den Arbeitnehmern führen. Außerdem schmälert sie das Ausmaß kollektiven Handelns auf Gewerkschaftsebene, da auch der horizontale Kontakt geringer wird. Untersuchungen über die Einführung von Computersystemen haben gezeigt, daß sie die Möglichkeiten horizontaler Kontakte verringern und im wesentlichen nur Kontakte mit Vorgesetzten oder Untergebenen zulassen."¹⁰

Auch für die traditionell ja besonders nachhaltig durch Momente der Kommunikation bestimmte Arbeitskultur der Büros und Verwaltungen ist die Auffassung vertreten worden, daß elektronisch gestützte Kommunikations- und Informationssysteme zur Auflösung

kommunikativ-kooperativer Arbeitskontakte und damit auch zur Auflösung von Elementen sozialer Gemeinschaftlichkeit in der Büroarbeit führen.

In ihrer empirischen Studie "Zukunft der Angestellten" haben M. Baethge und H. Oberbeck auf der Grundlage der von ihnen erhobenen Daten (halbstandardisierte Interviews und sogenannte "Funktionsanalysen") die Besorgnis ausgesprochen, daß die Einführung neuer Technologien im Büro die Arbeitsbeziehungen sowohl nach innen (innerhalb der Arbeitsgruppe) als auch nach außen (zu anderen Arbeitsgruppen, Vorgesetzten usw.) sozial ausdünnen werde.¹¹ Baethge und Oberbeck sprechen von einer "Entkörperlichung" und "Entsprachlichung" der elektronischen Informationsübermittlung, die auf die soziale Interaktion der Beschäftigten übergreife. Diese Tendenz ist nach Meinung von Baethge und Oberbeck nicht auf Routinetätigkeiten beschränkt, sondern erfaßt auch qualifizierte Sachbearbeitertätigkeiten. Zu Recht heben die Autoren aber hervor, daß das deprimierende Szenario eines aller kollektiven Bezüge beraubten Büroarbeitsprozesses kein unvermeidliches Ergebnis technologischer Zwänge sei.¹²

Untergrabung kommunikativer Arbeitsformen, Erosion kollektiver Arbeitszusammenhänge, Zunahme von Erscheinungen sozialer Isolation und Monotonie im technologisch rationalisierten kapitalistischen Arbeitsprozeß - das alles wird auch durch Berichte aus dem Alltag der Lohnarbeit sowie gewerkschaftliche Umfragen bestätigt.¹³

Berichte aus dem Alltag der Lohnarbeit bestätigen das Szenario

Von den technologischen Veränderungen ist die Entwicklung der Individualität der Beschäftigten in unterschiedlicher Weise betroffen. Verallgemeinernd läßt sich feststellen, daß kooperativ-gemeinschaftliche Arbeitszusammenhänge Individualität und Persönlichkeitsentfaltung in der Arbeit fördern. Aber gleichzeitig läßt sich beobachten, daß nicht jede Erhöhung der Arbeitsqualifikation und Reprofessionalisierung der konkreten Arbeitstätigkeit auch die Tendenz zur Kollektivität stärkt. Was ist damit gemeint?

In vielen Fällen, in denen technologische Innovationen zur Anhebung des Qualifikationsniveaus führt, setzt sich gleichzeitig ein Sozialcharakter der Arbeit durch, den ich als Individualisierung bezeichnen möchte. Diese Individualisierung steht im Kontrast zur Kollektivität und definiert sich durch Merkmale wie elitärer Berufshabitus, Konkurrenzverhalten, Entsolidarisierung und Loyalität gegenüber dem Kapital. In einer kleineren empirischen Untersuchung (Intensivinterviews mit berufstätigen Hoch- und Fachhochschulabsolventen in der Region Bremen) habe ich festgestellt, daß insbesondere hochqualifizierte Berufsgruppen (Ingenieure, Informatiker, Chemiker), die mit moderner Technologie umgehen, individualistische Verhaltensdispositionen aufweisen.¹⁴ Diese Gruppen artikulieren zwar eine hohe Arbeitsidentifikation, aber ihre Sozialbedürfnisse sind

individualistisch geformt. Auch aus dem Bereich der industriellen Produktion und beim Facharbeitersegment zeigen sich solche Individualisierungserscheinungen, wie Kern/Schumann für die Instandhaltung in der Großchemie nachgewiesen haben. Dort sind sie auf den "individualistisch-technokratischen Typ des Instandhaltungsspezialisten"¹⁵ gestoßen. Der Tendenz zur Individualisierung auf einem hohen Anspruchsniveau der Arbeit entspricht das wachsende Risiko der sozialen Vereinzelung und inhaltlichen Entleerung der Arbeit auf der Ebene der Lückenbüßerfunktionen im Prozeß der Rationalisierung.¹⁶

Was folgt aus den bisherigen Überlegungen für die politischen Handlungsbedingungen der Gewerkschaften, Betriebsräte und politisch aktive Arbeiter und Angestellte? Ich habe ganz knapp zu schildern versucht, daß sich Arbeitskultur und Sozialcharakter der Arbeit unter dem Einfluß tiefgreifender technologischer Modernisierung uneinheitlich, ja widersprüchlich gestaltet. Eindeutig dominante Entwicklungslinien in Richtung auf Kollektivität lassen sich ebensowenig erkennen wie das ausschließliche Gegenteil. Unzweifelhaft ist aber, daß die Anforderungen an komplexe Arbeitsqualifikationen in technologischen Schlüsselbereichen neue Formen der Kollektivität entstehen lassen, wie auch das wachsende Interesse der kapitalistischen Unternehmen an "Gruppenarbeit", "Qualitätszirkeln", "Werkstattforen" usw. beweist. Deshalb läßt sich mit einer ziemlich hohen Wahrscheinlichkeit voraussagen, daß der Sozialcharakter der Arbeit zukünftig ein nicht unwichtiges Konfliktfeld im Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit kennzeichnen wird. Daß dabei für die Beschäftigten, die Gewerkschaften und Betriebsräte die Schaffung kollektiver, gemeinschaftlicher Arbeitsformen eine wichtige Voraussetzung solidarischer Interessendurchsetzung und Konfliktfähigkeit ist, scheint mir ebenso durch die Geschichte der Arbeiterbewegung wie durch die Empirie gegenwärtiger Arbeitskämpfe und betrieblicher Aktionen belegbar zu sein. Ein "solidarisches Arbeitskonzept"¹⁷ wie z.B. die IG Metall es anstrebt, sollte jedoch vermeiden, daß es im Verhältnis von Kollektivität einerseits und dem begründeten Interesse an individuell sinnvoller und persönlichkeitsentfaltender Arbeit andererseits zu asymmetrischen Verschiebungen in der einen oder anderen Richtung kommt.

¹ Vgl. H. Kern/M. Schumann: Das Ende der Arbeitsteilung? München 1984.

² Ebd., S. 217.

³ Ebd., S. 85.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd., S. 200.

⁶ Vgl. J.H. Goldthorpe u.a.: Der "wohlhabende" Arbeiter in England, Band III, München 1971.

⁷ Vgl. M.J. Piore, C.F. Sabel: Das Ende der Massenproduktion, Westberlin 1985, S. 304.

⁸ INFAS: Gewerkschaften vor den Herausforderungen der 90er Jahre, Bonn 1987).

⁹ Ebd., S. 197.

¹⁰ J. Evans: Arbeitnehmer und Arbeitsplatz; in: G. Friedrichs/A. Schaff (Hrsg.): Auf Gedeih und Verderb. Mikroelektronik und Gesellschaft, Wien 1982, S. 170.

¹¹ Vgl. im folgenden M. Baethge/H. Oberbeck: Zukunft der Angestellten, Frankfurt a.M. 1986.

¹² Ebd., S. 281.

¹³ Vgl. z.B. H. Buhmann u.a.: Geisterfahrt ins Leere. Roboter und Rationalisierung in der Automobilindustrie, Hamburg 1984, S. 138 ff.; F. Steinkühler/S. Bleicher (Hrsg.): Zwischen Aufstieg und Rationalisierung. Die Angestellten, Hamburg 1988 (Betriebsratsdiskussion), S. 203 ff.

¹⁴ Unveröffentlichter Projektbericht "Arbeits- und Sozialbewußtsein akademisch qualifizierter Arbeitskräfte", Universität Bremen 1988; vgl. auch W. Neef: Ingenieure. Entwicklung und Funktion einer Berufsgruppe, Köln 1982, S. 169 ff.

¹⁵ H. Kern/M. Schumann: Rationalisierung und Arbeitsverhalten; in: G. Schmidt u.a. (Hrsg.): Materialien zur Industriosozologie, Opladen 1982, S. 124/125.

¹⁶ Vgl. z.B. K. Benz-Overhage u.a.: Neue Technologien und alternative Arbeitsgestaltung, Frankfurt a.M. 1982, S. 561 ff. (Die Befunde beziehen sich hier auf Handhabungstätigkeiten am Band, Teile einlegen, Punktschweißen usw.).

¹⁷ Vgl. M. Muster: Das doppelte Lottchen. Gruppenarbeit zwischen Managementstrategien und neuer Arbeitskultur; in: Sozialismus 10/1988.

Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaften

Für ein neues Fortschrittsverständnis und einen neuen Politiktyp

Am Beginn der neunziger Jahre stehen die Gewerkschaften wie die Arbeiterbewegung insgesamt vor der Frage, wie sie wieder an Zukunftsfähigkeit gewinnen können, und um welche Zukunft es ihnen überhaupt geht.

Das Szenario, vor dem die Arbeiterbewegung heute steht, erscheint als verheerende Niederlage:

- * In den achtziger Jahren wurden die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften und anderer linker Kräfte in den kapitalistischen Industrienationen immer weiter zurückgedrängt. Neokonservative setzten ihre Konzeptionen zur Verbesserung der Kapitalverwertungsinteressen immer ungehemmter durch. Privatisierungen in großem Umfang, Abbau des Sozialstaates, Massenarbeitslosigkeit und Neue Armut, Aufspaltung der Lohnabhängigen sind einige der Ergebnisse eines Prozesses, den die Gewerkschaften auch in der Bundesrepublik nicht verhindern konnten.
- * Die Wirtschaftsentwicklung scheint jenen konservativen Kapitalstrategen recht zu geben, die auf eine weltmarktorientierte Modernisierung unter privatkapitalistischer Regie setzen. Die Positionen der Gewerkschaften erscheinen vor diesen Fakten als altmodisch, rückwärtsgerichtet, nicht mit einer modernen Gesellschaft in Übereinstimmung zu bringen. Massenarbeitslosigkeit wird zwar als Makel gesehen, aber für eine unvermeidbare Begleiterscheinung dieses Prozesses gehalten, der mit staatlichen Mitteln einigermaßen abgefedert werden muß.
- * Der Zusammenbruch des "realen Sozialismus" scheint den Kapitalstrategen recht zu geben, der Kapitalismus ist weltweit auf dem Vormarsch. In einem wahren Siegeszug des Kapitals werden damit auch die Arbeiterbewegung verankerten Zukunftsvisionen überrollt - unabhängig davon, wie die verschiedenen Kräfte der Arbeiterbewegung jeweils zu der realen Ausprägung des Sozialismus standen.

Noch sind die Gewerkschaften in der Bundesrepublik eine starke Kraft. Im Unterschied zu anderen westeuropäischen Ländern haben sie die letzten Jahre ohne größere Einbrüche in der Mitgliedschaft und in ihrer Kampfkraft überstehen können. Doch ihre organisatorischen und ideologischen Grundlagen sind unterhöhlt. Eine grundsätzliche Erneuerung ihrer politischen Zielvorstellungen und organisatorischen Herangehensweisen ist erforderlich, wenn die Gewerkschaften als Fortschrittskraft an Gestalt-

tungspotential wieder gewinnen wollen. Die Alternative dazu wäre die Rolle eines Begleiters der kapitalbestimmten Modernisierung.

Mit dem Zusammenbruch des Kommandosozialismus brechen auch Zukunftsvisionen der Gewerkschaften zusammen

Die DGB-Gewerkschaften waren nie Protagonisten des "realen Sozialismus" oder besser bezeichnet: des Kommandosozialismus, wie er sich in der kommunistischen Bewegung durchgesetzt hat und durchgesetzt wurde. Deshalb aber anzunehmen, die Gewerkschaften wären vom Zusammenbruch dieses Sozialismusmodells nicht betroffen, wäre ein verhängnisvoller Irrtum.

Denn erstens vollzieht sich mit dem Niedergang des Kommandosozialismus ja nicht etwa ein Aufschwung einer demokratisch-sozialistischen Bewegung, sondern ein ökonomisches und ideologisches Erstarken des Kapitalismus.

Und zweitens sind mit dem Niedergang des Sozialismus als gesellschaftlicher Alternative zum Kapitalismus auch die traditionellen Zukunftsvisionen aller Teile der Arbeiterbewegung, so auch der Gewerkschaften, betroffen.

**Traditionelle
Zukunftsvisionen
der Arbeiter-
bewegung sind
beschädigt**

Der GEW-Vorsitzende Dieter Wunder verweist in einem Aufsatz für die Gewerkschaftlichen Monatshefte zu recht darauf, daß "Verstaatlichungsforderungen wie auch die vielen Anläufe zu Konzepten gesamtwirtschaftlicher Planung" andeuten, "daß den Gewerkschaften sozialistische Zielvorstellungen als Alternative zu den kapitalistischen durchaus sympathisch sind ..." (GeMo 12/89, S. 714 ff.).

Nicht nur Verstaatlichungskonzepte und Überlegungen für eine demokratische Vergesellschaftungspolitik sind mit dem Niedergang des Kommandosozialismus diskreditiert. Auch ein Grundgedanke der Arbeiterbewegung, daß ein Leben jenseits der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse ein wirklich lebenswertes, befreites Dasein ermöglicht, scheint durch die Praxis widerlegt.

Die Situation erfordert es daher, daß die Gewerkschaften wie alle Kräfte der Arbeiterbewegung ihr Zukunftsbild neu definieren und damit auch ihr Verhältnis zum real erstarkenden Kapitalismus.

Die Frage steht: Finden sich die Gewerkschaften damit ab, daß der Kapitalismus eh die stärkere Kraft ist, in dessen Rahmen man die Interessenwahrnehmung der Lohnabhängigen begrenzen kann? Selbst dann gibt es zwei Grundrichtungen: Zusammen mit dem Kapital, in Partnerschaft, gestalten, oder als autonome Gegenkraft wirken? Dieter Wunder kommt in seinem Aufsatz zu dem Schluß, daß die Gewerkschaften sozialistisch-orientierte Zukunftsvisionen aufgeben und eine reformorientierte Position

innerhalb des Kapitalismus als Zukunftsvision entwerfen sollten. Dabei grenzt er sich von korporatistischer Politik (wie sie die IG Chemie vertritt) allerdings weitgehend ab.

Oder aber hat eine neue kapitalismusüberwindende Zukunftsvision auch für die Gewerkschaften eine Chance? Für Letzteres dürfte eine Überwindung des bisherigen Politik- und Fortschrittsverständnisses aber eine Grundbedingung sein.

Das Fortschrittsverständnis der Gewerkschaften hat gelitten

Das noch vorherrschende Fortschrittsverständnis der Gewerkschaften ist - auch hier wieder in engem historischen Schulterschluß mit den anderen Kräften der Arbeiterbewegung - sehr dicht an die Fortentwicklung der Produktivkräfte, und hier besonders der technologischen Seite, gebunden. Das hängt gewiß auch mit einer vereinfachten Vorstellung dessen zusammen, was Marx meint, wenn er feststellte, daß die Entwicklung der Produktivkräfte die letzte Grundlage für alle gesellschaftliche Fortentwicklung ist. Und mit geschichtlichen Erfahrungen: Die Entwicklung der großen Industrie brachte neben den Industriezentren auch die Zentren der Arbeiterbewegung hervor, schuf überhaupt erst die Voraussetzungen dafür, daß sich die Arbeiterbewegung als solche konstituieren konnte.

Daß dies u.a. zur Folge hatte, daß die Gewerkschaften eine Art Technikgläubigkeit entwickelt haben, wurde in den letzten Jahren schon oft kritisiert. Tatsache ist, daß alle fortschrittlichen Bewegungen - mit Ausnahme vielleicht der Friedensbewegung -, die die stoffliche Seite der Produktivkraftentwicklung problematisierten, auf Mißtrauen und Ablehnung in der Arbeiterbewegung und speziell der Gewerkschaftsbewegung stießen und immer noch vielerorts stoßen.

Wenn aber heute die menschliche Zivilisation an einem Punkt angekommen ist, der nicht nur einen Stopp sondern eine radikale Umkehr in der Art und Weise des menschlichen Stoffwechsels mit der Natur zur Überlebensfrage macht, muß sich auch gewerkschaftliche Politik an diesen Maßstäben messen lassen. Und das heißt, daß in Bezug auf gesellschaftlichen Fortschritt ein grundlegend neues Denken in den Gewerkschaften durchgesetzt werden muß.

Auch in anderer Hinsicht hat das Fortschrittsverständnis der Gewerkschaften gelitten: Die patriarchalische Ausrichtung der Gewerkschaften hat dafür gesorgt, daß eine der entscheidenden gesellschaftlichen Bewegungen unserer Zeit, die Frauenbewegung, mit ihren Positionen erst sehr spät und nur partiell in die Gewerkschaften vorstoßen konnte. Gleichberechtigung und Gleichstellung werden nach wie vor in den Gewerkschaften vor allem als Frage bestimmter rechtlicher Absicherungen gesehen - die damit nicht abschätzig betrachtet werden sollen, aber sie reichen eben nicht aus - und

nicht so sehr als Frage und Anforderung an die ganze Lebensweise und politische und gesellschaftliche Kultur.

Ein veralteter Politiktyp und das dem entsprechende Organisationsverständnis müssen abgelegt werden

Es sind nicht allein die Zukunfts- und Fortschrittsvorstellungen der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung, die angesichts des Niedergangs des Kommandosozialismus und der gesellschaftlichen Umbruchprozesse so nicht mehr haltbar sind.

Auch der Organisations- und Politiktyp, den die Gewerkschaften repräsentieren, ist nicht mehr zukunftsweisend. Denn es ist der traditionelle Organisationstyp, der seine Kraft aus der sehr direkt empfundenen Gleichheit in der sozialen Lage der Organisierten schöpfte. Er ist an eine bestimmte Produktivkraftentwicklung und eine bestimmte Organisation der menschlichen Arbeit und der damit eng verknüpften Lebensverhältnisse gebunden. Wenn sich durch technologische und gesellschaftliche Umbrüche diese Basis der Organisiertheit grundlegend verändert, muß auch die Organisation selbst sich ändern, sonst wird der Anteil derer, die sich von ihr repräsentiert fühlen, immer geringer, sie verliert an Ausstrahlung und Kraft und stirbt ab.

Der neue Produktivkraft-Typ, der sich mit der wissenschaftlich-technischen Revolution herausbildet, führt zu einer immer größeren Vielfalt in der Struktur der Arbeiterklasse. Eine neue Vielfalt unterschiedlicher Interessen und Lebensweisen bildet sich heraus, der Reproduktionsbereich gewinnt an Stellenwert, traditionelle Arbeitermilieus - früher Rückgrat der Arbeiterbewegung - werden zunehmend aufgelöst.

Informiertheit, Bildungsgrad und Individualität nehmen in größeren Teilen der Arbeiterklasse zu. Da läßt sich mit dem alten Kampfverständnis der einheitlich handelnden (und denkenden) Arbeiterklasse nur noch in zuge-spitzten Auseinandersetzungen etwas anfangen. Ansonsten findet man nicht die Arbeiterklasse vor, sondern viele unterschiedlich denkende und handelnde Individuen und Gruppen mit unterschiedlichen Lebenshaltungen und -entwürfen.

Gewiß: Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen existiert weiter, das Gemeinsame der Klassenlage ist weiter vorhanden. Doch die Differenzierungen zwischen verschiedenen Teilen der Beschäftigten und vor allem zwischen solchen in relativ guten Arbeitsverhältnissen und denen in "bad jobs" oder gar dem Zweimillionen-Heer der Arbeitslosen sind so immens, daß es zunehmend schwerer geworden ist, das Gemeinsame ihrer Interessenlage im konkreten Leben zu vermitteln.

Der gesellschaftliche Wandel fordert neue Organisationsformen

Der Politiktyp, der mit dem traditionellen Organisationstyp eng verbunden ist, läßt sich wohl am ehesten als *Stellvertreterpolitik* charakterisieren. Einfach gesagt, funktioniert er so: die Arbeitermassen wählen sich ihre Führer, diese Führer haben aufgrund ihres Engagements und Überblicks sowie ihrer theoretischen Einsichten in den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung den Massen etwas voraus und können ihnen sagen, wo es langgeht. Der gedankliche Hintergrund eines solchen Politikverständnisses: Dem einheitlich handelnden Gegner müssen straffe Kampforganisationen gegenüberstehen. Die Gefahr dieses Verständnisses: Einzelinteressen innerhalb der Klasse werden als störend empfunden, werden nivelliert (sie lenken von den Hauptfragen ab ...). Führungspositionen erlangen ein Übergewicht, entwickeln zu leicht ein Eigenleben, Zentralismus statt Demokratie ist die Folge - wenngleich mit unterschiedlichen Ausprägungen in den verschiedenen Teilen der Arbeiterbewegung.

Wer heute den vielfältigen Entwicklungsprozessen und den wachsenden Ansprüchen der Menschen gerecht werden will, der muß ein solches Politik- und Organisationsverständnis überwinden, das zu starren Apparaten und "letzten" Wahrheiten führt statt zur ernst genommenen Einbeziehung und Kompetenz der breiten Mitgliedschaft.

Zukunftsdiskussionen in den Gewerkschaften - ein guter Anfang, aber ...

Auch derjenige, der die vorstehenden sehr grundsätzlichen Anmerkungen zum Fortschrittsverständnis, zur Organisationspolitik und zum Politiktyp der Gewerkschaften teilt, mag einwenden, daß eine Reihe von DGB-Gewerkschaften ja längst dabei sind, sich umzuorientieren.

In der Tat: Nimmt man z.B. den Verlauf des 16. IG Metall-Gewerkschaftstages vom Oktober 1989 und die zuvor gelaufene Zukunftsdiskussion in der Organisation so sieht mensch eine IG Metall in der Veränderung.

Das drückte sich im Referat von Franz Steinkühler aus. Er verwies darauf, daß "die industriell hochentwickelten Länder vorangehen müssen mit der ökologischen Umgestaltung unserer Industriegesellschaft ...", und darauf, daß wir die "Autobahnen des sogenannten technischen Fortschritts verlassen und die Wanderwege des menschlichen Fortschritts wiederentdecken" müssen. Und: "Weniger denn je können wir es uns leisten, Arbeitsplatzinteressen ohne Wenn und Aber zu vertreten. Wir haben die Frage zu stellen, was und wofür wir produzieren, ob es gesellschaftlich akzeptabel und ökologisch verträglich ist."

Angesichts der "Gefahren für die Überlebensfähigkeit der Menschheit, wie noch nie in der Geschichte der Zivilisation" und einer "Arbeitnehmerschaft, die sich immer stärker ausdifferenziert", sieht

Steinkühler "eine IG Metall, die auf diese Entwicklungen oftmals nur nachsorgend und defensiv reagiert hat und die sich jetzt in einem Übergangsstadium befindet." Er verweist auf die Notwendigkeit der reformpolitischen Weiterentwicklung der IG Metall und sieht in den IG Metall-Leitlinien zur gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Reform den Diskussionsrahmen, der die Perspektive der Veränderung deutlich macht.

Auch in den von Steinkühler genannten Schwerpunkten der IG Metall-Politik wird die Umorientierung deutlich:

- Höherer Stellenwert des internationalen Bereichs auf allen Ebenen der Organisation, v.a. hinsichtlich des Europa 92.
- Die Verknüpfung von Arbeit und Umwelt mit einer klaren Absage an "Branchenkoalition" z.B. zur Verteidigung des Status quo beim Auto.
- Verstärkte Öffnung der IG Metall für neue Arbeitnehmergruppen.
- Tarifpolitik mit den Grundpfeilern: 35-Std.-Woche mit vollem Lohnausgleich, kräftige Erhöhung der Einkommen, bessere Sicherung des freien Wochenendes.

Nicht nur in der Rede Steinkühlers, auch in den angenommenen Entschlüssen des Gewerkschaftstages spiegelt sich Veränderung wider. So wird in der Entschlußung zur Organisationspolitik "Offenheit, Toleranz und Diskussionsbereitschaft innerhalb und außerhalb der Organisation" verlangt. "Bürokratische Verhaltensweisen und autoritäre Führungsstile beschränken die politische Effizienz und erschweren die Identifikation der Mitglieder mit der Organisation."

Eine Lehre aus der vergangenen Praxis ist es sicher auch, wenn es in der Entschlußung 2 heißt: "Die IG Metall braucht neue Bündnispartner" und ist "offen für neue Kooperationen mit gesellschaftlichen Gruppen, zum Beispiel mit der Umwelt-, Frauen- und Friedensbewegung, aber auch mit kirchlichen Gruppen und sozial engagierten Wissenschaftlern."

Bei all dem guten und neuen, was in den Reden und Entschlüssen zu finden ist, darf aber nicht übersehen werden, daß Papierlage und Organisationsrealität noch meilenweit auseinanderklaffen. So wurde denn auch in der Debatte des Gewerkschaftstages vor allem eingeklagt, daß über eine "neue Streitkultur" nicht nur geredet werden darf, sondern sie müsse auch praktiziert werden. Auch der Vorstand müsse in der Lage sein, Macht abzugeben, der Vorsitzende müsse bereit sein, Verantwortung zu teilen. Und: Der Zukunftskongreß war gut und notwendig, wo aber war die vielzitierte Basis, wo ihre Gedanken, Wünsche und Ideen? - So eine Reihe von Diskussionsrednern.

**Schwerpunkte
neuorientierter
IG Metall -
Politik**

Für eine "andere Zukunft" - im Kapitalismus?

Daß sich die Gewerkschaften den gesellschaftlichen Umbrüchen stellen müssen, daß sie ihr Organisations- und Politikverständnis gründlich zu überprüfen haben, scheint unter den fortschrittlichen Kräften in den Gewerkschaften unumstritten. Daß das konkrete Organisationsleben hinterherhinkt, ist - was das Ausmaß angeht - zwar ärgerlich, aber eher normal. Hier steht wohl vor allem die Frage danach, ob z.B. die IG Metall die Kraft findet, ihre Erkenntnisse aus der Zukunftsdiskussion so zuzuspitzen, daß es eine wirkliche Auseinandersetzung mit dem Pragmatismus und dem Opportunismus des betrieblichen und gewerkschaftlichen Alltags gibt. Die Probe aufs Exempel steht hier erst noch bevor.

Entscheidend wird sein, mit welchem gesellschaftlichen Zukunftsverständnis die Gewerkschaften ihre Praxis verbinden. Sieht man den Kampf um eine "andere Zukunft" in den Möglichkeiten des gegebenen kapitalistischen Systems aufgehoben, oder versteht man sich als eine Gegenkraft, die gesellschaftsüberwindende Optionen besitzt?

Dieter Wunder, der in der Riege der Gewerkschaftsführer eher links zu verorten ist, plädiert angesichts des Zusammenbruchs des Kommandosozialismus für eine Reformalternative innerhalb des Systems. Franz Steinkühler sieht mit dem Scheitern "des sogenannten real existierenden Sozialismus ... keinesfalls eine Niederlage des Sozialismus". "Überholt ist nicht der demokratische Sozialismus, sondern der Stalinismus und der bürokratische Dogmatismus." Inwieweit allerdings diese Aussage auch das künftige Profil der IG Metall ausmachen wird, ist derzeit (noch) nicht erkennbar.

In jedem Fall steht die Gewerkschaftsbewegung vor der Frage, ob sie sich mit ihren Reformvorstellungen und ihrer Politik mehr auf eine kritische Begleitung der kapitaldominierten Modernisierung beschränkt, oder ob sie eine grundsätzliche Gegenkraft für eine andere gesellschaftliche Entwicklung mobilisieren kann.

Dies hieße aber:

Den Kampf um den sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft zu verbinden mit einem viel entschiedeneren Kampf gegen die 2/3-Gesellschaft und damit ein mitgliederborniertes Denken zu überwinden.

Mehr Kraft aufzuwenden für eine demokratisch bestimmte Strukturpolitik, die gesamtgesellschaftliche Interessen aufnimmt.

Gesellschaftliche Zukunftsvorstellungen zu entfalten, die ein sinnreiches Leben für alle bieten, die über die Interessen der in Arbeit stehenden hinausreichen, die über nationale Grenzen reichen, die die Zukunft der Menschen insgesamt aufnehmen und daher mit der Dominanz der Kapitalverwertungsinteressen in grundsätzlichem Gegensatz stehen.

Das erfordert, auch wenn das heute unpopulär scheint, dem Emanzipationsgedanken des Sozialismus neuen Inhalt und neue Ausstrahlungskraft zu

verleihen. Es erfordert ebenfalls, allen Überlegungen, die auf eine "antagonistische Kooperation" der Gewerkschaften mit den großen internationalen Kapitalgruppen und ihren nationalen wie internationalen Strategien hinauslaufen, eine Absage zu erteilen.

Dafür brauchen die Gewerkschaften Kraft. Und sie müssen sich darüber im Klaren sein, daß mit den gesellschaftlichen Prozessen, die in den letzten Jahren in unserem Land durchgesetzt worden sind - Massenarbeitslosigkeit bei guter Konjunktur, Strukturabbau statt -wandel, Ausdehnung der ungesicherten Beschäftigungsverhältnisse, Veränderung des § 116 AFG, des Betriebsverfassungsgesetzes u.ä. - ihre Ausgangspositionen nicht besser geworden sind.

Die westeuropäische Arbeiterbewegung und die EG

Informationen zum Diskussionsstand¹

Die Probleme und Defizite des gewerkschaftlichen "Internationalismus" sind Gegenstand einer intensiven politischen und wissenschaftlichen Debatte, die auch die historischen Dimensionen dieses "Internationalismus" seit dem 19. Jahrhundert umschließt (vgl. Deppe, 1989, bes. S. 258 ff.). Die strukturelle Diskrepanz zwischen der Internationalisierung der Wirtschaft - deren bestimmende Form in der Gegenwart durch die Expansion der sog. "multinationalen Konzerne" charakterisiert ist - und der relativen Konsistenz einer nationalen, sektoralen oder gar betrieblich-lokalen Orientierung gewerkschaftlicher Interessenvertretung wird dabei auf ein ganzes Bündel objektiver und subjektiver Faktoren zurückgeführt, die hier nicht im einzelnen zu behandeln sind. Wesentlich ist besonders die Erkenntnis, daß die Diskrepanz zwischen Programm und Wirklichkeit internationaler gewerkschaftlicher Arbeit zum einen durch die entsolidarisierenden Wirkungen der internationalen Konkurrenz (vor allem in Perioden wirtschaftlicher Rezession und Krisen), zum anderen durch die - in den nationalen politischen Kulturen - historisch gewachsenen Organisations- und Handlungsbedingungen der Gewerkschaften sowie durch deren weltanschaulich-politischen Orientierungen (die geschichtlich mit der Ausdifferenzierung der politischen Organisationen der Arbeiterbewegung, vor allem aber mit der Spaltung von sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien nach dem Ende des Ersten Weltkrieges verbunden sind) immer wieder reproduziert wird.

Die Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (1974) war insofern ein bedeutender Fortschritt, als - nach der ersten EG-Erweiterung - eine Vereinigung europäischer Gewerkschaften, die verschiedenen internationalen Bündeln angehörten, realisiert wurde. Gleichwohl blieb die Effizienz dieser neuen europäischen "Gewerkschaftsinternationale" bislang begrenzt. Auf der einen Seite gehören dem EGB einige große nationale Gewerkschaften wie die französische CGT, die spanischen Comisiones Obreras, CC.OO., die im Verlaufe des Jahres 1990 in den EGB aufgenommen werden sollen, sowie die portugiesische "Intersindical" - also Gewerkschaften mit Bindungen an die kommunistischen Parteien ihrer Länder - nicht an. Auf der anderen Seite hat sich die Tätigkeit des EGB weitgehend auf der programmatischen Ebene vollzogen. Mit anderen Worten: der Verabschiedung von Dokumenten folgten keine Taten im Sinne einer auf die EG-Politik bezogenen, europäischen Interessenvertretung. Lucio Lama, bis 1986 Generalsekretär der italienischen CGIL, die Ende der 70er Jahre aus dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund austrat und Mit-

glied des EGB wurde, kritisiert in diesem Zusammenhang eine "Art Eifersucht der nationalen Gewerkschaftsorganisationen (...). Der Grund, weshalb die Gewerkschaften, die gerade ... den Internationalismus erfunden, ihn aber nicht verwirklicht haben, liegt darin, daß dieser Wurm des Nationalismus tief in die Gewerkschaften aller Länder eingedrungen ist, unabhängig davon, welcher politischen Richtung sich die Gewerkschaften zu rechnen. In der Praxis ist das überall zu beobachten" (in: Die Mitbestimmung, 11/1988, S. 621).

Meinungsverschiedenheiten zwischen nationalen Gewerkschaften beziehen sich freilich nicht allein auf das jeweilige Selbstverständnis ihrer Politik (z.B. Gewerkschaften, die sich zur Praxis des Klassenkampfes sowie zum Ziel einer sozialistischen Veränderung der Gesellschaft oder zur sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Unternehmern und Regierung bekennen), sondern zugleich auf ihre Einstellung zur Europäischen Gemeinschaft (EG), d.h. zur Konzeption einer gewerkschaftlichen Europapolitik und damit auch zu den Inhalten des "Internationalismus". Im linken bzw. linksradikalen Spektrum der europäischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gibt es daher nach wie vor Positionen, die die EG - und insbesondere das Projekt "Binnenmarkt 1992" - entschieden ablehnen und zum Kampf gegen das vom Kapital dominierte Europa aufrufen. "Das Projekt eines EG-Binnenmarktes läuft darauf hinaus: Noch mehr wirtschaftliche und politische Macht für Großkapital, Banken und Agrobusiness, noch heftiger vorgetragener Angriff auf die ... Schwachen dieser Gesellschaft. Ein solches Projekt kann man nicht nur nicht unterstützen. Jeder und jede, die sich politisch für die Arbeiterklasse, die sozialen Bewegungen und allgemein für die Schwachen dieser Gesellschaft engagieren, müssen diese EG und dieses Projekt EG '92 bekämpfen" (Wolf, 1989, S. 65).

Auch die französische Gewerkschaft CGT sieht im kapitalistisch bestimmten Charakter der "Integration ... eine der Ursachen für alle möglichen sozialen und wirtschaftlichen Katastrophen, die über unser Land, aber auch über unsere Länder hereingebrochen sind". Diese Erfahrungen bewegen die CGT, "ein solches Europa entschieden abzulehnen und die Leitlinien, die zu seiner Verwirklichung führen, zu bekämpfen. Wir sind überzeugt, daß es andere Wege und Konzeptionen für eine zukünftige internationale und europäische Kooperation gibt, die den sozialen Fortschritt als Ausgangspunkt ihrer Überlegungen hat" (zit. nach: Die Mitbestimmung, 5 + 6/1989, Beilage: Pressespiegel Europäischer Binnenmarkt, S. 4). Für die französischen Kommunisten (vgl. dazu auch Herzog, 1989) spielt dabei - über die Kritik an der Hegemonialstruktur des EG-Projektes hinaus - die Frage der nationalen Souveränität eine wesentliche Rolle. Deren Verteidigung soll einerseits die Konstruktion einer supranationalen Machtinstanz verhindern, die nicht nur gegen "nationale Interessen" intervenieren, son-

**Zukünftige
Hegemonial-
strukturen und
nationale
Souveränität**

dern insbesondere zum Zwecke der Verhinderung grundlegender politischer und sozialer Veränderungen in Frankreich instrumentalisiert werden könnte. Andererseits verbindet sich mit der Forderung nach der Verteidigung der nationalen Souveränität (die auch in der Tradition der gaullistischen Außen- und Europapolitik nach 1945 steht) die Befürchtung vor einem zunehmenden ökonomischen und politischen Übergewicht (bzw. einer hegemonialen Rolle) der Bundesrepublik Deutschland in Europa (ganz zu schweigen von einem wiederhergestellten "Deutschen Reich" in der Mitte Europas!). Die französische Wirtschaft drohe in der EG und noch mehr in einem Binnenmarkt ohne Grenzen endgültig in eine subalterne Rolle gegenüber dem deutschen "Kapital" zu geraten, wobei dann mit dem Aufbau supranationaler Institutionen und mit einer gemeinschaftlichen Wirtschafts- und Währungspolitik dem "französischen Volk" die letzte Möglichkeit genommen werde, souverän einem solchen "Ausverkauf" französischer Interessen und seinen für die Masse der Bevölkerung nachteiligen sozialen Folgen entgegenzuwirken.

Selbst innerhalb nationaler, politischer Formationen der Linken in Europa bestehen grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über den Stellenwert der "europäischen Option", damit über das Verhältnis von nationaler und internationaler Politik. In der Kommunistischen Partei Großbritanniens (KPGB) z.B., die in der Vergangenheit einen gewissen ideologischen Einfluß auf den linken Flügel der britischen Gewerkschaften ausübte, artikulieren sich höchst gegensätzliche Auffassungen. Auf der einen Seite warnt das Mitglied der Leitung der KPGB, Gerry Pocock, vor den Illusionen jener "europäischen Renaissance", die Jacques Delors vor dem Kongreß des britischen TUC beschworen und mit der Aufforderung an die Arbeiterbewegung verbunden habe, "sich den gemeinsamen Bemühungen um die Bewahrung der europäischen Werte anzuschließen". Pocock besteht auf der Verteidigung der nationalen Souveränität: "Politische Veränderungen (vollziehen sich) hauptsächlich im nationalen Rahmen. Wenn Souveränitätsrechte an Brüssel übergehen, wird das Land vom Entscheidungsprozeß getrennt, und es wird weit schwieriger, eine mit den konkreten Erfordernissen des Landes verbundene Politik zu betreiben". Daher darf sich "die Arbeiterbewegung der EG-Länder nicht vom westeuropäischen Nationalismus beeinflussen lassen" (in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, 3/1989, S. 378/9).

Auf der anderen Seite fordert das 1989 veröffentlichte "Manifesto for New Times. A Communist Party Strategy for the 1990s" die Linke in Großbritannien explizit auf, sich aus den Fesseln des in der britischen Arbeiterbewegung besonders stark verwurzelten Nationalismus zu lösen und über den Nationalstaat hinaus (beyond the nation-state) ihre strategische Orientierung im europäischen Kontext zu reformulieren (vgl. dazu auch Jon Bloomfield von der Zeitschrift Marxism Today, in: El Papel de la Izquierda Transformadora, Madrid 1989). Die neue europäische Integrati-

onsdynamik, bei der die Rolle der Nationalstaaten neu definiert werden, erfordere einen neuen Internationalismus (von dem aus im übrigen auch der konservative Nationalismus von Mrs. Thatcher zu attackieren sei). Die britische Arbeiterbewegung sei aufgefordert, zusammen mit der kontinentalen Linken ein Programm für ein "soziales Europa" auszuarbeiten. Zugleich müsse sich die Linke für die Demokratisierung der Institutionen der EG sowie für eine qualitative Erweiterung der legislativen Kompetenzen des Europäischen Parlamentes einsetzen. Nur auf diesem Wege sei es möglich, die derzeitige vom großen, internationalen Kapital bestimmte hegemoniale Struktur des europäischen Integrationsprozesses in einer progressiven Richtung zu verändern (Manifesto, 1989, S. 22/23).

Eine *Minderheitsposition* in der europäischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung verbindet also die prinzipielle Kritik am kapitalistischen bzw. "imperialistischen" Charakter der EG - mit ihren durch das große internationale, in Westeuropa vor allem das bundesdeutsche Kapital bestimmten Hegemonialstrukturen - mit einer strategischen Option, die auf der einen Seite im Kampf gegen das EG-Binnenmarktprojekt die nationale Souveränität verteidigen will. Auf der anderen Seite sprechen sich Vertreter dieser Position ebenfalls für die notwendige internationale Koordination der gewerkschaftlichen Kämpfe für eine - über den EGB organisierte - programmatische und strategische Kommunikation zwischen allen europäischen Gewerkschaften, die dann auch in den EGB aufgenommen werden müßten, sowie für eine Internationalisierung der anderen sozialen und politischen Bewegungen (Friedensbewegung, Ökologiebewegung, Solidaritätsbewegung mit der Dritten Welt usw.) aus (vgl. dazu u.a. Wolf, 1989, S. 66 ff.; Herzog, 1989, bes. S. 183 ff.)

Eine *Mehrheitsposition* in der europäischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung spricht sich hingegen für eine positive "europäische Option" aus. Dieser Konsensus umschließt durchaus unterschiedliche Begründungen sowie divergierende strategische Orientierungen. In ihrem Spektrum lassen sich - gleichsam idealtypisch - zwei Grundpositionen unterscheiden:

1. Die Gewerkschaften unterstützen die Fortschritte der westeuropäischen Integration, die durch die EEA, das Weißbuch sowie durch das Binnenmarkt-Programm realisiert werden sollen. Sie berufen sich dabei auf eine lange programmatische Tradition, die schon in den 50er Jahren die wirtschaftliche und politische Einigung Europas als positives Ziel anerkannt und die Bereitschaft zur praktischen Mitarbeit am europäischen Aufbauwerk proklamiert hat. (Das gilt z.B. für die bundesdeutschen DGB-Gewerkschaften, die schon in den frühen 50er Jahren die Gründung der "Montanunion" - damals zunächst auch im Widerspruch zur SPD-Position unter Kurt Schumacher - unterstützten und lange Zeit Mitglieder des DGB-Bundesvorstandes in die EG-Kommission entsandten,

Minderheits- und Mehrheitspositionen zur europäischen Frage

zuletzt Wilhelm Haferkamp und Alois Pfeiffer.) Diese Position konzentriert sich in erster Linie auf die soziale Gestaltung bzw. Flankierung der ökonomischen Integration, die auf dem Wege des sozialpartnerschaftlichen Interessenausgleichs und innerhalb der Institutionen des nationalen bzw. des auf der EG-Ebene lokalisierten "Sozialdialogs erreicht werden soll.

Angesichts der veränderten Kräftekonstellationen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, aber auch angesichts der neoliberal-konservativen Deregulierungsoffensiven in den meisten Mitgliedstaaten der EG, die ihrerseits traditionelle Formen des "korporatistischen" Interessenausgleichs aufgekündigt haben, und schließlich angesichts der Tatsache, daß das Projekt Binnenmarkt '92 zunächst als ein solches europäisches Deregulierungsprojekt (ohne explizite Berücksichtigung der "sozialen Dimension") inszeniert wurde, hat sich freilich bei Teilen der sozialpartnerschaftlich orientierten Gewerkschaften Europas eine kritischere Perzeption dieses Projektes durchgesetzt. Diese hat ihrerseits die Dialogbereitschaft - und damit das Konsenspotential - im Verhältnis zu anderen europäischen Mitgliedsgewerkschaften des EGB erhöht.

2. Die Gewerkschaften, die sich selbst als Teil der sozialistischen bzw. kommunistischen Arbeiterbewegung verstehen, betrachten die westeuropäische Integration als einen objektiven, irreversiblen Vorgang der Internationalisierung des Wirtschaftslebens. Zugleich gehen sie davon aus, daß die Modernisierung der nationalen Volkswirtschaften im Kontext der heutigen Weltmarktkonkurrenz ebenfalls eine objektive und notwendige Voraussetzung für die Sicherung sowie für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der lohnabhängig Beschäftigten darstellt.

Die Lösung der zentralen Probleme und Widersprüche, die in der Gegenwart die Arbeits- und Lebensbedingungen der lohnabhängig Beschäftigten belasten (Massenarbeitslosigkeit, regionale und sektorale Disproportionen, neue Armut, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, besondere "Problemgruppen" des Arbeitsmarktes usw. usf.), läßt sich angesichts der heutigen internationalen Vergesellschaftung nicht mehr in der Perspektive einer bloß nationalen Strategie konzipieren. Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung - insgesamt die politische Linke in Europa - muß sich daher aktiv in den Prozeß der europäischen Integration einschalten, um für die Lösung dieser Probleme/Widersprüche auf der europäischen Ebene zu wirken.

Aus dieser Option ergibt sich freilich eine Programmatik bzw. eine Handlungsorientierung des Konfliktes und des Kampfes; denn die hegemoniale Struktur der heutigen EG-Politik wird durch die Interessen vor allem der transnational agierenden Kapitale auf der einen und die ideologisch-politische Orientierung von neokonservativ-neoliberalen Regierungen determiniert. Da aber die Hegemonie dieser Kräfte die sozialökonomischen Wi-

dersprüche im EG-System - zu Lasten der Marginalisierten sowie großer Teile der lohnabhängig Beschäftigten - zuspitzen muß, ist es notwendig - wie es in einem Programm-Dokument der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE) heißt -, für eine "Modernisierung der nationalen Ökonomien ohne Marginalisierung und Verarmung weiter Bevölkerungsschichten" einzutreten (PCE, 1989, S. 7). Das aber setzt voraus, daß die derzeit bestehende hegemoniale Struktur europäischer Politik transformiert wird - in die Richtung einer neuen, linken Hegemonie, die sich allerdings qualitativ von den traditionellen Hegemonialvorstellungen sozialistischer bzw. kommunistischer Parteien (führende Rolle der Arbeiterklasse, die von einer Avantgardepartei, deren Transmissionsriemen zu den "Arbeitermassen" die Gewerkschaften sind, zur sozialistischen Revolution oder auch zur "antimonopolistischen Demokratie" geführt wird) unterscheiden. In diesem Sinne heißt es im Europa-Programm der spanischen Kommunisten, die ihrerseits eng mit den Gewerkschaften der Comisiones Obreras (CC.OO.) verbunden sind: "Unsere Orientierung richtet sich auf die Mitarbeit an der Schaffung eines sozialen Blocks des Fortschritts, der die Hegemonie eringt, um die sozialistische Transformation in Europa zu bestimmen - dieser Block wird eine europäische Dimension haben" (PCE, 1989, S. 5; vgl. auch Anguita, 1989).

Ähnliche Positionen vertritt - in einem Grundsatzpapier aus dem Jahre 1988 - auch die italienische Gewerkschaft CGIL, die freilich auf die lange Tradition ihrer "proeuropäischen Orientierung" hinzuweisen vermag. Europa wird hier als "Raum der strategischen Identität" definiert. Das heißt: die gewerkschaftliche Interessenvertretung vollzieht sich in Räumen bzw. in "Arenen", die durch die objektiven wirtschaftlichen Prozesse sowie durch die politischen Rahmenbedingungen über den Raum des Nationalstaates hinausgewachsen sind. Daher müssen die nationalen Strategien der Gewerkschaften grundlegend verändert werden - und zwar nicht so, daß nun der nationalen Strategiekomponente einfach eine "europäische" hinzugefügt würde. "Die neue europäische Strategie der CGIL wird die betriebliche, die nationale und die europäische Strategie auf neue Weise organisch verbinden müssen" (CGIL, 1988, S. 3). Im Kontext dieser neuen strategischen Identität werden die Gewerkschaften die Grundsatzfrage: "Welches Europa wollen wir?" zu beantworten haben. Die CGIL spricht sich dabei - in Abgrenzung gegen die "Marktphilosophie" des Neoliberalismus sowie gegen technokratische Konzepte - für die *Vision eines sozialen Europa* aus, in dem auf der einen Seite "die EG-Institutionen zum Subjekt einer Politik der ausgeglichenen Entwicklung und der sozialen Qualität werden" und auf der anderen Seite die "vorwärtstreibende Kraft des sozialen Konflikts und der Verhandlungen" zwischen den sozialen Akteuren (hier vor allem zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen) gleichsam als "Hebel" für die Realisierung dieser Vision wirkt. Die Formel "das soziale Europa bauen" umschreibt so eine "offensive Orientierung, **Europa als "Raum strategischer Identität"**

eine Angriffsstrategie" (CGIL, 1988, S. 11), die - nach Auffassung der CGIL - wesentlich dazu beitragen soll, die politische und ideologische Schwäche der europäischen Gewerkschaften zu überwinden.

Diese Bestimmung der strategischen Identität im europäischen Raum deckt sich weitgehend mit den Positionen der italienischen kommunistischen Partei (PCI), die - zusammen mit dem PCE (vgl. PCE, 1989, S. 4) - schon Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre aus der Ablehnungsfront der europäischen kommunistischen Parteien gegen die damalige EWG ausgeschieden ist. Der neue Generalsekretär der Partei, Achille Occhetto, definiert die Partei als eine Kraft der "Eurolinken" (vgl. dazu als - auch vom PCI akzeptierte - programmatische Grundlage das "Manifest für eine neue europäische Linke" des bundesdeutschen Sozialdemokraten Peter Glotz aus dem Jahre 1985). Diese tritt für einen "europäischen Weg zu Sozialismus", d.h. für eine demokratische und reformistische Alternative in Europa ein (Occhetto, 1989, S. 28/29).

O bgleich die beiden - hier kurz skizzierten - Positionen in Bezug auf theoretische Prämissen bei der Analyse des objektiven Charakters der Integration als auch in Bezug auf strategische Schlußfolgerungen (etwa in der Konzeptualisierung der "Eurolinken" als einer neuen Kraft, die Träger eines "europäischen Sozialismus" zu sein hätte) deutlich voneinander abweichen, so fällt doch eine markante Konvergenz in Bezug auf die Bewertung der derzeitigen europäischen Politik sowie insbesondere der Rolle der Gewerkschaften - und hier insbesondere des EGB - in diesem Prozeß auf. Zusammenfassend lassen sich die Elemente dieser Konvergenz folgendermaßen beschreiben:

- die europäische Integration wird als positives Ziel angesehen; die EEA sowie das Binnenmarktprojekt werden von der Mehrheit der europäischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung bejaht; diese Option schließt die Bereitschaft zur Anerkennung eines Modernisierungs- und Internationalisierungsprojektes ein, das in der heutigen Welt von den Kräften der Arbeiterbewegung und der politischen Linken nicht zurückgewiesen werden darf, sondern durch eine Politik der sozialen, ökonomischen, ökologischen und demokratischen "Strukturreformen" in seinem Inhalt und seiner Entwicklungsrichtung qualitativ verändert werden muß;
- politische Reformen des EG-Systems im Sinne einer Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlamentes sowie einer demokratischen Legitimation der EG-Kommission werden befürwortet;
- die "soziale Dimension" der EG sowie deren sozialer und ökonomischer "Zusammenhalt" (Kohäsion) - mit anderen Worten: eine Kohäsion bzw. Angleichung der sozialökonomischen Strukturen durch die Überwindung der bestehenden sozialökonomischen und regionalen Dispropor-

tionen in der EG - bilden den gemeinsamen Bezugspunkt für eine intervenierende Politik der Gewerkschaften;

- wenn diese Politik erfolgreich sein soll, dann muß es gelingen, die Hegemonie der großen, international operierenden Unternehmungen sowie der neoliberal-konservativen Kräfte auf der Ebene der politischen Mehrheitsverhältnisse, der politischen Regulationssysteme und der Gestaltung der Arbeitnehmer-Arbeitgeberbeziehungen ("industrielle Beziehungen") zu überwinden; um dieses Ziel zu erreichen, muß auf der nationalen wie auf der EG-Ebene eine Politik der Re-Regulierung (also eine gegen die herrschende "Deregulierungsphilosophie" gerichtete Politik) durchgesetzt werden, deren Schwerpunkte im Bereich der Beschäftigungs-, Sozial-, Regional-, Bildungs-, Forschungs- und Technologie- und Umweltpolitik liegen;
- damit diese Politik erfolgreich sein kann, ist ein engeres Zusammenwirken der europäischen Gewerkschaften (aber auch der linken Kräfte im politischen Raum sowie der sozialen Bewegungen) notwendig; in Bezug auf die Koordinierung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung kommt dabei dem EGB eine besonders wichtige Rolle zu;
- die neue Hegemonie - als Ergebnis der sozialen und politischen Auseinandersetzungen um Gestalt, Inhalt und Entwicklungsrichtung der europäischen Integration - wird nicht nur die sozialökonomischen Binnenstrukturen Europas, sondern auch dessen Außenpolitik sowie seine Stellung in der Weltpolitik und -wirtschaft verändern; im Vordergrund stehen dabei Friedenssicherung, Abrüstung und Kooperation im "gemeinsamen europäischen Haus" (Beziehungen im Gesamteuropa, einschließlich der Sowjetunion) sowie ein neuer Typ der Kooperation mit den Ländern der "Dritten Welt".
- in allen programmatischen Dokumenten, die sich positiv auf die europäische Politik beziehen, steht die Erkenntnis im Vordergrund, daß insbesondere die Bearbeitung und Lösung der ökologischen Fragen - aufgrund ihrer grenzüberschreitenden, globalen Wirkungs- und Widerspruchspotentiale - der Intensivierung einer - mit erweiterten Kompetenzen und Ressourcen ausgestatteten - europäischen Umweltpolitik bedarf.

Diese Konvergenz gewinnt ihre konkrete politische Wirkungskraft freilich nicht allein aufgrund der Annäherung von Standpunkten gewerkschaftlicher und politischer Organisationen in den Mitgliedstaaten der EG. Entscheidend scheint vielmehr der Sachverhalt, daß - im Vergleich zu den 60er und 70er Jahren - im Übergang zu den 90er Jahren diese Konvergenz eine reale Annäherung von Positionen, damit auch der Kooperationsbereitschaft von Kräften widerspiegelt, die in der Vergangenheit gegensätzliche, einander ausschließende Positionen in Bezug auf die EG (z.B. pro und contra EG-Beitritt eines Landes) vertreten haben. Als Beispiel seien hier nur die britischen Gewerkschaften des TUC erwähnt, die bis vor wenigen

Jahren eine harte Anti-EG-Position vertreten haben. Ebenso muß die Annäherung von Positionen kommunistischer und sozialdemokratisch/sozialistischer Parteien in Europa (und der mit ihnen verbundenen Gewerkschaften) im Rahmen des Konzeptes der "Eurolinken" als ein qualitative Veränderung als Ausdruck der z.T. dramatischen Schwächung der Arbeitnehmerorganisation durch die Offensive der neoliberalen-konservativen Deregulierungspolitik interpretiert worden (vor allem im Blick auf den Meinungswandel des britischen TUC); *dennoch darf das Potential für die Schaffung neuer Formen europäischer Kooperation, das in solchen Prozessen gleichsam "freigesetzt" wurde, nicht unterschätzt werden.*

¹ Es handelt sich bei diesem Beitrag um einen Versuch, über verschiedene Positionen und Diskussionsstränge - vorwiegend in der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung - zu informieren. Die Linke in der BRD hat auf diesem Gebiet erhebliche Informations- und Kooperationsrückstände aufzuholen. Daher sollte vor einer qualitativen und strategischen Bewertung zunächst einmal eine Phase der Informationsaneignung stehen.

Literatur

- Anguita, Julio: Was für ein Europa ist gemeint?, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus (Prag), 5/1989, S. 579 ff.
- Bloomfield, Jon: Adaptarse a Europa, in: Fundación de Investigaciones Marxistas (Madrid), El papel de la izquierda transformadora en los países avanzados en el cambio del siglo, Madrid (1989), Band 1, S. 243 ff.
- CGIL (Roma), Dossier Europa. Per un programma europeo della CGIL. Documento base, Roma 1988.
- Deppe, Frank: Alter und neuer Internationalismus. Einige Überlegungen zum Zusammenhang von Integrationsdynamik und linker Politik in Europa, in: Deppe, F. u.a. (Hrsg.), 1992 - Projekt Europa, Köln 1989, S. 249 ff.
- Herzog, Philippe: Europe 1992: Construire autrement et autre chose, Paris 1989.
- Interview mit Lama, Lucio: "Ohne gewerkschaftliche Einheit sind die Arbeitnehmer schwach", in: Die Mitbestimmung, 11/1988, S. 620 ff.
- Manifesto for New Times. A Communist Party Strategy For the 1990s, London (1989).
- Occhetto, Achille, The New Italian Communist Party in Italy and Europe. Time for the Alternative, in: The Italian Communists (Roma), Foreign Bulletin of the PCI, Nr. 1/1989, S. 15 ff.
- Partido Comunista de Espana (PCE), Un Proyecto de Izquierda Para una Europa de Progreso, Madrid 1989.
- Pocock, Gerry: Was man John Europe verspricht, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus (Prag), 2/1989, S. 376 ff.
- Wolf, Winfried: Siebzehn Thesen zum Projekt westeuropäischer Binnenmarkt, in: Klab, Jutta (Hrsg.): Die EGmbH der Bosse & Banker, Frankfurt/Main 1989, S. 7 ff.

Erklärung zum Projekt "Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung"

1. Mit der Herausgabe von "Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wollen wir einen Beitrag dazu leisten, an einem Tiefpunkt der marxistischen Bewegung unseres Landes die Chance des Neubeginns zu ergreifen.

Dieser Neubeginn muß radikale Fragen stellen. Ihr Ausgangspunkt sind das internationale Übergewicht und der derzeitige Triumph des entwickelten Kapitalismus, der historische Zusammenbruch des Sozialismus in Europa sowie die mit beiden Prozessen eng verbundene tiefe Krise marxistischer Theorie, Politik und Bewegung.

Unabdingbar scheint uns in der heutigen Situation die Fähigkeit zur radikalen Kritik und Infragestellung der eigenen theoretischen Voraussetzungen, des politischen Erbes und tradierter Kultur marxistischen Denkens und Handelns. Einen Beitrag zur Erneuerung des Marxismus leisten zu wollen, schließt notwendig ein, die wissenschaftliche Begründung und politische Tragfähigkeit marxistischer Optionen erneut erarbeiten und belegen zu müssen. Das Festhalten an Kerngedanken marxistischer Theorie und Methode kann deshalb kein unbegründetes Verweisen auf irgendwelche 'unbefleckten' Gewißheiten sein, sondern muß als Anstrengung verstanden werden, kritische und emanzipatorische Impulse bisherigen marxistischen Denkens wieder freizulegen, zeitgemäße zu erarbeiten und in einem neubegründeten Konzept der progressiven Weltveränderung aufzuheben.

Wir halten an der Vision einer von Herrschaft und Ausbeutung freien Gesellschaft, am Ziel einer humanen, demokratischen und freien Entwicklung der Menschen und ihres Zusammenlebens fest.

Das Projekt einer zum Kapitalismus alternativen Gesellschaft ist neu zu begründen; sozialistische Zukunftsvorstellungen sind neu zu definieren.

2. Marxistische Erneuerung heißt nicht nur rücksichtsloser Bruch mit allen Dogmatisierungen und Erstarrungen der Vergangenheit. Erneuerung des Marxismus bedeutet heute v.a. auch konsequente Kenntnisnahme, Erkundung und Überwindung der offensichtlichen Defizite marxistischer Theorie und Politik, nicht zuletzt in der Ökologie-, der Geschlechter- und der Kulturfrage. Ansprüche auf 'das Wahrheitsmonopol' sind anachronistisch; marxistisches Denken muß den Nachweis erbringen, modernes, offenes Denken zu sein.

Seine Tragfähigkeit muß marxistisches Denken an der Realität des ausgehenden 20. Jahrhunderts beweisen.

Die tiefgehenden internationalen Veränderungen und die Umbruchprozesse im Kapitalismus, der Wandel gesellschaftlicher Strukturen und kultureller Verhältnisse, die Ausprägung veränderter Bedürfnisse und Wertorientierungen bedürfen der gründlichen Analyse. Auch zur tabufreien Diskussion daraus resultierender Konsequenzen für eine progressive, auf radikale gesellschaftliche Veränderung zielenden Politik wollen wir einen Beitrag leisten.

Dies bedeutet vor allem, die Welt und ihre globalen Probleme als Koordinatensystem einer materialistischen Analyse zu setzen. Vom wirklichen Ausgangspunkt der Weltvergesellschaftung her sind 'klassische' Fragen neu zu stellen; neue Fragen der Menschheitsentwicklung sind ernsthafter zur Kenntnis zu nehmen.

Den Ursachen der historischen Niederlage des Sozialismus ist auf die Spur zu kommen. Zu fragen ist nach den Bedingungen und Gründen für das Scheitern dieses Konzepts alternativer, nach-kapitalistischer Gesellschaftsentwicklung. In diesem Prozeß der Vergewisserung kann es keine historischen Datumsgrenzen, keine Tabus der Überprüfung marxistischer Theorie und Politik geben.

Ein besonderer Stellenwert kommt im Prozeß der marxistischen Erneuerung der Analyse des entwickelten Kapitalismus als zunehmend internationalisierter und hochtechnologisierter Gesellschaft zu. Die offenkundigen Potentiale seiner Integrations- und Entwicklungsfähigkeit sind zu ergründen. Nur so kann erneuertes marxistisches Denken auch zur Aufdeckung alternativer Fortschritts- und Veränderungspotentiale sowie der Formierungsbedingungen progressiver und emanzipatorischer Kräfte der Veränderung beitragen. Das von uns mitgetragene politische Konzept einer demokratischen Reformalternative für unser Land scheint uns eine weiterzuentwickelnde strategische Option, die wir in den anstehenden breiten Diskurs der auf gesellschaftliche Veränderung zielenden Kräfte einbringen wollen.

3. "Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung" ist autonom. Das Projekt ist nicht Organ einer politischen Partei, Organisation oder Strömung. Die Zeitschrift ist übergreifend orientiert und versteht sich als eine Stimme in einem vielstimmigen Chor, der marxistische und andere linke Standpunkte und Vorstellungen zum Ausdruck bringt.

Wir betrachten die Vielgestaltigkeit marxistischer Optionen, auch die Pluralität von Arbeitszusammenhängen und Publikationsprojekten, als konstitutiv für die Erneuerung des Marxismus und der heutigen marxistischen Bewegung.

Die in der Realität unterschiedliche Herkunft und Optionen begründete Vielfalt kann nicht ignoriert werden. Wir verstehen "Z" als einen spezifischen Beitrag zur Aufarbeitung und Erneuerung marxistischen Denkens, der die originären Erfahrungen, Belange und Anstrengungen einer

Strömung des Marxismus reflektiert. In Zeiten eher zunehmender Zersplitterung der marxistischen Kräfte sozialistisch-kommunistischer Tradition bedarf es u.E. verschiedener Foren des Meinungsaustauschs - "Z" bietet sich als ein solches, publizistisches Forum an. Auch unter den Herausgeberinnen und Herausgebern der Zeitschrift sind die damit verbundenen Erwartungen nicht einheitlich.

Gemeinsam ist uns, "Z" zu einer anderen marxistischen und linken Kräften offenstehenden Zeitschrift machen zu wollen. Diese Offenheit wie der von uns gewünschte Meinungsstreit auf den Seiten der Zeitschrift gehören unbedingt zum Profil dieses Projekts. Auch seriöse Kooperationsprojekte mit anderen Zeitschriften, mögliche engere Zusammenarbeit, bis hin zu späterer Fusion, entsprechen dieser Orientierung.

4. Marxistische Erneuerung und Wiedergewinnung marxistischer Identität sind kein Selbstzweck. Es geht immer auch um die Erneuerung und Rekonstruktion der marxistischen Bewegung, ihrer Organisations- und Praxisformen. Dies scheint uns unabdingbar, um eingreifendes und veränderndes Wirken möglich zu machen, das dem Ziel der humanen und emanzipatorischen Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse gerecht wird.

Wir gehen davon aus, daß der Typ kommunistischer Parteien, der sich in den vergangenen sieben Jahrzehnten in der ehemaligen kommunistischen Weltbewegung durchgesetzt hatte, in die Sackgasse geführt hat und historisch überholt ist. Marxistische Erneuerung heißt deshalb für uns auch, für politische Organisations- und Praxisformen zu arbeiten, die in der Lage sind, im Kontext der heutigen Probleme und Möglichkeiten einen Beitrag zur Durchsetzung menschheitlichen Fortschritts zu leisten. Marxistische Erneuerung hat sich daran zu beweisen, ob sie eigenständige geistige und praktische Beiträge zur Lösung von Gegenwarts- und Zukunftsfragen zu erbringen vermag. Nur so können wir dazu beitragen, die Perspektive grundlegender Umgestaltung der Gesellschaft, in der sich Demokratie und Sozialismus untrennbar verbinden, offenzuhalten.

Marxistische Erneuerung ist u.E. nur noch durch offene Zusammenarbeit im gesamteuropäischen Maßstab möglich. Wir suchen den Meinungsaustausch und die Kooperation mit anderen, diese Option teilenden Zeitschriften und Diskussionszusammenhängen.

Orientierung auf die Rekonstruktion der marxistischen Linken in unserem Land, Förderung einer wirksamen, für fortschrittliche Alternativen eintretenden Linken und internationale Zusammenarbeit dieser Kräfte - dies sind die Eckpunkte unserer politischen Option.

5. In den theoretisch und politisch engagierten Kräften marxistischer Erneuerung in unserem Land sehen wir vor allem die TrägerInnen, MitarbeiterInnen und InteressentInnen unseres Projekts. Adressaten der Zeitschrift sind neben den in politischen Organisationen und Initiativen

Engagierten vor allem Interessierte aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Kultur sowie aus den sozialen und demokratischen Bewegungen. Diese Orientierung soll, eben so wie die angemessene und gleichgestellte Mitarbeit von Frauen, zunehmend auch in der Zusammensetzung der die Zeitschrift verantwortenden Gremien zum Ausdruck kommen.

6. Das Projekt "Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung" ist auch insofern autonom, als es nur durch Abonnements, Einzelverkauf sowie individuelle Spenden und Förderbeiträge getragen wird. Wir rufen alle diejenigen, die das Projekt unterstützen wollen, auf, in diesem Sinne ihren aktiven Beitrag zu leisten.

Die Zeitschrift wird gänzlich in ehrenamtlicher Tätigkeit herausgegeben und produziert. Das "Forum Marxistische Erneuerung" (Wiesbaden) und die UnterzeichnerInnen fungieren als Herausgeber. Sie entscheiden über die Publikationslinie, Erscheinungsweise, ggf. auch über Fusionen mit anderen Zeitschriften, Verkauf oder Einstellung von "Z".

Die laufende redaktionelle Arbeit wird durch einen von den HerausgeberInnen berufenen Redaktionsbeirat unterstützt. Dieser wird sich, in wechselnder Zusammensetzung, aus dem Kreis der Herausgeberinnen und Herausgeber rekrutieren.

Die Zeitschrift wird 1990 als Vierteljahreszeitschrift erscheinen. Am Ende des Jahres wird über die weitere Perspektive des Projekts, ggf. auch über eine veränderte Aufmachung und Erscheinungsweise zu entscheiden sein.

Über die Tätigkeit der die Zeitschrift zu verantwortenden Gremien wird in der Zeitschrift regelmäßig informiert.

Wir gehen das Wagnis einer neuen marxistischen Zeitschrift ein. Das Projekt ist ein Versuch, notwendige Fragen zu stellen und zu debattieren. Die Nützlichkeit von "Z" wird sich nicht zuletzt daran erweisen, ob uns in einer Zeit, in der allerorten vom "Ende des Marxismus" die Rede ist, realitätsnahe und zukunftsfähige Antworten gelingen.

Gertrud Antoni (Stuttgart), Christiane Bainski (Wuppertal), Harry von Bargen (Duisburg), Ulrike Bohnenkamp (Hattingen), Ulrich Briefs (Bonn), Olaf Cless (Düsseldorf), Rainer Eienkel (Witten), Albert Engelhardt (Wiesbaden), Heike Fleßner (Oldenburg), Edgar Gärtner (Frankfurt/M.), Wolfgang Gehrcke (Hamburg), Jörg Heimbrecht (Köln), Johannes Henrich von Heiseler (Dierdorf), Jörg Huffschmid (Bremen), Heinz Jung (Weilrod/Ts.), Peter Jung (Mutterstadt), Jörg Jungmann (Wiesbaden), Fritz Krause (Frankfurt/M.), Stefan Krull (Braunschweig), Steffen Lehndorff (Köln), Anja Maschinski (Wuppertal), Hans-Joachim Müller (Oldenburg), Norman Paech (Hamburg), Lothar Peter (Bremen), Jürgen Reusch (Bad Homburg), Ursula Schumm-Garling (Frankfurt/M.), Susanne Schunter-Kleemann (Bremen), Werner Stürmann (Bochum), Cornelia Teller (Darmstadt), Harald Werner (Bremen), Elke Vesper (Hamburg)

Erledigte Tradition, unerledigte Aufgaben

Arbeiterkultur - Vom Ende zum Erbe? (Beiträge von Georg Bollenbeck, Peter Friedemann, Marianne Friese, Stefan Goch, Dieter Kramer, Alf Lüdike, Kaspar Maase, Dietrich Mühlberg), IMSF Forschung und Diskussion, Band 3, Frankfurt/Main 1989, 166 Seiten, 24,- DM.

Von der "Kunst zu erben" sprach einmal der Komponist Hanns Eisler. Das bezog sich auf die bürgerlich-humanistische Kunsttradition und wie Sozialisten damit umzugehen hätten. "Kunst zu erben" wird uns heute längst auch in Bezug auf die historische Arbeiterkultur abverlangt. Was gibt sie noch her für heute und morgen, woran können wir anknüpfen, was müssen wir verwerfen?

Die Frage nach dem Erbe stellen, heißt zuallererst die Tatsache anerkennen, daß da ein Todesfall vorliegt. In der Tat, die Arbeiterkultur ist gestorben - darin sind sich die Autoren des IMSF-Sammelbandes, samt einer Autorin, einig. Genauer gesagt: Gestorben ist die Arbeiterkultur(bewegung) in ihrer "klassischen" Ausprägung etwa zwischen 1890 und 1933. Die Frage ist jedoch, ob man Arbeiterkultur schlechthin mit jener historisch-konkreten Ausprägung ineinsetzen darf.

Der Historiker Klaus Tenfelde, vor allem bekannt geworden durch seinen vielzitierten Vortrag vor dem SPD-Geschichtsforum 1988, tut ebendies und kommt folgerichtig

zum Ergebnis, die Arbeiterkultur sei in der Massengesellschaft der BRD ohne Rest aufgegangen. Demgegenüber erscheint in der Sicht der IMSF-Autoren die proletarisch-kulturelle Blütezeit in doppelter Weise relativiert. Zum einen wird sie als Ausnahmeerscheinung in einer insgesamt sehr widersprüchlichen, wechselvollen, instabilen Evolution der Klasse gesehen. Soziale Inhomogenität, innere Konflikte, Einflüsse fremder Milieus, begrenzte Reichweite der eigenen Kampfkultur, spontanes Wirken der Alltagsverhältnisse - all das gehört, aufs geschichtliche Ganze betrachtet, durchaus zur Normalität des Kulturprozesses der Lohnabhängigen.

Zum zweiten erweisen sich bei näherer Betrachtung auch die Verhältnisse der klassischen Arbeiterkulturperiode selbst als weitaus "normaler" im obigen Sinne, als sie in der zählbaren Verklärung heute vielfach erscheinen. Dafür liefern im Grunde alle Beiträge in diesem Band empirische Belege (etwa was die tatsächliche soziale, kulturelle, geschlechterbezogene, politische, mentale usw. Heterogenität der ArbeiterInnenklasse jener Periode betrifft), und Tenfelde muß sich von daher den Vorwurf gefallen lassen, selbst an der idealistischen Verklärung von Arbeiterkultur beteiligt zu sein. Zugleich aber beharren übereinstimmend alle Autoren gegenüber Tenfelde auf einem entscheidenden Wesenszug der Arbeiterkultur(bewegung), der all ihre konkreten Hervorbringungen durchdrang: nämlich die Orientierung auf eine bessere Zukunft jen-

seits des Kapitalismus, auf eine befreite, menschenwürdige, friedliche, solidarische Welt. Aus diesem großen Menschheitsentwurf, wie unvollkommen er im einzelnen auch immer konzipiert sein mochte, bezog die Arbeiterkulturbewegung ihre Kraft und Anziehungskraft, ihre zeitweilig wachsende gesellschaftliche Hegemoniefähigkeit. Und gerade auf dieser Ebene, wo es um die Perspektive einer lebenswerten Welt geht, kann und muß heute das Erbe der Arbeiterkultur fruchtbar gemacht werden, entsprechend der neuen Qualität und Dramatik der Krise unserer Weltzivilisation.

Ein Beerben der Arbeiterkulturbewegung in solchem Sinne hat nichts mit einem Zurück zu deren historischen Formen und Formeln zu tun. Daran läßt die IMSF-Veröffentlichung keinen Zweifel. Die Umbrüche der letzten 60 Jahre in Sozialstruktur, Lebensweise und Kultur - von mehreren Autoren genauer ausgeleuchtet - sind radikal und unwiderruflich. Und sie sind heute, das macht einfache Antworten eben so schwer, weiterhin oder wieder in vollem Gange; "Entbildung" bzw. "Umbildung" der Klasse heißt ein in diesem Zusammenhang mehrfach auftauchendes Stichwort.

Arbeiterkultur oder genauer gesagt: ArbeiterInnenbewegungskultur erscheint jedenfalls heute und in nächster Zukunft nur denkbar als eine unentbehrliche Strömung innerhalb eines breiten Spektrums alternativer, demokratischer, humanistischer Kulturbewegungen und -projekte. Sie hat dann eine

Chance, wenn sie ihr Selbstverständnis auf die Höhe der Zeit bringt, d.h. nicht zuletzt auch sich befreit von unseligen Erblasten wie Lagermentalität und Selbstgenügsamkeit, Sendungs- und Führungsanspruch, Antiintellektualismus und Patriarchalismus. Eine solche ArbeiterInnenbewegungskultur hat sich nicht das Reservat einer kleinen heilen Gegenwelt zu zimmern, sondern sie muß inmitten des real existierenden, bunten Kulturpluralismus wirken, Einmischung betreiben, vernünftige Orientierung stiften, mit der Perspektive auf einen pluralen demokratischen "historischen Block", der einer zukunftsfähigen gesellschaftlichen Alternative den Weg zu bahnen vermag.

Einer der Diskussionsbeiträge lenkt den Blick auf die im Rahmen der DDR entstandenen bzw. fortgeschriebenen Formen von Arbeiterkultur und -lebensweise (nicht ohne dabei auf die diesbezüglichen riesigen theoretischen Unklarheiten und Forschungslücken hinzuweisen). Der aktuelle rasante Umbruch in der DDR stellt nun aber auch diese Formen, Werte und "Errungenschaften" unerbittlich in Frage. Es scheint, als breche sich jetzt auch dort das - lange künstlich hinausgeschobene - "Ende der Arbeiterkultur" beschleunigt Bahn, unter massiver Katalysatorwirkung der BRD-Gesellschaft, und als würden nun überhaupt erst die "Mühen des Erbes" so richtig beginnen. Bei allen System- und Machtunterschieden - die Herausforderungen für die ArbeiterInnenbewegung hier wie für die weiter

östlich unterscheiden sich so sehr nicht mehr. Der Übergang vom Ende zum Erbe der Arbeiterkultur ist ein globaler Prozeß.

Die Beiträge in diesem IMSF-Bändchen sollen hier nicht im einzelnen gewürdigt werden. Aber drei allgemeine Vorzüge seien noch hervorgehoben: Es zeichnet sich erstens durch offenen, unvoreingenommenen, ja unerschrockenen Umgang mit dem (durch manch hehre ideologische Prinzipien befrachteten) Thema "Arbeiterkultur" aus. Zweitens realisiert es eine erfreuliche politische Bandbreite des linken Dialogs (wobei direkter theoretischer Streit und Widerspruch leider nicht explizit werden). Drittens untermauert diese Publikation, daß kulturelle Fragestellungen heute mit im Zentrum neuen marxistischen Denkens stehen. Das Nachdenken und Forschen über Lebensweise, Geschlechterbeziehungen, Alltagserfahrung, kulturelle Bedürfnisse, Individualisierung u.a.m. ist unverzichtbar, wo es um eine realitätstaugliche Neuformulierung von Klassentheorie, Strategie und Politik geht. Was sich auch diese Zeitschrift hinter die Ohren zu schreiben hat.

Olaf Cless

Höchste Zeit für die Freizeit

Björn Engholm u.a. (Hg.): Die Zukunft der Freizeit, Beltz Verlag 1989 (Psychologie heute - Taschenbuch 517), 139 Seiten, 12,- DM.

Freizeit dehnt sich aus, Arbeit ist weniger denn je das ganze Leben. Was können die Menschen aus ihrer Freizeit machen, welche Möglichkeiten und Fähigkeiten zur Muße, zur Selbstverwirklichung haben sie? Welche gesellschaftlichen Kräfte haben auf diesem Feld die Oberhand, wer bestimmt, wohin die Reise geht? Verschláft die Linke den Aufbruch in die Freizeitgesellschaft?

Von solchen Fragen geht das neu (überarbeitet) erschienene Sammelbändchen aus. Die Antworten der verschiedenen AutorInnen ergeben, bei aller Widersprüchlichkeit, gebündelt etwa folgedes Bild:

Von einer wirklichen "Freizeitgesellschaft" sind wir noch gehörig entfernt. Was nach Abzug aller heutzutage anfallenden Eigenarbeit zur Alltagsbewältigung an tatsächlich freier, selbstbestimmbarer Zeit übrigbleibt, ist für die meisten so viel nicht (Christiane Müller-Wichmann weist das in ihrem Beitrag, dem bei weiterem erfrischendsten von allen, überzeugend nach). Dennoch verschieben sich heute zweifellos die Relationen zwischen (Erwerbs-)Arbeitszeit und arbeitsfreier Zeit. Freizeit steigt in der Wertschätzung rapide an; auch die Aufteilung zwischen Arbeit und Freizeit wird vielgestaltiger, flexibler.

Vergnügungsindustrie und Medienkapital schlachten den neuen Markt der Möglichkeiten längst auf ihre profitliche Weise aus, assistiert vor allem von den konservativen Wendepolitikern.

Höchste Zeit für linke und gewerkschaftliche Politik, eigene Alternativen zu entwickeln, die Spielräume für selbstbestimmte Freizeit und Kultur zu erweitern, soziale Benachteiligung abzubauen.

Strittig bleibt unter den AutorInnen der innere Zusammenhang von Freizeit und (entfremdeter) Arbeit, damit zugleich von Freizeitpolitik und "Arbeitspolitik". Während bei Linda Reisch der Eindruck entstehen kann, hier werde der Anspruch auf eine demokratische Umgestaltung der Betriebs- und Arbeitswelt im Grunde aufgegeben und das Heil nur noch in einer freizeitpolitischen Strategie gesucht, betont demgegenüber Jochen Zimmer die Notwendigkeit politischen Eingreifens auch in Produktions- und Qualifikationsverhältnisse.

Eine überzeugende linke Konzeption zur "Zukunft der Freizeit" vermag das Bändchen nicht zu vermitteln. Wohl wird der mächtige Vorsprung des Unterhaltungskapitals einhellig beklagt; ob es als Gegenmittel aber ausreichen wird, "der Phantasie Schneisen und der Ent-Sinnlichung Schnippchen zu schlagen" (Engholm), ist fraglich. Mehr mag unter gegenwärtigen Kräftekonstellationen vielleicht tatsächlich nicht drin sein. Dennoch wäre darüber zu sprechen, wie man sich das große Ziel einer "kulturellen Demokratie" und die

Schritte dorthin konkret vorstellt, und wie es dabei mit der sattem bekannten Eigentumsfrage gehalten werden soll.

Ein damit zusammenhängender Mangel des Buches ist auch, daß es die Auseinandersetzung um die Medien- und Kulturapparate selbst und in ihnen fast völlig übergeht. Ein Autor der IG Medien wäre insofern vordringlicher gewesen als einer vom ADAC - ohne diesem zu nahe treten zu wollen.

Schließlich seien Leserin und Leser davor gewarnt, daß die Veröffentlichung viele halbgare Gedanken, quälenden Soziojargon, unfreiwillige Komik aus der Gelehrtenstube sowie erstaunliche Mengen von Druckfehlern mit sich führt, bei denen die Verlagsverantwortlichen eigentlich tiefrot werden müßten.

Olaf Cless